



universität
wien

Diplomarbeit

Titel

„Das durch die Printmedien vermittelte Bild der Diskussion zur Steuerreform - eine Inhaltsanalyse ausgewählter Tageszeitungen (Presse, Standard, Österreich, Kronen Zeitung; 1.Halbjahr 2008)“

Verfasserin:

Barbara Merja Biedermann

angestrebter akademischer Titel:

Magistra/ Mag.phil

Wien, im Juli 2009

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form an keiner anderen Universität eingereicht und auch noch nicht veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version.

Datum:

Unterschrift:

1. Einleitung	8
2. Realität und Medienrealität	11
<u>2.1. Konstruktivismus versus Realismus</u>	11
2.1.1. Einführung in den Konstruktivismus	11
2.1.2. Die Gegenüberstellung zum Realismus	12
2.1.3. Einführung in den Realismus	12
2.1.4. Wirklichkeit versus Konstruktivismus?	13
<u>2.2. Medien und Realität</u>	14
2.2.1. Die konstruktivistische Position in der Kommunikationswissenschaft	14
2.2.2. Das Verhältnis zwischen Wirklichkeit und Medienwirklichkeit	15
2.2.2.1. Das ptolemäische und kopernikanische Modell	16
2.2.2.2. Vom Realismus zum Konstruktivismus	17
2.2.3. Fazit und Ausblick	19
3. Die Nachrichtenauswahl der Massenmedien	21
<u>3.1. Theorien der Nachrichtenauswahl</u>	21
3.1.1. Grundlegende Begriffsklärung	21
3.1.1.1. Nachricht	21
3.1.1.2. Ereignis	22
3.1.1.3. Objektivität	22
3.1.2. Unterteilung der Forschungstraditionen	24
3.1.3. Gatekeeper-Ansatz	25
3.1.4. News-Bias-Ansatz	26
3.1.5. Nachrichtenwert-Theorie	29
3.1.5.1. Der amerikanische Weg	30
3.1.5.2. Der europäische Weg	31
3.1.5.3. Die Neuausrichtung der Nachrichtenwert-Theorie nach Schulz	36
3.1.5.4. Entwicklungen zur Nachrichtenwert-Theorie, Kausal- versus Finalmodell	39
<u>3.2. Zusammenfassung</u>	47
4. Qualität im Journalismus/von Medieninhalten – Anspruch oder Zusatz?	48
<u>4.1. Eingrenzung des Begriffs Qualität</u>	48
4.1.1. Bonfadellis Überlegungen zu möglichen Leistungskriterien	50

4.1.2. McQuails Media Performance und seine Ausformungen von Public Interest.....	55
4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.....	57
4.1.4. Eine weitere Möglichkeit: Dimensionen der Qualität von Medienangeboten.....	60
<u>4.2. Der rechtliche Rahmen der Leistungsanforderungen an die Printmedien.....</u>	62
<u>4.3. Publizistische Vielfalt als Anforderung an das Mediensystem.....</u>	65
<u>4.4. Zusammenfassung.....</u>	68
5. Boulevard- und Qualitätszeitungen.....	70
<u>5.1. Die theoretische Gegenüberstellung.....</u>	70
<u>5.2. Die Blattlinien.....</u>	72
5.2.1. Die Blattlinie der Kronenzeitung.....	72
5.2.2. Die Blattlinie der Presse.....	73
5.2.3. Die Blattlinie des Standard.....	73
5.2.4. Die Blattlinie von Österreich.....	73
<u>5.3. Zusammenfassung.....</u>	73
6. Die Steuerreform.....	75
<u>6.1. Das österreichische Steuersystem.....</u>	75
6.1.1. Steuern auf Einkommen und Vermögen.....	77
<u>6.2. Die Steuerreform-Diskussion unter Gusenbauer und Molterer.....</u>	78
7. Forschungsinteresse.....	81
<u>7.1. Forschungsleitende Fragen und Hypothesen.....</u>	82
7.2. Methodische Vorgangsweise.....	83
<u>7.3. Untersuchungsdesign.....</u>	84
7.3.1. Untersuchungsmaterial.....	84
7.3.2. Untersuchungszeitraum.....	85
<u>7.4. Operationalisierung.....</u>	86
7.4.1. Das Kategoriensystem.....	88
7.4.2. Definition der Kategorien.....	94
7.4.3. Codiereinheit und Kontexteinheit.....	99
<u>7.5. Zusammenfassung der Ergebnisse, Prüfung der Hypothesen.....</u>	102
7.5.1.1. Medium.....	102
7.5.1.2. Rubrik.....	103

7.5.1.3. Journalistische Darstellungsform.....	105
7.5.1.4. Größe der Artikel.....	106
7.5.1.5. Nennung von Personen.....	107
7.5.1.6. Zitate.....	109
7.5.1.7. Inhalte/Standpunkte.....	110
7.5.2.1. Hypothese 1.....	112
7.5.2.2. Hypothese 2.....	113
7.5.2.3. Hypothese 3.....	114
7.5.2.4. Hypothese 4.....	115
7.5.2.5. Hypothese 5.....	116
 8. Fazit.....	 118
 I Literaturverzeichnis.....	 121
II Anhang.....	130
1. Codebuch.....	130
2. Codebogen.....	155
3. Datenmatrix.....	162
4. Abstract.....	202
5. Lebenslauf.....	204

Abbildungen

Abbildung 1: Die Nachrichtenfaktoren nach Galtung/Ruge aus dem Jahr 1965.....	33
Abbildung 2: :Die Nachrichtenfaktoren nach Galtung/Ruge und Schulz.....	38
Abbildung 3: Das Modell der Instrumentellen Aktualisierung.....	41
Abbildung 4: Vergleichende Aufstellung der Nachrichtenfaktoren nach Schulz und Staab.....	44
Abbildung 5: Die Nachrichtenfaktoren nach Maier, Ruhmann und Klietsche.....	46
Abbildung 6: Kreismodell zu Qualität und der jeweiligen Qualitätsforschung.....	49
Abbildung 7: Qualitätsmaßstäbe: Set von Variablen.....	50
Abbildung 8: Facetten des Medienleistungsdiskurses.....	53
Abbildung 9: Perspektiven und Bezugsebenen von Leistungskriterien.....	54
Abbildung 10: Funktionen der Massenmedien	58
Abbildung 11: Inhaltsanalytisch messbare Dimensionen der Qualität von Medienangeboten.....	61
Abbildung 12: Einnahmen aus öffentlichen Abgaben im Jahr 2008.....	76
Abbildung 13 : Grenzsteuersätze im Vergleich 2008/2009.....	77
Abbildung 14: Die Abgaben im Ländervergleich	78
Abbildung 15: Auflagen Tageszeitungen 2008.....	85
Abbildung 16: Prozentueller Anteil der Artikel der jeweiligen Tageszeitungen an der der Gesamtzahl der Artikel.....	103
Abbildung 17: Prozentuelle Verteilung der Artikel der jeweiligen Tageszeitung in den einzelnen Rubriken.....	104
Abbildung 18: Zuordnung der Artikel zu journalistischen Darstellungsformen.....	106
Abbildung 19: Prozentuelle Verteilung der Artikellängen der einzelnen Tageszeitungen.....	107
Abbildung 20: Prozentuellen Anteile der Personennennungen pro Zeitung.....	108
Abbildung 21: Prozentuelle Verteilung der gewerteten Zitate in den einzelnen Tageszeitungen	110
Abbildung 22: Prozentuelle Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in den Artikeln der einzelnen Zeitungen.....	111
Abbildung 23: Prozentuelle Verteilung der SPÖ-und ÖVP-Standpunkte in den Boulevard- und Qualitätszeitungen.....	112
Abbildung 24: Prozentuelle Verteilung der Artikel in Boulevard- und Qualitätszeitungen nach Länge.....	114
Abbildung 25: Prozentuelle Verteilung der Nennungen von Personen aufgegliedert nach Boulevard- und Qualitätszeitungen	114

Abbildung 26: Prozentuelle Verteilung der Nennungen von Personen aufgliedert nach Boulevard- und Qualitätszeitungen	115
Abbildung 27: Prozentuelle Verteilung der SPÖ-und ÖVP-Standpunkte in der Presse und in Österreich.....	116
Abbildung 28: Prozentuelle Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in der Kronen Zeitungen und im Standard.....	117

1. Einleitung

Die Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer, sie bestand vom 11. Jänner 2007 bis zum 2. Dezember 2008,¹ und ihre vermeintlich schlechte mediale Performance stellen den Ausgangspunkt für die folgende Diplomarbeit dar.

Österreich wurde damals von zwei annähernd gleich starken Parteien regiert. Von Beginn an schien diese „große Koalition“ in keinem guten Licht zu stehen. Relativ lange andauernden Koalitionsverhandlungen, die Ressortaufteilung, das Zustandekommen eines teils genau formulierten „Regierungsabkommens für die XXIII. Gesetzgebungsperiode“ zwischen SPÖ und ÖVP können im Nachhinein betrachtet bereits als Vorzeichen einer etwas anders und vor allem kurz agierenden „Großen Koalition“ gewertet werden. Die Zusammenarbeit der Parteien bzw. das Image der Kanzlerpartei wurde, abgesehen von unterschiedlichen Ideologien, Zielsetzungen und Wahlversprechen, durch einen weiteren Umstand erschwert bzw. geschwächt: das so genannte „Umfaller-Image“², das durch die Medien immer weiter getragen und zugespitzt wurde.

Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien und die Berichterstattung der Massenmedien waren immer wieder von Koalitionsstreitigkeiten geprägt und wurden davon dominiert, welche der beiden Parteien denn nun gestärkt oder eben geschwächt aus der nächsten öffentlichen Diskussion zu einem bestimmten Koalitionsthema kommen würde.³

Eine dieser öffentlichen Diskussionen war die Diskussion zur Steuerreform. Ich möchte daher das durch gewisse Printmedien, zwei Boulevardzeitungen und zwei Qualitätszeitungen, vermittelte Bild der Diskussion zur Steuerreform dahingehend untersuchen, ob die ausgewählten Tageszeitungen versucht haben, ein möglichst ausgeglichenes Bild der Standpunkte der SPÖ und der ÖVP zur Steuerreform zu vermitteln. Mit dem Begriff Bild verbinde ich gewisse Standpunkte der Parteien zur Steuerreform.

Die Forschungsfragen, die ich daher mittels vorliegender Arbeit beantworten will, lauten:

¹ Vgl. URL: <http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx> [22. Juni 2009].

² Siehe beispielsweise: URL: <http://www.oe24.at/zeitung/oesterreich/politik/article276473.ece>, [12.05.2008], <http://derstandard.at/?url=?id=3323970> [12.05.2008], <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/372109/index.do?from=suche.intern.portal> [12.05.2008].

³ Thematische Beispiele hierfür wären unter anderem die massenmedial transportierte Diskussion oder Streitigkeit zur teilweisen Abbestellung der Euro-Fighter und der daraus folgenden Gegengeschäfte, die Diskussion zur Abschaffung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer, die Abschaffung der Studiengebühren und die Möglichkeit von gemeinnützigen unentgeltlichen Tätigkeiten von Studierenden, die Entschärfung der Pensionsreformen, die unter Schwarz-Blau-Orange umgesetzt wurden, usw.

F 1.) Stellen die einzelnen Tageszeitungen die Standpunkte der SPÖ und ÖVP in einem ausgeglichenen Umfang dar?

F 2.) Liegt ein Unterschied in der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion zwischen Qualitätszeitungen und Boulevardzeitungen vor?

Die dazugehörigen Hypothesen lauten:

H 1.) Qualitätszeitungen achten stärker auf ein ausgeglichenes Verhältnis der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte als Boulevardzeitungen.

H 2.) Qualitätszeitungen berichten in größerem Umfang über die Steuerreform als Boulevardzeitungen.

H 3.) Qualitätszeitungen bringen eine breiter gefächerte Berichterstattung zur Steuerreform als Boulevardzeitungen.

H 4.) Die Presse orientiert sich in ihrer Berichterstattung eher nach ÖVP-Standpunkten, wohingegen Österreich sich eher nach SPÖ-Standpunkten orientiert.

H 5.) Der Standard orientiert sich in seiner Berichterstattung eher nach SPÖ-Standpunkten, wohingegen die Kronen Zeitung eher keine parteipolitische Tendenz erkennen lässt.

Bereits seit Jahrzehnten werden das Verhältnis zwischen Realität, den Medien und der Medienrealität und die daraus folgenden Konsequenzen in der Kommunikationswissenschaft diskutiert. Daher setze ich mich in Kapitel 2 mit den unterschiedlichen Denkrichtungen, die dazu bestehen, auseinander. Anschließend, in Kapitel 3, stelle ich die unterschiedlichen Theorien, die zur Nachrichtenauswahl bestehen, vor. Diese liefern mögliche Antworten darauf, nach welchen Regeln oder Kennzeichen Berichterstattung zustande kommen kann.

Mein Forschungsinteresse zielt darauf ab, zu erforschen, ob die Berichterstattung der ausgewählten Tageszeitungen betreffend der Standpunkte der beiden Parteien SPÖ und ÖVP zu einem bestimmten Thema ausgeglichen war, d.h. ich beschäftige mich in diesem Zusammenhang mit der Qualität gewisser Medieninhalte. Demgemäß diskutiere ich in Kapitel 4 verschiedene Konzepte, die gewisse Leistungskriterien oder Systeme für Medieninhalte aufstellen und die die Qualität von Medien sichtbar bzw. messbar machen. Tageszeitungen sind gesetzlich nicht dazu verpflichtet objektiv, neutral, ausgeglichen und dergleichen zu berichten, daher gebe ich auch einen kurzen Einblick in den rechtlichen Rahmen der Leistungsanforderungen, die möglicherweise an Printmedien gestellt werden können.

In engem Zusammenhang mit der Qualität von Medieninhalten steht die Forderung nach publizistischer Vielfalt an das Mediensystem, auf die ich ebenfalls in Kapitel 4 meiner Arbeit eingehen werde.

Anschließend gebe ich eine kurze theoretische Gegenüberstellung der Merkmale von Boulevard- und Qualitätszeitungen, da ich ja auch wissen möchte, ob ein Unterschied in deren Berichterstattung in Bezug auf die Steuerreform liegt. Außerdem weise ich in Kapitel 5 auf die Blattlinien der zu untersuchenden Tageszeitungen - Kronen Zeitung, Österreich, Standard, Presse - hin.

In Kapitel 6 liefere ich eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Diskussion um eine mögliche Steuerreform unter Kanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer.

Dann lege ich die Untersuchungsmethode, den Untersuchungszeitraum und das Untersuchungsmaterial fest und stelle das meiner Untersuchung zugrunde liegende Kategorienschema vor. Anschließend folgt eine Auswertung und Interpretation der Ergebnisse anhand des Kategoriensystems. Dann prüfe ich die Hypothesen.

Das achte und letzte Kapitel stellt eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte meiner Arbeit dar.

2. Realität und Medienrealität

In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit dem Verhältnis und der Wechselwirkung von Realität, Medien und Medienrealität.

Besteht denn nun die eine Wirklichkeit tatsächlich und ist es überhaupt die Aufgabe der Medien, diese wiederzugeben? Verzerren die Medien die Realität bei dem Versuch, diese wiederzugeben? Oder ist es eine gänzlich falsche Annahme, dass überhaupt davon ausgegangen wird, dass Medien versuchen, die Wirklichkeit darzustellen?

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Fragen, mit denen bzw. mit deren Beantwortung ich mich im folgenden Kapitel auseinandersetze. Zu Beginn gebe ich einen kurzen Einblick in die philosophischen Begriffe des Konstruktivismus und Realismus, um anschließend deren Bedeutung für die Kommunikationswissenschaft zu diskutieren und mögliche Modelle zur Beziehung zwischen Medien und Realität vorzustellen.

2.1. Konstruktivismus versus Realismus

In diesem Abschnitt gehe ich auf die Gegenüberstellung zwischen Konstruktivismus und Realismus ein.

2.1.1. Einführung in den Konstruktivismus

Der Begriff der Konstruktion selbst ist sehr alt und hatte seinen Ursprung bereits in der Antike.⁴ Der Konstruktivismus als Sammelbegriff für eine Reihe von Ansätzen hatte seinen Ausgangspunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts.⁵

Der Begriff der Konstruktion wird in verschiedenen Wissenschaften inzwischen mit teilweise sehr unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. Aufgrund der Menge und des Umfangs der geschichtlichen, inhaltlichen und diskursiven Beiträge und Untersuchungen zum Konstruktivismus und aufgrund der vielfältigen Verwendbarkeit des Begriffs werde ich mich in meine Ausführungen nun nur kurz mit der Anwendung des Begriffs in der Philosophie beschäftigen.

„Konstruktivismus - 1. Zum Begriff. <Konstruktivismus> (K.) ist eine allgemeine Bezeichnung für Richtungen und Bemühungen in Wissenschaft, Kunst und Philosophie, die den Begriff der Konstruktion für das Hervorheben der jeweiligen Gegenstände ins Zentrum stellen. Innerhalb der Philosophie bezeichnet K. eine erkenntnistheoretische Perspektive, die jede Erkenntnistätigkeit als konstruierend begreift und Gegenpositionen zu metaphysischen Ontologien und realistischen Erkenntnistheorien formuliert.“⁶

⁴ Vgl. Enzyklopädie Philosophie A-N, 1999, S. 719; Historisches Wörterbuch der Philosophie, 1976, S. 1009.

⁵ Vgl. Metzler Lexikon Philosophie, 2008, S. 310.

⁶ Enzyklopädie Philosophie, 1999, S. 722.

Es existieren viele unterschiedliche Ausprägungen des Konstruktivismus⁷, die in manchen Bereichen oft sogar widersprüchlich wirken. Dennoch ist ihnen eines gemeinsam, nämlich, „ [...] dass Erkenntnis aus Prozessen resultiert, die von den wahrnehmenden Systemen selber in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Weise abhängen.“⁸

Das heißt, die Erkenntnis einer beispielsweise Wirklichkeit ist daraus folgend konstruiert und besteht nicht unabhängig.

Aus dieser kurzen Einführung lassen sich bereits zwei wichtige Kennzeichen des Konstruktivismus herauslesen. Zum einen steht die Entstehung einer möglichen Konstruktion im Mittelpunkt und zum anderen besteht der Konstruktivismus hier als Gegensatz zum Realismus.

„Philosophisch betrachtet ist der Konstruktivismus keine Ontologie, die das Wesen des Seins erklärt, sondern eine Epistemologie, d.h. eine Erkenntnistheorie, die die Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Erkennens reflektiert.“⁹

2.1.2. Die Gegenüberstellung zum Realismus

In der Gegenüberstellung von Konstruktivismus und Realismus geht es unter anderem darum,

„ [...] ob eine Instanz oder Einheit X (diese kann sein: ein Mensch, ein Beobachter, ein Gehirn, ein soziales System in unterschiedlichen Ausprägungen, die gesamte Kultur, das gesamte Soziale, die Medien *as a whole* usw.) die Wirklichkeit, die sie zu erkennen glaubt, selbst hervorgebracht oder bloß abgebildet hat.“¹⁰

Stefan Weber bringt die im Kapitel 2.1.1. genannten Kennzeichen des Konstruktivismus wie folgt auf den Punkt:

„ Realismus geht davon aus, dass es *eher* oder überhaupt nur die Wirklichkeit ist, die auf die Instanz einwirkt (und nicht umgekehrt); während der Konstruktivismus behauptet, dass es *eher* oder überhaupt nur die Instanz ist, die im Akt des Erkennens die Wirklichkeit erzeugt.“¹¹

2.1.3. Einführung in den Realismus

Der vorangegangene Abschnitt führt mich zuerst zur Frage, was ganz allgemein unter Realismus verstanden wird. „2. In der Erkenntnistheorie bez. man als R. (im

⁷ Vgl. Krippendorf, 1993, S. 19.

⁸ Universalien und Konstruktivismus, 2001, S.7.

⁹ Siebert, 2005, S. 7.

¹⁰ Weber, Stefan, Was heißt 'Medien konstruieren Wirklichkeit'? Von einem ontologischen zu einem empirischen Verständnis von Konstruktion, 2002, S. 11, Online im WWW unter URL: http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/diverse/40_Weber.pdf [26.11.2008].

¹¹ Ebenda.

Unterschied zum erkenntnistheoret. Idealismus) Positionen, denen die Auffassung gemeinsam ist, daß [!] es eine unabh. vom Subjekt existierende Außenwelt gibt.“¹²

Der Realismus geht - verkürzt gesagt - vom Vorhandensein der Realität aus, die independent vom Bewusstsein besteht. Eine weitere Grundannahme, von welcher der Realismus ausgeht, ist dass es möglich sei, diese Realität, so wie sie sei, erfassen zu können.¹³

Dies lässt auf weitere Fragestellungen schließen, die sich beim Realismus als Denkrichtung auftun.

Zum einen ist es ungewiss, ob ein gewisses Objekt, das erkannt wird, so wie es erfasst wird, tatsächlich besteht und zum anderen, ob, so erklärt es der Realismus, eigentlich ein vom Bewusstsein nicht abhängiges Objekt existieren kann oder ob es nicht eher ein Ergebnis des Bewusstseins ist, wie es der Idealismus erklärt.¹⁴

Auf den ersten Blick könnte diese allgemeine zitierte Feststellung dazu führen, den Konstruktivismus mit dem Idealismus gleich zu setzen, was aber nicht richtig wäre.

Dies und einen weiteren wichtigen Aspekt bringt auch Günther Bentele im Zusammenhang mit seiner Definition von Wirklichkeit wie folgt auf den Punkt:

„In den unterschiedlichen Spielarten des Realismus (z.B. naiver Realismus, Neo-Realismus, natürlicher Realismus, kritischer Realismus, hypothetischer Realismus) wird meist von der Existenz einer bewusstseinsunabhängigen W. ausgegangen, während in verschiedenen Varianten des erkenntnistheoretischen Idealismus letztlich das erkennende Subjekt oder Bewusstsein für die W. verantwortlich ist bzw. diese generiert oder konstruiert. In Auffassung des (biologischen oder radikalen) Konstruktivismus konstruiert das Gehirn das, was wir als W. wahrnehmen. Ein direkter Bezug zur oder eine Erkennbarkeit einer solchen Außenwelt wird ausgeschlossen.“¹⁵

2.1.4. Wirklichkeit versus Konstruktivismus?

Der Konstruktivismus stellt somit nicht die Existenz einer Realität an sich in Frage, vereinfacht formuliert stellt sich diese Frage gar nicht, denn ein Vergleich oder eine Annäherung zwischen Realität und Konstruktion ist nicht möglich bzw. auch nicht erstrebenswert.

„Im Licht einer konstruktivistischen Erkenntnistheorie wird der Erkennende(das kognitive System) als Ort der Produktion von Sinn und Wissen angesehen. Keineswegs führt das zu einer Beliebigkeit der Erkenntnis. Denn kognitive

¹² Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 1998, S. 549.

¹³ Vgl. Universalien und Konstruktivismus, 2001, S. 8.

¹⁴ Vgl. Der Brockhaus Philosophie, Ideen, Denker und Begriffe, 2008, S. 349.

¹⁵ Bentele, 2006, S. 311 f.

Operationen sind sozio-kulturell geprägt; Sinn und Wissen können nur durch ständigen Rückbezug auf kollektives Wissen produziert werden.“¹⁶

Daraus ergibt sich folgendes Bestreben des Konstruktivismus: Der Konstruktivismus als Wissenschaft interessiert sich nicht so sehr dafür, wie und warum die Realität funktioniert, sondern dafür, wer sie betrachtet. Diese Forschung strebt danach, zu entdecken, was er/sie sieht, wie er/sie sieht und was für ihn/sie die Realität ausmacht und welche Folgen dies für seine/ihre Überlegungen, Taten und Kommunikation hat.¹⁷

Nicht das Was sondern das Wie führt uns daraus folgend zur Erkenntnis.

2.2. Medien und Realität

In diesem Abschnitt diskutiere ich die konstruktivistischen und realistischen Denkansätze in der Kommunikationswissenschaft.

2.2.1 Die konstruktivistische Position in der Kommunikationswissenschaft

Im vorangegangenen Kapitel habe ich einen kurzen Abriss über die Grundannahmen des Realismus und des Konstruktivismus gegeben.

„Es sind die uralten Fragen, mit denen sich die Menschheit seit eh und je auseinandergesetzt hat, die sich – grob gesprochen – in der westlichen Welt zu zwei Haltungen – ich würde sogar sagen: in zwei Denkstile – entwickelt haben: den ‘Realismus’, [...]; und den ‘Konstruktivismus’ in seinen verschiedenen Formen[...]. Welcher von diesen zwei Richtungen soll man sich anschließen? Die für unser Thema entscheidende Frage, die ein Konzentrat der obigen Haltung geben soll, möchte ich so formulieren: „Bin ich vom Universum getrennt?“ [...] oder „Bin ich ein Teil des Universums?“ [...]“¹⁸

So „uralt“ diese Fragen auch sein mögen, sind sie dennoch wichtig, um mein zentrales Forschungsinteresse der ausgeglichenen Berichterstattung¹⁹ vor dem Hintergrund der Diskussion zu „Realität versus Medienrealität“ zu sehen.

In der wissenschaftlichen Betrachtung des Journalismus war die Beziehung zwischen Realität und Journalismus von Anfang an Thema. Zumindest seitdem die Denkrichtung des Radikalen Konstruktivismus aufkam, kristallisierten sich zwei erkenntnistheoretische Ansichten heraus. Es wird zwischen materialistischen und

¹⁶ Löffelholz, 2000, S. 20.

¹⁷ Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, 2006, S. 138.

¹⁸ von Foerster, 1993, Seite 22.

¹⁹ Vgl. Kapitel 7. Problemstellung – Forschungsinteresse.

idealistischen bzw. zwischen realistischen und relativistischen Haltungen unterschieden.²⁰

Wie hat das Aufkommen dieser Art von Gegenpositionen die Medienforschung verändert?

Die VertreterInnen konstruktivistischer Denkansätze sehen sich im Gebiet der Medienwissenschaft als grundsätzliche Wahlmöglichkeit gegenüber dem Realismus.²¹

Auch wenn der konstruktivistische Denkansatz in der Medienforschung bereits einige Jahrzehnte besteht, scheint er sich trotzdem nach wie vor nicht vollkommen durchgesetzt zu haben, wie es dieses Zitat von Stefan Weber aus dem 21. Jahrhundert zeigt:

„Traditionelle realistische Modelle von Medien und Journalismus gehen tendenziell von einer Wirklichkeit aus, die auf die Medien einströmt und von diesen dann an die Rezipienten (selektiert/gefärbt/>biased<) weitergegeben wird. Der Konstruktivismus stellt diese Denkrichtung auf den Kopf bzw. kehrt sie um: Die Rezipienten konstruieren sich aktiv aus den Medienwirklichkeiten ihre Rezipientenwirklichkeiten [...], und die Medien erzeugen erst Wirklichkeiten, indem sie publizieren.“²²

Im Großteil der für dieses Kapitel verwendeten Literatur wird zwischen Realismus und Konstruktivismus unterschieden bzw. werden diese beiden Denkansätze gegenübergestellt. Für den weiteren Aufbau der Arbeit ist diese Unterscheidung auch zweckmäßig und ausreichend, dennoch sei an dieser Stelle angemerkt, dass es dazu auch weitere Modelle gibt, als Beispiel sei hier der „Expressionismus“ nach Hans Mathias Kepplinger genannt.

H.M. Kepplinger unterscheidet nicht nur zwischen Konstruktivismus und Realismus sondern auch noch zwischen Expressionismus. Der Expressionismus geht davon aus, dass es eine objektive Realität gibt, die auch erkennbar ist. Es ist nicht Aufgabe der Medien, die Realität genau widerzuspiegeln, sondern eine Interpretation der Realität zu geben, um ihr somit eine Bedeutung zu geben.²³

2.2.2. Das Verhältnis zwischen Wirklichkeit und Medienwirklichkeit

Die Wechselwirkung, Beziehung oder das Verhältnis von Medien und Realität bzw. Medienrealität wurde bereits einer Reihe von Untersuchungen unterzogen.²⁴

Der Schluss aus diesen lautet unter anderem, dass die Medien die Realität nicht abbilden bzw. diese nicht annähernd umfassend transportieren. Die Berichterstattung

²⁰ Vgl. Weber, 1999, S. 43.

²¹ Vgl. Weber, 2003, S.189.

²² Ebenda.

²³ Vgl. Kepplinger, 1990, S.52.

²⁴ Vgl. Bonfadelli, 2002, S.48 ff.

der Medien ist teilweise nicht präzise, aber partiell und einseitig. Durch die durch die Medien transportierte Wirklichkeit lässt nur sehr wenig auf die physikalischen Charakteristika des Kosmos, die strukturellen Gegebenheiten der Gesellschaft, die Entwicklung von Geschehnissen oder das Bestehen der öffentlichen Ansichten und Meinungen schließen.²⁵

Wie lässt sich dieser offensichtliche Widerspruch zwischen den Funktionen und dem unter anderem daraus resultierendem Anspruch auf Objektivität der Massenmedien²⁶ und der tatsächlichen Berichterstattung erklären?

Dazu folgen nun zwei verschiedenen Zugänge oder Unterscheidungsweisen, die versuchen diesen Widerspruch zu erklären bzw. aufzuklären.

2.2.2.1. Das ptolemäische und das kopernikanische Modell

Winfried Schulz beantwortet diesen Widerspruch mit zwei unterschiedlichen Modellen zur Beziehung zwischen Medien und Realität, mit dem ptolemäischen und dem kopernikanischen Modell.

In Ersterem fungieren die Medien als Spiegel der Realität. Dieses Modell basiert auf zwei Bedingungen:

„Die erste Prämisse unterstellt einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Massenmedien und Gesellschaft. Nach dieser Auffassung sind die Massenmedien ein Fremdkörper, eine der Gesellschaft „aufgesetzte“ wissensfremde Technik – mit dem Potential, Individuen und soziale Gruppen zu kontrollieren und zu manipulieren, der Gesellschaft zu schaden. Die zweite Prämisse unterstellt, daß [!] es grundsätzlich die Aufgabe der Medien – insbesondere der Nachrichtenmedien – ist, die Realität widerzuspiegeln, ein möglichst getreues und genaues Abbild der Welt bereitzustellen.“²⁷

Da bei diesem Modell von einer starken Beeinflussung der Medien auf Gesellschaft und Einzelpersonen und dem Anspruch an die Medien, dass diese eben ein Abbild der Realität liefern sollten, ausgegangen wird, endet die Kritik an diesem Modell mit dem Ruf nach einer stärkeren Beobachtung und sogar Kontrolle der Medien.²⁸

Beim zweiten Modell, dem kopernikanischen, werden die Medien von Schulz als „Weltbildapparate“ bezeichnet. Die Medien werden bei diesem Modell nicht als unabhängiger Gegenpol zur Gesellschaft gesehen, denn nur gemeinsam ergeben sie eine Ganzheit, nur gemeinsam werden sie als solche gesehen. Somit sind die Medien Teil des Vorgangs, aus dem eine Vorstellung von Realität erst entsteht. In diesem

²⁵ Vgl. Schulz, 1997, S.56.

²⁶ Vgl. Burkart, 2002, S. 408 und Kapitel 4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.

²⁷ Schulz, 1989, S. 140.

²⁸ Vgl. Schulz, 1989, S. 141.

Modell besteht ihr Zweck darin, die Geschehnisse in der sozialen Welt auszuwählen, aufzubereiten und zu erörtern.²⁹

Im kopernikanischen Modell werden unterschiedliche Perspektiven der Medienrealität, wie beispielsweise Auswahl, Wertungen und Einseitigkeit als positive Funktionen von Kommunikation betrachtet, wohingegen ebendiese in der „ptolemäischen“ Auffassung als störend und den- Fluss-behindert gelten und deshalb beanstandet werden.³⁰

Es wird als Aufgabe der Medien gesehen, dass diese selektieren und aufbereiten, vielleicht sogar interpretieren. Sie helfen bzw. sind unersetzlich dabei, Realität zu konstruieren. Medien haben in diesem Modell eine alles andere als passive Rolle, sie gestalten Realität mit, d.h. sie beteiligen sich an deren Konstruktion.

Im ersten Modell kann Kommunikation nur stattfinden, wenn Realität existiert, im zweiten Modell ist die Wirklichkeit das Ergebnis dieses Prozesses, der Kommunikation. Die Realität als Ergebnis von Kommunikation wird zum einen aus Geschehnissen des informationsverarbeitenden Systems oder des Individuums und zum anderen aus Einsichten, Erlebnissen und Verarbeitungsregeln des informationsverarbeitenden Systems konstruiert. Diese beiden Informationsquellen nennt Schulz externe und interne Informationen.³¹

Als Konsequenz bzw. Kritik ergibt sich daraus, dass Realität zwar besteht, ohne Informationsverarbeitungsprozess ist sie jedoch nicht fassbar oder zu begreifen. Dadurch kann auch die Konstruktion, die Medienrealität, nicht mit der Realität verglichen werden, um so beispielsweise die Abweichung fassbar machen zu können. Das zweite Modell führt somit folglich zur Frage, wie die Medien Realität konstruieren bzw. nach welchen Kriterien.³² Die möglichen Kriterien, nach welchen Medienrealität konstruiert wird, werden in Kapitel 3. Die Nachrichtenauswahl der Massenmedien diskutiert.

2.2.2.2. Vom Realismus zum Konstruktivismus

Stefan Weber erklärt mittels einer abgestuften Systematik die Beziehung zwischen Medien und Realität. Diese wohl umfangreichste Auflistung an Theorien bzw. Abstufungen des Verhältnisses zwischen Medien und Wirklichkeit klärt Weber unter anderem in seinem Buch „Wie journalistische Wirklichkeiten entstehen“.

Die Auflistung reicht vom naiven über den kritischen bzw. hypothetischen Realismus, über den kritischen Rationalismus, den Repräsentationismus, den „rekonstruktiven

²⁹ Vgl. ebenda, S. 142.

³⁰ Vgl. ebenda.

³¹ Vgl. ebenda.

³² Vgl. Burkart, 2002, S. 274 f.

Ansatz“, über die „kopernikanische Auffassung“, die ethnomethodologische Nachrichtenanalyse, über den radikalen Konstruktivismus, den Simulations-/Virtualisierungs-Ansatz, über den Ansatz von der Umkehr von Realität und Simulation bis hin zum non-dualistischen bzw. nicht-dualisierenden Ansatz. Zusätzlich gilt es, bei diesen Theorien zwischen deskriptiven und präskriptiven Versionen weiter zu unterscheiden.³³

Es würde für diese Arbeit zu weit führen, jeden Ansatz der Systematik einzeln zu besprechen. Zielführend ist es zu wissen, dass es sich dabei um eine Abstufung des Verhältnisses zwischen Medien, Medienrealität und Realität handelt.

Der fünfte Ansatz, der „rekonstruktive Ansatz“, stellt eine Art Mittelweg zwischen auf der einen Seite eher realistischen und auf der anderen Seite eher konstruktivistischen Ansätzen dar. Er geht davon aus, dass Medien die Wirklichkeit rekonstruieren. Die Medien bilden die Wirklichkeit ab, dieses Abbild ist ein Konstrukt.³⁴

Der naive Realismus stellt die erste Stufe der einen Seite dar: Diese Denkrichtung geht davon aus, dass die Massenmedien ein umfassendes Bild der Realität abbilden. Der radikale Konstruktivismus tritt als die letzte Stufe der konstruktivistischen Seite auf. Er vertritt die Ansicht, dass es mehrere Wirklichkeiten gibt, je nach Bezugssystem, Individuum, etc. Keine der Wirklichkeiten ist objektiver oder realer als die andere bzw. ist keine einer einzigen Realität stärker verbunden. Dieser Konstruktivismus stellt nicht nur das Gegenüber von Medienrealität und Realität in Frage, sondern auch andere duale Gegenüberstellungen, wobei die Unterscheidung in weitere Feinheiten, Begriffe, Gegenstände, usw. das Ziel ist. Außerdem wird hier von einem/r aktiven/m Rezipienten/in ausgegangen, welche/r sich die Medieninhalte aussucht, wodurch die Medien die Möglichkeit bekommen, Ereignisse herzustellen.³⁵

Die letzten drei Ansätze sind nicht in die Abstufung zwischen realistischen und konstruktivistischen Positionen einzuordnen, da sie sich nicht wirklich auf die Gegenüberstellung zwischen Realismus und Konstruktivismus einlassen. Als gewichtigster der drei Ansätze sei hier kurz auf den non-dualistischen bzw. nicht-dualisierenden Ansatz in der Medienforschung eingegangen.³⁶

Unerlässlich ist es hierbei, „[...] den Dualismus von Medien (als wirklichkeitserzeugende und/oder – abbildende Instanz) und Wirklichkeit (als Produkt

³³ Vgl. Weber, 1999, S. 59.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 68 ff.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 60-74.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 74-80.

und/oder Voraussetzung der Medienberichterstattung) nicht unhinterfragt vorzusetzen, also: zu ontologisieren.“³⁷

2.2.3. Fazit und Ausblick

Abschließend möchte ich an dieser Stelle die wichtigsten Feststellungen des Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft zusammenfassen.

Wirklichkeit existiert womöglich unabhängig vom Bewusstsein beispielsweise eines/r Journalisten/in.

Medien bilden die Realität nicht umfassend ab. Wirklichkeit ist aber nicht direkt erreichbar oder fassbar, daher ist auch ein Vergleich mit einer Konstruktion dazu schwierig.

Der/die Erkennende bzw. ein System konstruiert seine/ihre Wirklichkeit nicht willkürlich, sondern entsprechend sozialen, kulturellen, kognitiven Bedingungen oder Voraussetzungen, denen der/die Einzelne in seiner/ihrer Umgebung unterliegt.

Im Konstruktivismus stehen der/die Erkennende, der/die Beobachter/in, ein System im Mittelpunkt der Forschung und seine/ihre Prozesse zur Erkenntnis.

Der/die Rezipient/in konstruieren aktiv seine/ihre Wirklichkeiten aus Wirklichkeiten, die von den Medien konstruiert und herausgebracht wurden.

Der konstruktivistische Denkansatz in der Kommunikationswissenschaft besteht bereits einige Jahrzehnte. Dennoch kann ich aus der oben zitierten Literatur nicht ableiten, dass sich diese Erkenntnistheorie gegenüber dem Realismus vollkommen durchgesetzt hätte, daher hat sie auch nichts an ihrer Faszination verloren.

„Wie auch immer sich die Debatte um den Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft entwickeln wird – festzustehen scheint, dass es sich dabei um eine gar nicht so neue, aber in den letzten Jahren vermehrt beachtete Position handelt.“³⁸

Stefan Weber geht in seinem Buch „Non-dualistische Medientheorie“ bereits einen Schritt weiter und schlägt die non-dualistische Perspektive als weitere Möglichkeit bzw. Ausweg aus der beispielsweise Gegenüberstellung Konstruktivismus-Realismus vor. Eine

„[...] geeignete neue Basistheorie in der Medienwissenschaft [...]. [...] sollte die Fehler der bisherigen Basistheorien der Medienwissenschaft vermeiden: die unzureichende Reflexion der eigenen Denkvoraussetzungen, die häufige Unterkomplexität der eigenen Argumentation, der oft relativ <blinde> Anschluss an jeweils aktuelle Theorienmoden [...].“³⁹

³⁷ Weber, Stefan, Was heißt 'Medien konstruieren Wirklichkeit'? Von einem ontologischen zu einem empirischen Verständnis von Konstruktion, 2002, S. 14, Online im WWW unter URL: http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/diverse/40_Weber.pdf [26.11.2008].

³⁸ Burkart, 2002, Seite 315.

³⁹ Weber, 2005, S. 351.

Und der Non-Dualistische Zugang würde auch einen wichtigen „[...] Beitrag zu einer Ent-Dichotomisierung unnötiger binärer Positionen [...] leisten.“⁴⁰

Es wird sich weisen, welcher dieser Denkansätze in Zukunft größere Akzeptanz gewinnt bzw. die Literatur dominieren wird.

Medien bringen ihre konstruierten Medienrealitäten heraus. Dieser Aspekt ist in Bezug auf meine Hypothesen⁴¹ zentral. Den konstruktivistischen Denkansätzen nach ist es nicht Bestimmung der Medien, eine möglicherweise bestehende Realität allumfassend abzubilden. Es ist legitim auszuwählen und aufzubereiten. Dies geschieht allerdings nicht beliebig sondern unterliegt bestimmten Bedingungen. Gerade deswegen möchte ich wissen, welches Bild der Diskussion zur Steuerreform von den Printmedien vermittelt wurde.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Kapitel 7.1. Forschungsleitende Fragen und Hypothesen.

3. Die Nachrichtenauswahl der Massenmedien

In diesem Kapitel beschäftige ich mich unter anderem mit einer grundlegenden Frage, die in Kapitel 2.2.2.1. Das ptolemäische und das kopernikanische Modell dieser Arbeit aufgetaucht ist. Sie steht im Zusammenhang mit einer möglichen Erklärung zum Widerspruch zu den Funktionen und dem unter anderem daraus resultierenden Anspruch auf Objektivität der Massenmedien und der tatsächlichen Berichterstattung.⁴² Massenmedien konstruieren Realität. Folglich stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien sie dies tun.

3.1. Theorien der Nachrichtenauswahl

Ich gebe nun einen Überblick über die klassischen Theorien der Nachrichtenauswahl. Zuerst diskutiere ich einige wesentliche Begriffe, da deren Bedeutung wichtig für die weitere Arbeit ist. Wie die Bezeichnung Theorien der Nachrichtenauswahl bereits erahnen lässt, beschäftige ich mich hier mit den Regeln bzw. Kriterien und Einflüssen, nach welchen Journalisten/innen Realität konstruieren bzw. durch welche Berichterstattung bestimmt wird.

3.1.1. Grundlegende Begriffsklärung

3.1.1.1. Nachricht

Der Begriff Nachricht, hat je nach Wissenschaft, verschiedene Bedeutungen. Ich konzentriere mich hier aufgrund des Themas meiner Arbeit auf den Begriff der Nachricht im Journalismus.

Laut Wörterbuch zur Publizistik ist Nachricht „Vielfach synonym für Information, Mitteilung, Hinweis, Meldung [...]“⁴³ Im Journalismus hat der Begriff eine noch genauere Bedeutung:

„Eine Zeitungs-, Radio- oder Fernsehnachricht ist eine >Neuigkeit< - genauer: eine Mitteilung über ein aktuelles Ereignis, für das ein öffentliches Interesse besteht, oder – spezieller noch – eine nach bestimmten Regeln gestaltete journalistische Darstellungsform (Wort-, Bild- oder Filmnachricht).“⁴⁴

Diese Zitate zeigen bereits, dass Aktualität und öffentliches Interesse eine wesentliche Rolle beim Erstellen von Nachrichten im Journalismus haben. Zudem werden Nachrichten nach einem bestimmten Regelwerk erstellt. Dieses Regelwerk beschäftigt mich noch in den nachfolgenden Abschnitten. Dennoch sagt das letzte Zitat noch nichts über die Erkenntnisse des zweiten Kapitels meiner Arbeit aus bzw.

⁴² Vgl. Burkart, 2002, S. 408.

⁴³ Wörterbuch zur Publizistik, 1970, S.247.

⁴⁴ Schulz, 2002, S. 328.

bezieht sich nichts in diesem Zitat darauf, dass Medien oder Journalisten/innen beispielsweise ein Ereignis nicht 1:1 abbilden können.

3.1.1.2. Ereignis

Der Begriff Ereignis fand sich bereits im vorangegangenen Abschnitt. Für den alltäglichen Gebrauch müsste der Begriff nicht definiert werden, doch für diese Arbeit ist die Unterscheidung bzw. Abgrenzung der einzelnen Ereignisbegriffe zielführend.

Generell gesehen ist ein „Ereignis, ein zeitlich und räumlich abgrenzbarer Realitätsausschnitt. Realität (oder Wirklichkeit) wird dabei oft als ein vom wahrnehmenden Organismus unabhängig, eigenständig ablaufendes Geschehen betrachtet, das im menschlichen Wahrnehmungs- und Erkenntnisprozess kognitiv (re-)konstruiert wird.“⁴⁵

Kepplinger unterscheidet, abgesehen von dieser allgemeinen Definition, zwischen drei verschiedenen Arten bzw. Definitionen von Ereignissen. Ein Ereignis wie beispielsweise ein Erdbeben, ein Flugzeugabsturz oder der Gewinn der absoluten Mehrheit bei einer Wahl wird als genuines Ereignis bezeichnet. Es geschieht unabhängig von den Medien und findet auch statt, wenn keine Medien bzw. Journalisten/innen, die etwaigen falls darüber berichten, anwesend sind. Die nächste Stufe stellt das mediatisierte Ereignis dar: dieses Ereignis findet zwar auch statt, wenn keine Medien anwesend sind, es läuft aber durch die Erwartung, dass Medien darüber berichten bzw. Journalisten/innen anwesend sind, anders ab, d.h. das Ereignis wird „mediengerecht verpackt“. Die höchste Stufe stellt das so genannte Pseudoereignis dar. Es geschieht nur, wenn Journalisten/innen anwesend sind bzw. verfolgt nur das Ziel der Berichterstattung.⁴⁶

3.1.1.3. Objektivität

Das kopernikanische Modell nach Schulz⁴⁷ führt mich zur Frage, nach welchem Regelungswerk die Medien ihre Realität konstruieren. Dem kopernikanischen (und ptolemäischen) Modell war die Frage des Widerspruchs zwischen Objektivität und Berichterstattung vorausgegangen.⁴⁸

Daher befasse ich mich an diese Stelle mit dem Begriff der Objektivität im Journalismus. Ganz allgemein ist Objektivität ein

„[...] erkenntnistheoretischer Begriff für die überindividuelle, unabhängig vom Einzelnen bestehende Wahrheit eines bestimmten Gegenstandes (Objekts), Sachverhalts oder einer Aussage; auch die Eigenschaft der Unabhängigkeit von individuellen Umständen, historischen Zufällen oder beteiligten Personen. In der

⁴⁵ Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, 2006, S. 54.

⁴⁶ Vgl. Kepplinger, 1990, S. 46.

⁴⁷ Vgl. Kapitel 2.2.2.1. Das ptolemäische und das kopernikanische Modell.

⁴⁸ Vgl. Kapitel 2.2.2. Das Verhältnis zwischen Wirklichkeit und Medienwirklichkeit.

Wissenschaft ist Objektivität verbindliches Kriterium für die intersubjektive Geltung von Aussagen und Verfahren; sie erweist sich an deren allgemeiner Überprüfbarkeit.“⁴⁹

D.h., dass das Verhältnis zwischen Beobachtendem und Sachverhalt, also Objekt, im Mittelpunkt steht, auch wenn der/die Beobachter/in laut dieser Begriffsdarstellung als austauschbar zu betrachten ist. Zudem geht diese Definition von einer Wahrheit eines Objekts aus. Auf dieser Definition basierend stellt sich nun die Frage, was Objektivität im Journalismus bedeutet bzw. welche Konsequenzen diese Definition dann für den weiteren Aufbau meiner Arbeit hat.

„Objektivität, [...] ein für die öffentliche Kommunikation vor allem als journalistische O., d.h. als Norm für journalistisch-berufliches Handeln, relevanter Begriff. [...], ist eine zentrale journalistische Norm angesprochen, die sich auf eine Berichterstattung bezieht, die „objektivgemäß“ ist, d.h. die Ereignisse in der Welt „adäquat“ beschreibt und sie nicht verzerrt.“⁵⁰

Eine Norm ist eine Regel, ein Richtmaß.

Die Glaubwürdigkeit eines/r Journalisten/in, eines Massenmediums beeinflusst, inwiefern die Rezipienten/innen glauben oder annehmen, dass es sich bei der Berichterstattung über beispielsweise ein Ereignis um „objektive“ Berichterstattung handelt.⁵¹

Abgesehen von dieser Norm steht Objektivität auch für einen politischen Anspruch und ein theoretisches Problem.⁵²

Objektivität als politische Forderung bzw. Anspruch verfolgt das Ziel, etwaige Machtverhältnisse zu stärken oder zu variieren. Hierbei dient Objektivität als Vorwand oder Mittel, die Interessen und den Einfluss bestimmter Gruppen in den Vordergrund zu stellen. Als Beispiel seien hier politische Parteien genannt, die sich inner- oder auch außerhalb von Wahlkampfzeiten über die mangelnde Objektivität des ORF beschwerten.⁵³

Mangelnde Objektivität ist hier Vorwand oder Begründung für die subjektiv empfundene Schlechterstellung bestimmter Interessensgruppen.

49

URL:
<http://lexikon.meyers.de/wissen/Objektivit%C3%A4t;jsessionid=D4CB9B31AB99237A5124A08E31DD1CFF.jvm1> [06.12.2008].

⁵⁰ Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, 2006, S. 201.

⁵¹ Vgl. Wörterbuch zur Publizistik, 1970, S.263.

⁵² Vgl. Schulz, 2002, S. 358.

⁵³ Konkrete Beispiele: Die ÖVP beschwert sich in einer OTS-Aussendung vom 07.10.2007 über die Einladungspolitik des ORF für eine bestimmte Politsendung. URL: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20071007_OTSO061 [08.12.2008]. Die FPÖ beschwert sich mittels einer OTS-Aussendung vom 03.02.2008 über mangelnde Objektivität bei der Einladungspolitik für eine bestimmte Politsendung. URL: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20080203_OTSO013&ch=medien [08.12.2008].

Die Verbindung zwischen Objektivität und einem theoretischen Problem meint zum einen

„[...] ein Abbildungs- und Selektionsproblem [...]“⁵⁴ und zum anderen auch die „[...] Frage nach der Interpretation von Wirklichkeit: Welche Interpretationsschemata, welche Hypothesen über die Realität wenden die Medien an, wenn sie uns die Welt durch Nachrichten deuten und damit erst wahrnehmbar machen?“⁵⁵

Das „Abbildungs- und Selektionsproblem“ bedeutet hier, dass Medien die Realität nicht umfassend abbilden bzw. dies nicht möglich ist. Da Wirklichkeit bzw. ein Ereignis nicht direkt erreichbar oder fassbar ist, ist auch ein Vergleich mit einer dazugehörigen Konstruktion schwierig.⁵⁶

Die „Frage nach der Interpretation“ führt mich zu den Theorien der Nachrichtenauswahl, d.h. welche Merkmale weist ein Ereignis auf, um zur Nachricht zu werden, nach welchen Kriterien stellen Journalisten/innen eine Realität ihres Mediums her?

Burkart nennt dazu drei Forschungstraditionen⁵⁷, auf welche ich in den nun folgenden Kapiteln eingehen werde.

3.1.2. Unterteilung der Forschungstraditionen

Laut Kepplinger können die Mächte, die das Verhältnis zwischen einem etwaigen Geschehen und der Berichterstattung dazu beeinflussen, in intrinsische und extrinsische Faktoren unterteilt werden.⁵⁸

Intrinsisch meint, „[...] Faktoren, die im Prozess der Nachrichtenproduktion selbst angelegt sind und für diesen wesentlich sind.“⁵⁹

Folglich sind dies Faktoren, die auf die Nachrichtenauswahl und –aufbereitung wirken bzw. dafür wichtig sind, wie beispielsweise Platzmangel, Aktualität, usw.

Arbeiten oder Studien zum Gatekeeper-Ansatz und zur Nachrichtenwert-Theorie beschäftigen sich mit diesen Faktoren, wohingegen extrinsische Faktoren in der News-Bias-Forschung die zentrale Rolle spielen. Extrinsische Faktoren sind Faktoren, die für die Nachrichtenauswahl und –aufbereitung nicht wesentlich erscheinen bzw. diese beliebig erscheinen lassen, wie beispielsweise Vorurteile und politische Überzeugungen von Journalisten/innen.⁶⁰

⁵⁴ Schulz, 2002, S. 362.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Vgl. Kapitel 2.2.2. Medien und Realität.

⁵⁷ Vgl. Burkart, 2002, S. 275 -283

⁵⁸ Vgl. Schulz, 2008, S.57.

⁵⁹ Schulz, 2008, S.57.

⁶⁰ Ebenda, S.57 f.

3.1.3. Gatekeeper-Ansatz

David Manning White begann sich als einer der Ersten gegen Ende der Vierziger Jahre des vorherigen Jahrhunderts basierend auf der Arbeit des Psychologen Kurt Lewin damit zu beschäftigen, welche Ereignisse es aus welchen Gründen bis zur Veröffentlichung in einem Massenmedium schafften. Lewin untersuchte, welche Entscheidungen, Selektionsprozesse und Stufen ein Nahrungsmittel von der Quelle bis zum/r Verbraucher/in durchlaufen musste, um tatsächlich konsumiert zu werden.⁶¹

Lewin beschreibt ganz genau, welche Hürden, Weggabelungen und Widerstände ein Lebensmittel absolvieren muss, um tatsächlich verbraucht zu werden:

„Am Eingang eines jeden Kanals und auch zwischen den einzelnen Abschnitten befinden sich Tore und Schleusen („gates“). Diese werden entweder kontrolliert und bedient von einigen oder mehreren Wächtern oder Schleusenwärtern („gatekeepern“). Oder sie öffnen oder schließen sich nach festen Regeln. Oder es findet beides in Kombination statt.“⁶²

White übertrug dieses Modell auf die Nachrichtenübermittlung. Ein Gatekeeper entscheidet dabei, ob eine Nachricht und wie eine Nachricht publiziert wird.

Die grundsätzliche Annahme dieses Ansatzes lautet, dass subjektive Meinungen und Voreingenommenheiten die Nachrichtenselektion in den Redaktionen ergeben.⁶³

White hatte dazu eine Woche lang das Selektionsverhalten eines Journalisten „Mr.Gates“ bei einer Tageszeitung in einer amerikanischen Stadt beobachtet. Dazu untersuchte er, welche Meldungen der Nachrichtenagentur „Mr.Gates“ weiterverarbeitete und welche er unbeachtet ließ. Zudem ließ White „Mr.Gates“ festhalten, warum er bestimmte Meldungen nicht weiterverarbeitete.⁶⁴

Bei dieser Studie wurden institutionelle Faktoren, wie beispielsweise die redaktionelle Hierarchie, nicht berücksichtigt.

Robinson fasste, fast 25 Jahre später, die Arbeiten zum Gatekeeper-Ansatz zusammen und unterschied dabei drei Arten.

Whites Studie fällt dabei unter den individualistischen Ansatz. Dabei unterliegt die Meldungsauswahl und die Nachrichtenaufbereitung dem persönlichen Ermessen des Journalisten, der hier die Gatekeeper-Funktion innehat. Im institutionenorientierten Ansatz werden Journalisten als Teil eines Nachrichtenverwaltungsapparates gesehen, der gewissen Regeln und Ergebnissen der Gruppenzusammensetzung unterliegt.

⁶¹ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 20 ff.

⁶² Ebenda, S. 22 f.

⁶³ Vgl. Schulz, 2008, S. 100.

⁶⁴ Vgl. Kunczik/ Zipfel, 2001/2005, S.243.

Zudem sind die Journalisten selbst Teil eines hierarchischen Systems. Somit können nur Verleger und Chefredakteure selbst Gatekeeper sein.⁶⁵

Robinsons Ansicht nach ist auch dieser Ansatz nicht ausreichend, um die unterschiedlichsten Einflüsse, die im massenmedialen System der Nachrichtenübermittlung bestehen, darzustellen. Sie bevorzugt daher den kybernetischen Ansatz, bei welchem alle, die an der Nachrichtenauswahl und –bearbeitung mitwirkenden, zu einem System zusammengefasst werden. Dieses System reguliert „[...] sich über einen permanenten Kommunikationsfluss – über „Feedback“-Schleifen selbst [...]“⁶⁶ und hält „[...] die jeweilige Nachrichtenselektion in einem labilen Gleichgewicht [...]. Gatekeeper bestimmen in diesem Modell den Informationsfluss nicht willentlich, sondern werden innerhalb und außerhalb der Redaktion durch jene Selbstregulierungs- und Stabilitätsmechanismen gesteuert.“⁶⁷

Schulz fasst die wesentlichen Ergebnisse dieses Forschungsansatzes basierend auf einer Reihe von Arbeiten und Untersuchungen dazu wie folgt zusammen: Die Nachrichtenauswahl wird durch die persönlichen Einstellungen und Vorurteile der Journalisten/innen teils beeinflusst. Die Nachrichtenauswahl wird durch gewisse Sachzwänge (Zeit- bzw. Platzmangel, etc) bestimmt. Die Auswahl richtet sich weniger nach den Rezipienten/innen, als vielmehr nach den Kollegen/innen und den Vorgesetzten. Ebenso spielt die „redaktionelle Linie“ eine große Rolle. Als letzten Punkt nennt Schulz, dass das, was letzten Endes dann im jeweiligen Medium publiziert wird, bereits zum großen Teil der Auswahl und Bearbeitung der Agenturen unterliegt.⁶⁸

3.1.4. News-Bias-Ansatz

Studien zu diesem Forschungsansatz beschäftigen sich mit extrinsischen Faktoren.⁶⁹ Sie nehmen an, dass beispielsweise eine bestimmte politische Neigung der Nachrichtenauswahl durch die subjektiven Meinungen, Vorurteile, etc der Journalisten/innen zustande kommt. News-Bias⁷⁰-Studien basieren unter anderem auf dem Misstrauen, „[...] Journalisten nutzen ihre Sonderstellung aus, um die Darstellung der Realität nach ihren Vorstellungen zu manipulieren, um mit Hilfe einer entsprechenden Berichterstattung auch Politik zu machen.“⁷¹

⁶⁵ Vgl. Joch Robinson, 1973, S. 345 f.

⁶⁶ Kübler, 2003, S. 147.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Vgl. Schulz, 1976, S.11 f.

⁶⁹ Vgl. Kapitel 3.1.2. Unterteilung der Forschungstraditionen.

⁷⁰ Bias bedeutet übersetzt Ausrichtung, Hang, Tendenz, Verzerrung. URL: <http://dict.leo.org/ende?lp=ende&lang=de&searchLoc=0&cmpType=relaxed§Hdr=on&spellToler=on&chinese=both&pinyin=diacritic&search=bias&relink=on> [16.12. 2009].

⁷¹ Boetzkes, 2008, S. 28.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht folglich die Verknüpfung zwischen den politischen Meinungen der Journalisten/innen und ihrer Nachrichtenselektion: Wissenschaftler/innen dieses Forschungsansatzes „[...] wollen mit Hilfe experimenteller Studien sowie Befragungen und Inhaltsanalysen herausfinden, ob und wie stark Journalisten von persönlichen Einstellungen und Neigungen bei ihrer Themenauswahl und Berichterstattung geleitet werden.“⁷²

In einer überblicksartigen Auswahl über experimentelle Studien, an welchen Studenten teilnahmen, hält Staab fest, dass zum einen die subjektiven Einstellungen und zum anderen die Redaktionslinie die Nachrichtenauswahl beeinflussen. Die Teilnehmer verwendeten besonders viele Argumente in ihrer Berichterstattung, die der Redaktionslinie entsprachen, vor allem, wenn diese nicht mit ihren subjektiven Einstellungen übereinstimmten. Wenn keine Redaktionslinie vorhanden war, tendierten die Teilnehmer eher in Richtung ihrer subjektiven Einstellungen bzw. eher in Richtung neutralerer Berichterstattung, wenn sich das Ereignis und ihre subjektiven Einstellungen widersprachen.⁷³

Eine klassische⁷⁴ inhaltsanalytische Untersuchung der News-Bias-Forschung ist die von Klein und Maccoby durchgeführte Analyse von insgesamt acht Tageszeitungen zum US-Präsidentschaftswahlkampf 1952. Die Redaktionslinien der Zeitungen, d.h. in diesem Fall, ob für den demokratischen oder republikanischen Kandidaten, waren bereits aus Umfragen belegt worden. Es stellte sich heraus, dass die Tageszeitungen in ihrer Berichterstattung ihrer Redaktionslinie folgten, somit nicht ausgewogen berichteten, denn der jeweilige Kandidat wurde in der Berichterstattung bevorzugt.⁷⁵

„Diese Befunde stellten somit einen beeindruckenden Beleg für die zentrale Bedeutung politischer Faktoren im Prozeß [!] der Nachrichtenauswahl dar.“⁷⁶

Wie bereits zuvor erwähnt, ist eine weitere Möglichkeit, um den zentralen Fragen des News-Bias-Ansatzes nachzugehen, die Kombination von Inhaltsanalysen und Befragungen.

Flegel und Chaffee nutzen diese Möglichkeit zu Beginn der Siebziger Jahre. Sie unterzogen konservative und progressive Zeitungen einer Inhaltsanalyse und acht dazugehörige Journalisten- wobei sich die Autoren dieser Studie auf die Reporter und

⁷² Ebenda, S. 28 f.

⁷³ Vgl. Staab, 1990 a, S. 27 ff.

⁷⁴ Vgl. Kunczik/Zipfel, 2001/2005, S.268.

⁷⁵ Vgl. Staab, 1990 a, S. 32 f.

⁷⁶ Ebenda, S. 33.

nicht die auswählenden Redakteure konzentrierten- einer Befragung zu ihren politischen Einstellungen.⁷⁷

Zusammenfassend hielten die beiden Autoren zu den Ergebnissen ihrer Studie fest, dass die Reporter stark von ihren politischen Einstellungen beeinflusst würden, allerdings nicht unbewusst, sondern vorsätzlich. Die Einstellungen der Leser/innen- und Verlegerschaft spielten nur eine untergeordnete Rolle.⁷⁸

Klaus Schönbach führte 1971 eine groß angelegte Studie durch, in welcher er insgesamt vier Fernseh- und Hörfunkanstalten und fast dreißig Zeitungen über einen Zeitraum von vier Wochen im Frühjahr inhaltsanalytisch überprüfte.⁷⁹

Die Studie behandelte anhand des so genannten „Berlin-Problems“⁸⁰ die Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung und den Kommentaren.⁸¹

Schönbach unterzog die Kommentare und Nachrichten in ihrer Neigung einem Vergleich und zusätzlich ob Regierungs- und Oppositionsargumente gleich berücksichtigt wurden.⁸² Ziel war es, zu erkennen, inwiefern die journalistische Norm der ausgeglichenen Berichterstattung ohne Verzerrungen berücksichtigt wurde.

Folglich konnte er vier Berichterstattungstypen unterscheiden: Die Nachrichten sind nicht einseitig ausgewählt, sondern objektiv. Zudem besteht keine Übereinstimmung mit den Kommentierungen, Meinung und Nachricht sind also getrennt. Schönbach bezeichnet diesen Fall als „ideal“. Die Nachrichten sind zwar einseitig ausgewählt, dennoch stimmen sie nicht mit der Kommentierung überein. Die Nachrichten folgen einer objektiven Auswahl. Die Kommentare folgen dieser Linie. Schönbach hält fest, dass hier eine „Parallelität“ gegeben ist. Die Nachrichten sind einseitig ausgewählt und die Kommentierung entspricht der gleichen Linie. Diesen Fall nennt Schönbach „Synchronisation“, also Parallelität einer einseitigen Auswahl.⁸³

Burkart fasst die Ergebnisse der News-Bias-Forschungstradition wie folgt zusammen: „In der Regel bestätigte sich die Annahme, daß(!) die Nachrichtengebung einseitig der jeweiligen redaktionellen Linie folgte und die Kandidaten bzw. Konfliktgegenstände,

⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 35.

⁷⁸ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 29 f.

⁷⁹ Vgl. Schönbach, 1977, S. 34, S.37 ff.

⁸⁰ Mit Berlin-Problem war die Teilung Berlins gemeint. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Berlin> [26.12. 2008].

⁸¹ Vgl. Schönbach, 1977, S. 33.

⁸² Vgl. ebenda, S. 35 und S. 42 ff.

⁸³ Vgl. Kunczik/Zipfel, 2001/2005, S. 245 und Schönbach, 1977, S. 49 ff.

die Gegenstand der Berichte waren, daher auch entsprechend divergent beurteilt wurden.“⁸⁴

3.1.5.Nachrichtenwert-Theorie

Dieser Forschungsansatz beschäftigt sich mit spezifischen Eigenschaften eines Ereignisses, die dazu führen, dass über ein Ereignis informiert wird. Die ursprüngliche Vorstellung zur Nachrichtenwert-Theorie lässt sich bis zu dem Amerikaner Walter Lippmann zurückverfolgen. Er benannte bestimmte Merkmale bzw. Eigenschaften eines Ereignisses „news values“, die die Wahrscheinlichkeit erhöhten, dass über ein Ereignis berichtet wird. Der Nachrichtenwert eines jeden Ereignisses setzt sich aus den Nachrichtenfaktoren, die dem jeweiligen Ereignis zugeschrieben werden, zusammen.⁸⁵

Lippmann erklärte in seinem bereits 1922 erschienen Buch „Public Opinion“, dass die Menschen danach strebten, ihre Realität in Stereotype zu verpacken:

„Meistens schauen wir nicht zuerst und definieren dann, wir definieren erst und schauen dann. In dem großen blühenden, summenden Durcheinander der äußeren Welt wählen wir aus, was unsere Kultur bereits für uns definiert hat, und wir neigen dazu, nur das wahrzunehmen, was wir in der Gestalt ausgewählt haben, die unsere Kultur für uns stereotypisiert hat.“⁸⁶

Lippmann ging auch darauf ein, dass wir dies täten, um zu vereinfachen, um Zeit zu sparen, aber auch, um nicht unter der Welt und ihrer Unübersichtlichkeit und Grenzenlosigkeit zusammenzubrechen.⁸⁷ Zwangsläufig bewahren uns diese Vereinfachungen davor, den Überblick zu verlieren. Sie helfen uns dabei, uns zu Recht zu finden. Dennoch führen diese Stereotype dazu, die Wirklichkeit nur auszugsweise und verzerrt wahrzunehmen.

Dies gelte auch für Nachrichtenredakteure: „Ohne Standardisierung, ohne Stereotypen, ohne Routineurteile, ohne eine ziemlich rücksichtslose Vernachlässigung der Feinheiten stürbe der Redakteur bald an Aufregungen.“⁸⁸

Somit ist die in den Medien dargestellte Realität nur ein beschnittener Ausschnitt bestimmter Aspekte eines Ereignisses:

„Jede Zeitung ist im Augenblick, wo sie den Leser erreicht, das Ergebnis einer ganzen Reihe von Auswahlvorgängen, die bestimmen, welche Artikel an welcher

⁸⁴ Burkart, 2002, S. 278.

⁸⁵ Vgl. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, ein Handbuch, 2003, S. 129.

⁸⁶ Lippman, (aus dem Amerikanischen von Reidt), 1949, S. 63.

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 85.

⁸⁸ Ebenda, S. 240.

stelle mit wie viel Raum und unter welchem Akzent erscheinen sollen. Dafür gibt es keine objektiven Regeln. Es gibt aber Konventionen.“⁸⁹

Darauf basierend bringt er eben den Nachrichtenwert ein. Unter anderem anhand von konkreten Beispielen nennt er Merkmale, Faktoren, die ein Ereignis berichtenswert machen, beispielsweise Sensationalismus, Unmittelbarkeit und Relevanz.⁹⁰

Insgesamt sind die nun folgenden Merkmale eines Ereignisses nach Lippmann Kriterien, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Ereignis zur Nachricht wird: Ungewöhnlichkeit, Etablierung eines Themas, Dauer eines Ereignisses, Einfachheit, Bedeutung, Prominenz und räumliche Nähe.⁹¹

Bei der Nachrichtenwert-Theorie stehen also die Medieninhalte und die damit verbunden Wahrscheinlichkeit der Publizierung und weniger die Journalisten/innen und ihre persönlichen Einstellungen und in ihrer Eigenschaft als möglicher Gatekeeper und die Grenzen eines Verwaltungsapparates eines Mediums im Mittelpunkt der Forschung.

„Im Kern geht die Nachrichtenwert-Theorie davon aus, dass Ereignisse, auf die Nachrichtenfaktoren in hohem Maße zutreffen, eher zur Veröffentlichung ausgewählt werden als Ereignisse mit niedrigem Nachrichtenwert.“⁹²

Basierend auf Lippmanns Konzept entwickelten sich später ein amerikanischer und eine europäischer Forschungsstrang zur Nachrichtenwert-Theorie.⁹³

3.1.5.1. Der amerikanische Weg

Staab gibt in seinem Buch „Nachrichtenwert-Theorie“ einen Überblick über den amerikanischen Forschungsstrang, indem er auf ein Dutzend unterschiedliche Konzepte, Entwürfe und Untersuchungen zur Nachrichtenwert-Theorie eingeht. Staab fasst abschließend zusammen:

„Überblickt man die verschiedenen Darstellungen des Nachrichtenwert-Konzepts in den amerikanischen Journalistenhandbüchern, so ergibt sich ein relativ stabiler Katalog von insgesamt sechs Nachrichtenfaktoren, die fast immer Erwähnung fanden. Hierzu gehören Unmittelbarkeit, Nähe, Prominenz, Ungewöhnlichkeit, Konflikt, und Bedeutung(Konsequenz).“⁹⁴

Die Wichtigkeit der Nachrichtenfaktoren für die Auswahlentscheidung der Journalisten/innen wurde auch in einer Reihe von empirischen Studien überprüft.

⁸⁹ Ebenda, S. 241.

⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 239 und 237 f.

⁹¹ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 56.

⁹² Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, ein Handbuch, 2003, S. 129.

⁹³ Vgl. Staab, 1990 b, S. 161.

⁹⁴ Staab, 1990 a, S. 49.

Staab nennt dazu unter anderem zwei experimentelle Studien und zwei Input-Output-Analysen von James K. Buckalew und drei experimentelle Studien von James Dimmick, Naiim Badii und Walter J. Ward und Anju Chaudhary. Buckalew bat bei diesen experimentellen Studien die Redakteure, Meldungen, die unterschiedliche Nachrichtenfaktoren und deren Kombinationen beinhalteten, nach ihrer Publikationswürdigkeit zu ordnen. Außerdem verglich er mittels Input-Output-Analyse Meldungen, die über die Nachrichtenagenturen kamen, mit den tatsächlich publizierten Meldungen. Bei allen Studien zeigte sich, dass die Nachrichtenfaktoren in den Meldungen erheblichen Einfluss auf die Auswahlentscheidung der Redakteure hatten und somit die Wahrscheinlichkeit für eine etwaige Veröffentlichung erhöhten. Ähnliche Ergebnisse mit leichten Abweichungen je nach Unterscheidung und Ausformung der Nachrichtenfaktoren erhielten Dimmick, Badii und Ward und Chaudhary.⁹⁵

3.1.5.2. Der europäische Weg

Einar Östgaard, Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge begründeten die europäische Forschungstradition in der Mitte der Sechziger Jahre.

Die Nachrichtenmerkmale wurden von ihnen Nachrichtenfaktoren benannt. Diese legten in ihren Augen den Nachrichtenwert eines Ereignisses fest. Über Hypothesen, die auf Wenn-Dann-Angaben basierten, stellten sie Verknüpfungen zwischen Nachrichtenwert und –faktoren her. Wichtigster Baustein in ihrem Konzept ist, dass zwischen Nachrichtenfaktoren und –wert unterschieden wird. Diese Unterscheidung stützt sich darauf, dass zwischen dem tatsächlichen Ereignis und der dazugehörigen Nachricht unterschieden wird.⁹⁶

D.h. desto mehr Nachrichtenfaktoren auf ein Ereignis zutreffen, desto eher wird es publiziert, desto höher ist also der Nachrichtenwert.

Östgaards Untersuchungen, er führte dabei verschiedene bereits vorhandene Inhaltsanalysen und Befragungen zu diesem Bereich zusammen, brachten ihn zu drei Faktorendimensionen, die die Möglichkeit einer Veröffentlichung erhöhten: Simplifikation, Identifikation und Sensationalismus.⁹⁷

Simplifikation benennt die Dimension einfach gestalteter, begrenzter, leicht überschaubarer Ereignisse. Identifikation bezeichnet die Neigung der Medien, Ereignisse auszuwählen, mit deren Eigenschaften sich Rezipienten/innen eher

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 49 ff.

⁹⁶ Vgl. Schulz, 2008, S.89.

⁹⁷ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 57.

identifizieren können, möglicherweise durch eine räumliche Nähe, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und durch „[...] jede Form der Personifizierung.“⁹⁸

Der Hang der Medien, Ereignisse auszuwählen, die die Aufmerksamkeit der Rezipienten/innen erregen, die sozusagen aus der Norm fallen, fasst Östgaard unter Sensationalismus zusammen. Galtung und Ruge bauten auf Östgaards Ausführungen auf und entwickelten zwölf Nachrichtenfaktoren (siehe folgende Abbildung), die sie mittels Inhaltsanalysen der Auslandsberichterstattung zu bestimmten Ereignissen von vier norwegischen Tageszeitungen überprüften.⁹⁹

⁹⁸ Boetzkes, 2008, S. 57.

⁹⁹ Vgl. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, ein Handbuch, 2003, S. 130.

Frequenz	Schwellen- faktor	Eindeutig- keit	Bedeutsamkeit	Konsonanz	Über- raschung
Je mehr der zeitliche Ablauf eines Ereignisses der Erscheinungs-periodik der Medien entspricht, desto wahrscheinlicher wird das Ereignis zur Nachricht.	Es gibt einen bestimmten Schwellenwert der Auffälligkeit, den ein Ereignis überschreiten muss, damit es registriert wird.	Je eindeutiger und überschaubarer ein Ereignis ist, desto eher wird es zur Nachricht.	Je größer die Tragweite eines Ereignisses ist, je mehr es persönliche Betroffenheit auslöst, desto eher wird es zur Nachricht.	Je mehr ein Ereignis mit vorhandenen Vorstellungen und Erwartungen übereinstimmt, desto eher wird es zur Nachricht.	Je überraschender (unvorhersehbarer, seltener, kurioser) ein Ereignis ist, desto größer die Chance, zur Nachricht zu werden, allerdings nur dann, wenn es im Rahmen der Erwartungen überraschend ist.
Kontinuität	Variation	Bezug auf Elite-Nation	Bezug auf Elite-Personen	Personalisierung	Negativismus
Ein Ereignis, das bereits als Nachricht definiert ist, hat eine hohe Chance, von den Medien auch weiterhin beachtet zu werden.	Der Schwellenwert für die Beachtung eines Ereignisses ist niedriger, wenn es zur Ausbalancierung und Variation des gesamten Nachrichtenbildes beiträgt.	Ereignisse, die Elite-Nationen betreffen (wirtschaftliche oder militärisch mächtige Nationen), haben einen überproportional hohen Nachrichtenwert.	Entsprechendes gilt für Elite-Personen, d.h. prominente und/oder mächtige, einflussreiche Personen.	Je stärker ein Ereignis personalisiert ist, d.h. sich im Handeln oder im Schicksal von Personen darstellt, desto eher wird es zur Nachricht.	Je negativer ein Ereignis, d.h., je mehr es auf Konflikt, Kontroverse, Aggression, Zerstörung oder Tod bezogen ist, desto stärker wird es von den Medien beachtet.

Abbildung 1: Die Nachrichtenfaktoren nach Galtung/Ruge aus dem Jahr 1965¹⁰⁰

Das Zusammenspiel der Nachrichtenfaktoren wird von Galtung und Ruge mittels der bereits zu Beginn erwähnten Hypothesen erklärt.

¹⁰⁰ Vgl. Abbildung aus: Das Fischer Lexikon, 2002, S. 357. Die zweite Zeile benennt den Faktor und die dritte Zeile erklärt den Begriff inhaltlich.

Die Selektionshypothese besagt, dass die Wahrscheinlichkeit der Veröffentlichung einer Nachricht zu einem Ereignis steigt, wenn mehrere verschiedene Nachrichtenfaktoren gegeben sind. Die Verzerrungshypothese erklärt, dass, wenn ein Ereignis zur Nachricht wurde, der Schwerpunkt der Nachricht auf die Merkmale gelegt wird, die das Ereignis veröffentlichungswürdig machen. Somit erklärt sich eine in Richtung Stereotype und vorherrschende Vorurteile ausgerichtete Berichterstattung. Durch Wiederholung des Selektions- und Verzerrungsvorganges in den verschiedenen Ebenen des Nachrichtenflusses werden dessen Effekte verstärkt, was die Wiederholungshypothese besagt. Die Additivitäts-Hypothese stellt dar, dass sich die Nachrichtenfaktoren additiv verhalten, d.h., dass je mehr Faktoren sich in einem Ereignis wieder finden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Veröffentlichung. Zudem verhalten sich die Faktoren komplementär. Das Nichtvorhandensein eines Nachrichtenfaktors kann laut Komplementaritäts-Hypothese durch das Vorhandensein eines anderen Faktors ausgeglichen werden.¹⁰¹

Die Nachrichtenwert-Theorie von Galtung/Ruge wurde von ihnen auch, wie bereits zuvor erwähnt, mittels Inhaltsanalyse zu drei Ereignissen im Ausland teilweise überprüft. Diese waren die Kongo-, die Kuba- und die Zypernkrise.¹⁰²

Die wichtigsten Resultate ihrer Untersuchungen waren, dass je weiter eine Nation kulturell entfernt war, desto eher wurden die Handlungen von Elite-Personen in den Mittelpunkt der Berichterstattung gerückt. Zudem ergaben die Untersuchungen, dass je geringer der soziale Status der Darsteller war, desto negativer war das Ereignis, das in die Berichterstattung aufgenommen wurde. Je weiter kulturell entfernt eine Nation war, desto stärker wurde die Relevanz des Ereignisses für den Konsumenten in den Vordergrund gestellt. Außerdem ergaben die Untersuchungen, dass zwischen der kulturellen Entfernung einer Nation und der Negativität der Ereignisse, die Teil der Berichterstattung wurden, kein Zusammenhang bestand.¹⁰³

Die Faktorenaufstellung und deren Zusammenspiel von Galtung und Ruge wurden in den folgenden Jahren mehrfach durch verschiedene Untersuchungen, zum größten Teil durch Inhaltsanalysen, überprüft und teilweise bestätigt.¹⁰⁴

Auch wenn die Nachrichtenwert-Theorie von Galtung und Ruge einen Meilenstein in diesem Forschungsstrang darstellt, gab es Kritik am unzureichenden Konzept dazu, da verschiedenste Perspektiven und Probleme vernachlässigt oder nicht erschöpfend ausdifferenziert wurden.

¹⁰¹ Vgl. Staab, 1990 b, S. 163 und Staab, 1990 a, S. 62 f.

¹⁰² Vgl. Wilke, 1984, S. 21.

¹⁰³ Vgl. Staab, 1990 a, S. 63.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 65-80.

Auch wenn Schulz betont, dass die Theorie von Galtung und Ruge durch ihre Stimmigkeit, den Informationsgehalt und ihre systematische Ordnung und Überprüfbarkeit auffällt und wichtig für die Entwicklung der Nachrichtenforschung ist, kritisiert er dennoch, dass die Hypothesen nicht als verifiziert angesehen werden können, denn die wenigen Ergebnisse stehen nicht in Relation zu Ausmaß und Reichweite der Theorie.¹⁰⁵

Zudem weist Staab daraufhin, dass Galtung und Ruge ebenso wie Östgaard „[...] nicht explizit zwischen objektiven Nachrichtenfaktoren, die man als ereignisinhärent bezeichnen könnte, und subjektiven Zuschreibungen von Nachrichtenfaktoren zu Ereignissen.“¹⁰⁶ unterscheiden.

Zudem erklärt Staab weiter, dass der doppeldeutige Zugang zu dieser Theorie nicht beachtet wurde. Wenn Nachrichtenfaktoren keinem objektiven System nach Ereignissen oder den zugehörigen Meldungen zugewiesen werden, muss man sagen, dass die Nachrichtenauswahl keine Folge der Auswahl durch Nachrichtenfaktoren ist, sondern, dass letztere die Konsequenz oder das Ergebnis von Entscheidungen sind, die zur Veröffentlichung führen, die durch andere Kriterien, wie die redaktionelle Linie eines Mediums oder die politische Einstellung des/der Journalisten/in, festgelegt werden.¹⁰⁷

Karl Erik Rosengren artikuliert bereits zu Beginn der Siebziger Jahre seine Kritik an der Nachrichtenwerttheorie von Galtung und Ruge. Er untermauerte seine Kritik durch eine Analyse, die einen Vergleich der außenpolitischen Berichterstattung von insgesamt drei Zeitungen - einer schwedischen, einer britischen und einer ostdeutschen - und statistischen Daten, die aus Keesings Archiv der Gegenwart und weiteren Quellen stammten, darstellte.¹⁰⁸

Er erklärte, dass die bloße inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung nicht genüge, um Aufschluss zu Selektionskriterien zu erhalten. Man würde dabei nur die tatsächlich publizierten Inhalte untersuchen und könne so zwar den Einfluss der Nachrichtenwertfaktoren auf Platzierung und Umfang prüfen, aber man könne so nicht auf die tatsächlichen Merkmale schließen, die zur Veröffentlichung führen. Er schlug einen Vergleich der „Intra-Media-Daten“ mit Daten, die nicht aus der Berichterstattung stammen, sozusagen Daten aus der Realität, vor. Diese Daten stellen eine Art Kriterium von Außen dar, anhand dessen man im Vergleich dann auf Selektionskriterien schließen kann. Aufgrund dieser Einschränkung kann diese Art des

¹⁰⁵ Vgl. Schulz, 1976, S.11 f.

¹⁰⁶ Staab, 1990 a, S. 64.

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 64 f.

¹⁰⁸ Vgl. Wilke, 1984, S. 23.

Vergleichs beispielsweise nur auf Wahlen, Kriminalitätsberichterstattung und dergleichen, zu welchen Statistiken, Stimmauszählungen, usw. existieren, angewendet werden.¹⁰⁹

3.1.5.3. Die Neuausrichtung der Nachrichtenwert-Theorie nach Schulz

Der „Intra-Extra-Media-Daten-Vergleich“, der durch Rosengren angeregt und durch einige weitere Analysen überprüft bzw. von einigen weiteren Autoren/innen übernommen wurde,¹¹⁰ wurde von Schulz aus mehreren Gründen kritisiert.

Zum einen kritisiert Schulz, dass dieser spezifische Forschungszweig der Nachrichtenwertforschung nur auf eine sehr beschränkte Anzahl von Ereignissen anwendbar wäre. Zum anderen sei nicht klar, welche spezifischen Nachrichtenfaktoren Rosengren tatsächlich in seiner Untersuchung nachgeprüft hat.¹¹¹

Die schwerwiegendste Kritik von Schulz bezieht sich aber auf den Vergleich der Medien mit der Realität anhand von Daten. Analysen, die versuchen, die in den Medien dargestellte Realität mit der dazugehörigen „echten“ Realität¹¹² zu vergleichen, würden stets darauf hinauszielen, die in den Medien dargestellte Realität, die Berichterstattung also, als nicht richtig nachzuweisen. Schulz hält diese Versuche allerdings für unhaltbar und utopisch. Einerseits unterliegen auch die „Extra-Media-Daten“ einem gewissen Selektionsverhalten, das durch verschiedenste Faktoren beeinflusst wird. Diese Daten können also nicht für die faktische Realität eintreten. Die Daten stellen nur einen Ausschnitt eines Ereignisses dar und lassen nicht auf Anlässe, Gründe, etc schließen, die aber Teil der Berichterstattung sind. Andererseits gesteht dieser Forschungszweig Nachrichten einzig und allein eine Art Anzeigenfunktion zu. Das Wie, Warum und Wieso zu einem Ereignis in der Berichterstattung kann nicht durch Rosegrens „Extra-Media-Daten“ erklärt oder interpretiert werden.¹¹³

Basierend auf diesen Überlegungen legte Schulz 1976 eine breit angelegte Untersuchung vor, die sich mit insgesamt zehn Tageszeitungen, zwei Fernsehprogrammen, je einem Radioprogramm aller Landeshörfunkanstalten und der wichtigsten Nachrichtenagentur der BRD über einen Zeitraum von elf Tagen

¹⁰⁹ Vgl. Eilders, 1997, S. 48 ff.

¹¹⁰ Eilders nennt dazu die Untersuchungen von Raymond Smith, Robert Stevenson und Gary Gaddy, Pamela Shoemaker, Tsankuo Chang und Nancy Brendlinger. Vgl. Eilders, 1997, S. 49f.

¹¹¹ Vgl. Schulz, 1976, S. 23.

¹¹² Vgl. Kapitel 2. Realität und Medienrealität.

¹¹³ Vgl. Schulz, 1976, S.25 f.

befasste.¹¹⁴ Ein Nachrichtenbeitrag war eine Kodiereinheit, zudem wurden auch nationale Bericht und nicht-politische Themen berücksichtigt.¹¹⁵

Schulz führt zu Beginn seiner Ausführungen an, dass der Falsifikationsansatz auf der Hypothese beruht, dass die Hauptfunktion der Medien sei, „[...] reales Geschehen abzubilden, widerzuspiegeln, dem nicht unmittelbar beteiligten Rezipienten zu vermitteln.“¹¹⁶

„Aus der Ablehnung der Annahme, die Nachrichtenmedien spiegelten die Realität getreu wieder, leitet Schulz seine theoretische Neuorientierung ab.“¹¹⁷

Die bisherige Nachrichtenselektionsforschung konzentrierte sich stets darauf, zu vergleichen, was denn die Medien berichteten und inwiefern dies mit der Realität übereinstimmte oder inwiefern die Realität bzw. ein Ereignis durch die dazugehörige Berichterstattung verzerrt dargestellt wurde.

Schulz erklärt weiter, dass maximal geprüft werden könnte, „[...] ob das von den Medien gezeichnete Bild der Realität dem entspricht, was man sich als Norm oder Wunschbild vorstellt.“¹¹⁸

Schulz stellt somit die Funktion der Medien, ein Abbild der Realität liefern zu müssen, in Frage bzw. widerlegt diese, indem er von einer anderen zentralen Hypothese zur Nachrichtenforschung ausgeht, basierend auf einer konstruktivistischen Erkenntnisperspektive. Berichterstattung schafft Realität. Diese konstruierte Realität muss allerdings von den Rezipienten/innen als solche anerkannt und angenommen werden. Demzufolge lauten die zentralen Fragestellungen: „Mit welchen Merkmalen ist die von den Nachrichtenmedien konstruierte Welt ausgezeichnet? Welches sind die Kriterien der Selektion, Interpretation und Sinngebung von Realität?“¹¹⁹

Basierend auf Schulz` Überlegungen ist ein „Intra-Extra-Media-Daten-Vergleich“ nicht möglich bzw. auch gar nicht zielführend.

Zielführend ist es hingegen, die Berichterstattung auf die Merkmale zu untersuchen, die ein Bild von Realität für die Rezipienten/innen schaffen. Der Nachrichtenwert eines Ereignisses stellt eine wichtige Konstruktion für die Journalisten/innen bei der Auswahl und Interpretation ihrer Berichterstattung dar.¹²⁰

Je höher der Nachrichtenwert eines Ereignisses, desto eher wird es von den Journalisten/innen ausgewählt, es wird also darüber berichtet, und desto mehr erfährt es im jeweiligen Medium.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, S.46 f. und S. 140.

¹¹⁵ Vgl. Eilders, 1997, S. 34.

¹¹⁶ Schulz, 1976, S.27.

¹¹⁷ Wilke, 1984, S. 24.

¹¹⁸ Schulz, 1976, S.27.

¹¹⁹ Schulz, 1976, S.28.

¹²⁰ Vgl. ebenda, S.30.

Schulz stellt folgende Hypothese für seine Untersuchung auf: „Je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert.“¹²¹

Schulz überarbeitet die Nachrichtenfaktorenaufstellung von Galtung und Ruge und fügt diesem soziale, ökonomische und politische Komponenten hinzu. Zusätzlich berücksichtigt er die Aufmachung und die Wirkungsstärke der Nachrichtenfaktoren.¹²²

Außerdem überprüfte er die Faktoren auf ihre Operationalisierbarkeit und deren Begrifflichkeit und Wichtigkeit. So konnte er die mutmaßlichen Faktoren in sechs Dimensionen einteilen: Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz und Identifikation.¹²³

Anhand der nachfolgenden Abbildung von Eilders lässt sich die Abwandlung bzw. Erweiterung von Schulz zu den Nachrichtenfaktoren von Galtung und Ruge bildlich nachvollziehen.

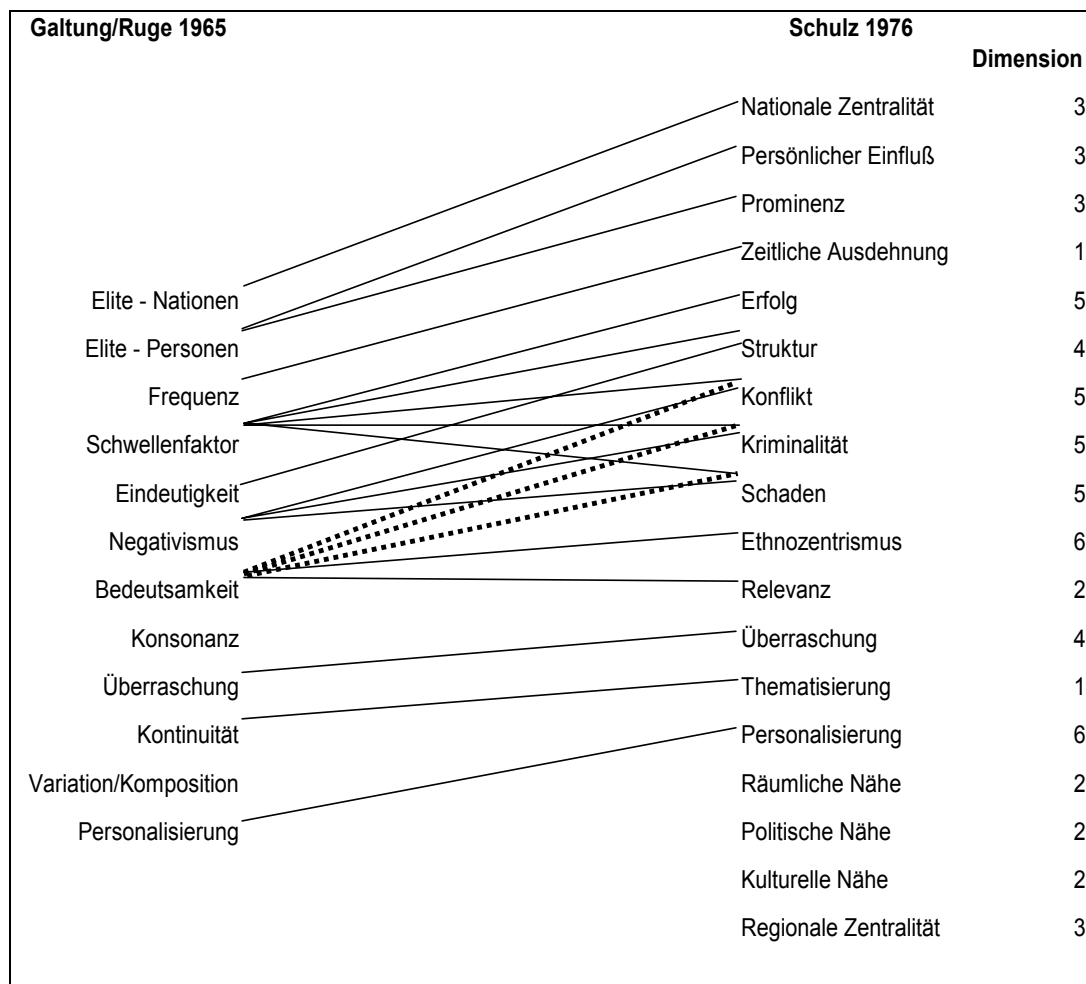


Abbildung 2: Die Nachrichtenfaktoren nach Galtung/Ruge und Schulz ¹²⁴

¹²¹ Ebenda.

¹²² Vgl. Wilke, 1984, S. 26.

¹²³ Vgl. Schulz, 1976, S.32 ff.

¹²⁴ Vgl. Abbildung aus: Eilders, 1997, S. 35.

Schulz leitete unter anderem ab, dass der Nachrichtenwert eines Ereignisses vor allem von sechs Faktoren bedingt wurde: Komplexität, Thematisierung, persönlicher Einfluss, Ethnozentrismus, Negativismus und Erfolg. Der Faktor Überraschung nimmt eine wichtige Position im Medium Fernsehen ein.¹²⁵

Die aufgestellten Nachrichtenfaktoren beziehen sich zudem stärker auf internationale und politische Nachrichten als auf nationale und unpolitische Nachrichten. Zudem nimmt der Faktor Erfolg eine wichtige Rolle in der internationalen Berichterstattung ein, wohingegen der Faktor Negativismus dies für die nationale Berichterstattung tut.¹²⁶

In einer zweiten ebenso umfangreichen Untersuchung¹²⁷ unterscheidet Schulz dann insgesamt zwanzig Faktoren: Beteiligung von Elite-Nationen, institutioneller Einfluss, Beteiligung von Elite-Personen, Nähe, Ethnozentrismus, Tragweite, Betroffenheit, Frequenz, Vorhersehbarkeit, Ungewissheit, Überraschung, Kontinuität, Thematisierung, Stereotypie, Aggression, Kontroverse, Erfolg, Werte, Personalisierung, und Emotionalisierung.¹²⁸

3.1.5.4. Entwicklungen zur Nachrichtenwert-Theorie, Kausal- versus Finalmodell

Auch wenn die Nachrichtenfaktoren nach Schulz bereits einen relativ ausgereift wirkenden Untersuchungsrahmen bilden, geben Wilke und Staab einen ausführlichen Einblick in die aus ihrer Sicht vierdimensionale Problemlage, die sich sowohl aus theoretischer als auch methodischer Perspektive ergeben. Diese offenen Fragen bzw. Gedanken, die Wilke und Staab aufdecken und diskutieren, gilt es zu beachten.

Bei den bisherigen Ausführungen zur Nachrichtenwert-Theorie ist von einem Kausalmodell ausgegangen worden, in dem Nachrichtenfaktoren, die Ursache zur Nachrichtenselektion und journalistische Selektionsentscheidungen die Wirkungen dazu darstellen. Bei diesem Kausalmodell werden Journalisten/innen als passive Vermittler/innen berücksichtigt, die anhand von Nachrichtenfaktoren, die objektive Eigenschaften darstellen, Selektionsentscheidungen treffen. Die Faktoren sind hier als unabhängige Variable zu sehen, wohingegen die Selektionsentscheidungen der Medien als abhängige Variable zu sehen sind.¹²⁹

Anhand der Faktoren eines Ereignisses treffen die Journalisten/innen, ähnlich einer von allen akzeptierten Norm, die Entscheidung über ein Ereignis zu berichten und in welchem Umfang.

¹²⁵ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 62.

¹²⁶ Vgl. Wilke, 1984, S. 27.

¹²⁷ Vgl. Staab, 1990 a, S. 85 f.

¹²⁸ Vgl. Staab, 1990 b, S. 166.

¹²⁹ Vgl. Staab, 1990 a, Seite 93 f.

In diesem Zusammenhang gesehen zeigt sich die Nachrichtenwert-Theorie als apolitisch.¹³⁰ In Hinsicht auf Kapitel 3.1.4. News-Bias-Ansatz greift diese Betrachtungsweise meiner Meinung nach zu kurz.

Journalisten/innen bzw. Massenmedien können durch die Berichterstattung zu einem Ereignis unterschiedliche Betrachtungsweisen einbringen und gewisse Probleme an die Öffentlichkeit bringen oder eben nicht. Kepplinger fertigte zum Aufschluss auf die Selektion politischer Beiträge ein Finalmodell an, welches die eingeschränkte Sichtweise des Kausalmodells ergänzt. Die Nachrichtenauswahl der Journalisten/innen ist dabei nicht nur eine Reaktion auf die Nachrichtenfaktoren eines Ereignisses, sondern ein Akt, der ein bestimmtes Ziel verfolgt. Diesen Akt nennt Kepplinger „Instrumentelle Aktualisierung“.¹³¹

Massenmedien berücksichtigen ein gewisses Ereignis nicht nur aufgrund seiner Bedeutsamkeit in ihrer Berichterstattung, sondern weil die Kommunikatoren/innen (Journalisten/innen, Verleger/innen, Redakteure/innen, etc) einen gewissen Zweck verfolgen.¹³²

Die nachfolgende Abbildung stellt Keplingers „Instrumentelle Aktualisierung“ graphisch dar. Dabei lässt sich die mögliche Zielsetzung eines/r Journalisten/in sehr gut erkennen.

¹³⁰ Vgl. ebenda, S. 94.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 95 f.

¹³² Vgl. Burkart, 2002, S.285.

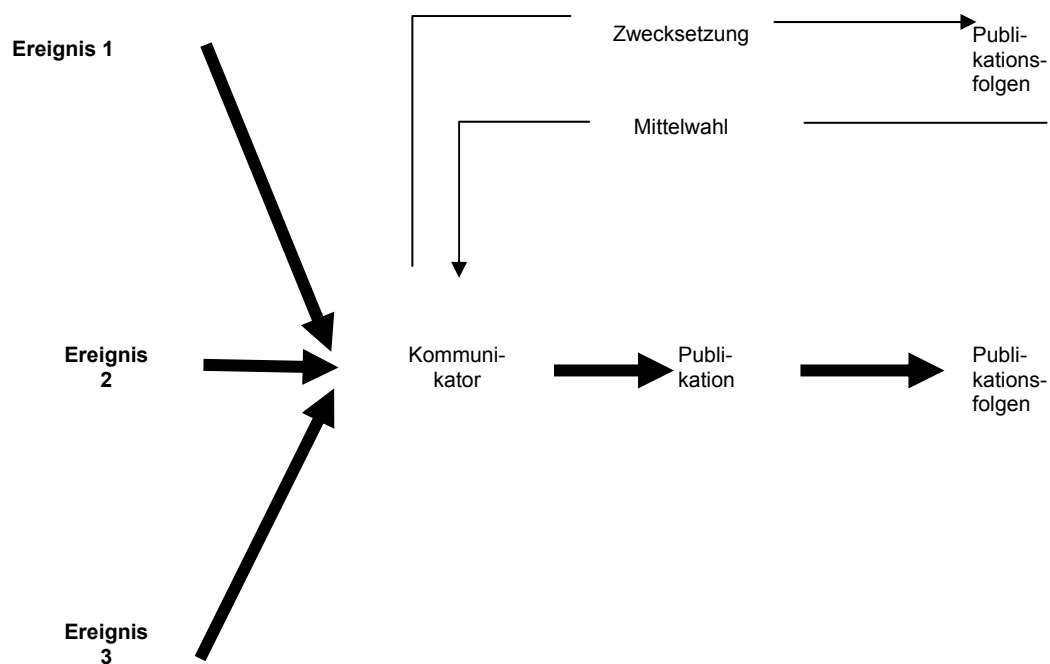


Abbildung 3: Das Modell der Instrumentellen Aktualisierung ¹³³

Nachrichtenfaktoren sind im Finalmodell mehr die Konsequenz aus Selektionsentscheidungen und nicht mehr nur die Ursache. Sie stellen das Mittel zum Zweck dar. Sie sind das Mittel, um die Bedeutsamkeit von Beiträgen zu steuern.

Das Kausalmodell bedingt das Finalmodell, d.h. wenn Nachrichtenfaktoren Selektionsentscheidung bedingen und so die Auswahl glaubhaft machen, und dies auch anerkannt wird, können so bestimmte Selektionsentscheidungen legitimiert werden. ¹³⁴

„Die Auswahlentscheidung – zumal bei politischen Ereignissen – wird primär durch politische Zielsetzungen der Journalisten bestimmt; die Nachrichtenfaktoren dienen dann nur noch der Legitimation einer politisch motivierten Entscheidung.“ ¹³⁵

Staab erklärt, dass es dabei zwei Möglichkeiten der Zuweisung oder-schreibung von Nachrichtenfaktoren gibt: die explizite Zuweisung, d.h. Nachrichtenfaktoren werden bewusst dazu genutzt, also beispielsweise herausgestrichen oder überbetont, ein Ereignis veröffentlichungswürdig zu machen. Sie legitimieren dazu, über ein Ereignis zu berichten. Bei der impliziten Zuweisung wird ein Ereignis im Zusammenhang dargestellt. So kann beispielsweise die Bedeutung der einzelnen Nachrichtenfaktoren

¹³³ Vgl. Abbildung aus: Kunczik/Zipfel, 2001/2005, S.263, Quelle: Kepplinger, Hans Mathias, Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15, 1989, S. 12.

¹³⁴ Vgl. Staab, 1990 a, S. 98.

¹³⁵ Schulz, 2008, S. 94.

bei einem Ereignis verändert werden. Nachrichtenfaktoren sind in diesem Fall also nur eine Nebenerscheinung der Veröffentlichungsentscheidung.¹³⁶

Diese Ausführungen führen mich zu einem weiteren Problem betreffend der Nachrichtenwert-Theorie. Dabei steht im Mittelpunkt, dass der Begriff des Ereignisses bisher nicht ausreichend diskutiert bzw. dessen Abgrenzung nicht vorgenommen wurde. Ich bin bereits in Kapitel 3.1.1.2. Ereignis auf die unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten des Begriffs Ereignis eingegangen.

Dennoch wurde der Begriff für den Ansatz der Nachrichtenwert-Theorie bzw. in den bisher genannten Studien und Untersuchungen nicht zufrieden stellend ausdifferenziert. Vor allem wird in allen Studien von einem „[...] Kongruenzverhältnis zwischen Ereignissen und Meldungen [...]“¹³⁷ ausgegangen. Die tatsächlich vorhandenen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ereignisformen und deren Nichtbeachtung in der Nachrichtenwertforschung können deswegen dazu führen, dass verschiedene Betrachtungsweisen eines Ereignisses zum Thema werden und so unterschiedliche Nachrichtenfaktoren hervorbringen.¹³⁸

Eine weitere offene Frage betrifft den Geltungsbereich der Nachrichtenwert-Theorie.

Im bereits diskutierten Kausalmodell stellen die Nachrichtenfaktoren, die die objektiven Merkmale eines Ereignisses wiedergeben, die unabhängige Variable dar.

Doch kein Faktor, ausgenommen der Faktor räumliche Nähe, kann als vollkommen objektiv hingenommen werden. Die meisten der Nachrichtenfaktoren gelten allerdings nur insofern als objektiv, als dass gesellschaftliches Einvernehmen darüber herrscht und sie geschichtlich und soziokulturell gewachsen sind. Zudem stellen einige Faktoren nicht Eigenschaften von Ereignissen dar sondern Meldungscharakteristika.¹³⁹

Die interessanteste Kritik von Staab an Schulz` Überlegungen zum bereits oben diskutierten „Intra-Extra-Media-Daten-Vergleich“ und seiner daraus folgenden Kritik der objektiv überprüfbaren Indikatoren für die Realität, stellt aber seine Aussage dar, dass ein solcher Vergleich möglich wäre, da „[...] amtliche Statistiken präzisere Indikatoren der Realität [...]“ darstellen „[...] als die Medienberichterstattung.“¹⁴⁰

Schließlich würde damit die empirische Forschung ad absurdum geführt werden, da sie ja die Ambition verfolge, Realität eindeutig und nachprüfbar zu analysieren. Folglich wären auch Schulz` Analysen der legitimativen Basis entzogen. Allerdings

¹³⁶ Vgl. Staab, 1990 a, Seite 98 f.

¹³⁷ Ebenda, S. 168.

¹³⁸ Vgl. ebenda, S. 169.

¹³⁹ Vgl. ebenda, S. 106-109.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 107 f.

räumt Staab ein, dass Schulz` Überlegungen die Begrenztheit des Geltungsbereiches der Nachrichtenwert-Theorie aufzeige.¹⁴¹

Staab kritisiert zudem generell Schulz` Neuausrichtung der Nachrichtenwert-Theorie. Durch Schulz` grundsätzliches Infragestellen des Vergleichs zwischen Medienrealität und Realität würde die Nachrichtenwert-Theorie auf das Feld der Medienrealität reduziert und wäre dann nur „[...]ein Modell zur Beschreibung und Analyse der Medienrealität.“¹⁴²

Die letzte offene Fragestellung beschäftigt sich mit dem Allgemeingrad der Nachrichtenwert-Theorie. Stellt sie Kriterien auf, die sich stets auf ein Themengebiet, ein Ressort oder die generelle Berichterstattung beziehen? Staab erklärt, die Nachrichtenwert-Theorie scheine einen universellen Anspruch zu erheben, obwohl dies tatsächlich bisher noch nicht organisiert untersucht worden sei.¹⁴³

Staab nutzt für seine empirische Untersuchung, die er 1990 vorlegte, das von Kepplinger entwickelte Finalmodell. Vor dem Hintergrund des News-Bias-Ansatzes und der Gatekeeper-Forschung entwickelte Staab basierend auf den Faktorenkatalogen von Galtung/Ruge und Schulz eine Aufstellung über insgesamt 22 Nachrichtenfaktoren, deren Wirkungsstärke auch mittels einer vier-stufigen-Skala berücksichtigt wurde.¹⁴⁴ Die folgende Abbildung zeigt Staabs Weiterentwicklung anhand der Faktoren nach Schulz.

¹⁴¹ Vgl. Staab, 1990 a, S. 108.

¹⁴² Ebenda, S. 110.

¹⁴³ Vgl. Staab, 1990 b, S. 170 f.

¹⁴⁴ Vgl. Staab, 1990 a, S. 202-209 und vgl. Eilders, 1997, S. 39 f.



Abbildung 4: Vergleichende Aufstellung der Nachrichtenfaktoren nach Schulz und Staab¹⁴⁵

Seine Inhaltsanalysen bezogen sich zum einen auf die nationale und internationale Berichterstattung über den Zeitraum einer Woche und zum anderen auf vier thematische Auseinandersetzungen über den Zeitraum von elf Monaten. Insgesamt untersuchte er vier überregionale Qualitätszeitungen, vier regionale Abonnementzeitungen, zwei Straßenverkaufszeitungen, die Abendnachrichten von fünf Radiosendern, die Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF und die Meldungen des dpa-Basisdienstes. Das Hauptergebnis seiner Untersuchung war, dass das Kausalmodell betreffend der Nachrichtenfaktoren als nicht ausreichend zu betrachten ist und eine finale Betrachtungsweise als zielführender anzusehen ist.¹⁴⁶

Dennoch lieferte auch diese umfangreiche Untersuchung keine hundertprozentige Bestätigung, um den genauen Einfluss der Nachrichtenfaktoren für die politische Berichterstattung aufzuklären. Vor allem, da sowohl das Kausal- als auch das Finalmodell den eigentlichen Akt der Selektion übergehen und sich auf die Analyse der Berichterstattung der Medien, d.h. der Medienrealität konzentrieren.¹⁴⁷

Sieben bzw. 16 Jahre später nutzen Christiane Eilders und Michaela Maier die Untersuchungen bzw. Ergebnisse von Schulz und Staab.

Eilders „[...] Untersuchung beschäftigt sich [...] mit der Frage, ob die in der bisherigen Nachrichtenwertforschung vorwiegend zu journalistischen

¹⁴⁵ Abbildung (entnommen aus): Eilders, 1997, S. 39.

¹⁴⁶ Vgl. Staab, 1990 a, Seite 210-214.

¹⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 214 f. und Eilders, 1997, S. 41.

Auswahlkriterien reduzierten Nachrichtenfaktoren auch die Rezeption von Nachrichten durch das Publikum beeinflussen.“¹⁴⁸

Eilders analysierte einerseits Beiträge, die durch die Medien veröffentlicht wurden und andererseits die dazugehörige Rezeption. Insgesamt wurde eine ursprüngliche Stichprobe von rund 300 Personen, die sich im Laufe der Untersuchung verringerte, analysiert.¹⁴⁹

Sie untersuchte die Nachrichtenfaktoren Faktizität, Ortsstatus, Einfluss, Prominenz, Personalisierung, Kontroverse, Überraschung, Etablierung von Themen, Reichweite, Nutzen, Schaden, Emotion, Sex/Erotik. Die beiden letzt genannten Faktoren sind bei Staab nicht berücksichtigt worden, fanden aber in dieser Aufstellung Platz.¹⁵⁰

Die Untersuchung Eilders ergab, dass Nachrichtenfaktoren sowohl das Auswahlverhalten von Journalisten/innen als auch das Interesse der Rezipienten/innen in gleichem Umfang beeinflussen.¹⁵¹

Michaela Maier, Georg Ruhrmann und Kathrin Klietsch legten 2006 eine breit angelegte Untersuchung vor, die sich mit Nachrichtenfaktoren und deren Entwicklung in den Fernsehnachrichten beschäftigte. Der Untersuchungszeitraum zog sich von 1992-2004, wobei es insgesamt fünf Analyseeinheiten von jeweils einer Woche gab. Inhaltsanalytisch untersucht wurden insgesamt acht Fernsehsender (ARD, ZDF, RTL, SAT 1, ProSieben, VOX, RTL II, Kabel 1). Diese Untersuchung schließt an eine frühere Untersuchung, die bereits im Jahr 2003 publiziert wurde, an. Zudem wurden die Nachrichtensendungen in vier Themenbereiche unterschieden: Politik und andere gesellschaftlich kontroverse Themen, nicht-politische Sachthemen, Human-Touch-Themen und Lebenswelten.¹⁵²

In der folgenden Abbildung werden die verwendeten Nachrichtenfaktoren von Maier, Ruhrmann und Klietsche wiedergegeben. Sie basieren auf der 2003 veröffentlichten Studie von Maier.

¹⁴⁸ Eilders, 1997, S. 263.

¹⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 150.

¹⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 62 ff.

¹⁵¹ Vgl. Boetzkes, 2008, S. 65.

¹⁵² Vgl. Maier/Ruhrmann/Klietsche, Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen, Ergebnisse einer Inhaltsanalyse 1992 - 2004, (2006), S. 13, S. 26, Online im WWW unter URL: http://www.lfm-nrw.de/downloads/nachrichtenanalyse_1992-2000.pdf [26.01.2009].

Reichweite
Nutzen/Erfolg
Schaden/Misserfolg
Deutsche Beteiligung
Räumliche Nähe
Politische Nähe
Kulturelle Nähe
Wirtschaftliche Nähe
Überraschung
Etablierung von Themen
Status der Ereignisnation
Ortsstatus
Einfluss
Prominenz
Personalisierung
Kontroverse
Aggression
Faktizität
Demonstration
Emotionen im Bild
Sexualität/Erotik
Visualität

Abbildung 5: Die Nachrichtenfaktoren nach Maier, Ruhrmann und Klietsche ¹⁵³

Maier, Ruhrmann und Klietsche übernehmen die von Eilders eingebrachten Faktoren Sex/Erotik und Emotionen und fügen den Faktor Visualität hinzu. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie gehört, dass der Faktor Visualität zumindest bei den privatrechtlichen Sendern an Bedeutung gewonnen hat. Das bedeutet, dass gewichtige Ereignisse öfter in den Nachrichtensendungen Platz gefunden haben, wenn dazu ausdrucksstarke Bilder existierten. Der gesprochene Text stand dabei also nicht ähnlich stark im Vordergrund. Auch der Faktor bildliche Darstellung von Emotionen ist 2004 stärker vertreten als noch vor zwölf Jahren. Drei Faktoren waren maßgeblich daran beteiligt, den Beachtungsgrad (Bedeutungszuwachs) der Nachrichten zu beeinflussen: der Prominentenstatus bestimmter Personen, das Vorkommen länger andauernder Demonstrationen oder gesellschaftlicher Kontroversen und das Angebot der bildlichen Darstellung von Emotionen.¹⁵⁴

¹⁵³ Vgl. Abbildung aus: Boetzkes, 2008, S. 64.

¹⁵⁴ Vgl. Maier/Ruhrmann/Klietsche, Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen, Ergebnisse einer Inhaltsanalyse 1992 - 2004, (2006), S. 63 f., Online im WWW unter URL: http://www.lfm-nrw.de/downloads/nachrichtenanalyse_1992-2000.pdf [26.01.2009].

3.2. Zusammenfassung

In diesem Kapitel habe ich eine Übersicht der unterschiedlichen Forschungstraditionen der Nachrichtenauswahl und die teilweise sehr kontroversen Diskussionen dazu gegeben.

Kürzest zusammengefasst liegt der Schwerpunkt der Gatekeeper-Forschung auf den Eigenschaften der Gatekeeper (Journalisten/innen, Herausgeber/innen, etc), ihren Auswahlkriterien und den Medienorganisationen oder –systemen, in welche sie integriert sind. Der News-Bias-Ansatz beschäftigt sich mit den Kommunikatoren/innen und den dazugehörigen Medieninhalten: inwiefern die Einstellungen, Ideologien, usw. der Kommunikatoren/innen die Auswahl der Medieninhalte beeinflussen und daraus folgend eine tendenziöse Berichterstattung entsteht. Untersuchungen zur Nachrichtenwert-Theorie beschäftigen sich hingegen mit den Medieninhalten, die als Ergebnis journalistischer Auswahl, anhand bestimmter objektiver Kriterien, angesehen werden.

In Bezug auf meine Fragestellungen bzw. Hypothesen und daraus folgend auch für meine spätere Untersuchung bedeutet dies, dass gewisse Komponenten dieses Kapitels berücksichtigt werden sollten.

Einerseits, inwiefern die Blattlinien, auf die ich später noch eingehen werde¹⁵⁵, die Nachrichtenauswahl, in meinem konkreten Fall die Berichterstattung zur „Steuerreform“ beeinflusst. Andererseits sollten gewisse Nachrichtenfaktoren, wie beispielsweise die Personalisierung, in der Untersuchung selbst nicht unberücksichtigt bleiben. Auch der Faktor Überraschung muss vor allem bei der Erstellung von Variablen betreffend der Standpunkte der beiden Parteien mitberücksichtigt werden, da das Vorpreschen der SPÖ zu einem Vorziehen der Steuerreform alles andere als erwartet geschah.

Es steht nun fest, dass mediale Wirklichkeitskonstruktionen unter anderem Nachrichtenauswahl voraussetzt. Wie diese Auswahl vonstatten gehen kann, habe ich daher in diesem Kapitel diskutiert.

Dennoch werden an die Massenmedien gewisse Ansprüche gestellt. Dies spiegelt sich auch in meiner ersten Fragestellung wider.¹⁵⁶ Doch worauf basieren diese Ansprüche, wenn klar ist, dass die Medien Medienrealitäten konstruieren und eine etwaige Realität nicht allumfassend wiedergeben können?

Diese Frage diskutiere ich daher im folgenden Kapitel 4.

¹⁵⁵ Vgl. Kapitel 5.2. Die Blattlinien.

¹⁵⁶ Vgl. Kapitel 1. Einleitung.

4. Qualität im Journalismus/von Medieninhalten – Anspruch oder Zusatz?

Die beiden vorangegangenen Kapitel zeigten zum einen die Diskussion zum Verhältnis zwischen Realität, Medien und Medienrealität und zum anderen die verschiedenen Forschungsstränge, die sich mit den Möglichkeiten der Nachrichtenauswahl auseinandersetzen. Wie bereits in Kapitel 3.2. Zusammenfassung angeschnitten, werden nichtsdestotrotz an die Massenmedien gewisse Ansprüche und Forderungen gestellt. Basierend darauf stelle ich mich nun der Diskussion zur Qualität im Journalismus.

Wenn man auf Qualität im Journalismus oder von Medieninhalten zu sprechen kommt, ist eigentlich nicht deutlich, was mit Qualität gemeint ist bzw. welche Kriterien diese messen sollen, wer diese Kriterien festlegt und worauf sich diese genau beziehen sollen. Sollen sich diese auf die Rezipienten/innen, auf Inhalte, beispielsweise einzelne Artikel, ein gesamtes Ressort, ein bestimmtes Programm, den wirtschaftlichen Erfolg eines Mediums, das erfüllen gewisser Funktionen, beziehen?

Ich konzentriere mich in den folgenden Abschnitten in erster Linie auf die Qualitätsdebatte um Medieninhalte bzw. Medienaussagen, da sich meine Untersuchung auf Medieninhalte konzentriert.

Was ist Qualität in der medialen Berichterstattung? Dürfen Leistungsanforderungen an Medien gestellt werden? Wie erkenne ich, ob Medieninhalte qualitativ hochwertig sind? Bestehen Normen oder Kriterien dafür? Wenn ja, welche? Dies sind die Fragen, deren mögliche Antworten ich nun in den folgenden Abschnitten diskutieren werde.

Ab Kapitel 4.1.1. zeige ich die verschiedenen Wege oder Perspektiven auf, die die unterschiedlichen Autoren/innen gewählt bzw. untersucht haben, um ein Bezugssystem zur Untersuchung von Qualität von Medieninhalten zu schaffen. Anschließend erläutere ich kurz den rechtlichen Rahmen der Leistungsanforderungen an Printmedien, um dann noch eine weitere Anforderung an das Mediensystem, die Publizistische Vielfalt, zu diskutieren.

4.1. Die Eingrenzung des Begriffs Qualität

Um sich dem Begriff der Qualität in Bezug auf Medienprodukte zu nähern, nimmt Siegfried Weischenberg zuerst eine Definition des Begriffs vor. Er unterscheidet dabei zwischen Qualität als normativem, relationalem und funktionalen Begriff. Im normativen Sinn geht es um Eigenschaften und Kennzeichen eines Produkts, die bestimmte Ansprüche erfüllen sollten. Bei Qualität im relationalen Sinne stehen die sozialen Anforderungen und die einzelnen Anliegen im Vordergrund. Qualität als funktionaler Begriff beschäftigt sich mit den Erwartungen, die je nach Genre, Medienprodukt, etc hervorgerufen werden. So ist Qualität als ein Konstrukt der Beobachtung zu erfassen, je nach Blickwinkel der Rezipienten/innen,

Journalisten/innen, etc werden unterschiedliche Erwartungen und Leistungsanforderungen bzw. Referenzsysteme, wie beispielsweise das Gemeinwohl, der geschäftliche Nutzen, etc angewandt. Die so verwendeten Richtmaße sind ständigen Veränderungen unterworfen.¹⁵⁷

Weischenberg verwendet zur Darstellung der Einflussfaktoren und Dimensionen des Begriffs Qualität und der damit verbundenen Forschung das folgende Kreismodell, das auch die internen Einflüsse nach Stufen gegliedert beachtet.

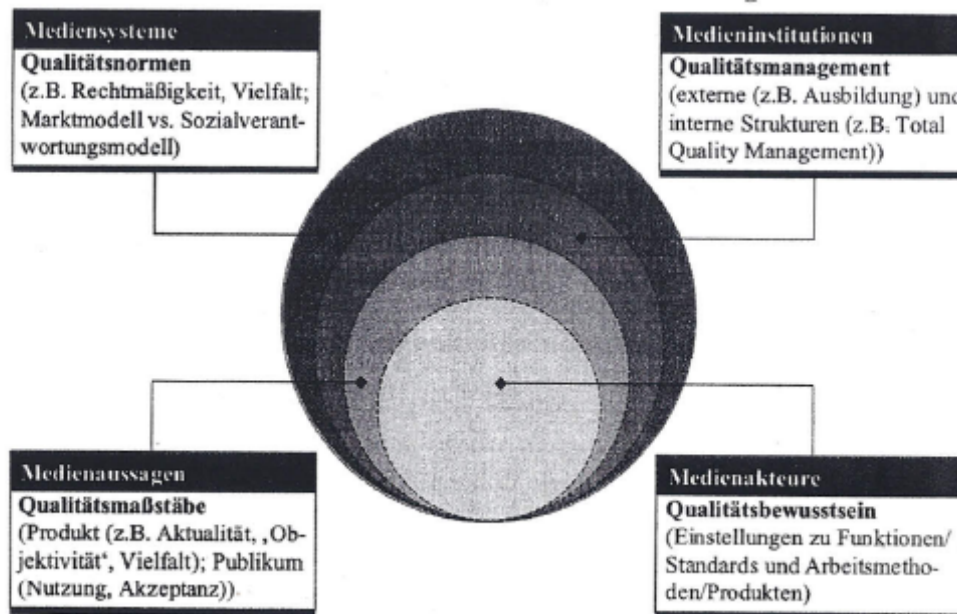


Abbildung 6: Kreismodell zu Qualität und der jeweiligen Qualitätsforschung¹⁵⁸

Auf Produkte bezogene Maßstäbe würden auch aufgrund der unterschiedlichen Definitionen zu zwiespältigen Ergebnissen führen. Auch wenn Merkmale wie Vollständigkeit und die Separation zwischen Nachricht und Meinung anerkannte professionelle Regelungen sind, würden sie als Maßstäbe zur Qualitätsmessung nicht ausreichen. Der Begriff Vielfalt wiederum lässt sich auf unterschiedlichste Dimensionen anwenden, wie auf das Publikum, das Mediensystem an sich oder das Programm.¹⁵⁹

Eine Möglichkeit, Qualitätsmaßstäbe zu ordnen, zeigt Horst Pöttker auf. Er ordnet die verschiedenen Eigenschaften nach gegenstandsbezogenen und publikumsbezogenen Qualitäten.¹⁶⁰

¹⁵⁷ Vgl. Weischenberg, Konstanz 2006, S. 12.

¹⁵⁸ Abbildung (entnommen aus): Weischenberg, 2006, S. 13.

¹⁵⁹ Vgl. Weischenberg, 2006, S. 18.

¹⁶⁰ Vgl. dazu: Kapitel 4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.

Weischenberg kritisiert, dass das Publikum bzw. die Rezipienten/innen und ihre Interessen oft viel zu wenig weder in die Diskussion um Qualitätsmaßstäbe noch in die Qualitätsforschung miteinbezogen werden, sondern dass Maßstäbe und Merkmale der Produktion eher im Vordergrund stehen.¹⁶¹

Die Teilhabe des Publikums an der Qualitätsdiskussion würde aber zudem aufzeigen, „[...]“, dass Qualität (auch) Ausdruck von Relationen ist, bei denen Qualität ausgehandelt und zugewiesen wird.“¹⁶²

Abschließend möchte ich an dieser Stelle noch erwähnen, dass Weischenberg darauf hinweist, dass die Diskussion um Qualitätsmaßstäbe keinesfalls als abgeschlossen oder dergleichen betrachtet werden kann. Im Gegenteil, er zeigt auf, dass die Forschung bei der Diskussion um Qualitätsstandards bereits an einem Set von Variablen, wodurch die Medienqualität eines Produktes begründet sein kann, anknüpfen kann.¹⁶³ Dies veranschaulicht die folgende Abbildung. Des Weiteren zeigt sie auf, dass Qualität bzw. deren Maßstäbe je nach Sichtweise variieren.



Abbildung 7: Qualitätsmaßstäbe: Set von Variablen¹⁶⁴

4.1.1. Bonfadellis Überlegungen zu möglichen Leistungskriterien

Der vorangegangene Abschnitt zeigte, dass die alleinige Eingrenzung des Begriffs Qualität sehr weit reicht bzw. alles andere als einfach ist. Da in meiner Untersuchung Medieninhalte den Untersuchungsgegenstand darstellen, beschäftige ich mich folglich

¹⁶¹ Vgl. Weischenberg, 2006, S. 19.

¹⁶² Ebenda.

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 21.

¹⁶⁴ Abbildung (entnommen aus): Wyss, 2002, S. 97, (zit. nach: Weischenberg, 2006, S. 22).

mit etwaigen Qualitätskriterien, die sich auf den Medieninhalt beziehen. Es sei gleich zu Beginn gesagt, dass es nicht das *eine* Bezugssystem gibt und dementsprechend existiert auch nicht *ein* Kriterienkatalog anhand dessen die Qualität von Medieninhalten allgemein gemessen werden könnte.

Heinz Bonfadelli gibt nur einen zusammenfassenden Überblick darüber, wie man sich annähernd an ein Bezugssystem für Medieninhalte heranarbeiten kann. Zuerst sei auf die verschiedenen Perspektiven bzw. Auslöser verwiesen, aus welchen die Diskussion zur Qualität von Medieninhalten gesehen werden kann bzw. anhand welcher sich die Diskussion dazu entzünden kann. Wenn die Rede von Qualitätsdiskussionen ist, stehen meist Fehler oder mangelnde Qualität der Medien im Vordergrund und nicht ihre Leistungen. Zudem entzündet sich die Diskussion häufig an einem negativen Fall oder Beispiel. Eine außerhalb des Mediensystems liegende Institution kritisiert die Berichterstattung in einem speziellen Fall und die Reaktion der Medien ist, diese Kritik in einen Angriff auf die Meinungsfreiheit umzudeuten. Auch Medien selbst beginnen, sich mit der „Qualität der Medien“ in vorausschauendem und anhaltendem Sinn zu beschäftigen, indem sie selbst Prüfsteine und Unterscheidungskriterien aufstellen, die so einen Vergleich der Medienleistung möglich machen sollen. Zudem gestaltet sich die Diskussion um die Medienqualität oft gefühlsbetont und strittig. Medienqualität wird oft anhand von Kriterien diskutiert, die aus dem System selbst kommen und daher häufig nur für bestimmte Medien oder Programme gelten. Außerdem entspringen die Diskussionen oft an plötzlich auftretenden speziellen Fällen, zu welchen dann erst Experten/innen oder externe Institutionen befragt werden. Eine öffentliche Diskussion zum Thema Medienleistung und -qualität entsteht nur selten. Eine mögliche von außen kommende Kritik- und Kontrollinstanz wird gerne aus Sicht des Mediensystems als ein Angriff auf die Meinungs- und Medienfreiheit verstanden. Diese Umstände führen dazu, dass die Diskussion um Leistungs- und Qualitätsnormen relativ unausgegrenzt ist. Auch die Besonderheiten des privat- und öffentlich-rechtlichen Rundfunks machen eine Qualitäts- und Leistungsdiskussion recht schwierig.¹⁶⁵

Dieser Überblick Bonfadellis zeigt, wie mannigfaltig und von verschiedenen Interessen geprägt die Diskussion um die Medienqualität und -leistung ist. Dabei ging diese Zusammenfassung betreffend der einzelnen Akteure/innen oder Ebenen noch nicht einmal in die Tiefe bzw. unterlag sie keiner genauen Differenzierung.

Als in Frage kommende Bezugsobjekte, an denen sich die Medienleistungs- und -qualitäts-Diskussion entzündet, nennt Bonfadelli Einzelsendungen oder -artikel, die gesamte Berichterstattung zu einem Thema oder Ereignis, ein gesamtes Genre und

¹⁶⁵ Vgl. Bonfadelli, 2002, S. 110 ff.

möglicherweise die dazugehörige Entwicklung in eine bestimmte Richtung. Es kann aber auch im Allgemeinen um Medien oder einzelne Medien, bestimmte Redaktionen oder Teilbereiche des Journalismus gehen. Als Ort oder Gremium der Diskussion kann sowohl der private als auch der medienöffentliche Raum dienen. Auch juristische, politische oder wissenschaftliche Gremien können Ort der Diskussion sein. Die Diskussionen laufen oft zwischen Beteiligten aus dem Mediensystem und externen Beteiligten aus politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Kreisen ab. Die Medienwissenschaft selbst stellt eine dritte Instanz dar, die häufig als Vermittler fungiert. Zudem erklärt Bonfadelli, dass durch den Umstand, dass sich die Diskussionen zumeist an Fehlern entzünden, diese als ein Zeichen der Strukturkrise des Journalismus oder des Mediensystems gesehen werden. Er sieht die Ursachen dafür sowohl in Globalisierungsvorgängen als auch in der Anspannung und Kommerzialisierung des Mediensystems. In den Sechziger- und Siebziger Jahren hingegen waren ideologische Scheuklappen oder Einstellungen der Ausgangspunkt für Diskussionen.¹⁶⁶

Bonfadellis historische Gegenüberstellung betreffend der Gründe, die zu kontroversen Diskussionen geführt haben sollen, kann ich persönlich nicht ganz nachvollziehen, wenn ich beispielsweise an die relativ aktuelle Diskussion zum ORF, Stichwort „Schwarzfunk“¹⁶⁷, denke. Nichtsdestotrotz zeigt diese Zusammenfassung übersichtlich, welche Instanzen sich in unterschiedlichsten Foren anhand verschiedenster inhaltlicher Knackpunkte zu Diskussionen zusammenfinden können.

Bonfadelli definiert den Begriff Medienleistung wie folgt: „Begriffe wie „Leistung“ (engl.: performance) oder „Qualität“ sind normativer Art, d.h. ein bestimmter Ist-Zustand wird mit einem Soll-Zustand, d.h. gewissen Idealen oder Zielvorgaben verglichen.“¹⁶⁸

Diese Definition ist beabsichtigt allgemein gehalten und sagt noch nichts über bestimmte Kriterien oder Indikatoren aus, die zum Vergleich herangezogen werden.

Außerdem sollten gewisse Leistungsansprüche an die Medien auch begründet sein. Wer gibt wie den Soll-Zustand vor?

Bonfadelli erklärt weiter, dass sich die „[...] Ansprüche an die Medien und dazu korrespondierend die Verantwortlichkeit und Leitung der Medien gegenüber dem

¹⁶⁶ Vgl. Bonfadelli, 2002, S. 112 ff.

¹⁶⁷ Mehrere Parteien äußerten immer wieder durch OTS-Aussendungen den Verdacht, dass der ORF bestimmte Parteien in seiner Berichterstattung bevorzuge. Ein Überblick an Aussendungen der einzelnen Presseabteilungen, in welchen dem ORF Parteilichkeit vorgeworfen wird, unter URL: <http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2006/0606/W4/32906Porf.htm> [29.01.2009].

¹⁶⁸ Bonfadelli, 2002, S. 114.

Einzelnen bzw. der Gesellschaft [...]“¹⁶⁹ durch Rückgriff auf die öffentlichen Funktionen der Massenmedien ergeben.

Bonfadelli bezieht sich im vorangegangenen Zitat auf Horst Pöttkers Begriffserklärung zu den öffentlichen Funktionen der Massenmedien.¹⁷⁰

Moderne demokratische Systeme müssen auf die Massenmedien und ihre Leistungen zurückgreifen. Sie sind Teil des Systems. Aus dieser Überlegung ergeben sich zum einen bestimmte Rechte und zum anderen eben auch gewisse Bedürfnisse und Ansprüche an die Medien.¹⁷¹

Denis McQuail hat zu den Leistungsansprüchen, die die Öffentlichkeit und die Gesellschaft an die Medien haben können, verschiedene Modelle ausgearbeitet.¹⁷²

Basierend auf McQuails Überlegungen zu Public Interest können die Ansprüche an die Medien je nach Modell variieren.

Folgende Abbildung zeigt sehr anschaulich, in welchen Bezugsrahmen die Ansprüche an die Medien, deren Medienleistung und –qualität, zu setzen und zu diskutieren sind.

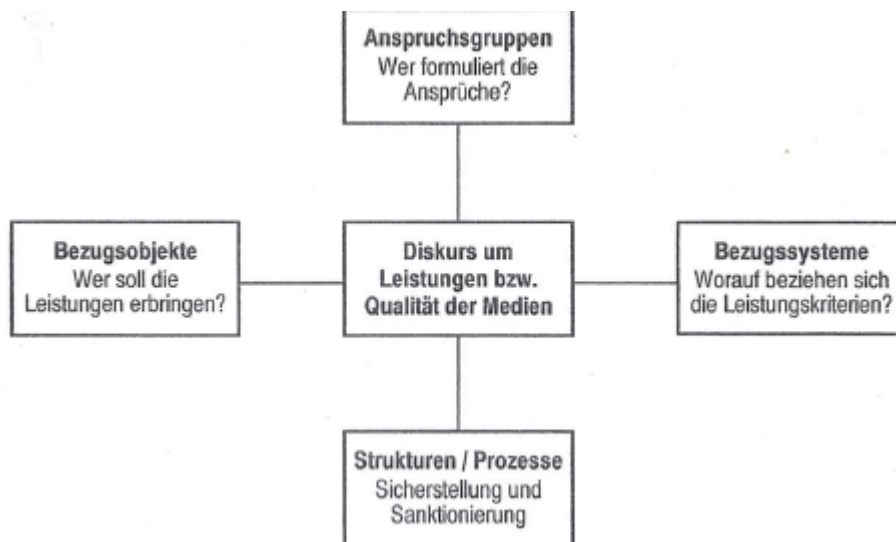


Abbildung 8: Facetten des Medienleistungsdiskurses¹⁷³

Bonfadelli sieht es als „[...] eine Aufgabe der Publizistikwissenschaft, diesen gesellschaftlichen Diskurs um die Definition von Leistungskriterien zu beobachten und kritisch zu verfolgen, [...]“¹⁷⁴

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ Vgl. Kapitel 4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.

¹⁷¹ Vgl. Bonfadelli, 2002, S. 115.

¹⁷² Vgl. Kapitel 4.1.2. McQuails Media Performance und seine Ausformungen von Public Interest.

¹⁷³ Abbildung (entnommen aus): Bonfadelli, 2002, S. 115.

¹⁷⁴ Bonfadelli, 2002, S. 115.

Er fasst zusammen, dass die Untersuchung von Medienleistung oder-qualität aus verschiedenen Perspektiven gestaltet werden kann. Zusätzlich verweist er auf vier Aspekte, die immer wieder genannt werden:

„[...]1) der Gesellschaft, 2) des Staates, 3) der Medien bzw. Medienproduzenten und 4) der Nutzung durch das Publikum, und zwar als Evaluierung des – gemeinwohlorientierten Auftrages, -staatspolitisch orientierten Auftrages, - qualitätsorientierten journalistischen Auftrages, -rezipientenorientierten Auftrages der Massenmedien.“¹⁷⁵

Für jede der vier genannten Möglichkeiten sind verschiedene Ansprüche und somit Kriterien wichtig, die zum einen innerhalb der eigenen Perspektive und zum anderen innerhalb der vier Perspektiven abgewogen werden müssen und auf vier Bezugsebenen, nämlich die der Realität, der Anspruchsgruppen, der Medien und der RezipientInnen bzw. deren Gebrauch, operationalisiert werden müssen. Folgende Abbildung erklärt Bonfadellis vorangegangene Überlegungen bildlich, wobei er selbst einräumt, keinen Anspruch auf Vollständigkeit zu geben.¹⁷⁶

Abb. 20: Perspektiven und Bezugsebenen von Leistungskriterien				
	Bezugsebene			
	Wirklichkeit	Anspruchsgruppen	Medien	Rezipient
Gemeinwohl-Perspektive	Authentizität Richtigkeit Identität	Unabhängigkeit	Freiheit Vielfalt Ethik	Sozialverträglichkeit
Staatspolitische Perspektive	Relevanz Solidarität	Ausgewogenheit	Chancengleichheit Kontrolle	kulturelle Identität
Journalistische Perspektive	Aktualität Kompetenz + Sorgfalt Richtigkeit	Unvoreingenommenheit	Kreativität Innovation Selbstreflexivität	Interesse und Akzeptanz
Nutzungs-Perspektive	Wirklichkeitsbezug Orientierung Partizipation	Transparenz Urteilsfähigkeit	Attraktivität Verständlichkeit	Selbstbestimmung Partizipation

Abbildung 9: Perspektiven und Bezugsebenen von Leistungskriterien¹⁷⁷

¹⁷⁵ Bonfadelli, 2002, S. 127.

¹⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 127 f.

¹⁷⁷ Abbildung (entnommen aus): Bonfadelli, 2002, S. 127.

4.1.2. McQuails Media Performance und seine Ausformungen von Public Interest

Bereits im Kapitel 4.1.1. habe ich kurz auf McQuails Konzepte vom Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Leistungsansprüchen an die Medien hingewiesen. Die Leistungsansprüche, die die Gesellschaft an die Medien haben kann, können variieren bzw. unterschiedlich definiert sein.

McQuail nimmt eine Gliederung von drei Public-Interest-Konzepten vor: Preponderance theory, Common interest theory und die Unitary theory.¹⁷⁸

Die Preponderance theory weist darauf hin, dass die Summe der Einzelinteressen höchste Priorität hat. Die Meinung der Mehrheit macht die öffentliche Meinung bei dieser Theorie aus. Diese kann mittels Wahlen oder sonstigen Berechnungen oder Methoden ermittelt werden.¹⁷⁹ Folgendes Zitat zeigt eine weitere beschreibende Perspektive dieser Theorie auf: „Whatever happens, the public interest cannot, according to this definition, be on the `losing side` in the sense of being demonstrably contrary to the interest of a majority.“¹⁸⁰

Gemäß McQuail¹⁸¹ liegt eine offensichtliche Schwäche dieses Konzepts in der möglichen Spannung, die zwischen der Ermittlung der Mehrheitsmeinung und dem weiterführenden Gedanken, dass die öffentliche Meinung mehr als die Summe der Einzelmeinungen ist, entstehen kann.¹⁸²

Die Common interest theory bezieht sich auf Ansprüche, die alle Mitglieder einer Gesellschaft an die Massenmedien gemeinsam haben. Beispiele für allgemeine Interessen wären allgemeine Dienstleitungen wie die Wasserversorgung, das Verwaltungssystem, die Polizei, etc. Das gleiche gilt für Ansprüche, die die Gesellschaft an die Medien hat.¹⁸³

Die Unitary theory geht vom Bestehen einer Art absoluten Richtlinie aus, die normalerweise von einer übergeordneten Ideologie oder sozialen Gesinnung abstammt. Bestimmte Werte, Standards und Ansprüche gelten für jeden Einzelnen.¹⁸⁴

Je nach Theorie bestehen bestimmte Ansprüche, die die Gesellschaft, die Öffentlichkeit, an die Massenmedien stellen. Je nach Bezugsrahmen haben die Medien gewisse Leistungen zu erfüllen. Die Leistungen sind allerdings abhängig vom System, der Theorie, von welcher das öffentliche Interesse ausgeht.

¹⁷⁸ McQuail selbst weist darauf hin, dass er diese Klassifikation basierend auf Virginia Helds Überlegungen und ihren drei Hauptvarianten von Public Interest vornimmt. Vgl. Held, 1970, (zit.nach: McQuail, 1992, S.22).

¹⁷⁹ Vgl. McQuail, 1992, S. 22.

¹⁸⁰ McQuail, 1992, S. 22 f.

¹⁸¹ McQuail selbst verweist wiederum darauf, einen Gedanken aus Helds Überlegungen zu übernehmen. Vgl. McQuail, 1992, S. 23.

¹⁸² Vgl. McQuail, 1992, S. 23.

¹⁸³ Vgl. ebenda.

¹⁸⁴ Vgl. ebenda.

Dementsprechend hat auch der Begriff der Qualität von Medienleistungen unterschiedliche Bedeutungen.

McQuail hat es zudem geschafft, die Diskussion um mögliche Qualitätskriterien von Medien auf drei zentrale Grundwerte hinunter zu brechen, was in der von mir verwendeten Literatur immer wieder erwähnt wird.¹⁸⁵

Diese Grundwerte stellen nach McQuail sozusagen die Leitlinien bei der Beurteilung von Medienleistungen dar. McQuail geht davon aus, dass sich diese Grundwerte in westlichen Gesellschaften finden und ebenso die Medien leiten oder als Grundvoraussetzungen bei öffentlichen Diskussionen zu verschiedenen Themen gesehen werden.¹⁸⁶

„Sie[die Werte Freiheit, Gleichheit, und soziales Zusammenhalt, d.Verf.] seien für demokratische Gesellschaften konstitutiv, prägen deren Rechtsgrundlagen und bestimmen daher auch die normativen Vorstellungen davon, wie Medien und Journalismus in einer freiheitlichen Demokratie agieren sollten.“¹⁸⁷

Die Werte Freedom, Equality und Order/Solidarity überschneiden sich in seinen Erklärungen bzw. in seiner Aufteilung oft, ergänzen sich und werden nicht nur als einseitig positiv oder negativ betrachtet.¹⁸⁸

Von diesen Kernbegriffen lassen sich wiederum Unterbegriffe bilden.

Der Begriff Freedom bezieht sich auf das Recht auf Glauben, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf den Zugang zu Informationen, das Recht auf Selbstentfaltung, usw. Auch die wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sind damit gemeint.¹⁸⁹

Der Begriff Equality steht eng mit dem Begriff der Gerechtigkeit (justice) in Verbindung. Gemeint ist damit die Gleichheit vor dem Staat, dem Gesetz, der gesellschaftlichen Ordnung ebenso wie der gleiche Zugang zu verschiedenen Kommunikationskanälen.¹⁹⁰

„Most generally, if we suppose there to be a ‚right to communicate‘, then we also suppose an equal claim for all to hear and to be heard.“¹⁹¹

McQuail erklärt den Begriff Order/Solidarity zuerst in Bezug auf die französische Revolution und dann hinsichtlich der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und der Reformen und Verbesserungen, welche diese brachte. Ordnung als Übersetzung von

¹⁸⁵ Vgl. Bonfadelli, 2002, S. 117 f. und Schwarb, 2007, S.82 f. und Maurer/Reinemann, 2006, S.29.

¹⁸⁶ Vgl. McQuail, 1992, S. 67.

¹⁸⁷ Maurer/Reinemann, 2006, S.29.

¹⁸⁸ Vgl. McQuail, 1992, S. 67 f.

¹⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 67.

¹⁹⁰ Vgl. ebenda.

¹⁹¹ Ebenda, S. 67 f.

order galt im Sinne des Friedens und des Rechtsstaates als eine Art Vorbedingung zu einer gerechten und zivilisierten Gesellschaft.¹⁹²

„The interdependence and stability of collective life of a society or community derive from, and depend on, communication processes and call for expressions of identity and belonging as well as involving social control through communication.“¹⁹³

Dies bedeutet, dass eine Gesellschaft Regeln bzw. deren Einhaltung, ebenso wie die Medien, benötigt.

Er sieht zudem einen wichtigen Zusammenhang zwischen order und Kultur. Seiner Meinung nach kann eine soziale Ordnung nur über einen längeren Zeitraum über den Prozess der öffentlichen Kommunikation bestehen.¹⁹⁴

Jeder dieser Werte kann im eigennützigen Sinne interpretiert werden, daher kann es niemals ein einziges absolutes öffentliches Interesse basierend auf diesen Werten und ihren Unterbegriffen geben. MacQuail versteht sein Gerüst an Leistungsnormen als Bezugssystem, das eben auch nur teilweise oder je nach Perspektive aktiviert werden muss.¹⁹⁵

4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker

In Kapitel 4.1.1. bin ich kurz auf die öffentlichen Funktionen der Massenmedien eingegangen, da Bonfadelli die Leistungsansprüche der Gesellschaft durch Rückgriff auf diese erklärt. Er geht von Pöttkers Definition der öffentlichen Funktionen der Massenmedien aus. Daher erachte ich einen kurzen Überblick auf die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und die daraus entstehenden Qualitätskriterien nach Pöttker für notwendig.

Zuvor möchte ich an dieser Stelle kurz auf die Einteilung der Funktionen der Massenmedien nach Burkart eingehen, der einen umfassenderen Beitrag dazu geliefert hat, da Pöttker in seinen Erläuterungen nur auf eine Funktion, eben die so genannte Öffentlichkeitsaufgabe der Medien, eingeht.

Burkart unterteilt die Funktionen der Massenmedien, wie es sich in der folgenden Abbildung erkennen lässt, in soziale, politische und ökonomische Funktionen. Er betont, dass die einzelnen Funktionen jeweils als Aufgaben gesehen werden können, die zum Funktionieren des jeweiligen Systems als notwendig erachtet werden. Es lässt sich erkennen, dass sich die von Pöttker genannten Funktionen in Burkarts Abbildung wieder finden. Die sozialen Funktionen ermöglichen es Individuen, sich in der Gesellschaft zu orientieren, sich zu integrieren, sich der Kommune anzupassen und

¹⁹² Vgl. ebenda, S. 68.

¹⁹³ Ebenda.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 68.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 78.

ihren Platz zu finden und sie sollen dabei helfen, eine Persönlichkeit zu entwickeln. Die politischen Funktionen reichen vom Herstellen der Öffentlichkeit, den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren, sich eine eigene Meinung bilden zu können und somit an Partizipationsprozessen teilnehmen zu können bis hin zur Kritik- und Kontrollfunktion, die besonders für eine freie Demokratie eine wichtige Funktion darstellt. Ökonomische Funktionen werden für die Wirtschaft erbracht. Gewinnerzielung und die warentzirkulierende Funktion, die sich beispielsweise auf die Werbung bezieht, sind dabei die offensichtlichsten Funktionen. Die regenerative Funktion meint, dass Menschen nach einer möglichen Regeneration mittels Medien eine bessere Leistung für das Wirtschaftssystem erbringen können. Die herrschaftliche Funktion leistet Legitimationshilfe für den bei uns vorherrschenden Kapitalismus und das damit verbundene Wirtschaftssystem und die Gesellschaft. ¹⁹⁶

soziale	politische	ökonomische
• Informationsfunktion		
• Sozialisationsfunktion • soziale Orientierungsfunktion • Rekreationsfunktion (Unterhaltung, Eskapismus) • Integrationsfunktion	• Herstellen von Öffentlichkeit • Artikulationsfunktion • politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion • Kritik- und Kontrollfunktion	• Zirkulationsfunktion /Wissensvermittlung /Sozialtherapie / Legitimationshilfe • regenerative Funktion • herrschaftliche Funktion
soziales	politisches	ökonomisches
Gesellschaftliches System		

Abbildung 10: Funktionen der Massenmedien ¹⁹⁷

Pöttker wiederum erläutert, dass journalistische Qualitätsmaßstäbe durch eine Journalismustheorie begründet werden müssen, da sich die Diskussionen zur Qualität im Journalismus auf die zentrale Fragestellung, wieso es Journalismus eigentlich gibt, zurückziehen müssen. Er geht davon aus, dass der Beruf des/der Journalisten/in

¹⁹⁶ Vgl. Jarren/Meier, 2002, S. 105 ff.

¹⁹⁷ Vgl. Abbildung aus: Burkart, 2002, S. 382.

ebenso wie andere Berufe institutionalisiert wurde, da er eine gewisse Aufgabe zu erfüllen hat, die das Leben in der Gesellschaft erst möglich macht. Eine Aufgabe bzw. Funktion ist die Komplexitätsüberbrückung. Individuen sind auf die Inhalte, die Journalisten/innen weitergeben, angewiesen, da sie nicht alles, was geschieht, selbst erfahren können. Journalisten/innen sollten möglichst viele Individuen rasch und möglichst unverzerrt mit Informationen und Kenntnissen versorgen, die diese für das (Über)leben in einer komplexen und immer unübersichtlicheren Gesellschaft benötigen. Dazu und zur Teilhabe an der Gesellschaft brauchen die Individuen die hergestellte mediale Öffentlichkeit und die damit beruflich befassten Menschen. Somit festigt das Mediensystem die Fähigkeit der Selbstregulierung und Problemverarbeitung des sozialen Systems und hilft dabei, dieses zu erhalten.¹⁹⁸

Eine weitere Funktion nach Pöttker ist die Überwölbung gesellschaftlicher (Über)komplexität. Damit ist gemeint, dass durch die heutige relativ strenge Arbeitsteilung und die immer unüberschaubarere, globalisierte Welt Medien die Aufgabe übernehmen, den Menschen einen Überblick zu bieten, d.h. nicht Komplexitätsreduktion sondern, dass sie die Fülle an Ereignissen, Geschehnissen und Vorgängen zerlegen und sortiert übermitteln. Durch das Herstellen von Öffentlichkeit wirken sie dem begrenzten Bewusstsein jedes/r Einzelnen entgegen. Jede Gruppe, Fraktion sollte die Chance haben, mit ihren eigenen Erkenntnissen, Erfahrungen, etc in den Medien vertreten zu sein. Dazu sind sowohl gewisse Maßnahmen erforderlich, damit der freie Zugang zu Medien gewährleistet ist, als auch eine gewisse Medienpluralität vonnöten.¹⁹⁹

Diese öffentlichen Funktionen bzw. die Öffentlichkeitsaufgabe von Mediensystemen bringen es mit sich, dass gewisse Kriterien bzw. Qualitätsmaßstäbe eingehalten werden sollten.

Pöttker nennt „[...]acht Eigenschaften der Information oder ihres Produzenten und Überbringers[...]“²⁰⁰, die dazu befähigen, Öffentlichkeit im zuvor erklärten Sinne hervorzubringen und erklärt ergänzt dazu, dass dieser Eigenschaftenkatalog als anpassungsfähig und nicht abgeschlossen gilt: Richtigkeit, womit gemeint ist, dass der Informationsinhalt empirisch nachweisbar ist. Vollständigkeit oder Relevanz, was bedeutet, dass das Wichtigste eines Vorgangs oder Ereignisses erwähnt wird. Wahrhaftigkeit - dabei wird eingestanden, dass die Kriterien der Richtigkeit und Vollständigkeit nur schwer zu erreichen sind. Aus diesem Widerspruch heraus wird der Vorgang der ständigen Vervollständigung und Aufklärung, der der Glaubwürdigkeit dient, als Wahrhaftigkeit bezeichnet. Verschiedenartigkeit oder Universalität

¹⁹⁸ Vgl. Pöttker, 2000, S. 375-378.

¹⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 378 f.

²⁰⁰ Ebenda, S. 382.

bezeichnet den Umstand, dass das jeweilige Medium danach trachten sollte, möglichst viele unterschiedliche Interessen und Erkenntnisse im Sinne der Öffentlichkeitsaufgabe zu publizieren. Unabhängigkeit bezeichnet die Eigenschaft, dass Journalisten/innen sich in ihrer Themenauswahl, deren Schilderung, usw. keinerlei nicht-publizistischen Vorlieben, wie beispielsweise den Eigentümerinteressen, den Interessen politischer Parteien, etc. unterwerfen. Zeitigkeit oder Aktualität meint nicht nur Tagesaktualität sondern auch, dass beispielsweise bei Schilderungen zu einem Ereignis der aktuelle Wissensstand dazu miteinbezogen wird. Mit Verständlichkeit ist die jeweilige journalistische Darstellungsform und die Sprache gemeint, d.h. ob der Inhalt einer Information tatsächlich bei dem/r Konsumenten/in ankommt. Diese Eigenschaft ist besonders wichtig in Bezug auf die Öffentlichkeitsaufgabe. Mit Unterhaltsamkeit ist der Umstand gemeint, dass der Inhalt einer Information mehr sein kann als reine Berieselung, sondern den/die Konsumenten/in auch zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Inhalt führen kann. Die ersten vier Begriffe beziehen sich auf den Gegenstand, die letzten vier auf das Publikum.²⁰¹

4.1.4. Eine weitere Möglichkeit: Dimensionen der Qualität von Medienangeboten

Einen weiteren sehr interessanten Beitrag zum Thema Untersuchung der Qualität von Medieninhalten liefern Marcus Maurer und Carsten Reinemann. Sie verweisen dabei auf eine mögliche Gliederung unterschiedlicher geeigneter Dimensionen zur Untersuchung von Qualität von Medienangeboten und auf welchen Ebenen die Qualität von Medieninhalten überhaupt untersucht werden kann. Als Basis ihrer Überlegungen dient ihnen ein Konzept von Heribert Schatz und Winfrid Schulz zur Untersuchung der Qualität von Fernsehprogrammen, in welchem sie Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Fernsehprogrammen aufstellen.²⁰²

Auch dieses Konzept basiert auf der „[...]öffentlichen Aufgabe[...]“²⁰³ der Medien, „[...]also ihrer Funktion als Medium und Faktor der Meinungsbildung in der Gesellschaft.“²⁰⁴

Insgesamt werden fünf Dimensionen genannt: Vielfalt, Relevanz, Professionalität, Akzeptanz und Rechtmäßigkeit. Maurer und Reinemann beschäftigen sich allerdings nur mit den drei erst genannten Dimensionen genauer. Dies argumentieren sie unter anderem damit, dass sich die Dimension Akzeptanz nur über Rezipienten/innenbefragungen oder Messungen ähnlicher Art ermitteln ließe und

²⁰¹ Vgl. ebenda, S. 382-388.

²⁰² Vgl. Maurer/Reinemann, 2006, S.29.

²⁰³ Ebenda.

²⁰⁴ Ebenda.

Rechtmäßigkeit sich auch nur professionell von juristischer Seite aus erforschen ließe.²⁰⁵

Nationale rechtliche Grundlagen zum Rundfunk dienen Schatz und Schulz als Bezugspunkt ihres Konzepts.²⁰⁶

Die folgende Abbildung zeigt eine Aufstellung der eben genannten Dimensionen und ihrer Sub-Komponenten.

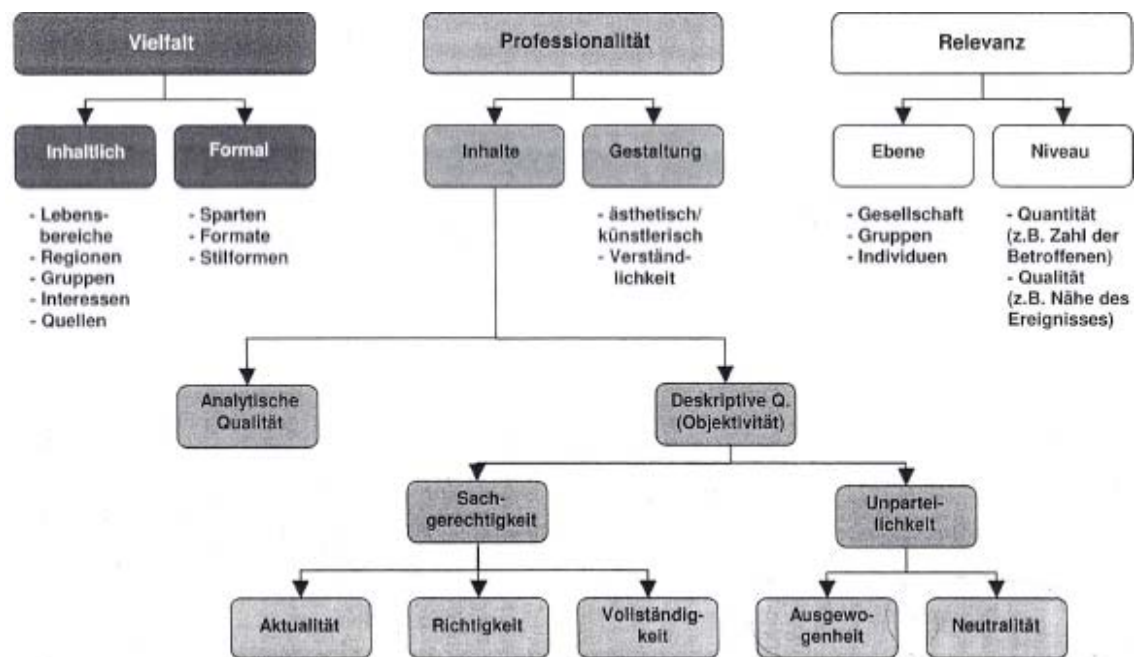


Abbildung 11: Inhaltsanalytisch messbare Dimensionen der Qualität von Medienangeboten²⁰⁷

Die Dimension Vielfalt lässt sich zuerst inhaltlich und formal unterteilen. Mit formaler Vielfalt des Medienangebots ist das Vorhandensein unterschiedlicher Sparten, Formate und Stilformen gemeint. Inhaltliche Vielfalt meint, wie viele unterschiedliche Quellen, politische Interessen, verschiedenste Gruppierungen, die sich in der Wahl der Themen und der Personen niederschlagen, in der Berichterstattung berücksichtigt werden. Vielfalt meint hier nur das inhaltliche Spektrum. Wenn es beispielsweise um die Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte und Ansichten zu einem Thema geht, findet sich dies in der Dimension Professionalität und dort in der Unterkomponente Ausgewogenheit.²⁰⁸

²⁰⁵ Vgl. ebenda.

²⁰⁶ Vgl. Schwarb, 2007, S.84.

²⁰⁷ Vgl. Abbildung 11 aus: Maurer/Reinmann, 2006, S. 32. Maurer/Reinmann geben an, dass es sich um eine eigene Darstellung in Ahnlehnung an Schatz/Schulz, 1992, und Fahr, 2001 handelt.

²⁰⁸ Vgl. Maurer/Reinmann, 2006, S.30.

Bereits an dieser Stelle lässt sich erkennen, dass eine haargenaue Trennung der einzelnen Dimensionen und Untergliederungen nicht immer möglich bzw. diskussionswert ist.

Die Dimension Relevanz bezieht sich darauf, ob der/die Journalist/in oder die Redaktion es schafft, aus der Menge an Informationen und Ereignissen die relevanten herauszufiltern. Informationen und Ereignisse können relevant sein, ebenso wie bestimmte Perspektiven eines Ereignisses oder einer Information. Was relevant ist, kann mittels Intra-Extra-Media-Daten-Vergleich²⁰⁹ geschehen, mittels Beurteilung durch die Bevölkerung oder Spezialisten/innen oder durch Konsensprüfung.²¹⁰

Für Andreas Fahr hat die Dimension Professionalität eine große Bedeutung:

„Das Gebot der Professionalität bezieht sich auf die Art der Selektion, Aufbereitung und Präsentation von Rundfunkinhalten entlang anerkannter – journalistischer – Arbeitsregeln und steht zusammen mit Vielfalt im Zentrum der Betrachtung journalistischer Qualität.“²¹¹

Diese Dimension kann in Inhalte und Gestaltung unterteilt werden, wobei Gestaltung die künstlerische und sprachliche Umsetzung des Beitrags meint. In der Sub-Komponente Inhalt kann zwischen analytischer und deskriptiver Qualität unterschieden werden.²¹²

„Mit analytischer Qualität ist das Ausmaß gemeint, in dem Sachverhalte in den Medien erklärt und kritisch hinterfragt werden, sowie die Komplexität und logische Stringenz der vorgebrachten Argumente. Dieser Aspekt bezieht sich also in erster Linie auf die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien.“²¹³

Objektivität (deskriptive Qualität) bezieht sich vor allem auf die Vermittlungsfunktion der Medien, inwieweit beispielsweise der Beitrag so gestaltet wurde, dass der/die Konsument/in anschließend die Möglichkeit hat, sich selbst eine Meinung dazu zu bilden ohne durch etwaige Argumente des Beitrags beeinflusst worden zu sein. Dieser Punkt kann wiederum in Sachgerechtigkeit unterteilt werden, diese wiederum in Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Unparteilichkeit kann in Ausgewogenheit und Neutralität unterteilt werden.²¹⁴

4.2. Der rechtliche Rahmen der Leistungsanforderungen an die Printmedien

Die vorangegangenen Kapitel haben aufgezeigt, dass es verschiedenste Möglichkeiten gibt, sich dem Qualitätsbegriff in Bezug auf Medien bzw. Medieninhalte anzunähern.

²⁰⁹ Vgl. Kapitel 3.1.5.2. Der europäische Weg.

²¹⁰ Vgl. Maurer/Reinemann, 2006, S.30.

²¹¹ Fahr, 2001, S. 20.

²¹² Vgl. Maurer/Reinemann, 2006, S.31.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Vgl. ebenda.

Ziel dieser Diskussion war es, zum einen die einzelnen möglichen Perspektiven und/oder Kriterien zu erörtern und sich mit deren Sinnhaftigkeit auseinanderzusetzen, und das Facettenreichtum der Diskussion um mögliche Leistungskriterien und – anforderungen aufzuzeigen und zum anderen deren Legitimationsbasen zu behandeln. Was allen Ansätzen gemeinsam ist, ist, dass sie von einer gewissen öffentlichen Aufgabe oder Funktion der Medien ausgehen, die sozusagen die Vorstufe für mögliche Kriterien oder Anforderungen darstellt.

Es existiert im engeren Sinne kein Gesetz, dass Printmedien gewisse Kriterien wie beispielsweise Ausgewogenheit, Objektivität, Unparteilichkeit, etc. vor gibt, die einzuhalten sind. Der Verband Österreichischer Tageszeitungen kann in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden, da er sich „[...]für ein duales System der Selbstkontrolle der Presse auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene[...]“²¹⁵ auf redaktioneller Ebene einsetzt. „Im Bereich der überbetrieblichen Selbstkontrolle setzt er sich ein offenes und transparentes Kontrollorgan ein, welches von allen Verbänden getragen wird und auf breite Akzeptanz bei allen Printtiteln stößt.“²¹⁶

Natürlich gibt es eine „[...]Reihe von spezifisch auf die Medien ausgerichteten Gesetzen[...]“²¹⁷.

Die wichtigsten sind:

Art 10 EMRK Freiheit der Meinungsäußerung ²¹⁸ (Europäische Menschenrechtskonvention), Art 13 Staatsgrundgesetz, Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung von 1918, BVG Rundfunk, EG-Wettbewerbsrecht, EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ und das

Europaratsübereinkommen zum „grenzüberschreitenden Fernsehen in Europa“.²¹⁹

Die drei erst genannten beziehen sich in erster Linie auf die Freiheit der Massenmedien, d.h. freie Meinungsäußerung, keine Vorzensur, „kein Konzessionssystem“ etc. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass diese Grundrechte nicht für alle Medien im gleichen Ausmaß gelten:²²⁰ „Die Presse wird als weitgehend von staatlichen Eingriffen freizuhaltende, gesellschaftliche Institution abgesichert [...]“.²²¹

Pressefreiheit meint, die Freiheit, Nachrichten und auch Meinungen durch die Presse frei kundgeben und auch verbreiten zu können. Damit ist auch die Freiheit gemeint,

²¹⁵ URL : <http://www.voez.at/b587m72> [03.05.2009].

²¹⁶ URL: <http://www.voez.at/b587m72> [03.05.2009] .

²¹⁷ Holoubek/Traimer/Weiner, 2000, S. 10.

²¹⁸ Vgl. URL: http://www.unhcr.at/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/1_International/1_Voelkerrechtliche_Dokumente/04_EMRK_und_Protokolle/02a_EMRK_Protokoll_Nr_1__4__6_u_.7.pdf?PHPSESSID=c388654f5814102bab68905f981c2f5c [08.04.2009].

²¹⁹ Vgl. Holoubek/Traimer/Weiner, 2000, S. 11.

²²⁰ Vgl. Holoubek/Traimer/Weiner, 2000, S. 13 f.

²²¹ Ebenda, S. 15.

dass der Staat nicht in die Auswahl der Inhalte eingreifen darf. Weder die Qualität noch das Niveau spielen bei der Gewährung dieser Freiheit eine Rolle. Auch der Zweck, Gewinnmaximierung und/oder Unterhaltung, steht nicht im Vordergrund. Es gibt natürlich gesetzlich geregelte Bereiche, wie die nationale oder öffentliche Sicherheit, die einen Eingriff in Ausnahmefällen erlauben.²²²

Die vorangegangenen Absätze zeigen, dass Printmedien durch keinerlei Gesetze oder Verordnungen zur Unparteilichkeit verpflichtet sind.

Dennoch liefert Wolfgang Berka einen interessanten Beitrag zur öffentlichen Aufgabe der Printmedien in Demokratien, der die von mir aufgestellten Hypothesen inhaltlich unterfüttert.

„Wenn die Presse im Rahmen der dargestellten gesetzlichen Schranken über gemeinschaftswichtige Angelegenheiten informiert, den gesellschaftlichen Meinungen Raum gibt und mit eigenen Stellungnahmen zur Herausbildung einer öffentlichen Meinung beiträgt, erfüllt sie eine wichtige, in der Demokratie unverzichtbare Aufgabe.“²²³

Die Massenmedien bieten zudem eine öffentliche Plattform, die den Bürgern/innen die Ausübung ihrer politischen Freiheit gestattet, unterschiedlichste Gruppen und Minderheiten können so ihre Meinungen austauschen. Es wird ihnen ein Forum geboten, durch welches sie in geordneten Bahnen öffentlich in Verbindung treten können und sich austauschen können. Die Massenmedien erfüllen so konstant ihre Kritik- und Kontrollfunktion²²⁴ gegenüber dem staatlichen System. So sind die Massenmedien ein wichtiger Faktor im Entstehen und in der Aufrechterhaltung zu einer Gesellschaft, die durch ihre öffentlichen Meinungs- und Entscheidungsprozesse den demokratischen Staat hervorruft und legitimiert.²²⁵

Dennoch ist die öffentliche Aufgabe der Printmedien in Demokratien ein relativ unkonkreter Begriff. So eindeutig die Wichtigkeit dieser Aufgabe zu sein scheint, so wenig gesetzlich geregelt scheint der Begriff.

Artikel 10 der EMRK geht von einem Ideal einer demokratischen Gesellschaft aus, d.h. die Leistung der Medien wird sogar im Verfassungsrang berücksichtigt. Eine Einschränkung der Pressefreiheit wird natürlich immer im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe für die demokratische Gesellschaft, die natürlich auch eine gewisse Verantwortung mit sich bringt, gesehen.²²⁶

²²² Vgl. Berka, 1989, S.68-74.

²²³ Ebenda, S.75.

²²⁴ Vgl. Kapitel 4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.

²²⁵ Vgl. Berka, 1989, S.75.

²²⁶ Vgl. ebenda, S.75 f.

„Die Zuerkennung einer solchen begünstigten Position ist nur gerechtfertigt, wenn die Presse den in sie gesetzten Erwartungen verantwortungsbewußt(!) nachkommt und sich um Objektivität und Fairneß(!) der Berichterstattung bemüht.“²²⁷

Die Beziehung zwischen dem öffentlichen Ansehen und der damit verbundenen Verantwortlichkeit sollte im Begriff der „öffentlichen Aufgabe“ münden. Berka betont allerdings, dass dieser Begriff dann nicht ins Mediengesetz Einzug gefunden hatte, womit es bei der erwähnten Lage im Verfassungsrang blieb.²²⁸

„Die Verfassung anerkennt die konstitutive Bedeutung der Presse für eine demokratische Gesellschaft. Sie gebietet die Berücksichtigung der von ihr im Dienst an der Demokratie erbrachten Leistungen bei der gesetzlichen Ausgestaltung ihrer Rechte und Pflichten, [...]“²²⁹

Berka erklärt, dass dies als Bestätigung der öffentlichen Aufgabe gesehen werden kann, wenn berücksichtigt wird, dass sich daraus keinerlei Pflichten für die Presse ergeben und sich die Presse auch ohne Konsequenzen anderen Aufgaben hingeben kann. Allerdings kann die öffentliche Aufgabe im eben aufgezeigten Sinne als eine Art Aufruf an das Journalisten/innengewissen und die Mindeststandards der Objektivität und der Fairness verstanden werden, jedoch ohne rechtliche Verpflichtung.²³⁰

4.3. Publizistische Vielfalt als Anforderung an das Mediensystem

An dieser Stelle möchte ich einen weiteren Begriff zu möglichen Anforderungen bzw. Funktionen an die Massenmedien zur Diskussion stellen, der bisher nicht beachtet wurde, allerdings eine wichtige Leistungsanforderung des politischen Systems an Massenmedien darstellt: Der Begriff der publizistischen Vielfalt.

„In liberalen Demokratien sind es vor allem zwei Begriffe, welche die Vorstellungen zusammenfassen, was von den Medien erwartet wird: Es sind dies das ‚Postulat der publizistischen Vielfalt‘ einerseits, und der Begriff des ‚Service public‘ andererseits.“²³¹

Der Begriff des „Service public“ kann hier aus verschiedenen Gründen vernachlässigt werden. Zum einen handelt es sich dabei um einen Begriff, der mehrheitlich in der Schweiz bzw. in Frankreich in diesem Zusammenhang gebraucht wird. Service public bedeutet soviel wie öffentliche Dienstleistung, d.h. der Dienst an einer Sache, die öffentlichen Zwecken gewidmet ist. Das kann die öffentliche Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung, d.h. auch die Wasserversorgung, etc. sein.²³²

²²⁷ Ebenda, S.76.

²²⁸ Vgl. ebenda, S.76 f.

²²⁹ Ebenda, S.77.

²³⁰ Vgl. ebenda, S.77 f.

²³¹ Schwarb, 2007, S. 68.

²³² Vgl. URL: <http://www.service-public.fr/etranger/deutsch.html> [19.04.2009] und URL: http://www.uvek.admin.ch/themen/service_public/index.html?lang=de [19.04.2009].

Im Zusammenhang mit den Medien, in diesem konkreten Fall bezogen auf die schweizerische Rundfunkordnung, steht „[...] die Überzeugung, dass Radio und Fernsehen bei der Entwicklung von Gesellschaft, Staat und Demokratie eine wesentliche Rolle spielen und spielen sollen.“²³³

Die Kennzeichen, Funktionen und Elemente des Service public, wie beispielsweise (teilweise) Gebührenfinanzierung, die Festschreibung bestimmter Funktionen, die der Rundfunk zu erfüllen hat, die etwaige Installierung des Unternehmens durch den Staat, eine Monopolstellung, usw. stehen teilweise im Gegensatz zum Bezugssystem der Printmedien.²³⁴

Das Pressewesen stellt allerdings den Hauptbezugspunkt meiner Arbeit dar. Daher und aus den zuvor genannten Gründen kann der Begriff des Service public für meine Arbeit bzw. meine weiteren Abhandlungen vernachlässigt werden.

Darum komme ich nun zurück zum Begriff der publizistischen Vielfalt.

Nach Schwarb entspringt dieser Begriff bzw. diese Forderung zum einen „[...] liberalen demokratischen und pluralistischen Staaten, mit dem Demokratien allgemein begründet werden[...]“²³⁵ und zum anderen steht der Begriff in Beziehung zu den demokratischen Werten Freiheit und Gleichheit. Der Pluralismus ist daher die Auffassung, aus der diese Forderung kommt.²³⁶

Die Publizistische Vielfalt

„[...] hat eine "dienende" Funktion: Sie dient dem Prozeß(!) der demokratischen Meinungs- und Willensbildung. [...] Das Pluralismusmodell, mit dem repräsentative Demokratien allgemein begründet werden, geht davon aus, daß(!) es in der Gesellschaft sehr verschiedene, häufig gegensätzliche Meinungen und Interessen gibt, die prinzipiell gleichberechtigt sind und zwischen denen ein Ausgleich geschaffen werden muß(!). Real sind diese Meinungen und Interessen meist in Interessensgruppen, Verbänden, Parteien organisiert. Das Pluralismuskonzept liefert keine Begründung dafür, weshalb Meinungen von Einzelpersonen, und seien sie noch so sehr Außenseiter, weniger wichtig oder weniger berechtigt sein sollten. Wer das demokratische Prinzip nicht gefährden will, darf für pluralistische Gesellschaften keinerlei letztgültige Entscheidungsinstanzen für die Gültigkeit von Lehrmeinungen akzeptieren, nicht einmal die Mehrheit. Mehrheiten entscheiden lediglich über das praktische politische Handeln.“²³⁷

Dementsprechend kann eine Demokratie, die dem pluralistischen Prinzip unterliegt, relativ unüberschaubar wirken. Die Öffentlichkeit ist das Forum, in welchem die unterschiedlichen Gruppierungen bzw. Interessensvertretungen ihre Meinungen austauschen und aufeinander reagieren. Laut Publizistischer Vielfalt sollten eben die

²³³ Schwarb, 2007, S. 73.

²³⁴ Vgl. Schwarb, 2007, S. 73-76.

²³⁵ Ebenda, S. 68.

²³⁶ Vgl. ebenda.

²³⁷ Rager/Weber, 1992, S. 8.

Massenmedien den verschiedensten Gruppen eine Möglichkeit der Artikulation bieten.²³⁸

Je stärker ausdifferenziert eine Gesellschaft ist, desto stärker sollte dies auch das System der Massenmedien sein, um alle unterschiedlichen Interessen vertreten zu können. Dennoch soll das Mediensystem Integration unterstützen bzw. möglich machen: „Integration durch Verständigung auf der Basis argumentativ ausgetragener Gegensätze.“²³⁹

Das Herausstreichen der Unterschiede, die Meinungsvielfalt, soll die gesellschaftliche Integration unterstützen. Das Erzielen eines gesellschaftlichen Konsenses zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen, Interessen, Bürgern/innen und zwischen Bürgern/innen und Politik kann daher nur mittels publizistischer Vielfalt erreicht werden. Wenn möglichst viele Medien die eben erwähnte Meinungsvielfalt erbringen sollen, spricht man vom aussenpluralen Modell. In diesem Medienwettbewerb entwickeln die unterschiedlichen Medien unterschiedliche Grundhaltungen und Ansichten. Im Gegensatz dazu steht das binnenplurale Modell. Dieses Modell bezieht sich eher auf Medien in monopolartigen Stellungen. Der Pluralismus verlangt diesen Medien dann, wenn keine äußere Pluralität gegeben ist, ab, möglichst viele Meinungen, Interessen und Gruppierungen in diesem einzelnen Medium zu präsentieren.²⁴⁰

Beide Modelle zeichnen auch eine Art Grenze zwischen dem Printmedienbereich und dem Rundfunkbereich.²⁴¹

Hier scheinen auch schon die Grenzen des Konzepts der Publizistischen Vielfalt auf. Wir leben in einer globalisierten Welt, Arbeitsprozesse scheinen immer schneller zu funktionieren, das Internet gibt die Möglichkeit des sekundenschnellen Meinungsaustausches und der Informationssuche, es existieren und bilden sich immer mehr organisierte Interessensvertretungen, der gesellschaftliche Druck steigt, verschiedenen Kulturen entstehen und verschwinden dann genauso schnell wieder. Dem pluralistischen Konzept nach und der damit verbundenen Forderung nach publizistischer Vielfalt müssten all diese Vorgänge Berücksichtigung finden.

Rager und Weber werfen auf, dass der Journalismus aus systemtheoretischer Sicht den Auftrag hat, Komplexität zu begrenzen, also zu selektieren.²⁴²

Dies steht fast schon im Gegensatz zur Forderung der Publizistischen Vielfalt.

Für ein Mediensystem ist es unmöglich, alle Meinungen und Informationen zu berücksichtigen, sondern es soll auswählen und entscheiden, welche Themen

²³⁸ Vgl. ebenda.

²³⁹ Ebenda, S. 9.

²⁴⁰ Vgl. Schwarb, 2007, S. 69 f.

²⁴¹ Vgl. Rager/ Weber, 1992, S. 12.

²⁴² Vgl. ebenda, S. 10.

Bedeutung haben. Dies ist auch demokratiepolitisch gesehen notwendig und willkommen.²⁴³

Zudem weisen die beiden auf die ökonomischen Grenzen hin. Wenn Informationen keine Konsumenten/innen finden, werden sie nicht überleben, d.h. die Ökonomie begrenzt die publizistische Vielfalt fast automatisch.²⁴⁴

Außerdem weist Schwarb daraufhin, dass rein ideell die größtmögliche Vielfalt erreicht wäre, wenn eine Art „[...]dreidimensionale Matrix aus geographischen Unterscheidungen, publizistischen Charakteristika und inhaltlichen Differenzierungen.“²⁴⁵ existent und möglich wäre.

Damit ist gemeint, dass jede/r Rezipient/in auf lokaler Stufe in jedem Medium, also Radio, Zeitung und TV, entweder zwischen unterschiedlichen Angeboten bzw. Möglichkeiten wählen kann oder jedes Medium alle gesellschaftlich bedeutsamen Fakten, Informationen und Meinungen beinhaltet. Dies ist aus rein ökonomischer Sicht nicht möglich.²⁴⁶

4.4. Zusammenfassung

In diesem Kapitel habe ich verschiedene Zugänge zur Diskussion zur Qualität von Medieninhalten aufgezeigt. Weischenbergs Kreismodell²⁴⁷ zeigt zuerst ganz allgemein die unterschiedlichen Dimensionen der Qualitätsdebatte und der dazugehörigen Forschung auf. Welche Maßstäbe im Journalismus angewendet werden, um Qualität zu erkennen bzw. zu versuchen, diese zu messen, ist zudem von verschiedenen Faktoren abhängig, d.h. es kommt auf die Perspektive an, welche Maßstäbe angewandt werden können.

Bonfadellis Überlegungen zeigen einen allgemeinen Überblick über mögliche Bezugsrahmen auf. Je nach Bezugsebenen und Perspektive lässt sich die Medienleistung messen.²⁴⁸

Im Vergleich zum Beitrag von Maurer und Reinemann²⁴⁹ scheint das Modell in manchen Teilen schwierig umzusetzen, d.h. nicht konkret genug für die tatsächliche Anwendung. Wichtig ist es, an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass Bonfadellis Beitrag auf der Idee öffentlicher Funktionen der Medien basiert.

McQuails Konzept zur Messung von Qualität von Medieninhalten geht auch von einer gewissen öffentlichen Aufgabe der Medien aus. Zudem bricht er die Qualitätsdebatte auf drei Grundwerte herunter, die für jeden/jede verständlich und verbindlich sind. Er

²⁴³ Vgl. Schwarb, 2007, S. 70.

²⁴⁴ Vgl. Rager/ Weber, 1992, S. 10.

²⁴⁵ Schwarb, 2007, S. 70.

²⁴⁶ Vgl. ebenda.

²⁴⁷ Vgl. Kapitel 4.1. Eingrenzung des Begriffs Qualität.

²⁴⁸ Vgl. Kapitel 4.1.1. Bonfadellis Überlegungen zu möglichen Leistungskriterien.

²⁴⁹ Vgl. Kapitel 4.1.4. Eine weitere Möglichkeit: Dimensionen der Qualität von Medienangeboten.

entabstrahiert diese Diskussion. Diese Werte gelten als Bezugssystem für die Bewertung von Medieninhalten.²⁵⁰

Pöttkers Ansicht nach haben die Massenmedien gewisse Aufgaben bzw. Funktionen für das Funktionieren und den Erhalt des Systems, der Gesellschaft und der Öffentlichkeit. Basierend auf diesen Aufgaben stellt Pöttker unterschiedliche Eigenschaften oder Kriterien auf, anhand derer die Qualität von Medieninhalten bewertet werden kann.²⁵¹

Maurer und Reinemann stellen ein weiteres Konzept zur Untersuchung von Medieninhalten vor, dass ebenso von einer gewissen öffentlichen Funktion der Massenmedien ausgeht.²⁵² Auch wenn ihr Konzept auf einem Beitrag von Schatz und Schulz basiert, der sich mit der Qualität von Fernsehprogrammen auseinandersetzt, kann der Dimensionenkatalog auch für andere Untersuchungen übernommen werden. Denn auch dieser stützt sich unter anderem auf die öffentliche Funktion der Medien. Ebenso bezieht sich die Forderungen nach publizistischer Vielfalt²⁵³ auf die Funktionen, die die Medien für das politische System erbringen.

Allen diesen Beiträgen zur Diskussion um die Qualität von Medieninhalten ist gemein, dass sie sich auf die Funktionen und Anforderungen der Gesellschaft, der Öffentlichkeit und des politischen Systems an die Massenmedien, die als Bestandteil des Systems gesehen werden, konzentrieren. Daraus entstehen auch gewisse Ansprüche an die Massenmedien. Dies ist vor allem wichtig in Bezug auf die Erstellung meiner Hypothesen.

Auch wenn keine gesetzlich festgelegten Kriterien für die Berichterstattung von beispielsweise Printmedien bestehen, können bestimmte Annahmen bzw. Ansprüche betreffend der Berichterstattung getroffen werden. Ausgewogenheit, Neutralität und Vielfalt sind Begriffe, die auch in synonyme Verwendung in fast allen eben diskutierten Konzepten und Ansätzen wiederzufinden sind und eine bedeutende Legitimationsbasis für meine Hypothesenerstellung darstellen.

²⁵⁰ Vgl. Kapitel 4.1.2. McQuails Media Performance und seine Ausformungen von Public Interest.

²⁵¹ Vgl. Kapitel 4.1.3. Die Öffentlichkeitsaufgabe der Medien und daraus resultierende Qualitätskriterien nach Pöttker.

²⁵² Vgl. Kapitel 4.1.4. Eine weitere Möglichkeit: Dimensionen der Qualität von Medienangeboten.

²⁵³ Vgl. Kapitel 4.3. Publizistische Vielfalt als Anforderung an das Mediensystem.

5. Boulevard- und Qualitätszeitungen

Im vorangegangenen Kapitel habe ich mich mit den unterschiedlichsten Leistungsanforderungen der verschiedenen Systeme an die Medien beschäftigt. Dies war wichtig, um eine mögliche Auswahl meiner Hypothesen nachvollziehen zu können. Meine zweite zentrale Fragestellung beschäftigt sich mit möglichen Unterschieden in der Berichterstattung von Qualitäts- und Boulevardzeitungen.²⁵⁴

Daher möchte ich in diesem Kapitel sowohl die theoretische Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitungen diskutieren als auch auf die Blattlinien der einzelnen zu untersuchenden Tageszeitungen eingehen.

5.1. Die theoretische Gegenüberstellung

Nach Harald Schuhmayer lassen sich die österreichischen Tageszeitungen ihren Typen nach in sechs Gruppen bzw. Gattungen unterteilen: Urban verwurzelte und stark regionalisierte Boulevardzeitungen, Überregionale Qualitätspresse, Bundesländerzeitungen (Regionalpresse), Regionale Zweitzeitungen, Mid Market Paper (überregionale Tageszeitung zwischen Qualitätszeitung und Boulevard positioniert) und Special-Interest-Tageszeitung. Zur ersten Gattung zählen nach Schuhmayer die Neue Kronen Zeitung und Täglich Alles²⁵⁵ und zur Überregionalen Qualitätspresse die Presse, der Standard und die Salzburger Nachrichten.²⁵⁶

Unter anderem basierend auf dieser Unterteilung habe ich als Untersuchungsmaterial die Tageszeitungen Kronen Zeitung, Österreich, die Presse und der Standard gewählt.²⁵⁷

Die Tageszeitung Österreich wird in dieser Aufstellung nicht erwähnt, da sie damals noch nicht existierte.

Nach Steffen Burkhardt ist die journalistische Arbeit, d.h. das Verfassen von Texten, Redigieren, Sprechen, Fotografieren oder Filmen für Boulevard-Medien nicht als etwas grundsätzlich anderes im Gegensatz zu anderen Medien zu verstehen.²⁵⁸ „Inhaltlich und formal weist der Boulevard-Journalismus jedoch konstitutive Besonderheiten auf, die sich aus seiner Geschichte erklären.“²⁵⁹

Anhand von mindestens drei Bereichen lassen sich die Merkmale des Boulevardjournalismus in Opposition zum Qualitätsjournalismus stellen. Dies sind zum

²⁵⁴ Vgl. Kapitel 1. Einleitung.

²⁵⁵ Die Tageszeitung Täglich Alles war 1992 gegründet worden und erschien bis 2000. Dann wurde sie als Printmedium eingestellt und erschien für ein weiteres Jahr nur mehr als Online-Tageszeitung. Vgl. URL: <http://www.voez.at/b119> [02.05.2009] und URL: <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.t/t024663.htm> [02.05.2009].

²⁵⁶ Vgl. Schuhmayer, 1998, S. 99 fff. und 104 ff.

²⁵⁷ Vgl. Kapitel 7.3.1. Untersuchungsmaterial.

²⁵⁸ Vgl. Burkhardt, 2005, S. 31.

²⁵⁹ Ebenda.

einen die Gestaltungskomponente und zum anderen die Handhabung von Text/Information, usw.²⁶⁰

Die dritte Ebene, der Bezug zu den Lesern/innen, findet in diesem Fall keine Erwähnung, da sie in meiner Untersuchung keine Berücksichtigung findet und daher außer Acht gelassen werden kann.

Wichtige Merkmale sind die visuellen Besonderheiten, die sich zumeist durch Kleinformat, im Verhältnis dazu große Schlagzeilen und die wichtige Rolle der Titelseite, die zumeist von einem großem Foto und der dazugehörigen Schlagzeile dominiert wird, zeigen. Die Bildorientierung, Übersichtlichkeit und Vereinfachung ziehen sich durch das gesamte Blatt. Farbfotos, große Schlagzeilen und farblich abgesetzte Bereiche machen die rasche (Wieder)erkennung der einzelnen Zeitungen möglich. Relative kleine, in rasche Abfolge kehrende Informationseinheiten bringen zum einen den Eindruck von Übersichtlichkeit und bietet die Möglichkeit des schnellen Überlesens, zum anderen vermitteln sie den Anschein von Zeitnähe und Authentizität.²⁶¹

Die Mischung von Nachricht und Meinung, von Sachlichkeit und Gefühlen, usw. ist charakteristisch für Boulevardmedien und sollte sich dementsprechend Blatt für Blatt durch die gesamte Zeitung ziehen. Außerdem sollten einerseits möglichst viele Bilder bzw. Fotos verwendet werden und andererseits sollte der Anteil an meinungsorientierten Texten dem von Berichten und Reportagen überwiegen.²⁶²

Weitere Charakteristika sind

„[...] die Akzentuierung von Themen mit so genannten „human interest“ [...]: Charakteristische Themenbereiche sind Klatsch und Tratsch [...]; Berichte über Entsetzliches oder Trauriges [...]. Umgangssprachlich wird das Themenrepertoire des Boulevards häufig auch mit dem Ausdruck „sex and crime“ [...] umrissen. Eine Berichterstattung entlang traditioneller Geschlechterrollen und gängigen -> Stereotypen ist nicht selten, wobei Sachverhalte oft polarisierend dargestellt werden. Die Bereiche Politik [...], Wirtschaft [...] und Kultur[...] haben meist nachrangige Bedeutung. [...] Die Verwendung von eindringlichen und leicht verständlichen Sprach- und Stilmitteln: [...]. Komplizierte Sachverhalte werden vereinfacht dargestellt. [...] Der Einsatz von Erzählstrategien: Inhalte werden häufig als „Geschichten“ inszeniert, um Nähe zum Publikum herzustellen und Emotionen anzusprechen. Sachverhalte werden visualisiert und vereinfacht, personalisiert, vertraut gemacht und dramatisiert. [...] Die Priorität, die einzelnen Beiträgen gegeben wird, unterliegt meist weniger ihrer nachrichtlichen Bedeutung [...], als vielmehr ihrem Sensationspotenzial und ihrer Eindringlichkeit.“²⁶³

Im Gegensatz dazu sollten Qualitätszeitungen in Europa folgende Merkmale aufweisen:

²⁶⁰ Vgl. Neissl, 2001, S. 98.

²⁶¹ Vgl. Bruck/Stocker, 1996, S.19 f.

²⁶² Vgl. Neissl, 2001, S. 98.

²⁶³ Medien von A bis Z, 2006, S. 60 f.

Auch wenn Journalismus vereinfachen bzw. verkürzen muss, verfügen Qualitätszeitungen über einen gewissen Anspruch in ihrem Programm an ihre Rezipienten/innen, die auch durchaus gewillt sind, die Komplexität gewisser Vorgänge, Geschehnisse, etc. anzuerkennen. Inhalte sind wichtiger als visuelle Auffälligkeiten. Die Aufmachung von Qualitätszeitungen ist relativ dezent, d.h. weniger Farbigkeit, Groß- oder Mittelformat. Die bei den Boulevardzeitungen genannte Mischung wird hier durch eine klare Trennung von Nachricht und Meinung, Fakten und Emotionen, etc ersetzt. Zudem haben Quellen- und Autoren/innenangaben besonderen Stellenwert. Die Berichterstattung steht im Verhältnis zur Bedeutung eines Ereignisses. Außerdem stehen eine mehrdimensionale Berichterstattung und Hintergründe im Vordergrund. Qualitätszeitungen nehmen ihre Forums- und Artikulationsfunktion ernst. Verschiedene Standpunkte und Perspektiven finden in diese Tageszeitungen Einzug, was den Rezipienten/innen die Möglichkeit gibt, auch komplexe Sachverhaltsdarstellungen zu begreifen und die Chance gibt, sich auch eine eigene Meinung bilden zu können. Die Journalisten/innen müssen über eine gewisse Ausbildung und ein gewisses Fachwissen verfügen.²⁶⁴

5.2. Die Blattlinien

Unter einer Blattlinie versteht man die grundlegende Richtung eines Mediums, in meinem Fall einer (Tages)zeitung. Sie stellt sozusagen das weltanschauliche Gerüst eines Mediums dar.

Nach § 25 Abs. 4 des Mediengesetzes (MedienG) muss unter anderem die Blattlinie in regelmäßigen Abständen veröffentlicht bzw. offengelegt werden:

„(4) Zu veröffentlichen ist ferner eine Erklärung über die grundlegende Richtung eines periodischen Druckwerks (Blattlinie) oder sonst eines periodischen Mediums.“²⁶⁵

Ich untersuche die Tageszeitungen Kronen Zeitung, Österreich, die Presse und den Standard. Dementsprechend sind für meine Arbeit die Blattlinien dieser Tageszeitungen in Bezug auf meine Hypothesen aufschlussreich. Diese finden sich auf der Homepage des Verbands der Österreichischen Zeitungen (VÖZ)²⁶⁶, wenn die Magazine, Tageszeitungen, Zeitungen, etc. Mitglieder des Verbands sind.

5.2.1. Die Blattlinie der Kronen Zeitung

„Die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure.“²⁶⁷

²⁶⁴ Vgl. Bruck(1994), S. 267., (zit.nach Haas, 2000, S. 64 f.).

²⁶⁵ URL: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=11995> [04.05.2009].

²⁶⁶ Vgl. URL: <http://www.voez.at/l8m90> [04.05.2009].

²⁶⁷ URL: <http://www.voez.at/l8m90w118> [04.05.2009].

5.2.2. Die Blattlinie der Presse

„`Die Presse` vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und für ihre Rechtsstaatlichkeit ein. `Die Presse` bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit bei Aufrechterhaltung der Eigenverantwortlichkeit des Staatsbürgers, zur Wahrung des privaten Eigentums unter Beobachtung seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, zur freien unternehmerischen Initiative und zum Leistungswettbewerb. Sie verteidigt die Grundfreiheiten und Menschenrechte und bekämpft alle Bestrebungen, die geeignet sind, diese Freiheiten und Rechte oder die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden. `Die Presse` betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der `Die Presse`, als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.“²⁶⁸

5.2.3. Die Blattlinie des Standards

„`Der Standard` ist eine liberale Zeitung. Sie ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen. Die Zeitung tritt ein: für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch-politischen Kultur, für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus, für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft, für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften, für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller Bundesländer der Republik Österreich.“²⁶⁹

5.2.4. Die Blattlinie von Österreich

„Grundlegende Richtung des Mediums: Die Tageszeitung Österreich ist unabhängig, kritisch, modern und ausschließlich ihren Lesern verpflichtet. In ihrer grundlegenden Richtung bekennt sich die Tageszeitung Österreich zur demokratischen Republik Österreich und ihren Prinzipien, zu den Menschenrechten und zu einer an Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit orientierten Gesellschaft. Daher tritt die Tageszeitung Österreich insbesondere dafür ein die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat zu wahren und zu fördern sowie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, beruhend auf den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft und die Eigenständigkeit Österreichs zu stärken. Österreich ist für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gruppen, lehnt politischen Extremismus und Totalitarismus ab. Die Redaktion der Tageszeitung Österreich ist dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet. Sie bemüht sich in allen Bereichen um Fairness und Objektivität.“²⁷⁰

5.3. Zusammenfassung

Vor allem meine zweite Forschungsfrage bezieht sich auf die in diesem Kapitel aufgestellte theoretische Gegenüberstellung der beiden Zeitungsgattungen. Qualitäts-

²⁶⁸ URL: <http://www.voez.at/l8m90w100> [04.05.2009].

²⁶⁹ URL: <http://www.voez.at/l8m90w97> [04.05.2009].

²⁷⁰ Österreich, Tageszeitung, 1. September 2006, S. 20.

und Boulevardzeitungen weisen gewisse charakteristische Merkmale der Berichterstattung auf, die mir wichtige Inputs in Bezug auf meine Hypothesen liefern: Gewisse inhaltliche Bereiche (Politik, Wirtschaft, Kultur) spielen in den Boulevardzeitungen –zumindest der Theorie nach – eine weniger wichtige Rolle. Qualitätszeitungen erheben auch den Anspruch an ihre Leser/innen, dass diese vielleicht einer etwas komplizierteren, schwerer verständlichen Berichterstattung zu gewissen Sachverhalten folgen können²⁷¹, wohingegen Boulevardzeitungen eher zu kleineren Informationseinheiten tendieren. Zudem bemühen sich Qualitätszeitungen, eine vielschichtigere Berichterstattung zu bringen.²⁷²

Zusätzlich erwähnen die beiden Qualitätszeitungen in ihren Blattlinien explizit, dass sie sich um eine gründliche, umfassende und objektive Berichterstattung bemühen.²⁷³

Die Unabhängigkeit von politischen Parteien wird von beiden Qualitätszeitungen in den Blattlinien erwähnt, wohingegen sich der Begriff der Unabhängigkeit in der Blattlinie von Österreich im allgemeinen Zusammenhang wieder findet.²⁷⁴

²⁷¹ Dieser Anspruch findet sich auch in den Blattlinien der beiden Qualitätszeitungen, vgl. Kapitel 5.2.3. Die Blattlinie des Standard und 5.2.2. Die Blattlinie der Presse.

²⁷² Vgl. Kapitel 5.1. Die theoretische Gegenüberstellung.

²⁷³ Vgl. Kapitel 5.2.3. Die Blattlinie des Standard und 5.2.2. Die Blattlinie der Presse.

²⁷⁴ Vgl. Kapitel 5.2.3. Die Blattlinie des Standard, 5.2.2. Die Blattlinie der Presse und 5.2.4. Die Blattlinie von Österreich.

6. Die Steuerreform

An dieser Stelle wird eine kurze Einführung in das österreichische Steuersystem gegeben, um anschließend einen verständlicheren Einblick in die Diskussion um eine mögliche Steuerreform zwischen SPÖ und ÖVP zu geben.

6.1. Das österreichische Steuersystem im Überblick

„Steuern sind kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie sind in unserer Wirtschaft und Gesellschaft ein politisches Gestaltungsmittel, das wir weniger oder stärker dosiert einsetzen können.“²⁷⁵

Auch wenn Steuern oft als etwas Lästiges und beinahe Belastendes empfunden werden, so sichern sie doch bis zu einem bestimmten Grad das Überleben des österreichischen Staates in seiner jetzigen Form. Der Staat ganz allgemein wird durch Einnahmen von Steuern, Gebühren und einige weitere Abgaben finanziert.

Steuern bzw. die Einnahmen durch Steuern erfüllen wichtige Funktionen für Österreich:

Allokations- und Lenkungsfunktion

In Österreich entscheidet an sich der Markt, ob gewisse Leistungen und Produkte angeboten werden und ob diese benötigt werden bzw. wer diese benötigt. Allokationsfunktion bedeutet, dass, wenn private Unternehmer die von den Bürgern/innen benötigten Leistungen nicht anbieten oder produzieren, der Staat einspringen muss. Diese Leistungen oder Güter werden von der Allgemeinheit in Anspruch genommen und werden dementsprechend von der Allgemeinheit finanziert. Als Beispiel hierfür seien Polizei und Müllabfuhr genannt. Zudem können durch Steuern unerwünschte Nebeneffekte des freien Marktes in geregelte Bahnen gelenkt werden, dies nennt man Lenkungsfunktion. Als Beispiel seien Ökosteuern, wie die Transportsteuern oder Verschmutzungssteuern, genannt.²⁷⁶

Verteilungsfunktion

Steuern bieten bei einer nicht gewollten Ungerechtigkeit der Verteilung von Einkommen und Vermögen die Möglichkeit, diese in der Bevölkerung etwas auszugleichen. Das bedeutet, dass Menschen, die relative hohe Einkommen beziehen und über ein gewisses Vermögen verfügen, in Relation höhere Steuern zahlen und somit mehr zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben des Staates beitragen als Menschen, die über ein geringes Einkommen und kein Vermögen verfügen.²⁷⁷

²⁷⁵ Lunzer, Gertraud, Steuerpolitik, 2007, Online im WWW unter URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

²⁷⁶ Vgl. Lunzer, Gertraud, Steuerpolitik, 2007, Online im WWW unter URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

²⁷⁷ Vgl. Lunzer, Gertraud, Steuerpolitik, 2007, Online im WWW unter URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

Stabilisierungsfunktion

Durch Steuern kann die Anzahl der Beschäftigten erhöht, das wirtschaftliche Gleichgewicht gehalten und das Preisniveau stabilisiert werden.

In Zeiten einer Konjunkturschwächung kann durch eine Senkung der Steuern die Kaufkraft der Bevölkerung erhöht werden, wodurch diese über mehr Geld verfügt. Durch den erhöhten Konsum steigt die Nachfrage von Produkten und Leistungen, was wiederum dazu führt, dass Unternehmen mehr produzieren bzw. leisten können, was wiederum den Beschäftigungsstand erhöht und auch Investitionsanreize für die Unternehmen bedeuten kann. Insgesamt kann eine Konjunkturabschwächung so gebremst werden.²⁷⁸

Die folgende Abbildung zeigt anschaulich, woher der Staat seine Einnahmen bezieht.

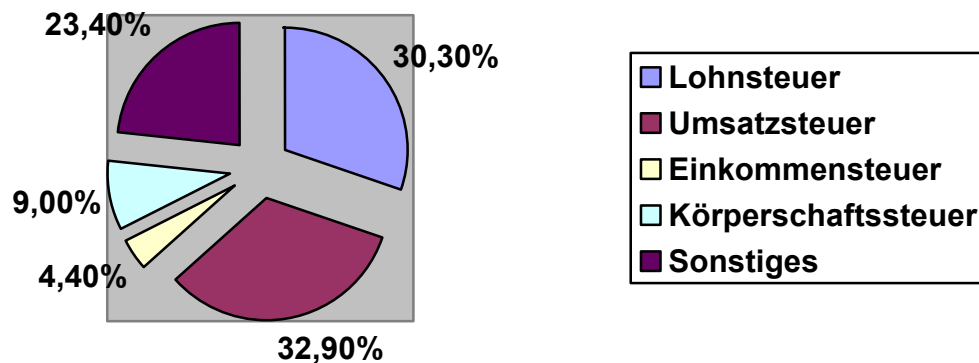


Abbildung 12: Einnahmen aus öffentlichen Abgaben im Jahr 2008²⁷⁹

Es lässt sich unschwer erkennen, dass sowohl die Lohnsteuer als auch die Umsatzsteuer die wichtigsten Einnahmequellen des Staates darstellen. Die Lohnsteuer besteuert die Einnahmen von nichtselbstständiger Arbeit. „Die Körperschaftssteuer besteuert die Gewinne der juristischen Personen und betrifft vor allem Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung,

²⁷⁸ Vgl. Lunzer, Gertraud, Steuerpolitik, 2007, Online im WWW unter URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

²⁷⁹ Vgl. Abbildung (aus): Information des Bundesministeriums für Finanzen und des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums. Das Bundesbudget 2007/2008, Wohin fließt der Steuereuro?, Online im WWW unter URL: https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Budget_2007.pdf [09.05.2009].

Genossenschaften, Sparkassen und Vereine.“²⁸⁰ Die Einkommensteuer besteuert Einkommen aus beispielsweise selbständiger Arbeit.

6.1.1. Steuern auf Einkommen und Vermögen

Die öffentliche Diskussion um die Besteuerung von Einkommen und Vermögen existiert bereits seit längerem in Österreich, nicht erst seit der Regierung Gusenbauer-Molterer, und besteht auch nicht nur zwischen der SPÖ und der ÖVP. So beantragte die SPÖ beispielsweise bereits im Jahr 2001 eine Sondersitzung zum Thema „Lohnsteuersenkung statt unsozialer Belastungspolitik“. Damals befanden sich die ÖVP und die FPÖ in einer Regierungskoalition und die SPÖ war Oppositionspartei.²⁸¹

Die Diskussion um die Besteuerung von Einkommen und Vermögen beschäftigt Österreich auch abseits der politischen Parteien, wie beispielsweise verschiedene Gewerkschaften, die Kirche oder NGO's.²⁸²

In Österreich besteht ein eher progressives Steuersystem, wie die folgende Abbildung erkennen lässt. Da das Thema meiner Arbeit sich auf eine Diskussion aus dem Jahr 2008 bezieht, sei auf die Grenzsteuersätze dieses Jahres verwiesen, auch wenn am Anfang dieses Jahres (2009) eine Steuerreform durchgeführt wurde.

Grenzsteuersätze im Vergleich 2008/2009		
Tarifestufen Einkommen in Euro	Grenzsteuersatz 2005 bis 2008	Grenzsteuersatz ab 2009
10.000 ³⁾ und darunter	0 %	0 %
10.000 bis 11.000 ³⁾	38,33333 %	0 %
11.000 bis 25.000	38,33333 % ²⁾	36,5 % ²⁾
25.000 bis 51.000	43,59615 %	43,2143 %
51.000 bis 60.000	50 %	43,2143 %
über 60.000	50 %	50 %

Abbildung 13 : Grenzsteuersätze im Vergleich 2008/2009 ²⁸³

Verschiedenste Berichte, Untersuchungen und dergleichen zum Thema Besteuerung von Vermögen und Arbeit bringen die Diskussion zu einer etwaigen ungleichen Verteilung der Steuerbelastung immer wieder zum kochen.

²⁸⁰ Lunzer, Gertraud, Steuerpolitik, 2007, Online im WWW unter URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

²⁸¹ Vgl. http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2001/PK0019/PK0019.shtml [12.05.2009].

²⁸² Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.1.1. auf beigelegtem Datenträger: OTS-Aussendungen 16.10.2003, 13:59:26, 20.02.2002, 12:31:05, OTS, 02.08.2005, 08:34:21.

²⁸³ Abbildung (aus) URL: <http://www.help.gv.at/Content.Node/80/Seite.800210.html> [12.Mai 2009].

So passierte dies auch beispielsweise im Jahr 2007 als am 13. Juli der OECD²⁸⁴-Österreichbericht von Alfred Gusenbauer, dem Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, Vizekanzler Wilhelm Molterer und Bundesminister Martin Bartenstein präsentiert wurde.²⁸⁵

Die OECD wies in diesem Bericht unter anderem darauf hin, dass in Österreich die Vermögensbesteuerung im Ländervergleich mit 0,6 Prozent relativ gering sei gemessen am Bruttoinlandsprodukt, wie auch die folgende Abbildung zeigt. Dem gegenüber stehe eine relativ hohe Steuerquote von 41,9 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Zusammenfassend empfiehlt die OECD ein Überdenken der relativ hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit und der relativ geringen Steuerbelastung von Vermögen.²⁸⁶

Land	Steuerquote	Vermögen	Vermögenszuwachs
Großbritannien	36,6	4,6	0,3
Frankreich	43,6	3,5	-
USA	28,3	3,1	1,0
Spanien	37,2	3,0	-
Schweiz	29,7	2,4	0,2
Italien	43,3	2,1	-
Niederlande	38,0	1,2	-
Schweden	48,2	1,2	-
Deutschland	36,2	0,9	-
Österreich	41,9	0,6	-
Tschechien	36,4	0,4	-

Abbildung 14: Die Abgaben im Ländervergleich (in % des BIP, Quelle: OECD)²⁸⁷

6.2. Die Steuerreform-Diskussion unter Gusenbauer und Molterer

Am 1. Oktober 2006 fand die vorletzte Nationalratswahl in Österreich statt. Es wurde ein äußerst knappes Wahlergebnis²⁸⁸ zwischen SPÖ und ÖVP erreicht. Es lag nicht einmal ein Prozent zwischen den beiden stärksten Parteien SPÖ und ÖVP. Dementsprechend zäh verliefen die Regierungsverhandlungen, die am 11. Jänner

²⁸⁴ OECD=Organisation for economic cooperation and development.

²⁸⁵ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.1.1 auf beigelegtem Datenträger: OTS-Aussendung vom 09.07.2007.

²⁸⁶ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.1.1 auf beigelegtem Datenträger: APA-Aussendung vom 13.07.2007, 16:54:57.

²⁸⁷ Abbildung (entnommen aus) URL: http://www.orf.at/090428-37756/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2F090428-37756%2F37760txt_story.html [13.05.2009].

²⁸⁸ SPÖ: 35,34%, ÖVP: 34,33%, FPÖ: 11,04%, Die Grünen: 11,05%, BZÖ: 4,11%, vgl. URL: www.bmi.gv.at, <http://www.bmi.gv.at/wahlen/> [12.05.2008].

2007 mit der Angelobung einer SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung, einer so genannten „großen Koalition“, endeten. Österreich wurde von diesem Zeitpunkt an von zwei annähernd gleich starken Parteien regiert.

Die Regierung bestand aus Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer und zwölf weiteren Ministern/innen. Zudem gab es sechs Staatssekretäre/innen.²⁸⁹

Bereits damals hielten sich bestimmte Personen mit ihrer regierungskritischen Meinung nicht zurück. So erklärte beispielsweise Hannes Androsch, ehemaliger SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister, Anfang Februar 2008: "Rein wahrarithmetisch sind sie aneinander gebunden wie eine Moskauer Pyramide. Das sind bekanntlich zwei Betrunkene, die nicht stürzen, weil sie sich gegenseitig stützen."²⁹⁰ Ich habe bereits in der Einleitung auf die verschiedenen erschwerenden Faktoren hingewiesen.²⁹¹

Die „Steuerreform“ ist Teil des damaligen Regierungsprogramms und ist äußerst vage formuliert:

„Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode eine große Steuerreform mit einer spürbaren Entlastung der Steuerzahler und der Wirtschaft ohne Gegenfinanzierung durchführen. Sie soll ein modernes Steuersystem schaffen, das zukunftsorientiert den Wirtschaftsstandort, Wachstum und Beschäftigung, Kaufkraft und Inlandsnachfrage fördert sowie die Steuer- und Abgabenlast fair verteilt. Der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsstandort Österreich soll weiter attraktiviert werden und die Rahmenbedingungen für Investoren, Unternehmen und deren Beschäftigte weiter verbessert werden. Das Steuer- und Abgabensystem soll nachhaltig gestaltet sein, ökologische Aspekte mit einbeziehen und sich durch Beschäftigungs-, Investitions- und Wachstumsfreundlichkeit auszeichnen. Damit wird eine positive konjunkturelle Entwicklung in Österreich unterstützt. Die Bundesregierung wird die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft und die Ansiedlung ausländischer Investoren in Österreich weiter forcieren. Zur weiteren Verbesserung der Serviceleistung für die Steuerzahler soll die Finanzverwaltung den Steuerpflichtigen vorausgefüllte Steuererklärungen zusenden.“²⁹²

Im Zentrum meiner Untersuchung steht nun die besagte „Steuerreform“, die zu weiteren Diskussionen zwischen den Koalitionsparteien geführt hat.

Aufgrund der eher unkonkreten Ausformulierung der Steuerreform im Koalitionsabkommen preschten beide Parteien zu Beginn der öffentlichen Diskussion zur Steuerreform mit unterschiedlichen Vorschlägen, Ansätzen und Aussagen vor.

Der Beginn meines Untersuchungszeitraumes stellt sozusagen den Auslöser dieser Diskussion zwischen SPÖ und ÖVP dar.²⁹³ Auslöser waren die unvorhergesehenen Aussagen Kanzler Gusenbauers zur Steuerreform in der ORF-Presserstunde vom 24.

²⁸⁹ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.2. auf beigelegtem Datenträger: APA-Aussendung, 10.01.2007, 16:48:36.

²⁹⁰ Hannes Androsch über die Große Koalition. URL: www.androsch.at [12.05.2008].

²⁹¹ Vgl. Kapitel 1. Einleitung.

²⁹² Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.2. auf beigelegtem Datenträger: Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, Seite 166.

²⁹³ Vgl. Kapitel 7.3.2. Untersuchungszeitraum.

Februar 2008. Dort kündigte dieser zum ersten Mal öffentlich unter anderem ein Vorziehen der Steuerreform auf 2009, was auch finanziell möglich wäre, an.²⁹⁴

Zuvor waren sich beide Regierungsparteien einig darüber, dass eine Steuerreform erst 2010 in Kraft treten würde ²⁹⁵, auch wenn einige Landeshauptleute bzw. Landeshauptmann-Stellvertreter/innen der SPÖ via Interviews bzw. OTS-Aussendungen ein Vorziehen begrüßt hätten²⁹⁶.

In den folgenden Tagen kam es zu einem wilden, öffentlichen Austausch unterschiedlicher Meinungen und Standpunkte der beiden Regierungsparteien, wobei im Mittelpunkt der Diskussion stand, dass die SPÖ nun für ein Vorziehen der Steuerreform auf 2009 war und die ÖVP für ein Beibehalten des ursprünglichen Termins 2010.

Die dazugehörige Berichterstattung von vier österreichischen Tageszeitungen wird daher von mir einer Untersuchung unterzogen betreffend des Bildes, das sie von der Steuerreform weitergaben.

²⁹⁴ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.2. auf beigelegtem Datenträger: Dokument O-Ton Gusenbauer.

²⁹⁵ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.2. auf beigelegtem Datenträger: OTS-Aussendung, 26.03.2008, 11:08:46.

²⁹⁶ Siehe dazu Datenmaterial zu Kapitel 6.2. auf beigelegtem Datenträger: OTS-Aussendungen, 20.02.2008, 11:05:06, OTS, 08.01.2008, 17:38:36, OTS, 09.08.2007, 17:56:10.

7. Problemstellung - Forschungsinteresse

„Das durch die Printmedien vermittelte Bild der Diskussion zur Steuerreform – eine Inhaltsanalyse ausgewählter Tageszeitungen“ lautet der Titel meiner Diplomarbeit.

Mein zentrales Forschungsinteresse zielt auf den Umstand ab, ob ein zwischen den beiden Koalitionsparteien der XXIII. Gesetzgebungsperiode ausgeglichenes Verhältnis der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion bestand. Der Begriff „ausgeglichenes Verhältnis“ wird anschließend noch genauer erläutert.

Die Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich bereits seit Jahrzehnten damit, wie die Medien zur Realität stehen bzw. in welcher Wechselwirkung und -beziehung sie zueinander stehen; ob nun eine Wirklichkeit tatsächlich besteht und ob es überhaupt Aufgabe der Medien ist, diese wiederzugeben. Daher habe ich mich in Kapitel 2 meiner Arbeit mit den unterschiedlichen Denkrichtungen des Konstruktivismus und Realismus beschäftigt.

Fazit war unter anderem, dass die Medien die Realität nicht allumfassend wiedergeben bzw. dies gar nicht möglich ist.²⁹⁷

Im Zusammenhang mit einer möglichen Erklärung zum deutlichen Widerspruch zwischen Funktionen und dem unter anderem daraus resultierenden Anspruch auf Objektivität der Massenmedien²⁹⁸ und der tatsächlichen Berichterstattung tauchte die Frage nach den Kriterien der Nachrichtenauswahl auf. In Kapitel 3 habe ich daher eine Zusammenfassung der drei traditionellen Theorien der Nachrichtenauswahl gegeben.²⁹⁹ Die Theorien zur Nachrichtenauswahl liefern mögliche Erklärungen, nach welchen Kriterien Berichterstattung zustande kommen kann.

Mein Forschungsinteresse bezieht sich darauf, ob die Berichterstattung gewisser Tageszeitungen betreffend der Standpunkte der beiden Parteien SPÖ und ÖVP zum Thema Steuerreform ausgeglichen war. Zwei annähernd gleich starke Parteien, die eine Koalition gebildet haben, bringen ihre Standpunkte und Argumente via OTS-Aussendungen zu einem gewissen Diskussionsthema, in meinem konkreten Fall zum Vorziehen der Steuerreform, an die Öffentlichkeit.

Doch inwiefern, d.h. in meinem Fall in einem annähernd ausgeglichenen Verhältnis, finden diese unterschiedlichen Standpunkte und Argumente Berücksichtigung in den unterschiedlichen Tageszeitungen?

²⁹⁷ Vgl. Kapitel 2. Realität und Medienrealität.

²⁹⁸ Vgl. Burkart, 2002, S. 408.

²⁹⁹ Vgl. Kapitel 3. Die Nachrichtenauswahl der Massenmedien.

Ausgeglichen bedeutet in diesem Fall, ob keiner der beide Koalitionspartner bevorzugt wird, d.h. ob die Meinungen und Standpunkte der annähernd gleich starken Regierungsparteien annähernd gleich stark in den Medien vertreten werden.

An Medien werden gewisse Qualitätskriterien und Leistungskriterien gestellt. Sie erfüllen gewisse Funktionen.³⁰⁰

In Kapitel 4 diskutiere ich die möglichen Kriterienkataloge und Werte und zeige verschiedene Ansätze auf, nach welchen Medien bewertet bzw. sogar gemessen werden können. Allen Ansätzen ist gemein, dass sie von einer Art öffentlichen Funktion der Medien für die Gesellschaft, die Öffentlichkeit und das politische System ausgehen. In Verbindung mit fast allen Ansätzen stehen die Begriffe Ausgewogenheit, Unabhängigkeit, etc.³⁰¹

7.1. Forschungsleitende Fragen und Hypothesen

Dementsprechend lautet die erste meiner forschungsleitenden Fragestellungen:

F 1.) Stellen die einzelnen Tageszeitungen die Standpunkte der SPÖ und ÖVP in einem ausgeglichenen Umfang dar?

Weitere Kriterien, die Berücksichtigung in meiner Untersuchung finden müssen, sind die Blattlinien der ausgewählten Tageszeitungen und die theoretischen Unterscheidungsmerkmale zwischen Boulevard- und Qualitätszeitungen. Keine der Tageszeitungen bekennt sich dazu, einer gewissen politischen Partei nahe zu stehen. Zwei der Tageszeitungen, die Qualitätszeitungen, bekennen sich sogar zu einer politischen Unabhängigkeit von Parteien.³⁰²

Daher ist die zweite meiner forschungsleitenden Fragestellungen:

F 2.) Liegt ein Unterschied in der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion zwischen Qualitätszeitungen und Boulevardzeitungen vor?

Da ich meine Hypothesen nicht aus der Begegnung mit Daten bilde, sondern auf bereits bestehenden Theorien - wie der bisherige theoretische Teil meiner Arbeit zeigt - baue, handelt es sich hierbei um eine deduktive Bildung von Hypothesen. Die Zusammenfassungen, die sich am Ende der Hauptkapitel finden, fassen stets die wichtigen Erkenntnisse zusammen, die für meine Hypothesenbildung ausschlaggebend sind. Meine Hypothesen lauten daher wie folgt:

³⁰⁰ Vgl. dazu Kapitel 4. Qualität im Journalismus/von Medieninhalten – Anspruch oder Zusatz?

³⁰¹ Vgl. 4.4. Zusammenfassung.

³⁰² Vgl. Kapitel 5. Boulevard- und Qualitätszeitungen.

H 1.) Qualitätszeitungen achten stärker auf ein ausgeglichenes Verhältnis der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte als Boulevardzeitungen.

H 2.) Qualitätszeitungen berichten in größerem Umfang über die Steuerreform als Boulevardzeitungen.

H 3.) Qualitätszeitungen bringen eine breiter gefächerte Berichterstattung zur Steuerreform als Boulevardzeitungen.

H 4.) Die Presse orientiert sich in ihrer Berichterstattung eher nach ÖVP-Standpunkten, wohingegen Österreich sich eher nach SPÖ-Standpunkten orientiert.

H 5.) Der Standard orientiert sich in seiner Berichterstattung eher nach SPÖ-Standpunkten, wohingegen die Kronen Zeitung eher keine parteipolitische Tendenz erkennen lässt.

7.2. Methodische Vorgangsweise

Um meine Fragestellungen zu klären bzw. um meine Hypothesen zu bestätigen oder zu falsifizieren, muss ich eine Analyse der von mir genannten Tageszeitungen³⁰³ durchführen, d.h. es handelt sich um Texte, die den Gegenstand meiner Untersuchung darstellen.

„Mittels Inhaltsanalyse lassen sich Kommunikationsinhalte wie Texte, Bilder und Filme untersuchen, wobei der Schwerpunkt auf der Analyse von Texten liegt.“³⁰⁴

Weder Befragungen noch Beobachtungen oder Experimente könnten die aufgestellten Fragestellungen ausreichend beantworten bzw. gingen untersuchungstechnisch daran vorbei, da ich ausschließlich vom Inhalt der Zeitungen schließen will.

Atteslander beschreibt die unterschiedlichen Besonderheiten zwischen qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse. Unter anderem unterscheidet diese beiden Verfahren das Vorgehen. Bei der quantitativen Inhaltsanalyse wird systematisch Schritt für Schritt vorgegangen, d.h. vom Aufstellen der Hypothesen über das genaue Festlegen des Datenmaterials, über das Entwickeln und die Vorabtestung eines Kategoriensystems bis zur anschließenden Codierung und Auswertung anhand der Hypothesen. Die quantitative Inhaltsanalyse kommt hingegen eher einem zirkulären Modell näher, bei welchem die Kategorien aus dem Auswertungsmaterial entwickelt werden und

³⁰³ Vgl. Kapitel 7.3.1. Untersuchungsmaterial.

³⁰⁴ Atteslander, 2000, S. 201.

Erhebung und Auswertung nur schwer vollkommen getrennt vorgenommen werden können.³⁰⁵

„Qualitative Inhaltsanalysen legen weniger strenge methodologische Kriterien an, weswegen sie sich weniger zur Theorieprüfung als zur Theorieentwicklung eignen.“³⁰⁶

Zusammenfassend möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass sowohl mein bisheriges Vorgehen und die bereits erfolgten weitergehenden Überlegungen betreffend meiner Analyse als auch die Ausführungen dieses Abschnitts eine Auswertung meines Datenmaterials mittels quantitative Inhaltsanalyse nahe legen.

7.3. Untersuchungsdesign

An dieser Stelle folgt nun eine genaue Festlegung des Untersuchungsmaterials und – zeitraumes.

7.3.1. Untersuchungsmaterial

In meiner Untersuchung analysiere ich vier österreichische Tageszeitungen mittels quantitativer Inhaltsanalyse. Im Mittelpunkt meiner Untersuchung steht das durch die Printmedien vermittelte Bild der Diskussionen zur Steuerreform. Aufgrund der thematischen Gegebenheit untersuche ich österreichische Tageszeitungen. Meine zweite Forschungsfrage und die dazugehörigen Hypothesen zielen auf etwaige Unterschiede in der Berichterstattung zwischen so genannten Qualitäts- und Boulevardzeitungen ab.

Besagte Tageszeitungen umfassen jeweils zwei Qualitäts- und Boulevardzeitungen: Die Presse, Der Standard, Neue Kronen Zeitung und Österreich. Es werden alle Beiträge zur Steuerreform behandelt, die sich in den Rubriken Inland, Innenpolitik, Politik und Wirtschaft befinden, d.h. Rubriken wie Internationales, Chronik, Ausland werden ausgelassen.³⁰⁷ Zudem finden bezahlte Einschaltungen, Leserbriefe, etc keine Berücksichtigung. Um die genannte Auswahl der Tageszeitungen zusätzlich zu legitimieren, beziehe ich mich zuerst auf die Druckauflage besagter Tageszeitungen. Weder regional erscheinende Tageszeitungen noch Bundesländer-Zeitungen³⁰⁸ finden aufgrund der Themenauswahl meiner Diplomarbeit – Diskussion zur Steuerreform – Eingang in meine Untersuchung, da die Steuerdebatte eindeutig ein Themenkomplex

³⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 220 fff.

³⁰⁶ Wirth/Hättenschwiler, 2005, S. 25.

³⁰⁷ Eine ganz genaue Auflistung der einzelnen Rubriken, die beachtet werden oder nicht findet sich im Codebuch unter 3. Rubrik, vgl. Codebuch im Anhang.

³⁰⁸ Vgl. Schuhmayer, 1998, S. 136 fff.

ist, der nur durch bundesweite Gesetze, Entscheidungen, Verordnungen, usw. geregelt werden kann und von nationalem Interesse ist. Was österreichweit erscheinende Tageszeitungen angeht, sind die vier von mir ausgewählten Tageszeitungen die druckauflagenstärksten Boulevard- und Qualitätszeitungen, wie auch die folgende Abbildung zeigt.

Titel	Druckauflage	Verkaufte Auflage*	Verk. Aufl.	Abos	Einzel-verkauf
			erw. Großv.**		
Der Standard	117.131	76.563	0	58.719	7.081
Die Presse	120.363	81.840	0	61.242	6.581
Kleine Zeitung	308.819	274.954	0	259.984	9.461
Kronen Zeitung	948.615	818.919	0	667.557	134.051
Kurier	228.218	163.730	0	116.658	32.450
Neue Vorarlberger TZ	12.328	0	8.387	5.564	385
OÖ Nachrichten	140.196	105.040	0	95.566	3.654
Österreich Gesamt	321.957	0	167.316	77.396	47.509
SN	94.329	69.707	0	60.624	5.390
TT	109.716	90.118	0	82.616	4.602
VN	70.360	63.411	0	59.600	2.891
WirtschaftsBlatt	39.131	24.913	0	19.626	1.616

Abbildung 15: Auflagen Tageszeitungen 2008³⁰⁹

Es wurden jeweils die beiden Tageszeitungen des jeweiligen journalistischen Stils ausgewählt, die auf den ersten Blick den genannten Merkmalen entsprachen bzw. von Schuhmayer den besagten Gattungen zugeordnet wurden.³¹⁰

Auch die Statistik Austria legt bezüglich der Reichweite bei „Bücher und Presse“ im Jahr 2006 dar, dass es sich beim Standard und der Presse um Qualitätszeitungen handelt: „Im Marktsegment der Qualitätszeitungen lag Der Standard mit einer Reichweite von 4,9% vor der Presse (4,3%) [...]“.³¹¹

7.3.2. Untersuchungszeitraum

Ich untersuche besagte vier Tageszeitungen im Zeitraum von 6. März 2008 bis 25. März 2008.

³⁰⁹ Abbildung (aus) URL: <http://www.voez.at/b775> [17. Mai 2009], Auflagen nach ÖAK-Prüfverfahren. Quelle: ÖAK Jahresschnitt 2008, * "Verkaufte Auflage" wird als Summe aus Direktverkauf und Großverkauf ausgewiesen, wenn der Anteil des Großverkaufs an der Summe von Direktverkauf und Großverkauf nicht größer ist als 17,5%. ** "Verkaufte Auflage mit erweitertem Großverkauf" wird als Summe aus Direktverkauf und Großverkauf ausgewiesen, wenn der Anteil des Großverkaufs an der Summe von Direktverkauf und Großverkauf nicht größer ist als 35,0%.

³¹⁰ Vgl. Kapitel 5. Boulevard- und Qualitätszeitungen.

³¹¹ URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/kultur/buecher_und_presse/index.html [24.05.2008].

Am 24. Februar 2008 fand die Pressestunde mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer statt. Dort kündigte er zum ersten Mal öffentlich unter anderem ein Vorziehen der Steuerreform auf 2009 an. Zuvor herrschte Konsens zwischen den beiden Regierungsparteien dahingehend, dass eine Steuerreform erst 2010 in Kraft treten würde.³¹²

Anschließend begannen beide Regierungsparteien unter anderem via OTS-Aussendungen, ihre Meinungen, Standpunkte und Argumente für oder gegen ein Vorziehen der Steuerreform zu veröffentlichen. Die Inhalte/Standpunkte-Sammlung zu beiden Parteien³¹³, welche ich für die Bildung meiner Variablen benötige, beginnt daher mit dem 24. Februar 2008. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit des Zeitpunkts des Beginns dieser Steuerreform-Diskussion und der Dynamik und Unberechenbarkeit von politischen und parteipolitischen Entscheidungsfindungsprozessen läuft die Standpunkte-Sammlung für beide Parteien bis 5. März 2008 bis 15 Uhr, da an diesem Tag ein Ministerrat mit anschließendem Pressefoyer stattfand. Sowohl Kanzler als auch Vizekanzler traten getrennt vor die Presse und bekräftigten nochmals ihre unterschiedlichen Ansichten über ein etwaiges Vorziehen.³¹⁴

Daher beginnt der Untersuchungszeitraum meiner inhaltsanalytischen Untersuchung der Tageszeitungen mit dem 06. März 2008 und endet mit dem 25. März 2008.

Das Ende des Untersuchungszeitraumes stellt den Zeitpunkt der Präsentation eines Kompromiss-Papiers zur Steuerreform durch Kanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer dar³¹⁵, welches einen Schlussstrich unter die öffentlich ausgetragene Diskussion der beiden Regierungsparteien zog.

7.4. Operationalisierung

„Unter Operationalisierung versteht man die Schritte der Zuordnung von empirisch erfassbaren, zu beobachtenden oder zu erfragenden Indikatoren zu einem theoretischen Begriff. Durch Operationalisierung werden Messungen der durch den Begriff bezeichneten empirischen Erscheinung möglich.“³¹⁶

D.h. es steht nun im Mittelpunkt, wie ich die von mir erhobenen Annahmen auf eine messbare, konkrete Ebene bringe.

³¹² Vgl. Kapitel 6.2. Die Steuerreform-Diskussion unter Gusenbauer und Molterer.

³¹³ Die Inhalte/Standpunkte-Sammlungen beider Parteien dienen als Basis für einen Vergleich mit den Tageszeitungen, Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien, Variable Inhalte/Standpunkte.

³¹⁴ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 7.3.2. auf beigelegtem Datenträger: OTS-Aussendung 05.03.2008, 14:34:57.

³¹⁵ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 7.3.2. auf beigelegtem Datenträger: OTS 25.03.2008, 12:56:48.

³¹⁶ Atteslander, 2000, S. 50.

Zur Analyseeinheit zählen alle redaktionellen Beiträge, also Zeitungsartikel, deren Thema zumindest auch das Thema „Steuerreform“ ist, d.h. der Begriff „Steuerreform“ muss sich in den Artikeln finden. Zur Zeit meines Untersuchungszeitraumes waren beispielsweise auch die Themen „Neuwahlen“ und „Untersuchungsausschüsse“ ständig medial präsent und dementsprechend wurden oft mehrere Themen, unter anderem die Steuerreform, in einem Artikel behandelt. Ebenso gab es beispielsweise Diskussionen um Sofortzahlungen, die vollkommen am tatsächlichen Thema der Steuerreform vorbeigingen, da es sich nicht mehr um eine Reform des Steuersystems handelte, sondern nur darum, welche von beiden Parteien nun keine Almosen-Politik betreibe.

Damit nicht Artikel, die den Begriff „Steuerreform“ sozusagen nur im Nebenbei beinhalten und sich möglicherweise über den Begriff „Steuerreform“ hinaus nicht mit dem Thema beschäftigen, meine Untersuchungsergebnisse verzerren, werde bzw. zähle ich nur Artikel, wenn diese zum einen den Begriff „Steuerreform“ beinhalten und zumindest ein Standpunkt der Variablen 8. Inhalte/Standpunkte³¹⁷ vorkommt. Beinhaltet die Überschrift eines Artikel also beispielsweise den Begriff „Neuwahlen“, kommen aber der Begriff „Steuerreform“ und einer der Standpunkte im Artikel vor, wird dieser in meiner Untersuchung berücksichtigt.

Um zu einem Kategoriensystem zu gelangen, wende ich die dimensionale Analyse an, d.h. ich filtere die bedeutungstragenden Begriffe aus den Hypothesen heraus und achte darauf, ob sie bereits in meiner Arbeit definiert wurden.³¹⁸ Ist dies nicht der Fall, muss ich das Definieren noch nachholen.

„[...] Die aus den Hypothesen extrahierten Dimensionen [damit sind die Begriffe bzw. deren Definitionen gemeint, d. Verf.] gehen als globale inhaltliche Klassifizierungsvorgaben (Hauptkategorien) in das Kategoriensystem ein.“³¹⁹

H 1.) Qualitätszeitungen achten stärker auf ein ausgeglichenes Verhältnis der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte als Boulevardzeitungen.

Es finden sich die Begriffe *Qualitäts- und Boulevardzeitungen* und das *ausgeglichene Verhältnis der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte*. Folglich gehen als Hauptkategorien die Dimensionen Medium und Inhalt/Standpunkte in mein Kategoriensystem ein. Eine Definition der Begriffe hat bereits in den vorangegangenen Kapiteln³²⁰ stattgefunden bzw. findet im Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien statt.

³¹⁷ Vgl. Kapitel 7.4.1. Das Kategoriensystem und Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien Abschnitt Inhalte/Standpunkte.

³¹⁸ Vgl. Früh, 2007, S. 80.

³¹⁹ Ebenda.

³²⁰ Vgl. Kapitel 5. Boulevard- und Qualitätszeitungen und Kapitel.

H 2.) Qualitätszeitungen berichten in größerem Umfang über die Steuerreform als Boulevardzeitungen.

Bei dieser Hypothese finden sich die Begriffe *Qualitäts- und Boulevardzeitung* und der Begriff in *größerem Umfang*. Eine Definition der Begriffe hat bereits in den vorangegangenen Kapiteln³²¹ stattgefunden bzw. findet im Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien, Hauptkategorie Größe des Artikels, statt.

H 3.) Qualitätszeitungen bringen eine breiter gefächerte Berichterstattung zur Steuerreform als Boulevardzeitungen.

Die Definition der Begriffe *Qualitäts- und Boulevardzeitung* hat bereits in Kapitel 5. stattgefunden. Die *breiter gefächerte Berichterstattung* meint, wer Akteure/innen in den Artikeln sind. Sie wird in Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien genauer definiert und findet als Hauptkategorien 6. Nennung von Personen und 7. Zitate Einzug in mein Kategoriensystem.

H 4.) Die Presse orientiert sich in ihrer Berichterstattung eher nach ÖVP-Standpunkten, wohingegen Österreich sich eher nach SPÖ-Standpunkten orientiert.

Der Begriffe *SPÖ- bzw. ÖVP-Standpunkte* werden in Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien genau bestimmt. D.h. es werden die Hauptkategorien 1. Medium und 8. Inhalte/Standpunkte berücksichtigt.

H 5.) Der Standard orientiert sich in seiner Berichterstattung eher nach SPÖ-Standpunkten, wohingegen die Kronen Zeitung eher keine parteipolitische Tendenz erkennen lässt.

Hier gilt ebenso, dass die Begriffe der *SPÖ- bzw. ÖVP-Standpunkte* in Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien genau bestimmt werden und anhand der Hauptkategorien 1. Medium und 8. Inhalte/Standpunkte gezeigt werden.

Zur Prüfung meiner Hypothesen werden daher folgende Daten erhoben, die zudem die Hauptkategorien des Kategoriensystems meiner Inhaltsanalyse zeigen:

7.4.1. Das Kategoriensystem

1.	Medium
1.1	Kronenzeitung
1.2	Österreich
1.3	Die Presse
1.4	Der Standard

2.	Erscheinungsdatum
----	-------------------

³²¹ Vgl. Kapitel 5. Boulevard- und Qualitätszeitungen und Kapitel.

3.	Rubrik
3.1	Politik
3.2	Wirtschaft
3.3	Thema des Tages
3.4	Meinungsteil
3.5	Titelblatt
4.	Art des Beitrags-Darstellungsform
4.1	Nachricht/Meldung
4.2	Bericht
4.3	Reportage
4.4	Interview
4.5	Feature
4.6	Kommentar/AutorIn
4.7	Glosse
4.8	Sonstiges

5.	Größe des Artikels
5.1	Kurz
5.2	Mittel
5.3	Lang

6.	Nennung von Personen
6.1	Bundeskanzler Gusenbauer
6.2	Staatssekretärin Silhavy
6.3	Staatssekretär Matznetter
6.4	Ministerin Berger
6.5	Minister Darabos
6.6	Minister Buchinger
6.7	Ministerin Schmied
6.8	Minister Faymann
6.9	Staatssekretärin Kranzl
6.10	Ministerin Bures
6.11	Nationalratspräsidentin Prammer
6.12	Bundespräsident Fischer
6.13	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
6.14	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
6.15	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.16	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
6.17	SPÖ-lerInnen
6.18	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
6.19	SPÖ-EU-Abgeordnete
6.20	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
6.21	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.22	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
6.23	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi

6.24	Vizekanzler Molterer
6.25	Staatssekretär Lopatka
6.26	Ministerin Plassnik
6.27	Staatssekretär Winkler
6.28	Ministerin Kdolsky
6.29	Ministerin Fekter
6.30	Minister Josef Pröll
6.31	Minister Bartenstein
6.32	Minister Hahn
6.33	Staatssekretärin Marek
6.34	Nationalratspräsident Spindelegger
6.35	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
6.36	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
6.37	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.38	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
6.39	ÖVP-lerInnen
6.40	Generalsekretär Missethon
6.41	ÖVP-EU-Abgeordnete
6.42	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
6.43	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.44	FCG-Chef Norbert Schnedl
6.45	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
6.46	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
6.47	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
6.48	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
6.49	Markus Marterbauer
6.50	Claus Raidl
6.51	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
6.52	ÖÄK-Präsident Walter Dorner
6.53	Wifo-Chef: Karl Aiginger
6.54	Politologe Anton Pelinka
6.55	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
6.56	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
6.57	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
6.58	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
6.59	Maria Kubitschek/AK
6.60	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
6.61	IHS-Chef: Bernhard Felderer
6.62	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
6.63	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
6.64	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
6.65	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
6.66	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
6.67	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
6.68	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl
6.69	Gallup-Chef Karmasin
6.70	Politologe Peter Filzmaier
6.71	OGM-Chef Bachmayer
6.72.	Meinungsforscher Peter Ulram

7. Zitate:

7._.d Direkte

7._.i indirekte

7.	Zitate
7.1.d	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.d	Staatssekretärin Silhavy
7.3.d	Staatssekretär Matznetter
7.4.d	Ministerin Berger
7.5.d	Minister Darabos
7.6.d	Minister Buchinger
7.7.d	Ministerin Schmied
7.8.d	Minister Faymann
7.9.d	Staatssekretärin Kranzl
7.10.d	Ministerin Bures
7.11.d	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.d	Bundespräsident Fischer
7.13.d	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.d	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.d	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.16.d	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.d	SPÖ-lerInnen
7.18.d	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.d	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.d	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.d	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.d	FSG-Chef /Wilhelm Habertzettl
7.23.d	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
7.24.d	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.d	Vizekanzler Molterer
7.26.d	Staatssekretär Lopatka
7.27.d	Ministerin Plassnik
7.28.d	Staatssekretär Winkler
7.29.d	Ministerin Kdolsky
7.30.d	Ministerin Fekter
7.31.d	Minister Josef Pröll
7.32.d	Minister Bartenstein
7.33.d	Minister Hahn
7.34.d	Staatssekretärin Marek
7.35.d	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.d	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.d	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
7.38.d	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.d	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.d	ÖVP-lerInnen
7.41.d	Generalsekretär Missethon
7.42.d	ÖVP-EU-Abgeordnete

7.43.d	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.d	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.d	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.d	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
7.47.d	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.d	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.d	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.d	Sonstige ÖVP-Zitate
7.51.d	Markus Marterbauer
7.52.d	Claus Raidl
7.53.d	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.d	ÖÄK-Präsident Walter Dorner
7.55.d	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.d	Politologe Anton Pelinka
7.57.d	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.d	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.d	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
7.60.d	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.d	Maria Kubitschek/AK
7.62.d	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.d	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.d	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.d	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
7.66.d	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.d	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.d	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
7.69.d	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
7.70.d	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/Josef Christl
7.71.d	Gallup-Chef Karmasin
7.72.d	Politologe Peter Filzmaier
7.73.d	OGM-Chef Bachmayer
7.74.d	Meinungsforscher Peter Ulram

7.1.i	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.i	Staatssekretärin Silhavy
7.3.i	Staatssekretär Matznetter
7.4.i	Ministerin Berger
7.5.i	Minister Darabos
7.6.i	Minister Buchinger
7.7.i	Ministerin Schmied
7.8.i	Minister Faymann
7.9.i	Staatssekretärin Kranzl
7.10.i	Ministerin Bures
7.11.i	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.i	Bundespräsident Fischer
7.13.i	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.i	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.i	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw.Landesparteivorsitzende

7.16.i	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.i	SPÖ-IerInnen
7.18.i	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.i	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.i	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.i	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.i	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
7.23.i	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
7.24.i	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.i	Vizekanzler Molterer
7.26.i	Staatssekretär Lopatka
7.27.i	Ministerin Plassnik
7.28.i	Staatssekretär Winkler
7.29.i	Ministerin Kdolsky
7.30.i	Ministerin Fekter
7.31.i	Minister Josef Pröll
7.32.i	Minister Bartenstein
7.33.i	Minister Hahn
7.34.i	Staatssekretärin Marek
7.35.i	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.i	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.i	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
7.38.i	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.i	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.i	ÖVP-IerInnen
7.41.i	Generalsekretär Missethon
7.42.i	ÖVP-EU-Abgeordnete
7.43.i	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.i	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.i	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.i	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
7.47.i	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.i	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.i	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.i	Sonstige ÖVP-Zitate
7.51.i	Markus Marterbauer
7.52.i	Claus Raidl
7.53.i	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.i	ÖÄK-Präsident Walter Dörner
7.55.i	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.i	Politologe Anton Pelinka
7.57.i	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.i	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.i	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
7.60.i	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.i	Maria Kubitschek/AK
7.62.i	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.i	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.i	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.i	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher

7.66.i	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.i	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.i	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
7.69.i	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
7.70.i	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/Josef Christl
7.71.i	Gallup-Chef Karmasin
7.72.i	Politologe Peter Filzmaier
7.73.i	OGM-Chef Bachmayer
7.74.i	Meinungsforscher Peter Ulram

8.	Inhalte/Standpunkte
8.1	Steuerreform/Steuerentlastung soll vorgezogen werden/2009
8.2	Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung
8.3	Für Vermögensbesteuerung, Vermögenszuwachssteuer, Aktienzuwachssteuer
8.4	Steuerreform soll 2010 in Kraft treten, zum ursprünglichen Termin, Nein zu 2009
8.5	Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden
8.6	Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden, 2010 Überschuss haben/ohne Gegenfinanzierung/ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten

7.4.2. Definition der Kategorien

Es folgt nun ein kurzer Überblick der genannten Hauptkategorien. Genauere Details inklusive Ankerbeispiele und Codierregeln dazu finden sich im Codebuch.³²²

1. Medium

Diese Kategorie umfasst die Medien Kronen Zeitung und Österreich als Vertreter österreichischer Boulevardzeitungen und die Presse und den Standard als Vertreter von Qualitätszeitungen in Österreich.³²³

2. Erscheinungsdatum

der jeweiligen Ausgabe der einzelnen Tageszeitungen.

3. Rubrik

Diese Kategorie zeigt, in welchem Bereich, d.h. in welcher Rubrik der Zeitung sich der jeweilige Artikel zur „Steuerreform“ befindet.

Die dazu behandelten Rubriken bzw. deren Einteilung lauten: Politik, Wirtschaft, Thema des Tages, Meinungsteil und Titelblatt.

³²² Vgl. 1. Codebuch im Anhang.

³²³ Vgl. Kapitel 7.3.1. Untersuchungsmaterial.

4. Art des Beitrags – Darstellungsform

Diese Kategorie macht die Einteilung der einzelnen Artikel zu den unterschiedlichen journalistischen Darstellungsformen möglich.

Die Ausformungen der Darstellungsform können in tatsachenbetonte und meinungsbetonte journalistische Darstellungsformen unterschieden werden.

„Zur Gruppe der tatsachenbetonten journalistischen Darstellungsformen gehören die Nachricht, die Reportage, das Interview[...] und die Dokumentation.“³²⁴

Unter die meinungsbetonten journalistischen Darstellungsformen fallen der Kommentar, das Feature und die Glosse.³²⁵

Sollte ein Artikel beispielsweise sowohl Merkmale eines Berichts als auch eines Interviews aufweisen, wird er dem jeweiligen Code zugerechnet, dem er zur Mehrheit entspricht.

5. Größe des Artikels:

Bei dieser Kategorie geht es darum, den Platz bzw. die Länge eines Artikels zu bestimmen. Ein Ausmessen allein der einzelnen Artikel hätte nicht viel Sinn, da die Zeitungen über unterschiedliche Formate verfügen. Ich habe mich daher dafür entschieden, zwischen kurzen, mittleren und langen Artikeln zu unterscheiden. Kurz bedeutet, dass der Artikel weniger als 25% einer Seite einnimmt, bei einem mittleren Artikel liegt die Länge zwischen 25% bis 75% einer Seite und ein langer Artikel umfasst über 75% einer Seite einnimmt. So kann ich trotz unterschiedlicher Formate die Längen der Artikel vergleichen.

6. Nennung von Personen

Bei dieser Kategorie geht es darum, zu bestimmen, wer Akteur/in und/oder Interviewpartner/in im Artikel ist. Dabei wird zwischen SPÖ-Politikern/innen, ÖVP-Politikern/innen und Experten/innen unterschieden. Im Falle dieser Kategorie hatte ich ungefähr 45 Personen bereits vor der tatsächlichen Erhebung einem Code zugeordnet. Ein weiterer Teil kam durch die Probecodierung³²⁶ hinzu und einem weiteren Teil, nur bei den Experten/innen war dies der Fall, wurden während der gesamten Erhebung immer wieder Codes zugewiesen, um diese Kategorie zu vervollständigen.

7. Zitate

Diese Kategorie zielt darauf ab, zu zeigen, ob gewissen Personen, die bereits in der Kategorie Nennung von Personen gezählt wurden, besondere Aufmerksamkeit in der Berichterstattung geschenkt wird. Ein direktes oder indirektes Zitat einer Person hat mehr Gewicht als die bloße Feststellung des/der Autors/in, dass beispielsweise ein

³²⁴ ABC des Journalismus, 1984, S. 40.

³²⁵ Vgl. ebenda, S. 64 und S. 75.

³²⁶ Vgl. Ende dieses Kapitels.

Ereignis stattgefunden hat oder beispielsweise eine Partei gegen etwas Bestimmtes ist. Es wird zwischen indirekten und direkten Zitaten unterschieden.

8. Inhalte/Standpunkte

Die Standpunkte-Sammlungen zur Steuerreform basieren auf den OTS-Aussendungen der SPÖ und ÖVP. Durch OTS-Aussendungen können unter anderem Parteien wann auch immer und so oft sie wollen, ihre Standpunkte, Argumente und Ansichten zu bestimmten Themen oder Ereignissen öffentlich machen.

Der/Die Absender/in bestimmt allein den Inhalt der OTS-Aussendungen, wodurch gewährleistet ist, dass die Inhalte, die via OTS-Aussendung öffentlich gemacht werden, tatsächlich dem entsprechen, was der/die Absender/in publik machen wollte. Einbezogen werden jeweils die OTS-Aussendungen, die vom ÖVP-Parlamentsklub bzw. der ÖVP-Bundesparteileitung und vom SPÖ-Pressedienst bzw. vom SPÖ-Parlamentsklub ausgeschickt worden sind. D.h. OTS-Aussendungen, deren Absender die SPÖ Kärnten, der SPÖ Wien Rathausklub oder die ÖVP Kärnten, die ÖVP Wien, usw. sind, werden nicht gezählt oder gewertet, da es sich um ein Bundesthema handelt und daher die Standpunkte der Bundesparteien ausschlaggebend sind.

In den behandelten OTS-Aussendungen muss der Begriff „Steuerreform“ in der Überschrift und/oder im Text vorkommen. Aussendungen mit Verweisen auf Audio-O-Töne, Terminaussendungen zu Pressekonferenzen oder Terminavisos werden nicht gewertet oder gezählt. Auch OTS-Aussendungen, die eindeutig nur Aussagen des (gegnerischen) Regierungspartners aufzählen, um beispielsweise dessen Meinungsschwenke oder dergleichen zu dokumentieren, werden nicht gewertet, da sie das Ergebnis verfälschen würden.³²⁷

Die festgelegte Zeitspanne für Aussendungen, die nun zusammengefasst werden, zieht sich vom 24. März 2008, 11:05 Uhr bis 05. März 2008 bis 15 Uhr.

Die Uhrzeiten ergeben sich zum ersten aus dem Beginn der ORF-Presserstunde jeden Sonntag um 11:05³²⁸ Uhr und zum zweiten, da das anschließende Pressefoyer an den Ministerrat gegen 15 Uhr³²⁹ beendet war.³³⁰

³²⁷ In parteipolitischen Aussendungen ist es üblich, andere Parteien anzugreifen und ihre Argumente zu entkräften, allerdings wird in diesen besagten Dokumentations-OTS nur eine Liste von Zitaten des/der politischen Gegners/in präsentiert - ohne Kommentar. Um diese aufgelisteten Zitate bzw. die darin enthaltenen Aussagen nicht fälschlicherweise der politischen Gegnerpartei zurechnen zu müssen, was das Ergebnis verfälschen würde, werde ich dergleichen OTS-Aussendungen nicht. Vgl. dazu Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: in Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.03.2008, Gegnerdokumentations-OTS.

³²⁸ Vgl. URL: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/presse.html> [21.05.2009].

³²⁹ Vgl. dazu Datenmaterial zu Kapitel 7.4.2. auf beigelegtem Datenträger, APA-Aussendung, 05.03.2008.

³³⁰ Vgl. auch Kapitel 7.3.2. Untersuchungszeitraum.

Die ÖVP hat in der besagten Zeitspanne insgesamt 24 OTS-Aussendungen via APA veröffentlicht, wobei zwei nicht gezählt wurden, da es sich um Gegnerdokumentations-OTS handelte.³³¹

Die SPÖ hat insgesamt 44 OTS-Aussendungen veröffentlicht, wobei drei nicht gewertet wurden, da es sich um Terminankündigungen oder Hinweise auf Audio-OTS handelte.³³²

Um nun die am öftesten genannten und somit wichtigsten Standpunkte der Parteien in den verbleibenden OTS-Aussendungen beider Parteien zur Steuerreform herauszufinden, muss ich die OTS-Aussendungen zuerst zusammenfassen. Nach Philipp Mayring ist das Ziel dieser Art der Zusammenfassung: „[...] das Material so zu reduzieren, daß(!) die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist.“³³³

Dieses qualitative Verfahren ist in diesem konkreten Fall am sinnvollsten.

Es erfolgte die Paraphrasierung nach Mayring³³⁴. Analyseeinheit ist eine Aussage, ein Standpunkt zur Steuerreform. Kontexteinheit ist eine Aussendung. Alle Textstellen, die sich nicht auf die Steuerreform bezogen, wurden gestrichen bzw. entfernt.

Durch diese intensive Auseinandersetzung mit dem Material konnte ich anschließend bereits folgende Kategorien aufstellen, denen ich die Aussagen zugeordnet habe.³³⁵

Im Material der SPÖ:

-)Steuerreform soll/wird vorgezogen werden, ab 1.1.2009 in Kraft
-)Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung, unter anderem Gesamtpakt mit 1.1.2009 in Kraft
-)Für Vermögensbesteuerung, Vermögenszuwachsbesteuerung, Besteuerung von Vermögen, Aktienzuwachssteuer.

Im Material der ÖVP:

-)Steuerreform soll/wird 2010 in Kraft treten, stattfinden
-)Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden
-)Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden/2010 Überschuss erarbeiten, haben/ohne Gegenfinanzierung, ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten

³³¹ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument ÖVP OTS auf beigelegtem Datenträger.

³³² Vgl. dazu Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument SPÖ OTS.

³³³ Mayring, 1997, S. 58.

³³⁴ Vgl. ebenda, S. 59-63 und S. 74 ff.

³³⁵ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument Paraphrasierung ÖVP und Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument Paraphrasierung SPÖ.

Standpunkte, die bei beiden Parteien vorkamen beziehungsweise nicht trennscharf waren, konnten nicht berücksichtigt werden. Als Beispiel sei hier die Entlastung des Mittelstandes und von kleinen und mittleren Einkommen genannt. Diese wird sowohl in OTS-Aussendungen der SPÖ als auch der ÖVP genannt.³³⁶ Auch der Standpunkt Einmal-Zahlungen ist nicht trennscharf, da sowohl die SPÖ als auch die ÖVP eine Art Einmalzahlung, eine Soforthilfe, verlangen. Zum einen in Form eines „Gusi-HunderTERS“ und zum anderen in Form eines einmaligen zusätzlichen Heizkostenzuschusses von 50 Euro.³³⁷ Ebenso wurde die Einsetzung einer Steuerreform-Kommission von beiden Seiten angekündigt bzw. gefordert.³³⁸

Die Standpunkte, die von beiden Parteien zur Steuerreform am öftesten in ihren OTS-Aussendungen genannt wurden und sich zudem nicht überschneiden, waren:

Auf SPÖ-Seite:³³⁹

- Steuerreform soll/wird vorgezogen werden, ab 1.1.2009 in Kraft, wurde mindestens 60 Mal genannt.
- Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung, unter anderem Gesamtpakt mit 1.1.2009 in Kraft, wurde mindestens 43 Mal genannt.
- Für Vermögensbesteuerung, Vermögenszuwachsbesteuerung, Besteuerung von Vermögen, Aktienzuwachssteuer, wurde mindestens 10 Mal genannt.

Auf ÖVP-Seite:³⁴⁰

- Steuerreform soll/wird 2010 in Kraft treten, stattfinden, wurde mindestens 32 Mal genannt.
- Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden, wurde mindestens 29 Mal genannt.

³³⁶ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument ÖVP OTS 22, die Aussendungen OTS 01.03.2008 10:32:30, OTS 03.03.2008 16:29:08 und Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument SPÖ OTS 41, die Aussendungen OTS 24.02.2008 13:24:04, OTS 29.02.2008 13:46:19, OTS 29.02.2008 14:38:56.

³³⁷ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument ÖVP OTS 22, die Aussendungen OTS 02.03.2008 12:24:30, OTS2 6.02.2008 12:19:00 und Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument SPÖ OTS 41, die Aussendungen OTS 02.03.2008 12:59:50, OTS 03.03.2008 13:34:22.

³³⁸ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument ÖVP OTS 22 die Aussendungen OTS 26.02.2008 14:41:01, OTS 28.02.2008 09:06:59 und Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument SPÖ OTS 41, die Aussendungen OTS 24.02.2008 13:24:04, OTS 26.02.2008 13:25:23.

³³⁹ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS SPÖ 24.02.2008-05.032008, Dokument Paraphrasierung SPÖ.

³⁴⁰ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger: Ordner OTS ÖVP 24.02.2008-05.032008, Dokument Paraphrasierung ÖVP.

- Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden/2010 Überschuss erarbeiten, haben/ohne Gegenfinanzierung, ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten, wurde mindestens 11 Mal genannt.

Probecodierung

Ich habe eine Probecodierung durchgeführt, um den von mir erstellten Codebogen zu testen und etwaige Verbesserungen durchzuführen.

In einer Teilstichprobe habe ich jeweils fünf Ausgaben von jeder der vier Tageszeitungen bzw. die Artikel codiert. Anschließend habe ich beispielsweise eine Hauptkategorie ergänzt: Der Abschnitt „6. Nennung von Personen“ wurde um einige Personen, wie beispielsweise Wolfgang Moitzi, SJ-Vorsitzender, oder ÖAAB-Chef Fritz Neugebauer ergänzt.

Ich hatte vor der Probecodierung vor, Bilder und Graphiken zur Größe des Artikels zu zählen.

Bei der Codierung fiel allerdings auf, dass dies nicht zielführend wäre, da dies das Ergebnis der Größe der Artikel verfälschen würde, da ich mich ja bei der Erhebung der Daten ausschließlich mit dem Text der Artikel auseinandersetze und nicht mit der Bebilderung. Daher wurde als Anweisung an den/die Codierer/in hinzugefügt, Bildanteile und deren Texte von der Gesamtgröße des Artikels abzuziehen.

Zudem habe ich als Anweisung an den/die Codierer/in bei „7._i“ hinzugefügt, dass nur solche Zitate zu codieren sind, die eindeutig als indirektes Zitat zu bezeichnen sind.

7.4.3 Codiereinheit und Kontexteinheit

Die Codiereinheit wurde auf inhaltlich-semantischer Ebene festgelegt, da eine formal-syntaktische Festlegung nicht zielführend gewesen wäre, da ich aufgrund der Verwendung von Synonymen viele Aussagen nicht erheben hätte können.³⁴¹

Bei meiner Erhebung ist die Codiereinheit „[...]Basisaussage [...], d.h. die Codiereinheit wird semantisch definiert und gegenüber dem einzelnen Begriff vergrößert.“³⁴²

Eine Basisaussage entspricht in meiner Untersuchung einem der Merkmale, also einer Ausprägung, die die Kategorie 8. Inhalte/Standpunkt aufweist.

³⁴¹ Vgl. Früh, 2007, S.92 f.

³⁴² Ebenda, S.94.

Da ich meine Codiereinheit auf semantischer Ebene festgelegt habe, ist es wichtig, eine Kontexteinheit festzulegen, um „[...]allzu extensive Assoziationen und Schlussfolgerungen einzugrenzen,[...].“³⁴³

Die Kontexteinheit, d.h. die Einheit, die ich benötige, um die Codiereinheit semantisch klarzustellen, ist eine Sinneinheit, in welcher zumindest eine Basisaussage vorkommt und es um die Steuerreform - auch in synonyme Verwendung - geht.

Reliabilitätsprüfung

„Eine angemessene Reliabilität des Messinstruments ist unabdingbare Voraussetzung für die Objektivität der Inhaltsanalyse, [...]“³⁴⁴

Aus diesem Grund führe ich sowohl eine Intracoder-Reliabilitätsprüfung als auch eine Interdecoder-Reliabilitätsprüfung durch.

Dies bedeutet in meinem konkreten Fall vereinfacht gesagt, dass sowohl ich selbst als auch jemand anderer anhand einer ausgewählten Stichprobe des Untersuchungsmaterials Codebogen und Codebuch anzuwenden versuche/versucht, um die Verlässlichkeit und die Reproduzierbarkeit meiner Ergebnisse festzustellen.

Nach Einschulung und Erklärung des Codebogens und des Codebuchs haben meine Bekannte und ich von jeder Tageszeitung die Ausgaben der jeweils ersten beiden Tage meines Untersuchungszeitraumes, d.h. 6. und 7. März 2008, untersucht, bis zu maximal drei Artikel.

Die mehr oder weniger formalen Angaben wie Medium, Erscheinungsdatum, Rubrik, journalistische Darstellungsform und die Größe des Artikels stimmten sowohl bei mir als auch bei meiner Bekannten bei allen untersuchten Artikeln vollkommen überein.

Die Intracoder-Reliabilität war völlig gegeben. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass der Zeitabstand seit der ersten Codierung relativ kurz bzw. zu kurz war.

Insgesamt wurden jeweils zwölf Artikel untersucht.

Es folgt nun eine Aufstellung der Teile des Kategoriensystems, bei welchen es zu Abweichungen zwischen meinen Codierungen und denen meiner Bekannten kam. Es werden nur die Artikel genannt, bei welchen es zu Abweichungen kam. Es wird nur die Anzahl der Codierungen benannt, da es nur zur unterschiedlichen Zählung innerhalb der gleichen Codes kam und nicht zur Vergabe unterschiedlicher Codes.

³⁴³ Ebenda, S.95.

³⁴⁴ Ebenda, S.188.

Bei Punkt 6. Nennungen von Personen kam es bei einem Artikel zu unterschiedlichen Codierungen:

Presse vom 7. März 2008, Artikel 1:

Bekannte: 4 /1 /2/ 1/ 1 /2 /1 /2

Ich selbst: 3 /1 /2 /1 /1 /2 /1 /2

Bei Punkt 7. Zitate, (7._d Direkte, 7._i indirekte) kam es bei 2 Artikeln zu unterschiedlichen Codierungen.

Österreich vom 7. März 2008, Artikel 2:

Bekannte: 2 /2

Ich selbst: 1 /3

Standard vom 06. März 2008, Artikel 1:

Bekannte: 3 /1 /3 /2 /2 /1

Ich selbst: 4 /1 /3 /1 /2 /1

Bei Punkt 8. Inhalte/Standpunkte kam es bei zwei Artikel zu unterschiedlichen Codierungen:

Standard vom 7. März 2008, Artikel 1:

Bekannte:2

Ich selbst: 3

Österreich: 7. März 2008, Artikel 2:

Bekannte 3/2

Ich selbst: 4/2

Bei den restlichen 10 Artikeln wurde in Punkt 8. gleich codiert: (Codierungen der Reihenfolge nach aus: Kronen Zeitung 06.03.2008¹, Kronen Zeitung 07.03.2008 1, Kronen Zeitung 07.03.2008 2, Österreich 06.03.2008 1, Österreich 07.03.2008 1, Presse 06.03.2008 1, Presse 07.03.2008 1, Presse 07.03.2008 2, Standard 06.03.2008 1, Standard 06.03.2008 2)

Bekannte: 1 /2 /1 /1 /2 /1 /2 /1 /1 /3 /1 /2 /2 /1 /3 /4

Ich selbst: 1 /2 /1 /1 /2 /1 /2 /1 /1 /3 /1 /2 /2 /1 /3 /4

Früh schlägt „[...]folgendes Reliabilitätsmaß nach HOLSTI(1969)[...]“³⁴⁵ vor:

$CR = 2 \cdot \bar{U} / C1 + C2$

CR steht dabei für die Codierer-Reliabilität, $\bar{U}$ für die Anzahl der übereinstimmenden Codierungen, C1 für die Anzahl der Codierungen von Codierer 1 und C2 für die Anzahl

³⁴⁵ Früh, 2007, S.190.

der Codierungen von Codierer 2.³⁴⁶ C1 steht in meinem Fall für meine Bekannte und C2 für mich.

In diesem Fall kann ich die beiden Abweichungen unabhängig vom einzelnen Code gemeinsam berechnen, da meine Bekannte beide Male eine Codierung weniger hatte. Es gilt zu beachten, dass dies nicht möglich wäre, wenn die Verteilung der Anzahl sich bei einem anderen Code ausgeglichen hätte.

Ich wende diese Berechnungsmethode nun nur bei Punkt 8. Inhalte/Standpunkte an, da mir bewusst ist, dass die Anzahl der Abweichungen rein überschlagsmäßig einen sehr geringen Wert bei allen Abweichungen ergibt.

$$CR = 2 \times 35 / 35 + 37$$

$$= 70 / 72 \rightarrow 0,97$$

Es kann davon ausgegangen werden, dass bei der Auswahl einer größeren Stichprobe mehr Abweichungen auftreten würden, allerdings gehe ich davon aus, dass die Abweichungen im Allgemeinen, auch bei Punkt 8., durch meine sehr genauen Angaben und Ankerbeispiele im Codebuch relativ gering gehalten werden.

7.5. Zusammenfassung der Ergebnisse, Prüfung der Hypothesen

Es folgt nun eine Präsentation der empirischen Untersuchung. Die Auswertung und Interpretation der Ergebnisse erfolgt zuerst anhand des Kategoriensystems.³⁴⁷

Anschließend erfolgt eine Prüfung der Hypothesen anhand der Ergebnisse.

7.5.1.1. Medium

Insgesamt wurden 154 Artikel im festgelegten Untersuchungszeitraum³⁴⁸ untersucht, wobei davon 14 Artikel aus der Kronen Zeitung kamen, 66 Artikel aus der Tageszeitung Österreich und jeweils 37 aus der Presse und dem Standard.

In Prozentwerten ausgedrückt bedeutet das, dass die Kronen Zeitung rund 9,1 % der Gesamtartikel besteuerte, Österreich rund 42,9% und die Presse und der Standard jeweils rund 24,0 %.³⁴⁹

³⁴⁶ Vgl. ebenda.

³⁴⁷ Der Übersichtlichkeit wegen werden Ziffern und Zahlen im gesamten Kapitel nicht in Buchstaben ausgeschrieben.

³⁴⁸ Vgl. Kapitel 7.3.2. Untersuchungszeitraum.

³⁴⁹ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger, Dokument Ausgefüllte Codebögen – einzelne Artikel.

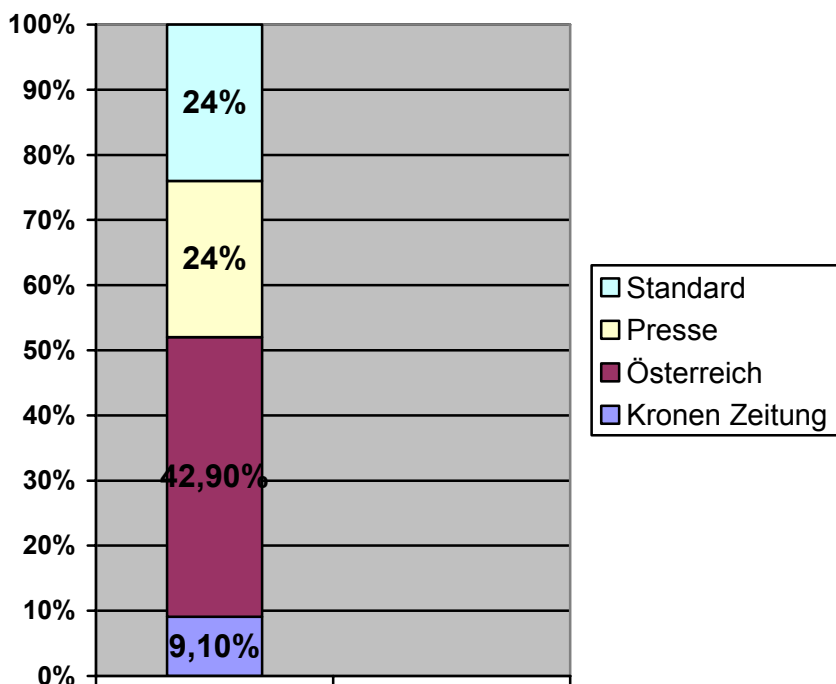


Abbildung 16:
Anteil der Artikel
der jeweiligen
Tageszeitung an
der Gesamtzahl
der Artikel

Die Aufteilung der Artikelanzahl der vier Tageszeitungen in Boulevard- und Qualitätszeitungen zeigt, dass daraus nicht abgelesen werden kann- zumindest was das Thema „Steuerreform“ angeht-, dass beispielsweise Boulevardzeitungen im Allgemeinen die Bereiche Politik und Wirtschaft als nachrangig behandeln.³⁵⁰ Was auffällt ist, dass die Kronen Zeitung sich im Vergleich zu den anderen Tageszeitungen im Vergleichszeitraum relativ nachrangig mit dem Thema „Steuerreform“ auseinandergesetzt hat. Österreich, als zweite Boulevardzeitung hingegen setzte sich im Vergleich – auch zu den Qualitätszeitungen - relativ häufig mit dem Thema der „Steuerreform“ auseinander. Es kann eines der Merkmale von Boulevardzeitungen sein, dass relative viele, kleine Einheiten gebracht werden, die überschaubar wirken und auch Aktualität vermitteln.³⁵¹ Darauf könnte im Fall von Österreich geschlossen werden.

7.5.1.2. Rubrik

Insgesamt fanden sich von den 14 Artikeln der Kronen Zeitung 12 in der Rubrik Politik und 2 in der Rubrik Thema des Tages. Von den 66 Artikeln aus Österreich fanden sich

³⁵⁰ Vgl. Kapitel 5.1. Theoretische Gegenüberstellung.

³⁵¹ Vgl. Kapitel 5.1. Theoretische Gegenüberstellung.

22 in der Rubrik Politik, 1. in der Rubrik Wirtschaft, 42 beim Thema des Tages und 1. in der Rubrik Titelblatt. In der Presse fanden sich von den 36 Artikeln 19 in der Rubrik Politik, 3 in der Rubrik Wirtschaft, 7 in der Rubrik Thema des Tages, 3 im Meinungsteil und 5 in der Rubrik Titelblatt. Im Standard fanden sich von 37 Artikeln 15 in der Rubrik Politik, 2 in der Rubrik Wirtschaft, 8 in der Rubrik Thema des Tages, 5 im Meinungsteil und 7 in der Rubrik Titelblatt.³⁵²

Die folgende Abbildung zeigt die prozentuelle Verteilung der Artikel der jeweiligen Tageszeitung in den einzelnen Rubriken.

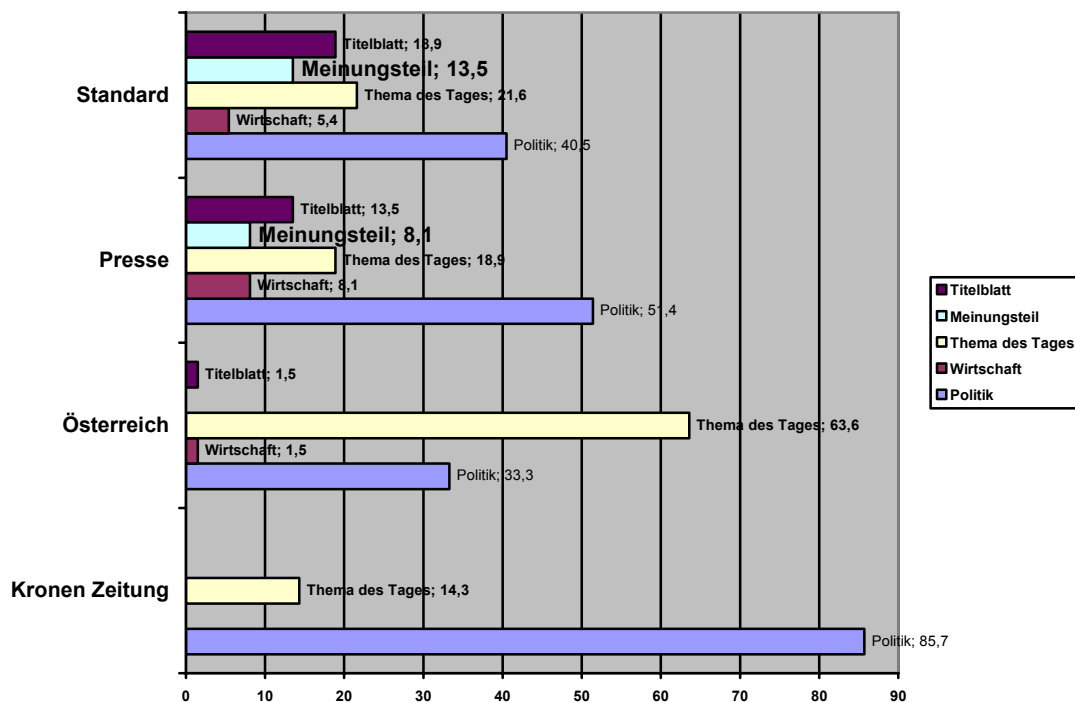


Abbildung 17: Verteilung der Artikel der einzelnen Tageszeitungen in den einzelnen Rubriken in Prozent

Es fällt auf, dass die meisten Artikel in der Rubrik Politik zu finden sind, mit Ausnahme der Tageszeitung Österreich. Nur bei dieser Tageszeitung überwiegt der Anteil der Artikel in der Rubrik Thema des Tages. Die Qualitätszeitungen haben Artikel zum Thema „Steuerreform“ in verschiedenen Rubriken verteilt, wohingegen dies bei den Boulevardzeitungen weniger der Fall war. Es kann darauf geschlossen werden, dass Qualitätszeitungen bemüht waren, das Thema „Steuerreform“ von verschiedenen Seiten zu beleuchten, denn je nach Rubrik haben die jeweiligen Artikel unterschiedliche Schwerpunkte.³⁵³

³⁵² Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Rubrik, Journ. Darstellungsform, Größe.

³⁵³ Vgl. Kapitel 5.1. Theoretische Gegenüberstellung.

In Kapitel 5.1. wurde zudem darauf verwiesen, dass der Vorrang der einzelnen Artikeln in Boulevardzeitungen eingeräumt wird, „[...] meist weniger ihrer nachrichtlichen Bedeutung[...], als vielmehr ihrem Sensationspotenzial und ihrer Eindrücklichkeit.“³⁵⁴ nachsteht. Dies würde einen erklärenden Ansatz bieten, warum Österreich so überproportional oft Artikel zum Thema „Steuerreform“ der Rubrik Thema des Tages zugeordnet hat.

Die Qualitätszeitungen Presse und Standard verweisen beide in ihren Blattlinien darauf, sich in ihrer Berichterstattung zu bemühen, möglichst umfassend und vollständig zu informieren. Zudem verweisen sie darauf, dass sie die Kommentierung und Stellungnahme zu gewissen Themen als ihr Recht bzw. als Teil ihrer Aufgabe sehen.³⁵⁵ Dies würde erklären, warum sich relativ viele Artikel im Vergleich zu den Boulevardzeitungen in der gekennzeichneten Rubrik Meinungsteil wieder finden. Es gilt zu beachten, dass die beiden Boulevardzeitungen nicht über ausgewiesene Meinungsteile, wie die Qualitätszeitungen, verfügen.

7.5.1.3. Journalistische Darstellungsform

Von den 14 Artikeln in der Kronen Zeitung fanden sich 9 in Form eines Berichts, 2 in Form eines Interviews, 2 in Form von Kommentaren und 1 Artikel bei Sonstige, bei diesem handelt es sich um Strudels Sonntagsnotizen. Von den 66 Artikeln in Österreich fand sich 1 in Form einer Meldung, 46 in Form eines Berichtes, 12 in Form eines Interviews und 7 in Form von Kommentaren. Von den 37 Artikeln in der Presse fanden sich 2 in Form von Meldungen, 25 in Form eines Berichtes, 7 in Form eines Interviews und 3 in Form eines Kommentars. Von den 37 Artikeln im Standard fanden sich 27 in Form eines Berichtes, 5 in Form eines Interviews und 5 in Form eines Kommentars.³⁵⁶

Die folgende Abbildung zeigt die prozentuellen Anteile der Artikel nach journalistischen Darstellungsformen je Zeitung.

³⁵⁴ Medien von A bis Z, 2006, Seite 60 f.

³⁵⁵ Vgl. Kapitel 5.2.2. Die Blattlinie der Presse und 5.2.3. Die Blattlinie des Standard.

³⁵⁶ Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Rubrik, Journ. Darstellungsform, Größe.

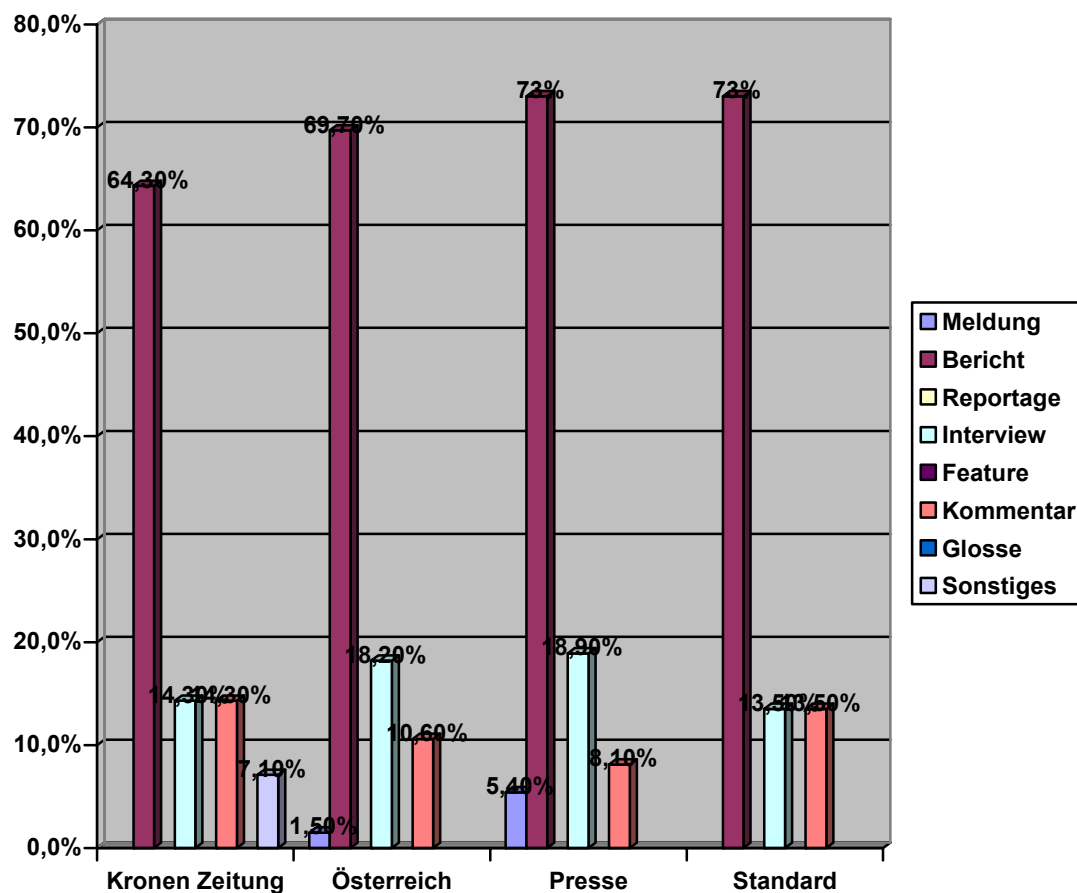


Abbildung 18: Zuordnung der Artikel zu journalistischen Darstellungsformen

Die journalistische Darstellungsform des Berichts überwiegt bei allen Tageszeitungen. Zudem wurden die Darstellungsformen Interview und Kommentar ³⁵⁷ von allen Tageszeitungen genutzt. Diese Verteilung lässt sich unter anderem auf die Wahl des Themas der „Steuerreform“ zurückführen und wie die Parteien sich bemühten, dieses in Szene zu setzen. Dass Darstellungsformen wie Reportagen oder Features nicht verwendet wurden, liegt sicherlich an der Wahl des Themas der „Steuerreform“.

7.5.1.4. Größe der Artikel

Von den 14 Artikeln der Kronen Zeitung handelt es sich um 3 kurze und 11 mittlere Artikel. Die 66 Artikel in Österreich gliedern sich in 41 kurze und 25 mittlere Artikel.

³⁵⁷ Vgl. Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Kommentare. Da die Kommentare, bis auf eine Ausnahme von Journalisten/innen selbst verfasst wurden, brachte diese Auflistung keine nennenswerten Ergebnisse.

Von den 37 Artikeln der Presse sind 13 kurze und 24 mittlere Artikel. Von den 37 Artikeln des Standards sind 25 kurze und 12 mittlere Artikel.³⁵⁸

Die folgende Abbildung zeigt die jeweilige prozentuelle Verteilung der Länge der Artikel der einzelnen Tageszeitungen.

Es fällt auf, dass kein einziger der erhobenen Artikel der Größe eines langen Artikels entspricht, was sicherlich auch daran liegt, dass Bilder, Graphiken, etc.³⁵⁹ nicht zur Größe des Artikels gezählt wurden. Zudem ist auffällig, dass die Mehrheit der erhobenen Artikel im Standard kurze Artikel waren, wohingegen es in der Presse, als zweite Qualitätszeitung, zur Mehrheit mittlere Artikel waren. Trotz dieses Ergebnisses kann ich nicht nur anhand der Auswertung dieser einen Variablen davon ausgehen, dass dem Thema „Steuerreform“ in der Kronen Zeitung und der Presse mehr Gewichtung zugemessen wurde als in Österreich und im Standard.

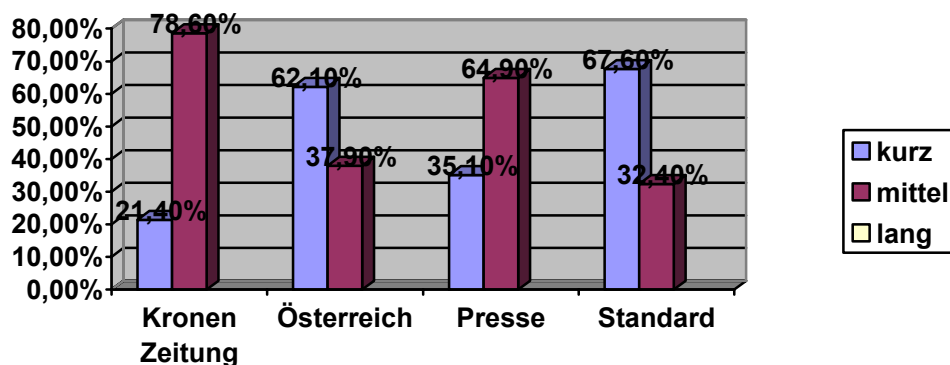


Abbildung 19: Die prozentuelle Verteilung der Artikellängen der einzelnen Tageszeitungen

7.5.1.5. Nennung von Personen

In den insgesamt 14 Artikeln der Kronen Zeitung wurden insgesamt 96 Mal SPÖ-Politiker/innen genannt, wohingegen nur 67 Mal ÖVP-Politiker/innen genannt wurden. Experten/innen wurden im gesamten Zeitraum nur 2 Mal genannt. In den insgesamt 66 Österreich-Artikeln wurden 576 Mal SPÖ-Politiker/innen genannt, 339 Mal ÖVP-Politiker/innen und 13 Mal Experten/innen. In den insgesamt 37 Artikeln der Presse wurden insgesamt 321 Mal SPÖ-Politiker/innen genannt, 236 Mal ÖVP-Politiker/innen und 30 Mal Experten/innen. In den insgesamt 37 Artikeln des Standards wurden

³⁵⁸ Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Rubrik, Journ. Darstellungsform, Größe.

³⁵⁹ Vgl. dazu 1. Codebuch im Anhang.

insgesamt 360 Mal SPÖ-Politiker/innen, 168 Mal ÖVP-Politiker/innen und 39 Mal Experten/innen genannt.³⁶⁰

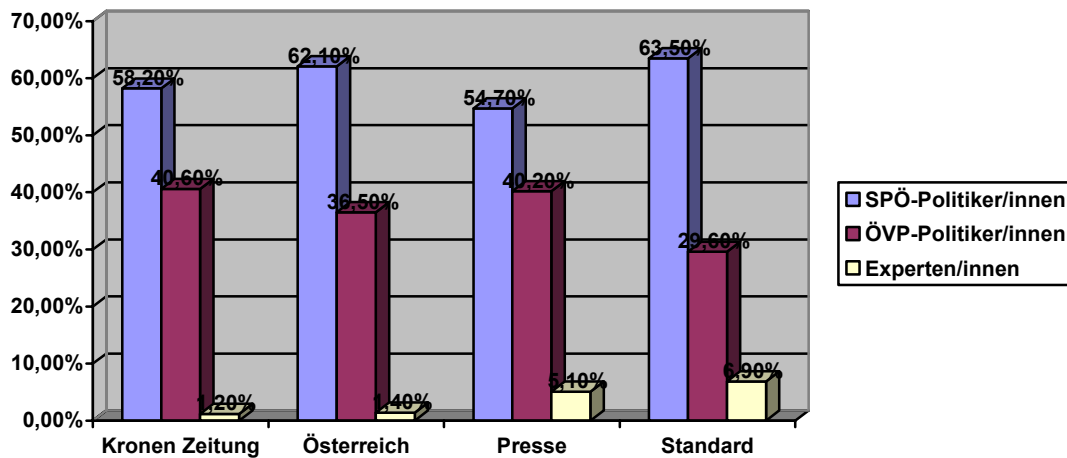


Abbildung 20: Die prozentuellen Anteile der Personennennungen pro Zeitung.

Es fällt auf, dass vor allem die Qualitätszeitungen Presse und Standard verhältnismäßig viele Experten/innen in ihrer Berichterstattung erwähnt haben. In Kapitel 7.5.1.6. Zitate ist auch ersichtlich, dass die Experten/innen in den Qualitätszeitungen relativ häufig - im Gegensatz zu den Boulevardzeitungen - zu Wort kamen. Dies lässt wiederum darauf schließen, dass die Qualitätszeitungen bemüht waren, das Thema „Steuerreform“ von mehreren Seiten zu beleuchten.³⁶¹

Außerdem sticht sofort ins Auge, dass bei allen vier Tageszeitungen SPÖ-Politiker/innen am häufigsten genannten wurden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Standpunkte oder Meinungen der SPÖ häufiger in der Berichterstattung vorkamen.³⁶² Es muss also andere Gründe für die vermehrte Nennung von SPÖ-Politiker/innen beim Thema „Steuerreform“ geben.

Die Nachrichtenwert-Theorie geht, vereinfacht gesagt, davon aus, dass Begebenheiten, auf die Nachrichtenfaktoren in höherem Ausmaß zutreffen, eher publiziert werden, also Thema von Berichterstattung werden.³⁶³

Möglicherweise liefert dieser Ansatz eine Erklärung dafür, warum vermehrt SPÖ-Politiker/innen beim Thema „Steuerreform“ genannt wurden bzw. verursachten SPÖ-Politiker/innen das vermehrte Auftreten von bestimmten Nachrichtenfaktoren.

Mögliche Nachrichtenfaktoren, die in diesem konkreten Fall Bedeutung haben könnten, wären zum einen der Faktor Überraschung.³⁶⁴ Damit ist die Unvorhergesehenheit, mit

³⁶⁰ Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Nennung von Personen.

³⁶¹ Vgl. Kapitel 5.1. Theoretische Gegenüberstellung.

³⁶² Vgl. Kapitel 7.5.1.7 Inhalte/Standpunkte.

³⁶³ Vgl. Kapitel 3.1.5.Nachrichtenwert-Theorie.

³⁶⁴ Vgl. Kapitel 3.1.5.3. Die Neuausrichtung der Nachrichtenwerttheorie nach Schulz.

der dieses Thema in die Berichterstattung der Tageszeitungen Einzug fand, gemeint. Ursprünglich war der Termin für die Steuerreform für das Jahr 2010 zwischen den Koalitionsparteien vereinbart. Die SPÖ preschte relativ unvorhergesehen mit einem Vorziehen der Steuerreform vor.³⁶⁵ Der Faktor Überraschung geht von SPÖ-Seite aus, was möglicherweise eine Begründung für das vermehrte Nennen von SPÖ-Politikern/innen in den Tageszeitungen darstellt. Ähnliches gilt für den Faktor Konflikt.³⁶⁶ Durch das rasche Vorpreschen von Kanzler Gusenbauer entstand natürlich eine Diskussion mit der ÖVP, die zum einen andere Standpunkte zur „Steuerreform“ einnahmen und zum anderen sein Vorpreschen via Media nicht für zielführend befand, was sie auch wiederum via Medien ausrichtete.

Diese theoretischen Überlegungen in Bezug auf die Nachrichtenwert-Theorie sind mögliche Schlussfolgerungen, die ich ziehe. Sie sind weder erwiesen noch können sie durch diese Untersuchung bestätigt werden.

7.5.1.6. Zitate

In den insgesamt 14 Artikeln der Kronen Zeitung wurden SPÖ-Politiker/innen insgesamt 28 direkt oder indirekt zitiert, ÖVP-Politiker/innen 24 Mal und Experten/innen nur 2 Mal. In den insgesamt 66 ausgewerteten Österreich-Artikeln wurden 112 Mal SPÖ-Politiker/innen insgesamt direkt oder indirekt zitiert, 84 Mal ÖVP-Politiker/innen und 6 Mal Experten/innen. In den insgesamt 37 Artikeln der Presse wurden 96 Mal SPÖ-Politiker/innen zitiert, 113 Mal ÖVP-Politiker/innen und 31 Mal Experten/innen. Und in den insgesamt 37 Artikeln des Standards wurden 175 Mal SPÖ-Politiker/innen zitiert, 58 Mal ÖVP-Politiker/innen und 36 Mal Experten/innen.³⁶⁷

Die folgende Abbildung zeigt die prozentuelle Verteilung der gewerteten Zitate in den einzelnen Tageszeitungen.

³⁶⁵ Vgl. Kapitel 6.2. Die Steuerreform-Diskussion unter Gusenbauer und Molterer.

³⁶⁶ Vgl. Kapitel 3.1.5.3. Die Neuausrichtung der Nachrichtenwerttheorie nach Schulz

³⁶⁷ Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Zitate.

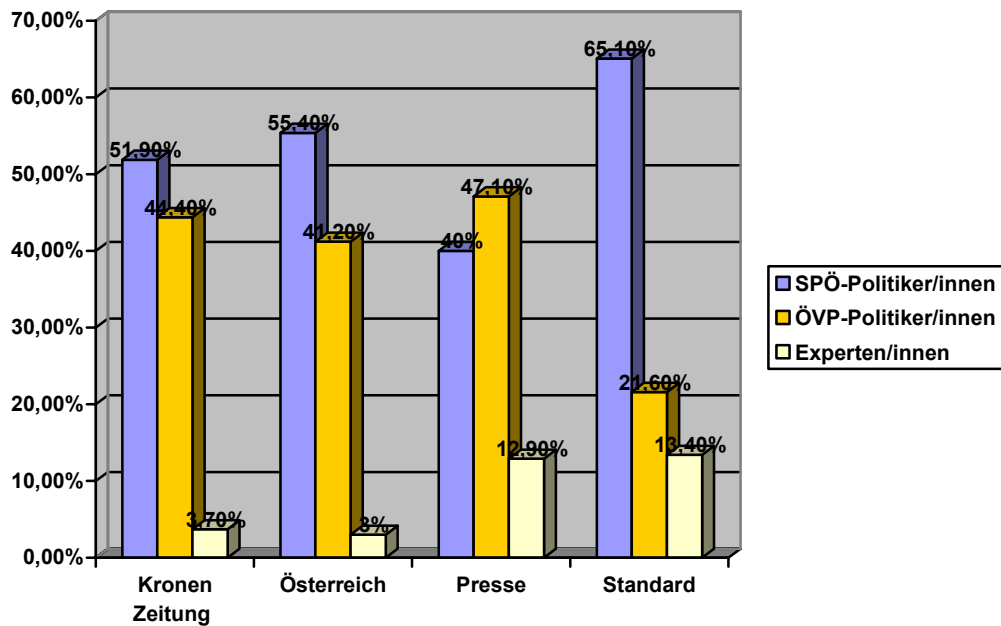


Abbildung 21: Prozentuelle Verteilung der gewerteten Zitate in den einzelnen Tageszeitungen

Dass die Presse und der Standard prozentuell gesehen den Experten/innen zur Steuerreform-Diskussion mehr Bedeutung zugestattet, überrascht nicht, da sie auch ihren Blattlinien nach auf möglichst umfassende und gründliche Berichterstattung Wert legen. Auf möglichst vielseitige oder umfassende Berichterstattung lässt sich aus den Blattlinien der Kronen Zeitung und von Österreich nicht schließen.³⁶⁸

Die Auswertung dieser Variablen lässt zudem darauf schließen, dass die Presse und der Standard darum bemüht sind, neben den parteipolitischen Standpunkten und Meinungen auch außenstehende Meinungen von Experten/innen in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen, was auf Vielseitigkeit bei der Berichterstattung zum Thema „Steuerreform“ schließen lässt.

Auffällig ist zudem, dass die Tageszeitung Presse mehr ÖVP-Politiker/innen in ihrer Berichterstattung zur Steuerreform zu Wort kommen lässt, obwohl sie mehr SPÖ-Politiker/innen in ihrer Berichterstattung³⁶⁹ nennt.

7.5.1.7. Inhalte/Standpunkte

In den 14 Artikeln der Kronenzeitung wurden insgesamt 17 SPÖ-Standpunkte und 17 ÖVP-Standpunkte gefunden. In den 66 Artikeln von Österreich wurden insgesamt 100 SPÖ-Standpunkte und 95 ÖVP-Standpunkte gesichtet. In den untersuchten Artikeln

³⁶⁸ Vgl. Kapitel 5.2. Die Blattlinien.

³⁶⁹ Vgl. Kapitel 7.5.1.5. Nennung von Personen.

der Presse waren insgesamt 60 SPÖ-Standpunkte und 53 ÖVP-Standpunkte präsent. In den 37 Artikeln des Standards wurden insgesamt 84 SPÖ-Standpunkte und 30 ÖVP-Standpunkte angetroffen.³⁷⁰

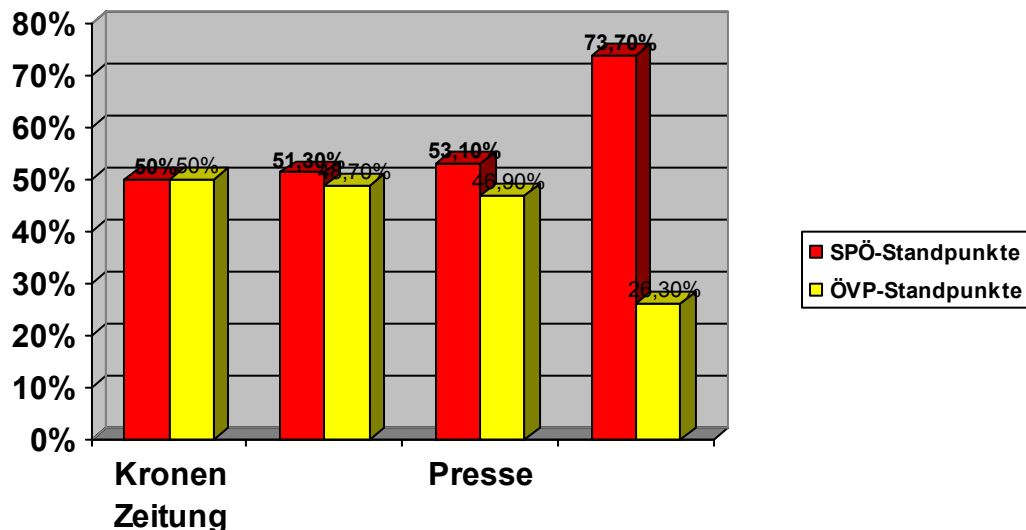


Abbildung 22: Prozentuelle Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in den Artikeln der einzelnen Zeitungen

Es fällt auf, dass alle Tageszeitungen annähernd gleich viele SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in ihrer Berichterstattung gebracht haben. Die einzige Ausnahme stellt der Standard dar. Er orientierte sich in seiner Berichterstattung zum Thema „Steuerreform“ stärker nach SPÖ-Standpunkten.

Es darf nun nicht vergessen werden, dass die Artikel in einem zeitlich begrenzten Abschnitt nur zu einem gewissen Thema untersucht wurden. Aus dem Ergebnis darf keinesfalls Parteilichkeit oder dergleichen geschlossen werden. In Kapitel 3 beschäftige ich mich hauptsächlich mit den drei traditionellen Theorien der Nachrichtenauswahl. Der News-Bias-Ansatz beschreibt unter anderem, inwiefern die Redaktionslinie bzw. die jeweiligen politischen Einstellungen von Journalisten/innen eine Rolle bei der Nachrichtengebung spielen.³⁷¹ Es wäre möglich, dass auch in meinem konkreten Fall die häufige Verwendung von SPÖ-Standpunkten durch beispielsweise die Beeinflussung durch Redaktionslinie zustande gekommen ist. Ich habe allerdings nur den Inhalt der jeweiligen Tageszeitung untersucht. Schlüsse auf die Redaktionslinie wären daher nicht zulässig.

³⁷⁰ Vgl. 3. Datenmatrix im Anhang und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Dokument Variable Inhalte/Standpunkte.

³⁷¹ Vgl. Kapitel 3.1.4. News-Bias-Ansatz.

7.5.2.1. Hypothese 1

H 1.) Qualitätszeitungen achten stärker auf ein ausgeglichenes Verhältnis der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte als Boulevardzeitungen.

Diese Hypothese überprüfe ich anhand der Variablen Inhalte/Standpunkte³⁷².

Die Boulevardzeitungen Österreich und Kronen Zeitung haben in dem festgelegten Zeitraum in der Auswahl der Artikel annähernd gleich viele SPÖ- und ÖVP-Standpunkte gebracht.

Die Qualitätszeitung Standard hingegen lieferte mehrheitlich SPÖ-Standpunkte. Die Qualitätszeitung Presse brachte annähernd gleich viele SPÖ- und ÖVP-Standpunkte.

Insgesamt betrachtet, dies zeigt die folgende Abbildung, achteten Boulevardzeitungen stärker auf ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis zwischen SPÖ- und ÖVP-Argumenten, wohingegen Qualitätszeitungen mehr SPÖ-Standpunkte als ÖVP-Standpunkte zur Steuerreform darboten. Die Hypothese wurde falsifiziert.

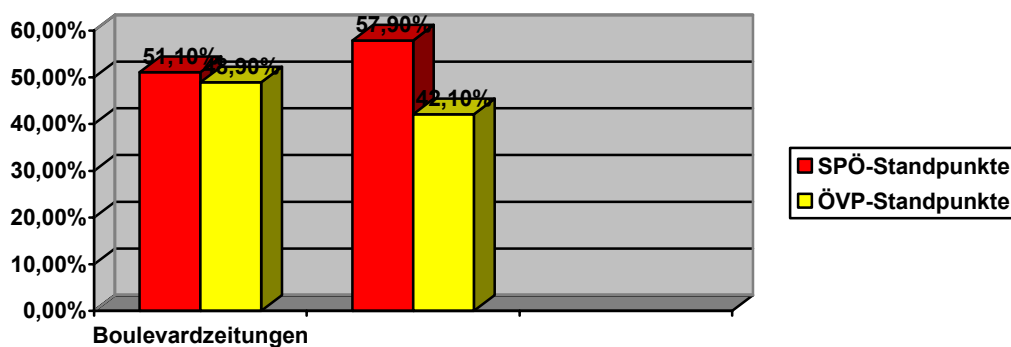


Abbildung 23: Prozentuelle Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in den Boulevard- und Qualitätszeitungen

Ich habe bereits in Kapitel 7.5.1.7 Inhalte/Standpunkte auf die begrenzte Aussagekraft dieses Ergebnisses verwiesen. Es dürfen nach wie vor der Untersuchungszeitraum und die spezielle Auswahl der untersuchten Artikel nicht außer Acht gelassen werden. Bei dieser Berechnung habe ich zudem nur nach Boulevard- und Qualitätszeitungen unterschieden und nicht jede einzelne Tageszeitung.

Tageszeitungen sind nicht durch Gesetze oder Ähnliches dazu verpflichtet, eine ausgeglichene oder unparteiliche Berichterstattung zu bringen.³⁷³

³⁷² Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien und Datenmaterial auf beigelegtem Datenträger in Ordner: Auswertungstabellen, Variable Inhalte/Standpunkte.

³⁷³ Vgl. Kapitel 4.2. Der rechtliche Rahmen der Leistungsanforderungen an die Printmedien.

Dennoch erfüllen Medien gewisse Funktionen und Aufgaben für das gesellschaftliche System, worauf basierend auch gewisse Anforderungen an sie gestellt bzw. Leistungen von ihnen erwartet werden. Es gibt verschiedene Konzepte und Ansätze, wie diese Anforderungen oder Leistungen bzw. deren Erfüllung oder Erbringung und deren Qualität beurteilt werden können. Begriffe wie Ausgewogenheit, Vielfalt, oder Vollständigkeit spielen in diesen Entwürfen stets eine Rolle.³⁷⁴

Dennoch darf aus diesem Ergebnis nicht gefolgert werden, dass Qualitätsmedien die von ihnen erwarteten Leistungen in geringerem Ausmaß erfüllen als Boulevardzeitungen. Nichtsdestotrotz überrascht das Ergebnis.

7.5.2.2. Hypothese 2

H 2.) Qualitätszeitungen berichten in größerem Umfang über die Steuerreform als Boulevardzeitungen.

Diese Hypothese überprüfe ich anhand der Variablen Größe der Artikel.³⁷⁵

Die Boulevardzeitung Kronen Zeitung und die Qualitätszeitung Presse brachten jeweils einzeln betrachtet mehr mittlere als kurze Artikel, wohingegen die Boulevardzeitung Österreich und die Qualitätszeitung der Standard mehr kurze Artikel beinhalteten.

Insgesamt, dies zeigt die folgende Abbildung, fanden sich in Boulevardzeitungen annähernd gleich viele mittlere Artikel wie in Qualitätszeitungen. Die Hypothese kann also, wenn man die Variable Größe als Kriterium heranzieht, als falsifiziert betrachtet werden. Dieses Ergebnis überrascht insofern, als dass man den Merkmalen von Qualitätszeitungen³⁷⁶ nach annehmen hätte können, dass diese über ein Thema wie die „Steuerreform“ in größerem Umfang berichten.

³⁷⁴ Vgl. Kapitel 4. Qualität im Journalismus/von Medieninhalte– Anspruch oder Zusatz?

³⁷⁵ Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien.

³⁷⁶ Vgl. Kapitel 5.1. Die theoretische Gegenüberstellung.

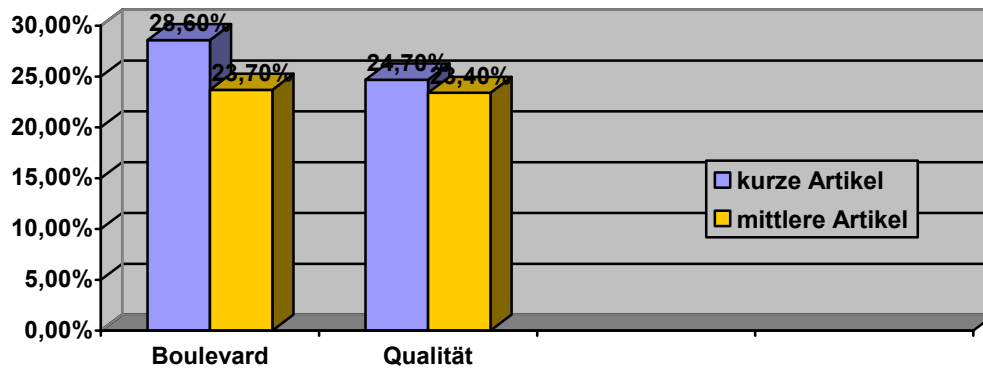


Abbildung 24: Prozentuelle Verteilung der Artikel in Boulevard- und Qualitätszeitungen nach Länge

Es gibt sicherlich verschiedenste Gründe dafür, warum die von mir ausgewählten Qualitätszeitungen nicht meiner Erwartung des größeren Umfangs bei der Berichterstattung entsprochen haben. Eine mögliche Vermutung ist, dass das Thema „Steuerreform“ von den Parteien nicht so sehr mit „Inhalt“ als vielmehr mit „Emotionen“ verbunden wurde, was meiner Meinung nach dazu führen kann, dass dem Thema von Qualitätszeitungen nicht so viel Platz eingeräumt wird, wie erwartet wird. Zudem ist es natürlich auch möglich, dass zur Zeit meines Untersuchungszeitraumes anderen Themen eine weitaus größere Rolle in der Berichterstattung der Tageszeitungen zuerkannt wurde.

7.5.2.3. Hypothese 3

H 3.) Qualitätszeitungen bringen eine breiter gefächerte Berichterstattung zur Steuerreform als Boulevardzeitungen.

Diese Hypothese überprüfe ich zuerst anhand der Variablen Nennung von Personen.³⁷⁷

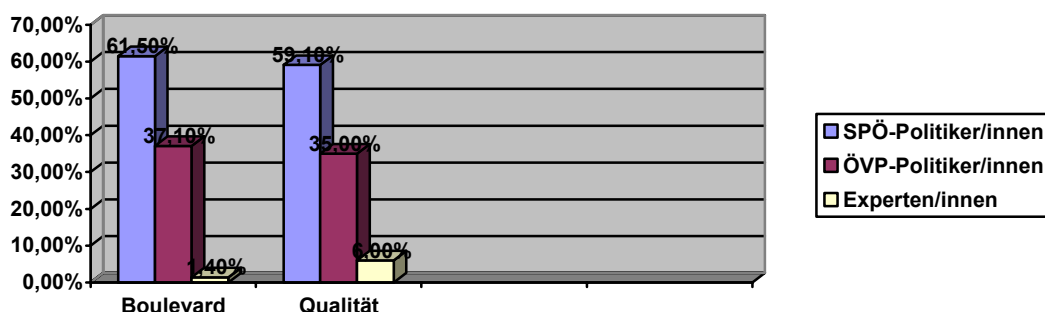


Abbildung 25: Prozentuelle Verteilung der Nennungen von Personen aufgedgliedert nach Boulevard- und Qualitätszeitungen

³⁷⁷ Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien.

Allen Zeitungen gemein ist, dass sie mehr SPÖ-Politiker/innen in ihrer Berichterstattung erwähnten als ÖVP-Politiker/innen.³⁷⁸ Schlusslicht bei der Erwähnung stellen die Experten/innen dar.³⁷⁹

Dennoch fällt auf, dass Qualitätszeitungen in einem größeren Maß als Boulevardzeitungen auch Experten/innen in ihrer Berichterstattung zum Thema „Steuerreform“ nennen.

Wenn ich nun noch etwas mehr in die Tiefe gehe und mir die Zitate der Personen betrachte, siehe folgende Abbildung, dann fällt auf, dass den Experten/innen in den Qualitätszeitungen mehr Raum innerhalb der Berichterstattung zugestattet wird als in den Boulevardzeitungen.

Diese Hypothese kann also als bestätigt angesehen werden.

Es gehört zu den Merkmalen von Qualitätszeitungen, unterschiedlichste Standpunkte und Perspektiven in der Berichterstattung zu bringen.³⁸⁰ Insofern wurde diese Erwartungshaltung nicht enttäuscht.

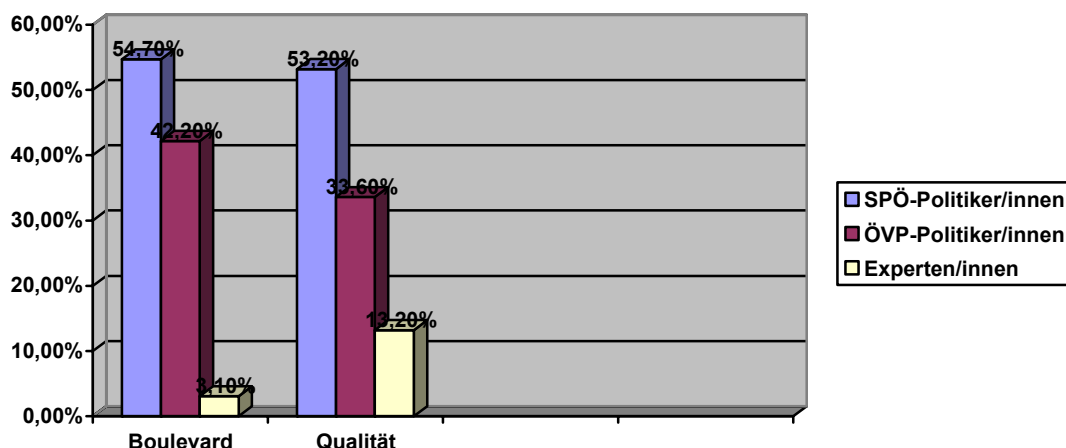


Abbildung 26: Prozentuelle Verteilung der Nennungen von Personen aufgedgliedert nach Boulevard- und Qualitätszeitungen

7.5.2.4. Hypothese 4

H 4.) Die Presse orientiert sich in ihrer Berichterstattung eher nach ÖVP-Standpunkten, wohingegen Österreich sich eher nach SPÖ-Standpunkten orientiert.

Um diese Hypothese zu prüfen, verwende ich die Variable Inhalte/Standpunkte.³⁸¹

³⁷⁸ Diesen Punkt habe ich bereits in Kapitel 7.5.1.5. Nennung von Personen diskutiert.

³⁷⁹ Vgl. Ergebnisse des Kapitels 7.5.1.5. Nennung von Personen.

³⁸⁰ Vgl. Kapitel 5.1. Die theoretische Gegenüberstellung.

³⁸¹ Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien.

Bei Betrachtung der prozentuellen Verteilung der SPÖ-und ÖVP-Standpunkte, siehe untere Abbildung, erkennt man sofort, dass beide Tageszeitungen etwas mehr SPÖ-Standpunkte brachten als ÖVP-Standpunkte.

Die Hypothese muss daher als falsifiziert betrachtet werden, da ich ja davon ausging, dass die Presse mehr ÖVP-Standpunkte in ihrer Berichterstattung berücksichtigt.

In Kapitel 4.3. beschäftige ich mich mit dem Postulat der Publizistischen Vielfalt.³⁸²

Publizistische Vielfalt, in meinem konkreten Fall untersuche ich Tageszeitungen, daher äußere publizistische Vielfalt, fordert von den Medien unter anderem die Veröffentlichung von möglichst vielen unterschiedlichen Meinungen, Standpunkten, usw. Ich spreche dem österreichischen Tageszeitungsmarkt nun nicht diese wichtige Leistungsanforderung des politischen Systems ab, dafür ist meine Untersuchung viel zu klein angelegt und thematisch zu stark begrenzt. Dennoch erstaunt das Ergebnis in diesem Zusammenhang.

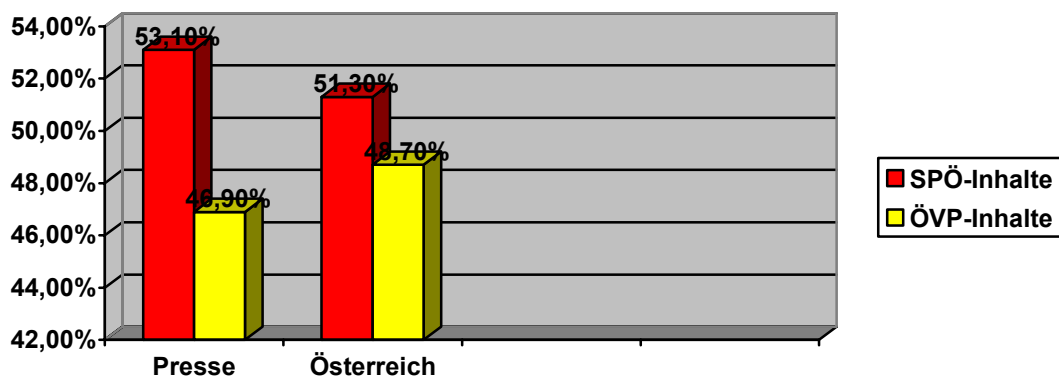


Abbildung 27: Prozentuelle Verteilung der SPÖ-und ÖVP-Standpunkte in der Presse und in Österreich

7.5.2.5 Hypothese 5

H 5.) Der Standard orientiert sich in seiner Berichterstattung eher nach SPÖ-Standpunkten, wohingegen die Kronen Zeitung eher keine parteipolitische Tendenz erkennen lässt.

Um diese Hypothese zu prüfen, verwende ich wiederum die Variable Inhalte/Standpunkte.³⁸³ Die folgende Abbildung zeigt, dass die Kronen Zeitung gleich

³⁸² Vgl. 4.3. Publizistische Vielfalt als Anforderung an das Mediensystem.

³⁸³ Vgl. Kapitel 7.4.2. Definition der Kategorien.

viele SPÖ- und ÖVP-Standpunkte lieferte. Der Standard wiederum brachte mehrheitlich SPÖ-Argumente.

Diese Hypothese kann daher als bestätigt angesehen werden. Ich habe bereits in Kapitel 7.5.1.7. Inhalte/Standpunkte darauf verwiesen, dass aus diesen Ergebnissen keinesfalls auf eine Parteilichkeit von Tageszeitungen geschlossen werden kann. Dennoch fällt auf, dass die Kronen Zeitung als Boulevardzeitung im Vergleich zur Qualitätszeitung Standard scheinbar sehr stark auf Ausgewogenheit der Berichterstattung zum Thema „Steuerreform“ achtet.

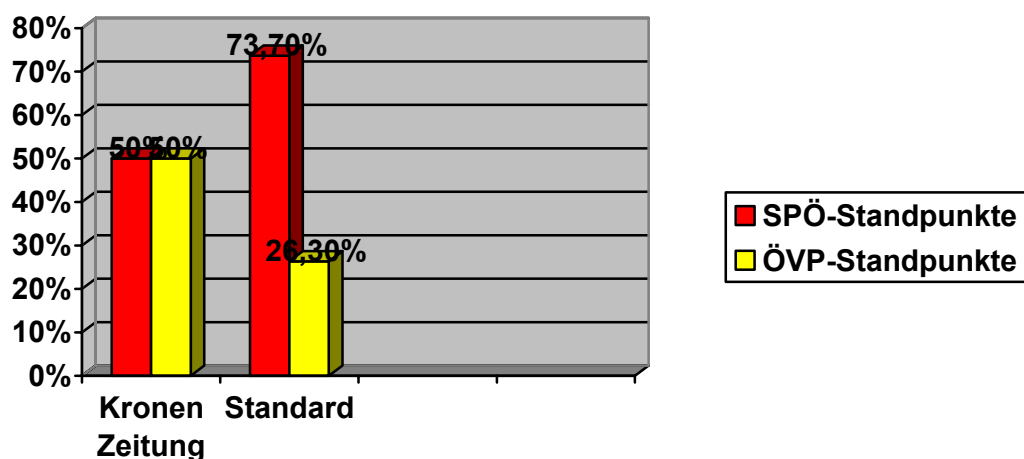


Abbildung 28: Prozentuelle Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Standpunkte in der Kronen Zeitungen und im Standard

8. Fazit

Es folgt nun eine abschließende Zusammenfassung der wichtigsten Punkte meiner Arbeit. Zudem beantworte ich die Forschungsfragen, die ich bereits in der Einleitung aufgeworfen habe.

Mein zentrales Forschungsinteresse zielte darauf ab, ob ein zwischen den beiden Koalitionspartnern der XXIII. Gesetzgebungsperiode ausgeglichenes Verhältnis der Berichterstattung in den Printmedien zur Steuerreform-Diskussion bestand.

Dementsprechend befasste ich mich zu Beginn meiner Arbeit mit den unterschiedlichen Denkansätzen, die sich mit dem Verhältnis von Realität, Medien und Medienrealität beschäftigen. Ergebnis war, dass die Medien eine möglicherweise existente Realität nicht umfassend wiedergeben können, dies allerdings je nach Ansatz auch nicht notwendig ist. Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Frage nach den möglichen Kriterien der Nachrichtenauswahl der Medien. Es gibt drei traditionelle Theorien der Nachrichtenauswahl, die ich anschließend ausführlich diskutiert habe.

Je nach Theorie beeinflussen unterschiedliche Komponenten die Nachrichtenauswahl. Die Diskussionen und Erkenntnisse betreffend dem Verhältnis zwischen Realität, Medien und Medienrealität und zwischen den unterschiedlichen Theorien der Nachrichtenselektion führten mich zur Frage nach Qualitätsmaßstäben von Medieninhalten. Kann man basierend auf den vorangegangenen Erkenntnissen überhaupt von Qualität von Medieninhalten sprechen? Ist diese Forderung berechtigt? Daher befasste ich mich anschließend mit unterschiedlichen Konzepten, die sich mit den Leistungsansprüchen an Medieninhalte beschäftigen. Grundlegende Erkenntnis war, dass alle Konzepte von einer Art öffentlichen Aufgabe oder Funktion der Medien ausgehen, die für den Erhalt, das Funktionieren des Systems, der Gesellschaft der Öffentlichkeit essentiell ist. Daraus folgend können gewisse Leistungsansprüche an Massenmedien, dementsprechend auch an Tageszeitungen, gestellt werden. Begriffe wie Objektivität, Neutralität, Vielfältigkeit und Ausgewogenheit werden in diesem Zusammenhang genannt. Auch Tageszeitungen fühlen sich gewissen Ansprüchen verpflichtet, die sie in ihren Blattlinien mehr oder weniger ausführlich festhalten. Zudem können

Tageszeitungen gewissen Gattungen zugeordnet werden, die dann gewisse Charakteristika aufweisen. Für meine Untersuchung habe ich die Boulevardzeitungen Kronen Zeitung und Österreich und die Qualitätszeitungen Presse und Standard gewählt.

Diesen Erkenntnissen und Tatsachen, mein Forschungsinteresse für ein etwaiges ausgeglichenes Verhältnis zwischen SPÖ- und ÖVP-Standpunkten in der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion im Hintergrund, folgend habe ich, basierend auf meinen zwei Forschungsfragen, unterschiedliche Hypothesen aufgestellt und diese anschließend mittels quantitativer Inhaltsanalyse falsifiziert oder bestätigt.

Meine erste Forschungsfrage³⁸⁴ lässt sich daher wie folgt beantworten: Drei der vier von mir untersuchten Tageszeitungen waren darum bemüht, die unterschiedlichen Standpunkte der SPÖ und ÖVP zur Steuerreform in einem ausgeglichen Umfang in ihrer Berichterstattung darzustellen. Die Qualitätszeitung Standard brachte als einzige Tageszeitung auffallend mehr SPÖ-Standpunkte als ÖVP-Standpunkte zur Diskussion um die Steuerreform als die anderen drei Tageszeitungen. Dennoch möchte ich an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, welche Aussagekraft die Ergebnisse meiner Untersuchung haben. Es darf nicht vergessen werden, dass es nur einen gewissen, begrenzten Untersuchungszeitraum gab. Zudem wurden nur ausgewählte Artikel unter anderem auf ganz bestimmte Standpunkte zu einem gewissen Thema, die Steuerreform, die den Parteien zugeordnet waren, untersucht. Man kann oder darf daher aufgrund der Begrenztheit der Untersuchung nicht auf bzw. nicht von einseitige/r oder gar parteiliche/r Berichterstattung von gewissen Tageszeitungen schließen bzw. sprechen. Die Untersuchung gibt nur einen Einblick in die Berichterstattung von vier österreichischen Tageszeitungen zu einem gewissen Thema. Außerdem wurden die Standpunkte der Oppositionsparteien nicht berücksichtigt.

Meine zweite Forschungsfrage bezieht sich auf die unterschiedliche Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion von Qualitäts- und Boulevardzeitungen.³⁸⁵ Basierend auf der Anzahl der Artikel der jeweiligen Tageszeitungen lässt sich nicht wirklich ein Unterschied erkennen, da die eine Boulevardzeitung mehr und die andere weniger Artikel zur Steuerreform-

³⁸⁴ Vgl. Kapitel 1. Einleitung.

³⁸⁵ Vgl. Kapitel 1. Einleitung.

Diskussion brachte als Qualitätszeitungen. Betreffend der Rubriken-Wahl der Tageszeitungen fiel auf, dass Qualitätszeitungen die einzelnen Artikel mehr in den unterschiedlichen Rubriken publizierten, also versuchten diese aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Bei den journalistischen Darstellungsformen überwogen die Berichte bei allen Tageszeitungen. Auch bei der Größe der Artikel brachte jeweils eine Boulevardzeitung und eine Qualitätszeitung mehr kurze Artikel als mittlere und jeweils eine Boulevardzeitung und eine Qualitätszeitung mehr mittlere als kurze Artikel. Bei der Nennung von Personen in den Artikeln und der Wiedergabe von Zitaten von Personen wurden bei den Qualitätszeitungen im Vergleich mehr Experten/innen genannt bzw. kamen mehr Experten/innen zu Wort als in den Boulevardzeitungen.

Anhand der Ergebnisse dieser Untersuchung kann ich nicht sagen, dass gewisse Tageszeitungen, das bereits in der Einleitung erwähnte Umfaller-Image des damaligen Kanzlers sonderlich förderten.

Es wäre sicherlich zielführend, ähnliche Untersuchungen zu weiteren via Printmedien vermittelten Diskussionen zu gewissen Themen vorzunehmen. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass eine Untersuchung zu einem anderen Thema zu einem ähnlichen Ergebnis bei der Verteilung von Parteistandpunkten führt.

I Literaturverzeichnis

ABC des Journalismus, Projektteam Lokaljournalisten (Hg.), München, Verlag Ölschläger, 1984.

Atteslander, Peter, Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin; New York, de Gruyter, 2000.

Aufermann, Jörg, Bohrmann, Hans, Sülzer, Rolf (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen, ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Frankfurt am Main, Athenäum Verlag, 1973.

Bentele, Günther, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hrsg.), Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2006.

Berka, Walter, Das Recht der Massenmedien. Ein Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis mit Wiedergabe d. Medien- u. Rundfunkgesetzes, Wien, Köln, Graz, Böhlau, 1989.

Boetzkes, Claus-Erich, Organisation als Nachrichtenfaktor. Wie das Organisatorische den Content von Fernsehnachrichten beeinflusst, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008.

Bonfadelli, Heinz, Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Konstanz, UVK-Verlag -Ges., 2002.

Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried, Siegert, Gabriel (Hg.), Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern, Stuttgart, Wien, Haupt Verlag, 2005.

Bruck, Peter A., Stocker, Günther, Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen, Münster, Lit. Verlag, 1996.

Bruck, Peter A., (Hrsg.), Print unter Druck. Zeitungsverlage auf Innovationskurs. Verlagsmanagement im internationalem Vergleich, München, Fischer Verlag, zit.nach:Haas, Hannes, Druckmedien und Kommunikationsordnung: Struktur - Organisation – Funktion, Wien, WUV-Univ.-Verl., 2000.

Burkart, Roland, Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder, Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, Wien/Köln/Weimar, Böhlau Verlag, Ges.m.b.h. und Co.KG, 2002.

Burkhardt, Steffen, Boulevard-Journalismus, in Weischenberg, Siegfried, Kleinsteuber, Hans J., Pörksen, Bernhard, (Hg.), Handbuch Journalismus und Medien. Praktischer Journalismus, Band 60, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbH, 2005, S. 31-35.

Das Fischer Lexikon. Publizistik Massenkommunikation, Noelle-Neumann, Elisabeth, Schulz, Winfried, Wilke, Jürgen (Hrsg.), Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 2002.

Der Brockhaus Philosophie. Ideen, Denker und Begriffe, Mannheim, Verlag F.A.Brockhaus, 2008.

Eilders, Christiane, Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information, Opladen, Westdeutscher Verlag GmbH, 1997.

Enzyklopädie Philosophie. A-N, Hamburg, Meiner, 1999.

Fahr, Andreas, Katastrophe Nachrichten? Eine Analyse der Qualität von Fernsehnachrichten, München, R.Fischer, 2001, zugl.:München, Univ Diss.2001.

Früh, Werner, Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbH, 2007.

Held, Virginia, The Public Interest and Individual Interests. New York, Basic Books, 1970, zit. nach McQuail, Denis, Media Performance. Mass Communication and the Public Interest, London, Newbury Park, New Delhi, Sage Publication, 1992.

Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 4: I-K., Basel/Stuttgart, Schwabe & Co Verlag, 1976.

Holoubek, Michael, Traimer, Matthias, Weiner, Michael, Grundzüge des Rechts der Massenmedien, Wien, Springer-Verlag Rechtswissenschaften, 2000.

Jarren, Otfried, Meier, Werner A., Mediensysteme und Medienorganisation als Rahmenbedingungen für den Journalismus, in: Jarren, Otfried, Weßler, Hartmut (Hrsg.), Journalismus-Medien-Öffentlichkeit. Eine Einführung, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag GmbH, 2002, S. 99-165.

Jarren, Otfried, Weßler, Hartmut (Hrsg.), Journalismus-Medien-Öffentlichkeit. Eine Einführung, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag GmbH, 2002.

Joch Robinson, Gertrude, 25 Jahre „Gatekeeper“-Forschung: eine kritische Rückschau und Bewertung in: Aufermann, Jörg, Bohrmann, Hans, Sülzer, Rolf (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen, ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Frankfurt am Main, Athenäum Verlag, 1973, S 344 -356.

Jugendpressehandbuch Print, Jugendpresse Österreich-Verband junger Medienmacherinnen und Medienmacher(Hrsg.), München, Verlag Ölschläger, 2007.

Kaase, Max, Schulz, Winfried(Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30, Opladen, Westdt. Verl., 1989.

Kepplinger, Hans Mathias, Realität, Realitätsdarstellung und Medienwirkung in: Wilke, Jürgen(Hg.), Kepplinger, Hans Mathias, Noelle-Neumann, Elisabeth, Schulz, Winfried(Hrsg.), Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg (Breisgau); München, Alber-Broschur Kommunikation, Band 18, 1990, S. 39-56.

Kübler, Hans-Dieter, Kommunikation und Medien. eine Einführung, Münster, LIT Verlag, 2003.

Kunczik, Michael, Zipfel, Astrid, Publizistik. ein Studienhandbuch, Köln, Weimar, Wien, Böhlau Verlag GmbH & Cie, 2001/2005.

Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft, Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd,

Jarren, Otfried (Hrsg.), Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2006.

Lippman, Walter, Originalausgabe erschien unter dem Titel „Public Opinion“, News York, The Macmillan Company, 1922/1949, Aus dem Amerikanischen von Reidt, Hermann, Die öffentliche Meinung, München, Rütten und Leoning Verlag GmbH, 1964.

Lischka, Gerhard Johann (Hg.), Der entfesselte Blick, Bern, Benteli Verlag, 1993.

Löffelholz, Martin, Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag GmbH, 2000.

Maurer, Marcus, Reinemann, Carsten, Medieninhalte. Eine Einführung. Lehrbuch. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2006.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim, Basel Beltz Verlag, Deutscher Studien Verlag, 1997.

McQuail, Denis, Media Performance. Mass Communication and the Public Interest, London, Newbury Park, New Delhi Sage Publication, 1992.

Medien von A bis Z, Hans-Bredow-Institut(Hrsg.), Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH., 2006.

Metzler Lexikon Philosophie, Stuttgart/Weimar, Verlag J.B. Metzler, 2008.

Neissl, Julia, Printjournalismus – Schnittstellen zwischen Information und Sensation, in Siegert, Gabriele, Renger, Rudi (Hrsg.), Cash und Content. Populärer Journalismus und mediale Selbstthematisierung als Phänomen eines ökonomisierten Mediensystems. Eine Standortbestimmung anhand ausgewählter österreichischer Medien, München, Verlag Reinhard Fischer, 2001, S.97-155.

Österreich, Tageszeitung, 1. September 2006, S. 20.

Pöttker, Horst, Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe in : Löffelholz, Martin(Hrsg.), Theorien des

Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag GmbH., 2000, S. 375-391.

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. ein Handbuch, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2003.

Krippendorf, Klaus, Schritte zu einer konstruktivistischen Erkenntnistheorie der Massenkommunikation, in Bentele, Günter/Manfred Rühl(Hg.), Theorien öffentlicher Kommunikation. Problemfelder, Positionen, Perspektiven, München, Verlag Ölschläger GmbH.,1993, S. 19-52.

Rager, Günther, Weber, Bernd, Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Eine Einführung in: Rager, Günther, Weber, Bernd (Hrsg.), Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Mehr Medien-mehr Inhalte? Düsseldorf, Wien, New York, Moskau, ECON Verlag, 1992, S.7-27.

Rager, Günther, Weber, Bernd (Hrsg.), Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Mehr Medien-mehr Inhalte? Düsseldorf, Wien, New York, Moskau, ECON Verlag, 1992.

Schatz, Heribert, Schulz, Winfried, Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem in: Media Perspektiven, Nr.11, 1992,, S.690-712.

Schönbach, Klaus, Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Kepplinger, Hans Mathias, Noelle-Neumann, Schulz, Winfried (Hrsg.), Freiburg, München, Alber-Broschur Kommunikation, Band 5, 1977.

Schuhmayer, Harald, Tagespresse in Österreich, Bratislava, Wien, Stimul, 1998.

Schulz, Winfrid, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg, München, Verlag Karl Alber GmbH, 1976.

Schulz, Winfried, Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried(Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30, Opladen, Westdt. Verl., 1989, S. 135 -150.

Schulz, Winfried, Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen, Westdt.Verl., 1997.

Schulz, Winfried, Nachricht, in: Das Fischer Lexikon. Publizistik Massenkommunikation, Noelle-Neumann, Elisabeth, Schulz, Winfried, Wilke, Jürgen (Hrsg.), Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 2002, S. 328-362.

Schulz, Winfried, Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, 2008.

Schwarb, Ursula, Medienvielfalt und publizistische Leistung. 20 Jahre nach Einführung des lokalen Rundfunks in der Schweiz, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbH, 2007.

Siebert, Horst: Die Wirklichkeit als Konstruktion. Einführung in konstruktivistisches Denken, Frankfurt am Main, VAS Verlag für Akademische Schriften, 2005.

Siegert, Gabriele, Renger, Rudi (Hrsg.), Cash und Content. Populärer Journalismus und mediale Selbstthematisierung als Phänomen eines ökonomisierten Mediensystems. Eine Standortbestimmung anhand ausgewählter österreichischer Medien, München, Verlag Reinhard Fischer, 2001.

Staab, Joachim Friedrich, Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt, Freiburg (Breisgau); München; Alber-Broschur Kommunikation, Band 17, 1990. (zit.1990a).

Staab, Joachim Friedrich, Entwicklung der Nachrichtenwerttheorie. Theoretische Konzepte und empirische Überprüfungen, in: Wilke, Jürgen(Hg.), Kepplinger, Hans Mathias, Noelle-Neumann, Elisabeth, Schulz, Winfried(Hrsg.), Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg (Breisgau); München, Alber-Broschur Kommunikation, Band 18, 1990, S. 161- 173, (zit. 1990b).

Universalien und Konstruktivismus, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2001.

von Foerster, Heinz, Das Gleichnis vom blinden Fleck. Über das Sehen im Allgemeinen, in: Lischka, Gerhard Johann (Hg.), Der entfesselte Blick, Bern, Benteli Verlag, 1993, 14-47.

Weber, Stefan, Wie journalistische Wirklichkeiten entstehen. Band 15, Salzburg, Schriftenreihe Journalistik des Kuratoriums für Journalistenausbildung, 1999.

Weber, Stefan(Hrsg.), Theorien der Medien. Von der Kulturkritik bis zum Konstruktivismus, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2003.

Weber, Stefan, Non-dualistische Medientheorien. Eine philosophische Grundlegung, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbH., 2005.

Weischenberg, Siegfried, Kleinsteuber, Hans J., Pörksen, Bernhard,(Hg.), Handbuch Journalismus und Medien. Praktischer Journalismus, Band 60, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2005.

Weischenberg, Siegfried, Medienqualitäten: zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation in: Weischenberg, Siegfried, Loosen, Wiebke, Beuthner, Michael(Hg.), Medienqualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2006, S. 9-37.

Weischenberg, Siegfried, Loosen, Wiebke, Beuthner, Michael(Hg.), Medienqualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh, 2006.

Wilke, Jürgen, Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft, Berlin, New York, de Gruyter, 1984.

Wilke, Jürgen(Hg.), Kepplinger, Hans Mathias, Noelle-Neumann, Elisabeth, Schulz, Winfried(Hrsg.), Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg (Breisgau); München, Alber-Broschur Kommunikation, Band 18, 1990.

Wirth, Werner, Hättenschwiler, Walter, Zur Bedeutung der empirischen Methoden in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried, Siegert, Gabriel (Hg.), Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern, Stuttgart, Wien, Haupt Verlag, 2005, S.17-31.

Wörterbuch der philosophischen Begriffe, Hamburg, Meiner, 1998.

Wörterbuch zur Publizistik, München-Pullach; Berlin, Verlag Dokumentation, 1970.

Wyss, Vinzenz, Redaktionelles Qualitätsmanagement. Ziele, Normen, Ressourcen, Konstanz, 2002, zit. nach: Weischenberg, Siegfried, Medienqualitäten: zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation in: Weischenberg, Siegfried, Loosen, Wiebke, Beuthner, Michael(Hg.), Medienqualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbg, 2006, S. 9-37.

Internetsites

URL: <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.t/t024663.htm> [02.05.2009].

URL: <http://derstandard.at/?url=/?id=3323970> [12.05.2008].

URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Berlin> [26.12.2008].

URL:

<http://dict.leo.org/ende?lp=ende&lang=de&searchLoc=0&cmpType=relaxed§Hdr=on&spellToler=on&chinese=both&pinyin=diacritic&search=bias&relink=on>
[16.12.2009].

URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/372109/index.do?from=suche.intern.portal> [12.05.2008].

URL: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/presse.html> [21.05.2009].

URL:

<http://lexikon.meyers.de/wissen/Objektivit%C3%A4t;jsessionid=D4CB9B31AB99237A5124A08E31DD1CFF.jvm1> [06.12.2008].

URL: <http://www.androsch.at> [12.05.2008].

URL: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=11995> [04.05.2009].

URL:

https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Budget_2007.pdf [09.05.2009].

URL: <http://www.bmi.gv.at/wahlen/> [12.05.2008].

URL: <http://www.help.gv.at/Content.Node/80/Seite.800210.html> [12.05.2009].

URL: http://www.lfm-nrw.de/downloads/nachrichtenanalyse_1992-2000.pdf [26.01.2009].

URL: http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/diverse/40_Weber.pdf [26.11.2008].

URL: <http://www.oe24.at/zeitung/oesterreich/politik/article276473.ece>, [12.05.2008].

URL: <http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2006/0606/W4/32906Porf.htm> [29.01.2009].

URL: http://www.orf.at/090428-37756/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2F090428-37756%2F37760txt_story.html [13.05.2009].

URL: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20071007_OTs0061 [08.12.2008].

URL: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20080203_OTs0013&ch=medien [08.12.2008].

URL: http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2001/PK0019/PK0019.shtml [12.05.2009].

URL: <http://www.service-public.fr/etranger/deutsch.html> [19.04.2009].

URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/kultur/buecher_und_presse/index.html [24.05.2008].

URL: http://www.unhcr.at/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/1_International/1_Voelkerrechtliche_Dokumente/04_EMRK_und_Protokolle/02a_EMRK_Protokoll_Nr_1__4__6_u._7.pdf?PHPSESSID=c388654f5814102bab68905f981c2f5c [08.04.2009].

URL: http://www.uvek.admin.ch/themen/service_public/index.html?lang=de [19.04.2009].

URL: <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/wi/WI-12.pdf> [09.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/b119> [02.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/b587m72> [03.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/b775> [17.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/l8m90> [04.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/l8m90w118> [04.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/l8m90w100> [04.05.2009].

URL: <http://www.voez.at/l8m90w97> [04.05.2009].

II Anhang

1. Codebuch

Projekt:

Das durch die Printmedien vermittelte Bild der Diskussion zur Steuerreform – eine Inhaltsanalyse ausgewählter Tageszeitungen.

Einleitung:

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Berichterstattung von vier ausgewählten österreichischen Tageszeitungen im Zeitraum von 6. bis 25. März 2008 zum Thema „Steuerreform“. Es sollen die zuvor aufgestellten Hypothesen³⁸⁶ geprüft werden.

Der/die Codierer/in möge in dem Zeitraum von 6. bis 25. März 2008 alle Artikel mittels Codebogen untersuchen, die sich in den Tageszeitungen Kronen Zeitung, Österreich, die Presse und der Standard befinden, die sowohl den Begriff „Steuerreform“ als auch einen der Standpunkte (Basisaussage) des Abschnitts 8. „Inhalte/Standpunkte“³⁸⁷ beinhalten. Pro Artikel wird ein Codebogen ausgefüllt.

1. Medium

1.	Medium
1.1	Kronenzeitung
1.2	Österreich
1.3	Die Presse
1.4	Der Standard

Vier Tageszeitungen werden insgesamt untersucht. Hier gilt es zu dokumentieren, um welche es sich handelt.

Beispiele: Kronen Zeitung vom 17. März 2008, Code: 1.1

Österreich vom 21. März 2008, Code: 1.2

2. Erscheinungsdatum

Hier möge der/die Codierer/in das Erscheinungsdatum der jeweiligen Tageszeitung notieren.

Wenn sich mehrere zu codierende Artikel in einer Ausgabe befinden, wird dem Erscheinungsdatum noch eine weitere Ziffer, die Anzahl, hinzugefügt.

³⁸⁶ Vgl. Kapitel 7.1. Forschungsleitende Fragen und Hypothesen.

³⁸⁷ Vgl. 2. Codebogen im Anhang.

Beispiele: Die Presse vom 15. März 2008. Es finden sich insgesamt vier zu codierende Artikel in dieser Ausgabe.

Artikel S. 4, „Es „gärt“ rund um die Steuerreform“

15032008 1

Artikel S. 4, „Ich halte nichts von einer Ämter-Trennung“

15032008 2

Artikel S. 4, „Rechts und links Daumenschrauben für SPÖ-Chef“

15032008 3

Artikel S. 6, „Solche Soziallügen ärgern mich“

15032008 4

Die Presse und der Standard haben nur eine Ausgabe am Samstag/Sonntag, wohingegen Österreich und die Kronen Zeitung jeweils samstags und sonntags erscheinen.

Die Samstag/Sonntagsausgaben der Presse und des Standards werden jeweils mit ihrem Samstag –Erscheinungsdatum dokumentiert.

Gleiches gilt beispielsweise für die Ausgabe des Standards für die Tage 22./23./24. März 2008.

3. Rubrik

3.	Rubrik
3.1	Politik
3.2	Wirtschaft
3.3	Thema des Tages
3.4	Meinungsteil
3.5	Titelblatt

Es gilt zu erfassen, in welchem Teil/Bereich der Tageszeitung sich der zu untersuchende Artikel befindet.

Die zu behandelten Rubriken bzw. deren Einteilung lautet:

„Politik“: In der Kronen Zeitung finden sich in der Rubrik „Politik“ Artikel zum Inland und zum Ausland. Es werden allerdings nur diejenigen gezählt, die Inlandsthemen beinhalten.

In der Tageszeitung Österreich heißt diese Rubrik „Politik Österreich“. Sie beinhaltet auch einen Meldungsblock, der unter dem Begriff „Innenpolitik heute“ läuft. Dieser wird nicht als extra Rubrik geführt sondern ist einfach Teil der Rubrik „Politik“.

In der Presse heißt die Rubrik „Politik“ „Inland“.

Im Standard heißt die Rubrik „Politik“ „Inland“.

„Wirtschaft“: Diese Rubrik heißt sowohl in der Kronen Zeitung „Wirtschaft“ als auch in der Tageszeitung Österreich und im Standard „Wirtschaft“. In der Presse wird diese als „Economist“ tituiert. Es werden nur Artikel berücksichtigt, die sich mit Inlandsthemen befassen.

„Thema des Tages“: Die Rubrik heißt in der Tageszeitung Österreich „Thema des Tages“, ebenso wie in der Presse. Im Standard heißt sie „Thema“. Die Kronen Zeitung verfügt über die Rubrik „Nachgefragt“, die nicht vollkommen gleichzusetzen mit „Thema des Tages“ ist, da diese nicht täglich vorkommt. Allerdings handelt es sich dabei auch um eine Themenschwerpunktsetzung, daher fällt diese Rubrik der Kronen Zeitung in „Thema des Tages“.

Falls die Rubrik „Thema des Tages“ nicht mit den Bezeichnungen gekennzeichnet ist, es sich aber eindeutig um die Rubrik „Thema des Tages“ handelt, wird dem Artikel der Code „Thema des Tages“ zugewiesen.

„Meinungsteil“: Eine gekennzeichnete Rubrik „Meinungsteil“ gibt es in der Kronen Zeitung nicht, abgesehen von der Rubrik „Das freie Wort“, dabei handelt es sich allerdings um Leser/innenbriefe, die in meiner Untersuchung nicht berücksichtigt werden. In der Tageszeitung Österreich findet sich diese Rubrik in „Leserbriefe-Meinung“. Leser/innenbriefe finden - dies gilt für alle Zeitungen - in meiner Untersuchung keine Berücksichtigung, da ich nicht weiß, nach welchem System bzw. ob sie nach einem gewissen System ausgewählt werden. Es könnte zum Beispiel sein, dass die Leser/innenbriefe nach der Länge des Textes aussortiert werden oder nach der Herkunft des/der Absenders/in oder dergleichen, d.h. nicht nach inhaltlichen Aspekten. Dies würde dann das Ergebnis meiner Untersuchung verfälschen bzw. unglücklich beeinflussen. Allerdings finden sich in der Tageszeitung Österreich in der Rubrik „Leserbriefe-Meinung“ oft Experten/innen- und Gastinterviews oder -kommentare, die sich eindeutig von den Leserbriefen absetzen. Diese werden darum unter der Rubrik „Meinungsteil“ gezählt.

In der Presse nennt sich diese Rubrik „Meinung“ und „Die Presse. Meinung“. Im Standard läuft diese Rubrik unter „Kommentar der anderen“ und „Kommentar“. „Leserstimmen“ und „Pressestimmen“ werden nicht berücksichtigt.

„Titelblatt“: Diese Bezeichnung führe ich als extra Rubrik, da sie in keine der anderen Rubriken passt, ich sie allerdings in meiner Interpretation der Auswertung, je nach Ergebnis, getrennt erwähnen werde.

Es gibt eine Reihe von Rubriken in den einzelnen Tageszeitungen, die ich in meiner Untersuchung nicht beachten werde. Der Grund liegt darin, dass ich in den ersten Sichtungen bzw. bei der Probecodierung keinerlei Artikel mit dem Begriff „Steuerreform“ gefunden habe bzw. sich ein Begriff wie „Steuerreform“ aus thematischen Gründen nicht dort finden wird und es daher nicht notwendig ist, diese zu berücksichtigen. Der Vollständigkeit wegen liste ich an dieser Stelle allerdings einen Teil davon auf.

Nicht berücksichtigt werden die Rubriken:

Kronen Zeitung: Ausland, Österreich, Wien (bzw. sonstige Bundesländermutationen), Gericht, Adabei, Kultur, Style, Das freie Wort, Sport, der Anzeigenteil, Fernseh- und Radioprogramme, Gesundheit, Das freie Wort, Hollywood Aktuell, Schönheit, Horoskop, Kinoprogramme, Wohin am Wochenende, MotorJournal, Ombudsmann, Immobilien, Multimedia, Beilagen wie „Leben & Genießen“, die Glückskrone, die Tierecke. Ebenso wird der sonntägliche Kronebuntteil nicht berücksichtigt.

Österreich: Österreich Aktuell, Die Welt, Wien-Teil, Kultur, Geld - die Börse, Leserbriefe-Meinung, Sport, Radio- und Fernsehprogramme und etwaige bunte Beilagen wie „Life & Style“, der bunte Sonntagsteil, Multimedia, Immobilien, Reise, In den Sternen, Society, Reporter, die Beilage BuchWoche oder NÖ-Wahl, Auto, Gesundheit.

Die Presse: Europäische Union, Ausland, Weltjournal, Wien /NÖ, Wohin am Wochenende, Menschen, Easteconomist, Finanzen, Sport, Feuilleton, Kunstmarkt, Kultur/Medien, Wissenschaft, Leserbriefe, Fokus, Kino-, Radio- und Fernsehprogramme, Pressestimmen, Beilagen wie Karriere, Karrierelounge, Bildung, Reisen, Spectrum, Aktien&Fonds, Gesundheit, Rechtspanorama, Markt&Media, Wissen, Transport&Logistik, Financial Presse, AutoMotor. Die letzte Seite in der Presse, „Die Presse/24 Stunden“, wird nicht berücksichtigt, da sie nur eine Art Zusammenfassung der Rubriken bzw. der jeweiligen Ausgabe darstellt.

Der Standard: International, Chronik, Kommunikation, Sport, Anzeigen, Netbusiness, Wissenschaft, Kultur, Szenario, Finanzen & Märkte, Fernseh- und Radioprogramme,

Album, Bildung und Karriere, Immobilien, KarriereStandard, Wirtschaft&Recht, Spezial, Automobil, New York Times, Crossover, MedStandard;

In keiner der Tageszeitungen werden bezahlte Einschaltungen, Leser/innenbriefe berücksichtigt.

Beispiele: Presse, Artikel S. 4, „Es „gärt“ rund um die Steuerreform“ fällt in die Rubrik „Inland“, d.h. Code 3.1.

Presse, Artikel S. 6, „Solche Soziallügen ärgern mich“ befindet sich auch in der Rubrik „Inland“, d.h. Code 3.1.

Standard, Artikel S. 40, „Entlasten statt ignorieren“ findet sich in der Rubrik „Kommentar“, d.h. Code 3.4.

4. Art des Beitrags – Darstellungsform

4.	Art des Beitrags-Darstellungsform
4.1	Nachricht/Meldung
4.2	Bericht
4.3	Reportage
4.4	Interview
4.5	Feature
4.6	Kommentar/AutorIn
4.7	Glosse
4.8	Sonstiges

Der/Die Codierer/in möge nun die einzelnen Artikel jeweils einer journalistischen Darstellungsform zuordnen.

Diese Einteilung der einzelnen Artikel ermöglicht die Zuteilung zu den unterschiedlichen journalistischen Darstellungsformen.

Die Darstellungsformen können in tatsachenbetonte und meinungsbetonte journalistische Darstellungsformen unterschieden werden.

„Zur Gruppe der tatsachenbetonten journalistischen Darstellungsformen gehören die Nachricht, die Reportage, das Interview[...] und die Dokumentation.“³⁸⁸

Unter die meinungsbetonten journalistischen Darstellungsformen fallen der Kommentar, das Feature und die Glosse.³⁸⁹

³⁸⁸ ABC des Journalismus, 1984, S. 40.

³⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 64, 75.

Sollte ein Artikel beispielsweise sowohl Merkmale eines Berichts als auch eines Interviews aufweisen, wird er dem jeweiligen Code zugerechnet, dem er zur Mehrheit (d.h. mehr als die Hälfte der Länge, des Platzes, den er einnimmt) entspricht.

Nachricht/Meldung ist eine kurze Information, ohne Wertung, auf den wichtigsten Fakten basierend.

Ein Bericht ist ähnlich einer Nachricht/Meldung, mit etwas mehr Hintergrundinformation bzw. Zusammenhängen, auch ohne Bewertung³⁹⁰

Eine Reportage berichtet, informiert relativ ausführlich, beinhaltet auch subjektive Empfindungen und Eindrücke des/der Autors/in. Die/der Leser/in sollte durch die Augen der/des Autors/in das Gefühl haben, selbst dabei gewesen zu sein.³⁹¹

Das Interview wird als eine Variable gewertet, d.h. es wird beispielsweise nicht zwischen Meinungs- und Persönlichkeitsinterview unterschieden, da eine derartige Unterscheidung keinerlei Ergebnis in Bezug auf meine Fragestellungen und Hypothesen bringen würde.

Ein Feature ist ein Hintergrundbericht, der über reine Information hinausgeht. Der/die Autor/in eines Features bewertet, wechselt immer wieder zwischen seinen/ihren Eindrücke, eines Ereignisses, Bewertungen und Zusatzwissen. Features versuchen, anhand von Einzelbeispielen Allgemeingültiges aufzustellen.³⁹²

„Der Journalist bewertet durch Schilderung der Atmosphäre.“³⁹³

Ein Kommentar bezieht sich auf ein aktuelles bzw. wichtiges Thema oder Ereignis. Er zeigt die Wichtigkeit des Themas und dessen Zusammenhänge auf. Des Weiteren führt er verschiedene Standpunkte dazu an, interpretiert und erläutert diese. Die Meinung des/der Autors/in ist erkennbar, auch wenn sie oft vielschichtig ist.³⁹⁴

Wenn es sich um einen „Kommentar“, also Code 4.6, handelt, ist der/die Autor/in dieses Artikels namentlich zu notieren. In der späteren Auswertung wird dann zwischen Journalisten/innen, Experten/innen und SPÖ- und ÖVP-Politikern/innen unterschieden.

³⁹⁰ Vgl. Jugendpressehandbuch Print, 2007, S. 36.

³⁹¹ Vgl. ABC des Journalismus, 1984, S. 53-57.

³⁹² Vgl. ebenda, S. 69 f.

³⁹³ Ebenda, S. 70.

³⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 77.

Eine Glosse lässt sich oft schon an ihrer Länge bzw. in diesem Fall an ihrer Kürze erkennen. Sie ist eine Meinungsäußerung, hat einen witzigen bzw. sogar ironischen Unterton und verfügt über eine Schlusspointe.³⁹⁵

Die Variable „Sonstiges“ führe ich für den Fall ein, dass tatsächlich Artikel während der Untersuchung auftauchen sollten, die keiner der bisherigen Variablen eindeutig zuordenbar sind.

Es gilt zudem zu beachten, dass, unabhängig von den Merkmalen, die die einzelnen Darstellungsformen aufweisen, sich die meinungsbetonten Darstellungsformen in den Qualitätsmedien nur in den gekennzeichneten Rubriken, in der Presse in den Rubriken „Meinung“ und „Die Presse. Meinung“ und im Standard in den Rubriken „Kommentar der anderen“ und „Kommentar“ finden.

Auch in den Boulevardmedien sind Artikel, die meinungsbetonten Darstellungsformen zugerechnet werden können, zumeist durch eine spezielle Benennung gekennzeichnet, beispielsweise durch die Bezeichnung „Politik Inoffiziell“ in der Kronen Zeitung oder in Österreich durch „Das sagt Österreich“. Das bedeutet, dass Artikel, die beispielsweise je nach bestehender Meinung des/der Codierers/in möglicherweise in einem Satz einen ironischen Unterton haben, sonst aber die Merkmale eines Berichts oder einer Meldung aufweisen, dann nach Berücksichtigung der Rubrik zugeordnet werden.

Beispiele:

Die Presse vom 15. März 2008 (15032008 1), Artikel S. 4, „Es „gärt“ rund um die Steuerreform“.

Bei diesem Artikel handelt sich aufgrund der Merkmale, die er aufweist, d.h. aufgrund der Länge, keiner Bewertung und aufgrund der Merkmale, die er nicht aufweist, wie beispielsweise ironischer Unterton, keine erkennbare Meinung des/der Autors/in, keine allzu umfassende Hintergrundberichterstattung, etc um einen Bericht, d.h. Code 4.2.

Kronen Zeitung, vom 17. März 2008 (17032008 2), Artikel S.4/5, „Enttäuscht und hintergangen“

Bei diesem Artikel handelt es sich eindeutig um ein Interview, da stets eine Frage der/des Journalisten/in gestellt wird, auf die eine Antwort des Interviewpartners folgt, d.h. Code 4.4.

³⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 78.

5. Größe des Artikels:

5.	Größe des Artikels
5.1	Kurz
5.2	Mittel
5.3	Lang

Der/die Codierer/in soll nun die Größe des Artikels bestimmen, indem er/sie diesen ausmisst.

Es wird zwischen kurzen, mittleren und langen Artikeln unterschieden, wobei kurz bedeutet, dass der Artikel weniger als 25 % einer Seite einnimmt, mittlerer Artikel heißt, dass seine Länge zwischen 25% bis 75 % einer Seite liegt und langer Artikel heißt, dass er über 75% einer Seite einnimmt.

Fotos, Graphiken oder sonstige Bilder, ebenso wie Bildtexte finden keine Berücksichtigung in dieser Kategorie, d.h. sie werden nicht mitgemessen. Wenn sie sich in der Mitte des Artikels befinden, werden sie auch nicht zur Größe des Artikels gerechnet.

Wenn die Schlagzeile oder der Untertitel sich in einem Foto befindet, werden sie beim Ausmessen nicht berücksichtigt, allerdings bei anderen Kategorien schon.

Farbige Absetzungen, Linien und extra Kästchen sind die Kennzeichen, die markieren, wie weit ein Artikel reicht. Diese gilt es, zu beachten. Vor allem im Fall der Tageszeitung Österreich gilt es zu beachten, dass eine Absetzung, eine Linie oder dergleichen kennzeichnet, dass es sich – zumindest im Fall dieser Untersuchung – um eine Abgrenzung der Analyseeinheit, d.h. eines Artikels handelt.

Die in der Presse üblichen „Auf einen Blick“- oder „Was bisher geschah“-Zusammenfassungen – sie sind in Standard-orange gehalten – werden als Teil des Artikels verstanden und sind somit nicht von der Größe des Artikels abzuziehen. Gleiches gilt für „Analyse“ und „Infobox“ in Österreich. „Zur Person“-Abschnitte gibt es sowohl im Standard als auch in der Presse. Sie werden zum Artikel gerechnet.

Kronenzeitung: Länge=26,5cm

Breite= 20cm; Die Fläche beträgt 530cm², was 100 Prozent bedeutet.

Bis 25%-> bis zu 132,5cm²-> 5.1.

Über 25 % bis zu 75% -> über 132,5cm² bis zu 397cm²-> 5.2.

Über 75%-> über 397cm²-> 5.3.

Österreich: Länge=31,5cm

Breite= 23cm; Die Fläche beträgt 724,5cm², was 100 Prozent bedeutet.

Bis 25%-> bis zu 181,125cm²-> 5.1.

Über 25 % bis zu 75% -> über 181,125cm² bis zu 543,375cm²-> 5.2.

Über 75%-> über 543,375cm²-> 5.3.

Presse: Länge=41cm

Breite= 26,7cm; Die Fläche beträgt 1094cm², was 100 Prozent bedeutet.

Bis 25%-> bis zu 181,125cm²-> 5.1.

Über 25 % bis zu 75% -> über 181,125 cm² bis zu 543,375cm²-> 5.2.

Über 75%-> über 543,375cm²-> 5.3.

Standard: Länge=43 cm

Breite= 27 cm; Die Fläche beträgt 1161 cm², was 100 Prozent bedeutet.

Bis 25%-> bis zu 290,25cm²-> 5.1

Über 25 % bis zu 75% -> über 290,25 cm² bis zu 870,75cm²-> 5.2

Über 75%-> über 870, 75cm²-> 5.3

Wenn sich ein Artikel über 2 Seiten erstreckt, wie beispielsweise in Österreich vom 14. März 2008 über die Seiten 10 und 11, entspricht die doppelte Fläche von 724,5 cm² 100%.

Beispiele:

Die Presse vom 15. März 2008, Artikel S.4, „Ich halte nichts von einer Ämter-Trennung“.

Der Artikel beinhaltet ein Foto und einen Bildtext. Diese werden von der restlichen ausgemessenen Fläche abgezogen, d.h. 493cm²-126cm²= 367cm². Der Artikel entspricht somit der Fläche nach mittlerer Länge, d.h. Code 5.2.

Der Standard, 12032008 2, Artikel S. 7, „Die SPÖ und die ÖVP haben sich da in etwas verkrallt“

Der Artikel hat eine Breite von 16,8cm und eine Länge von 23cm. Ein Foto mit Bildtext findet sich neben dem rechteckigen Artikel und wird daher nicht in der Berechnung berücksichtigt.

16,8cm x 23cm = 386, 4cm². Der Artikel hat somit der Fläche nach eine mittlere Länge, d.h. Code 5.2.

6. Nennung von Personen

6.	Nennung von Personen
6.1	Bundeskanzler Gusenbauer

6.2	Staatssekretärin Silhavy
6.3	Staatssekretär Matznetter
6.4	Ministerin Berger
6.5	Minister Darabos
6.6	Minister Buchinger
6.7	Ministerin Schmied
6.8	Minister Faymann
6.9	Staatssekretärin Kranzl
6.10	Ministerin Bures
6.11	Nationalratspräsidentin Prammer
6.12	Bundespräsident Fischer
6.13	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
6.14	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
6.15	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.16	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
6.17	SPÖ-lerInnen
6.18	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
6.19	SPÖ-EU-Abgeordnete
6.20	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
6.21	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.22	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
6.23	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
6.24	Vizekanzler Molterer
6.25	Staatssekretär Lopatka
6.26	Ministerin Plassnik
6.27	Staatssekretär Winkler
6.28	Ministerin Kdolsky
6.29	Ministerin Fekter
6.30	Minister Josef Pröll
6.31	Minister Bartenstein
6.32	Minister Hahn
6.33	Staatssekretärin Marek
6.34	Nationalratspräsident Spindelegger
6.35	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
6.36	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
6.37	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.38	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
6.39	ÖVP-lerInnen
6.40	Generalsekretär Missethon
6.41	ÖVP-EU-Abgeordnete
6.42	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
6.43	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.44	FCG-Chef Norbert Schnedl
6.45	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
6.46	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
6.47	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
6.48	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer

6.49.	Markus Marterbauer
6.50.	Claus Raidl
6.51.	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
6.52.	ÖÖK-Präsident Walter Dorner
6.53.	Wifo-Chef: Karl Aiginger
6.54.	Politologe Anton Pelinka
6.55.	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
6.56.	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
6.57.	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
6.58.	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
6.59.	Maria Kubitschek/AK
6.60.	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
6.61.	IHS-Chef: Bernhard Felderer
6.62.	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
6.63.	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
6.64.	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
6.65.	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
6.66.	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
6.67.	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
6.68.	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl:
6.69.	Gallup-Chef Karmasin
6.70.	Politologe Peter Filzmaier
6.71.	OGM-Chef Bachmayer
6.72.	Meinungsforscher Peter Ulram

Hier soll bestimmt werden, wer Akteur/in und/oder Interviewpartner/in im Artikel ist. Dabei wird zwischen SPÖ-Politikern/innen, ÖVP-Politikern/innen und Experten/innen unterschieden.

SPÖ-Politiker/innen umfassen alle Personen, die zu besagter Zeit entweder Minister/innen oder Staatssekretäre/innen waren oder aktiv ein Mandat (gleichgültig ob auf Landes- oder Bundesebene oder im EU-Parlament) für die SPÖ inne haben oder hatten,

d.h. Bundeskanzler Gusenbauer, die SPÖ-Minister/innen, die SPÖ-Staatssekretäre/innen, der Bundespräsident, die Nationalratspräsidentin, einfache SPÖ-NR-Abgeordnete (der jeweilige Klubobmann zählt als einfacher NR-Abgeordneter), SPÖ-Landeshauptleute und SPÖ-Landeshauptleute-Stellvertreter/innen, ehemalige SPÖ-Politiker/innen, einfache SPÖ-Landtagsabgeordnete, die Bundesgeschäftsführer, SPÖ-Stadträte/innen/Landesräte/innen und Bürgermeister/innen, ebenso wie der FSG-Chef und der SJ-Chef.

Diejenigen, die als besonders wichtig im Zusammenhang mit der Untersuchung gesehen werden, werden namentlich gewertet, andere wiederum - wie Bundesländerparteiarchs/innen und/oder Landeshauptleute, Stadträte/innen, NR-

Abgeordnete oder Landtagsabgeordnete - werden sozusagen nur mit ihrer Funktion und nicht namentlich gezählt.

Die gleichen Kriterien gelten für die Codes der ÖVP-Politiker/innen, d.h. Vizekanzler Molterer, die ÖVP-Minister/innen, die ÖVP-Staatssekretäre/innen, der zweite Nationalratspräsident, einfache ÖVP-NR-Abgeordnete (der Klubobmann gilt als einfacher NR-Abgeordneter), ÖVP-Landeshauptleute und ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter/innen, ehemalige ÖVP-Politiker/innen, einfache ÖVP-Landtagsabgeordnete, der Generalsekretär, der Gemeindebund-Präsident, ÖVP-Stadträte/innen/Landesräte/innen und Bürgermeister/innen, ebenso wie der FCG-Chef Norbert Schnedl, der ÖVP-Wirtschaftsbund-General Karlheinz Kopf, Mitglied des Wirtschaftsbundes Johannes Ditz, der ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon und der ÖAAB-Chef Fritz Neugebauer.

Sowohl bei der Aufstellung der SPÖ-Politiker/innen als auch bei der Aufstellung der ÖVP-Politiker/innen gibt es noch einen zusätzlichen Code (6.17 SPÖ-lerInnen, 6.39 ÖVP-lerInnen), der zum Tragen kommt, wenn (ein/e) Sozialdemokrat/innen oder (ein/e) Christlichsoziale/r genannt wird bzw. werden, aber weder namentlich noch mit Funktion. Außerdem fallen unter diesen Code auch die Pressesprecher/innen und Kabinettschefs/innen des Bundeskanzlers, des Vizekanzler und der Minister/innen, SPÖ- bzw. ÖVP-Gewerkschafter (sofern nicht in der namentlichen Aufstellung) und die Bundesfrauengeschäftsführerinnen.

Zudem kommt der Code 6.17 SPÖ-lerInnen oder 6.39 ÖVP-lerInnen zum Tragen, wenn beispielsweise die Rede von Vertretern/innen der SPÖ und ÖVP ist., genauer ersichtlich wird dies aus folgender Auflistung:

Der Kollege der SPÖ, 6.17.

Die SPÖ-Leute, 6.17.

Das SPÖ-Präsidium, 6.17.

Der ÖVP-Wirtschaftsbund, 6.39.

Ein SPÖ-Zweckoptimist, 6.17.

Die ÖVP-Gewerkschaft, 6.39.

Die Roten, 6.17.

Die Sozialdemokraten, 6.17.

In SPÖ-Kreisen, 6.17.

Der schwarze Regierungspartner, 6.39.

Die roten und schwarzen Parteigranden, 6.17., 6.39.

Ein Sozialdemokrat, 6.17.

Ein ÖVP-ler, 6.39.

Die Genossen, 6.17.
Der ÖVP-Strategie, 6.39.
Die SPÖ-Spitze, 6.17.
Die ÖVP-Spitze, 6.39.
Die VP-Granden, 6.39.
Die ÖVP-Arbeitnehmer-Vertreter, 6.39.
Die ÖVP-Seite, 6.39.
Der ÖVP-Politiker, 6.39.
Die schwarze Führung, 6.39.
Die ÖVP-Klubmitglieder, 6.39.
Jusos, 6.17.
SJ, 6.17.
Die junge ÖVP, 6.39.
Die SPÖ-Basis, 6.17.
Der BP-Vorstand der ÖVP, 6.39.
Hochrangige Genossen, 6.17.
Die rote Gewerkschaftsjugend, 6.17
Die schwarze Gewerkschaftsjugend, 6.39.
Die roten Sozialpartner, 6.17.

Wenn eine Aufzählung im Sinne einer Benennung, wie beispielsweise „Der Bundeskanzler und Parteivorsitzender der SPÖ Alfred Gusenbauer....“ sich im Text findet, wird diese nur einmal gezählt.

Zudem ist beim Bundeskanzler und beim Vize- bzw. Finanzminister eine Zählung ohne Namen nur aufgrund der Nennung der Funktion möglich. Gleiches gilt für „Kanzler Gusenbauer“ ebenso wie „der Bundeskanzler“ oder SPÖ-Chef, der Parteivorsitzende. Gleiches gilt für „Minister Molterer“ ebenso wie „der Finanzminister“ ebenso wie „der Vizekanzler“ oder ÖVP-Chef.

Das gleiche gilt für Minister/innen, Landeshauptleute, Landesparteivorsitzende, Abgeordnete, die Regierungskoordinatoren, etc., wenn klar ist, wer genau gemeint ist. Beispielsweise wenn in einem Artikel nur von einer Ministerin die Rede ist.

Unter Experten/innen fallen alle Personen, die namentlich genannt werden und nicht den Codes der SPÖ- oder ÖVP-Politiker/innen zugeordnet werden oder Politiker/innen anderer Parteien sind oder Politiker/innen im Ausland sind.

Als Beispiele hierfür seien die Vertreter/innen der Sozialpartner in Österreich als Experten/innen genannt, so wie auch diverse Meinungsforscher/innen aus Österreich, etc.

Alle im Sinne dieser Einteilung irrelevanten Nennungen von Personen werden nicht berücksichtigt und daher auch nicht erfasst.

Wenn es sich um ein Interview handelt, wird die betreffende Person dementsprechend so oft gezählt bzw. gewertet, wie sie antwortet.

Bei allen anderen journalistischen Darstellungsformen ist auch eine Mehrfachzählung möglich.

Wenn es sich um Kommentar eines/einer SPÖ- oder ÖVP-Politikers/in handelt (der Name der/des Autors/in eines Kommentars ist bereits in der Kategorie 4. Art des Beitrags-Darstellungsform zu notieren), durchläuft der Artikel die Codierung wie angewiesen bzw. wie üblich. Bei der Kategorie „Nennung von Personen“ wird der/die Autor/in einmal genannt bzw. bei der Kategorie „Zitate“ wird die Person einmal bei den direkten Zitaten gewertet.

Die Überschrift und ein etwaiger Untertext werden als normaler Teil des Artikels betrachtet.

Beispiele:

Der Standard, 18.März 2008, Artikel S. 7, „Noch ein Ultimatum vor der großen Aussprache“, Spalte 2: Teile des schwarzen Regierungspartners bezeichneten während seiner [...] Code 6.39.

Der Standard vom 18.März 2008, Artikel S. 7, „Noch ein Ultimatum vor der großen Aussprache“, Spalte 1: Heute, Dienstag, wollen die roten und die schwarzen Parteigranden in vertraulichen Gesprächen noch abklären, [...] Codes 6.17. und 6.39.

Der Standard vom 06. März 2008, Artikel S. 9, „Gemeinsam einsam im Kanzleramt“, Spalte 1:

„Das alles ist kein Spiel. Wir sind zum Arbeiten da“, murrte ein anderer Sozialdemokrat. Zuordnung zu 6.17.

Der Standard vom 06. März 2008, Artikel S. 9, „Gemeinsam einsam im Kanzleramt“, Spalte 3:

Die Sozialdemokraten hätten nie offen erklärt, warum sie nicht mehr gemeinsam auftreten wollten, erzählen ÖVP-ler und beschreiben das Ende der Ministerratssitzung so:[...]

Codes 6.17. und 6.39.

Da bei diesen Beispielen die Zahl der Personen nicht erfassbar ist, wird stets nur einmal gewertet.

Der Standard vom 19. März 2008, Artikel S. 7 „Gusenbauer muss sich positionieren“, Spalte 3: [...] -drei Sozialdemokratinnen stellten sich demonstrativ hinter den Kanzler.

Code 6.17.

Der Standard vom 08. März 2008, Artikel, S. 1, „Gusenbauer: „ÖVP will den roten Kanzler stürzen“, Spalte 2:

Die „Hardliner der ÖVP“ wollen die im neuen Untersuchungsausschuss[...] 6.39.

Der Standard vom 07. März 2008, Artikel S. 40, Kommentar „Entpolitisierter Wahlkampf“, Spalte 2:

Denn die ÖVP-Funktionäre fürchten[...] Code 6.39.

Österreich, vom 06. März 2008, S. 10, Artikel „SPÖ setzt jetzt eigene Steuer-Kommission ein“, Spalte 1: Die Offensive von Kanzler Gusenbauer für ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf 2009 ist bei den Genossen blendend angekommen. Codes 6.1. und 6.17.

Österreich vom 06. März 2008, S. 10, Artikel „SPÖ setzt jetzt eigene Steuer-Kommission ein“, Spalte 1: [...]in den Schubladen der ÖVP-Strategen, allen voran Klubchef Wolfgang Schüssel. Codes 6.39. und 6.35.

Österreich vom 08. März 2008, S. 6, Artikel „SP und VP bei Steuerreform hart auf hart“ Spalte 1: Die SPÖ-Spitze zementiert sich auf das Jahr 2009 [...]... Code 6.17.

Österreich vom 09. März 2008, S. 7, Artikel „Pröll will nun die Koalition retten“, Spalte 2: Die VP-Granden werden Montag früh im kleinsten Kreis [...] 6.39.

Der Standard vom 11. März 2008, S. 2, Artikel „Der Präsident bittet zu Tisch“, Spalte 3: Aber auch aus Molterers Umfeld war zu hören,[...] Code 6.24.

Der Standard vom 11. März 2008, S. 2, Artikel „Der Präsident bittet zu Tisch“, Spalte 4: Den „Gusi-Hunderter“ wird es sicher nicht geben. Code 6.1.

Österreich vom 08. März 2008, S. 5, „Szenario 2: Neuwahl vor Sommer am 1.Juni“, Spalte 1: [...] und sowohl Parteichef Molterer als auch alle Parteigranden[...]. Code 6.24 (Molterer).

Parteigranden wird in diesem Fall nicht gewertet, da „ÖVP“ oder „schwarze“ nicht genannt wird.

Der Standard vom 12. März 2008, S. 7, Artikel „SPÖ und ÖVP haben sich da in etwas verkrallt“, Spalte 1: Selbst langjährige Abgeordnete von ÖVP und SPÖ wissen momentan nicht,[...] Codes 6.13., 6.35.

Der Standard vom 14. März 2008, S. 8, Artikel „Steuersenkung soll 1000 Euro bringen“, Spalte 2: [...], wird man auf der Seite der ÖVP-Arbeitnehmervertretung [...] 6.39.

Rote Expertenkommission, SPÖ-Expertengruppe, ÖVP-Expertengruppe, etc werden nicht gewertet, da in diesen Fällen nicht klar ist, ob es sich tatsächlich nur um Mitglieder der SPÖ bzw. der ÖVP handelt.

Österreich vom 08. März 2008, S. 5, Artikel „Szenario 1: Regierung einigt sich auf Neustart“, Spalte 1: Die Landeshauptleute und Bundespräsident Fischer wollen ab

Montag [...]. Hierbei handelt es sich nur um Code 6.12. (Bundespräsident Fischer), da Landeshauptleute nicht eindeutig einer Partei zuordenbar ist und daher nicht gewertet wird.

Österreich vom 08. März 2008, S. 5, Artikel „Szenario 2: Neuwahl vor Sommer am 1.Juni“, Spalte 1: [...] und sowohl Parteichef Molterer als auch alle Parteigranden[...]. Code 6.24 (Molterer). Auch in diesem Fall wird Parteigranden nicht gewertet, da weder „schwarze“ noch „ÖVP“ direkt dabei steht.

Der Standard vom 06. März 2008, S. 10, Artikel „Kdolskys Härte gegenüber Pharmafirmen kommt gut an“, Spalte 1: Die ÖVP-Ministerin müsse endlich ein Konzept zur Finanzierung der Krankenkassen vorlegen. Code 6.28.

Der Standard vom 06. März 2008, S. 10, Artikel „Kdolskys Härte gegenüber Pharmafirmen kommt gut an“, Spalte 2: [...] der VP-Ressortchefin. Code 6.28.

7. Zitate

7._.d Direkte

7._.i indirekte

7.1.d	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.d	Staatssekretärin Silhavy
7.3.d	Staatssekretär Matznetter
7.4.d	Ministerin Berger
7.5.d	Minister Darabos
7.6.d	Minister Buchinger
7.7.d	Ministerin Schmied
7.8.d	Minister Faymann
7.9.d	Staatssekretärin Kranzl
7.10.d	Ministerin Bures
7.11.d	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.d	Bundespräsident Fischer
7.13.d	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.d	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.d	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw.Landesparteivorsitzende
7.16.d	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.d	SPÖ-lerInnen
7.18.d	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.d	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.d	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.d	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.d	FSG-Chef /Wilhelm Habertzettl
7.23.d	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
7.24.d	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.d	Vizekanzler Molterer
7.26.d	Staatssekretär Lopatka
7.27.d	Ministerin Plassnik
7.28.d	Staatssekretär Winkler

7.29.d	Ministerin Kdolsky
7.30.d	Ministerin Fekter
7.31.d	Minister Josef Pröll
7.32.d	Minister Bartenstein
7.33.d	Minister Hahn
7.34.d	Staatssekretärin Marek
7.35.d	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.d	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.d	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
7.38.d	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.d	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.d	ÖVP-lerInnen
7.41.d	Generalsekretär Missethon
7.42.d	ÖVP-EU-Abgeordnete
7.43.d	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.d	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.d	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.d	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz:
7.47.d	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.d	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.d	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.d	Sonstige ÖVP-Zitate
7.51.d	Markus Marterbauer
7.52.d	Claus Raidl
7.53.d	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.d	ÖAK-Präsident Walter Dörner
7.55.d	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.d	Politologe Anton Pelinka
7.57.d	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.d	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.d	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
7.60.d	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.d	Maria Kubitschek/AK
7.62.d	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.d	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.d	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.d	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
7.66.d	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.d	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.d	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
7.69.d	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
7.70.d	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl
7.71.d	Gallup-Chef Karmasin
7.72.d	Politologe Peter Filzmaier
7.73.d	OGM-Chef Bachmayer
7.74.d	Meinungsforscher Peter Ulram

7.1.i	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.i	Staatssekretärin Silhavy
7.3.i	Staatssekretär Matznetter
7.4.i	Ministerin Berger
7.5.i	Minister Darabos
7.6.i	Minister Buchinger
7.7.i	Ministerin Schmied
7.8.i	Minister Faymann
7.9.i	Staatssekretärin Kranzl
7.10.i	Ministerin Bures
7.11.i	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.i	Bundespräsident Fischer
7.13.i	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.i	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.i	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.16.i	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.i	SPÖ-lerInnen
7.18.i	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.i	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.i	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.i	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.i	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
7.23.i	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
7.24.i	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.i	Vizekanzler Molterer
7.26.i	Staatssekretär Lopatka
7.27.i	Ministerin Plassnik
7.28.i	Staatssekretär Winkler
7.29.i	Ministerin Kdolsky
7.30.i	Ministerin Fekter
7.31.i	Minister Josef Pröll
7.32.i	Minister Bartenstein
7.33.i	Minister Hahn
7.34.i	Staatssekretärin Marek
7.35.i	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.i	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.i	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
7.38.i	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.i	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.i	ÖVP-lerInnen
7.41.i	Generalsekretär Missethon
7.42.i	ÖVP-EU-Abgeordnete
7.43.i	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.i	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.i	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.i	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
7.47.i	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.i	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.i	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.i	Sonstige ÖVP-Zitate

7.51.i	Markus Marterbauer
7.52.i	Claus Raidl
7.53.i	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.i	ÖÄK-Präsident Walter Dorner
7.55.i	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.i	Politologe Anton Pelinka
7.57.i	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.i	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.i	OECD-Sprecher Matthias Rumpf:
7.60.i	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.i	Maria Kubitschek/AK
7.62.i	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.i	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.i	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.i	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
7.66.i	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.i	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.i	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
7.69.i	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger:
7.70.i	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl
7.71.i	Gallup-Chef Karmasin
7.72.i	Politologe Peter Filzmaier
7.73.i	OGM-Chef Bachmayer
7.74.i	Meinungsforscher Peter Ulram

Der/die Codierer/in möge nun etwaige Zitate den Personen, die beim vorangegangenen Abschnitt gezählt bzw. gewertet wurden, zuordnen.

Es wird zwischen indirekten und direkten Zitaten unterschieden. Die Zitate werden wiederum

SPÖ-Politikern/innen, ÖVP-Politiker/innen und Experten/innen zugeordnet.

Es gilt, nur Zitate, die eindeutig Zitate darstellen, zu werten.

Wenn Zitate zwar eindeutig der SPÖ oder der ÖVP zuordenbar sind, allerdings nicht einer Person, was beispielsweise bei Zitaten aus Wahlprogrammen der Fall ist, entsprechen diese entweder, also je nach Partei, dem Code sonstige SPÖ-Zitate (7.24) oder sonstige ÖVP-Zitate (7.50).

Beispiele:

Der Standard vom 18. März 2008, S. 1, Artikel „Koalition versucht Streitschlichtung“, Spalte 1: Die SPÖ beharrt weiter auf dem Termin 2009, die ÖVP präsentiert heute ihre „Eckpunkte“ für eine Steuerreform 2010.

Zuordnung zu 7.50.d, Sonstige direkte Zitate der ÖVP.

Wenn eine Aussage von 2 Personen getätigt wird, wird diese beiden zugeordnet.

Beispiel:

Der Standard vom 15. März 2008, S. 17, Artikel „Inflation hält Steuerdebatte am Köcheln“, Spalte 3: Die ÖVP kontert, die SPÖ „blockiert weiterhin das „Anti-Teuerungspaket“ von Vizekanzler Molterer“, so Sozialsprecher Werner Amon und Finanzsprecher Günther Stummvoll unisono. Das ergibt 2 Mal den Code 7.36.d.

Wenn ein direktes mit einem indirekte Zitat gemischt wird, wird es nur einmal gezählt. Je nach dem, ob der direkte oder indirekte Teil des Zitates länger ist, wird es dem jeweiligen Code zugeordnet.

Beispiel:

Der Standard vom 08. März 2008, S. 1, Artikel „Gusenbauer: „ÖVP will den roten Kanzler stürzen“, Spalte 1: Sie verschließe sich einer vernünftigen Verhandlung über eine vorgezogenen Steuerreform mit Entlastungen für den Mittelstand, weil es ihr „nur darum geht, den roten Kanzler zu stürzen“, erklärte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am Freitag im Interview mit dem STANDARD.

Dies wird als indirektes Zitat von Bundeskanzler Gusenbauer gewertet, da der indirekte Teil länger ist als der direkte, daher Code 7.1.i.

Wenn es sich um ein Interview handelt, wird die betreffende Person dementsprechend so oft gewertet wie sie genannt wird bzw. antwortet. Bei allen anderen journalistischen Darstellungsformen ist auch eine Mehrfachzählung möglich.

Die Überschrift und ein etwaiger Untertext werden als normaler Teil des Artikels betrachtet.

Als Beispiel sei hier genannt:

Der Standard vom 06. März 2008, S. 9, Artikel „Gemeinsam einsam im Kanzleramt“, Spalte 2: Weil ein gemeinsamer Auftritt nur Sinn ergebe, wenn die beiden Parteien auch gemeinsame Beschlüsse verkünden könnten, so Gusenbauers Argumentation. Code: 7.1.i.

Wenn es sich um Kommentar eines/einer SPÖ- oder ÖVP-Politikers/in handelt, durchläuft der Artikel die Codierung wie angewiesen bzw. wie üblich. Bei der Kategorie „Nennung von Personen“ wird der/die Autor/in einmal genannt bzw. bei der Kategorie „Zitate“ wird die Person einmal bei den direkten Zitaten gewertet.

8. Inhalte/Standpunkte:

8.	Inhalte/Basisaussagen
8.1	Steuerreform/Steuerentlastung soll vorgezogen werden/2009

8.2	Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung
8.3	Für Vermögensbesteuerung/Vermögenszuwachssteuer/Aktienzuwachssteuer
8.4	Steuerreform soll 2010 in Kraft treten, zum ursprünglichen Termin, Nein zu 2009
8.5	Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden
8.6	Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden, 2010 Überschuss haben/ ohne Gegenfinanzierung/ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten

Der/Die Codierer/in möge den Text nach Äußerungen durchsehen, die einem der Codes aus Abschnitt 8 zuordenbar sind. Äußerungen, die keinem der Codes zuordenbar sind, werden nicht erfasst bzw. nicht berücksichtigt.

„Eine Äußerung ist jede grammatisch vollständige Aussage, die einen eigenständigen Bedeutungsgehalt repräsentiert. Die formale Einheit „Satz“ kann also mit einer Äußerung identisch sein, es kann aber auch vorkommen, dass ein Satz mehrerer Äußerungen enthält.“³⁹⁶

Eine Äußerung entspricht einer Basisaussage. Bei meiner Erhebung ist die Codiereinheit „[...]Basisaussage [...], d.h. die Codiereinheit wird semantisch definiert und gegenüber dem einzelnen Begriff vergrößert.“³⁹⁷

Die Codiereinheit wurde auf inhaltlich-semantischer Ebene festgelegt, da eine formal-syntaktische Festlegung nicht zielführend gewesen wäre, da ich aufgrund der Verwendung von Synonymen viele Aussagen nicht erheben hätte können.³⁹⁸

Eine Basisaussage entspricht in meiner Untersuchung einem der Merkmale, also einer Ausprägung, die der Abschnitt 8. Inhalte/Standpunkte aufweist.

Da ich meine Codiereinheit auf semantischer Ebene festgelegt habe, ist es wichtig, eine Kontexteinheit festzulegen, um „[...]allzu extensive Assoziationen und Schlussfolgerungen einzugrenzen, [...]“³⁹⁹

Die Kontexteinheit, d.h. die Einheit, die benötigt wird, um die Codiereinheit semantisch klarzustellen, ist eine Sinneinheit, in welcher zumindest eine Basisaussage vorkommt und es sich um die Steuerreform - auch in synonyme Verwendung - handelt.

³⁹⁶ Früh, 2007, S.175.

³⁹⁷ Ebenda, S.94.

³⁹⁸ Vgl. ebenda, S.92 f.

³⁹⁹ Ebenda, S.95.

Erklärung der Codes:

8.1= Steuerreform/Steuerentlastung soll vorgezogen werden/2009

Hierbei geht um die Äußerung der SPÖ, dass ein Vorziehen einer steuerlichen Entlastung dringend notwendig ist, d.h. auf das Jahr 2009 vorgezogen werden muss.

8.2= Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung

Hierbei geht es um den Standpunkt der SPÖ, dass eine Steuerreform nur in Verbindung mit einer Gesundheitsreform geschehen kann bzw. soll.

8.3= Für Vermögensbesteuerung, Vermögenszuwachssteuer, Aktienzuwachssteuer.

Hierbei zählen Äußerungen, in welchen eine Vermögensbesteuerung, eine Besteuerung von Vermögen oder eine Vermögenszuwachssteuer befürwortet werden.

In der Mehrheit der analysierten Artikel wird keine inhaltliche Unterscheidung zwischen einer Vermögenssteuer und einer Vermögenszuwachssteuer getroffen, da keine der beiden Parteien ein Konzept für eine derartige Steuer vorgelegt hatte, wodurch tatsächlich nicht bis ins Detail klar ist, worum es bei diesem Standpunkt tatsächlich geht. Daher werden die Begriffe relativ undifferenziert verwendet, sowohl von den Parteien als auch von den Tageszeitungen, was auch für die Untersuchung in Ordnung ist, da es sich ja um die Befürwortung einer solchen Steuer handelt. Wenn in einem Satz einer Vermögenszuwachssteuer gegenüber einer Vermögenssteuer der Vorzug gegeben wird, wird dieser Äußerung einmal der Code 8.3. zugewiesen, da es ja um eine Befürwortung einer Steuer auf Vermögenszuwächse geht.

8.4= Steuerreform soll 2010 in Kraft treten, zum ursprünglichen Termin, Nein zu 2009

Hierbei geht es um den Standpunkt der ÖVP, die ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf 2009 ablehnt.

8.5= Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden

Hierbei geht es um Aussagen, die eine Steuerreform auf Basis neuer Schulden ablehnen.

8.6= Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden, 2010 Überschuss haben/ohne Gegenfinanzierung/ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten

Hierbei geht um die Äußerung der ÖVP, dass eine Steuerreform nicht vorgezogen werden kann, da diese für 2010 zuerst erarbeitet werden muss, d.h. eingespart werden muss. Es muss dafür im Jahr 2010 ein Überschuss erarbeitet werden, dies muss allerdings ohne Gegenfinanzierung, d.h. ohne Steuererhöhungen, geschehen. Die ÖVP möchte, dass der bisherige Fahrplan, der vereinbart wurde, beibehalten wird. Auch wenn die Codes 8.1. bis 8.3. der SPÖ und die Basisaussagen 8.4. bis 8.6. der ÖVP zugeordnet wurden, spielt dies für die Äußerungen, wer diese tätigt, keine Rolle.

Beispiele:

Kronen Zeitung vom 6.März 2008, S.4, Artikel „Die Koalitionspartner streiten und arbeiten“

Und er spielt auch der ÖVP den schwarzen Peter zu, indem er darauf aufmerksam machte, dass sie immer noch nicht bereit sei, die Steuerreform von 2010 auf 2009 vorzuziehen.

Code: 8.1.

Österreich vom 06.März 2008, S.10, Artikel „SPÖ setzt jetzt eigene Steuer-Kommission ein“

SPÖ setzt jetzt eigene Steuerreform-Kommission ein

Der Zank um den Termin der Steuerreform findet kein Ende. Jetzt prescht die SPÖ vor. Wien. Die Offensive von Kanzler Gusenbauer für ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf 2009 ist bei den Genossen blendend angekommen. Ein Rückzieher kommt für den SPÖ-Chef nicht mehr infrage. Das weiß auch die ÖVP und legt sich nach wie vor quer.

Die Offensive von Kanzler Gusenbauer für ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf 2009 ist bei den Genossen blendend angekommen. Code: 8.1. x 2

Das weiß auch die ÖVP und legt sich nach wie vor quer. Code: 8.4.

Österreich vom 08. März 2008, S. 6, Kommentar „Entscheidet die NÖ-Wahl das Schicksal des Kanzlers?“

Wenn „Gusi“ in Niederösterreich wirklich verliert, wird Molterer dem angeschlagenen Kanzler ein Ultimatum stellen: Entweder gemeinsamer Weg zur Steuerreform 2010 – oder die Regierung platzt. Code 8.4.

Entweder er fällt im Liegen noch einmal um und verzichtet auf die Steuerreform 2009 – dann bleibt er zwar Kanzler, ist aber seiner eigenen Partei und bei seinen Wählern komplett blamiert. Code 8.4.

Möglichkeit 2 :Gusenbauer zeigt Rückgrat, gibt bei der Steuerreform nicht nach – dann sitzt er ab Donnerstag ohne Regierungspartner da. Code 8.1.

Österreich, 09. März 2008, S. 7 Artikel , „Pröll will nun die Koalition retten“

Und der Tiroler Herwig Van Staa fordert via Österreich ein Einlenken der SPÖ bei der Steuerreform. Code 8.4.

Es gehe darum, „einen exakten Fahrplan“ für die Steuerreform 2010 festzulegen. Code 8.4.

Österreich, 10.März 2008, S.6, Artikel „Ultimatum an Gusi- VP feilt an Wahl-Strategie“

Und so stellt VP-Chef Wilhelm Molterer der SPÖ im Interview mit ÖSTERREICH ein ganz klares Ultimatum: „Die SPÖ ist aufgerufen, zum Regierungsprogramm und zum vereinbarten Fahrplan zurückzukehren.“ Code 8.6.

Will heißen: Die SPÖ soll sich von ihrem Plan, die Steuerreform auf 2009 vorzuziehen, verabschieden. Code 8.4.

Ein Zugeständnis, dem der angeschlagenen SP-Kanzler Alfred Gusenbauer nicht nachkommen kann, ohne endgültig das Gesicht zu verlieren und vor der eigenen Partei wieder als Umfaller dazustehen.

Dieser letzte Satz enthält auch aus dem Kontext keine Basisaussagen und wird daher keinem Code zugeordnet.

Die Presse, 07. März 2008, S.3, Artikel „Experten zwischen den Stühlen“

Theoretisch sei eine Steuerreform schon 2009 machbar – aber nur, wenn man lediglich am Tarif drehe. „Das geht logistisch in 5 Wochen“, so der Experte.

Code: 8.1.

Bei einer komplexeren Reform, (wie der Kanzler fordert), auch an eine Gesundheitsreform gekoppelt ist, werde es „sehr, sehr schwer“.

Aber auch dann könne man Teile ins Jahr 2009 vorziehen.

In der SPÖ ist man dazu jedenfalls wild entschlossen.

Codes: 8.1. x 2, 8.2.

Die ÖVP ihrerseits zeigt sich zwar nicht zu einer vorgezogenen Steuerreform, aber zu einem Inflationspaket bereit.

Code: 8.4.

Immerhin gebe es zwei Ministerratsbeschlüsse zum Steuerreformtermin 2010. Code: 8.4.

Der Standard, 07. März 2008, S. 40, Kommentar, „entpolitisierter Wahlkampf“

Alfred Gusenbauers Vorstoß für das Vorziehen der Steuerreform hätte das bewirken sollen: nach dem Motto, ein sozialeres Österreich in einem sozialeren Niederösterreich beginnen zu lassen. Verstanden wurde dass nicht gestritten wird, nicht um die Steuerreform und ihre Inhalte, was der SPÖ genützt hätte. Gestritten wird stattdessen über den Steuerreformtermin und den Stil in der Politik. Das hilft keinem –und gibt allenfalls der ÖVP die Chance, dass man im Land ohnehin sozial sei. Aber eben ganz unpolitisch.

Code: 8.1.

Die Presse, 07.März 2008, S. 4, „Steuern runter; Wettanbieter zur Kasse bitten“

Als erster Vertreter auf der ÖVP-Seite sagt der FCG-Chef, der rund 250.000 Mitglieder vertritt, im Gespräch mit der „Presse“ auch klipp und klar, dass es „auf der anderen Seite Maßnahmen zur Gegenfinanzierung“ geben sollte, etwa die Besteuerung von Vermögenszuwachs(siehe auch Buchinger-Interview). Code: 8.3.

Es soll keine Vermögenssteuer, aber eine Steuer auf Vermögenszuwächse geben.

Code: 8.3.

Österreich, 08. März 2008, S. 5, „Szenario 1: Regierung einigt sich auf Neustar“:

Fischers Vorschlag: Die SPÖ verzichtet auf eine „große“ Steuerreform 2009 und auf eine eigene Steuer-Arbeitsgruppe. Die ÖVP stimmt dafür dem Vorziehen einer „kleinen“ Steuerreform (Senkung der Lohnnebenkosten) auf 2009 zu.

Code: 8.4. Erklärung: In der Klammer wird die „kleine“ Steuerreform erklärt. Diese entspricht nicht einem Vorziehen der Steuerreform auf 2009.

2. Codebogen

1.	Medium
1.1	Kronenzeitung
1.2	Österreich
1.3	Die Presse
1.4	Der Standard

2.	Erscheinungsdatum
----	-------------------

3.	Rubrik
3.1.	Politik
3.2.	Wirtschaft
3.3.	Thema des Tages
3.4.	Meinungsteil
3.5.	Titelblatt

4.	Art des Beitrags-Darstellungsform
4.1.	Nachricht/Meldung
4.2.	Bericht
4.3.	Reportage
4.4.	Interview
4.5.	Feature
4.6.	Kommentar/AutorIn
4.7.	Glosse
4.8.	Sonstiges

5.	Größe des Artikels
5.1.	Kurz
5.2.	Mittel
5.3.	Lang

6.	Nennung von Personen
6.1.	Bundeskanzler Gusenbauer
6.2.	Staatssekretärin Silhavy
6.3.	Staatssekretär Matznetter
6.4.	Ministerin Berger
6.5.	Minister Darabos
6.6.	Minister Buchinger
6.7.	Ministerin Schmied

6.8.	Minister Faymann
6.9.	Staatssekretärin Kranzl
6.10.	Ministerin Bures
6.11.	Nationalratspräsidentin Prammer
6.12.	Bundespräsident Fischer
6.13.	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
6.14.	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
6.15.	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.16.	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
6.17.	SPÖ-lerInnen
6.18.	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
6.19.	SPÖ-EU-Abgeordnete
6.20.	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
6.21.	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.22.	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
6.23.	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
6.24.	Vizekanzler Molterer
6.25.	Staatssekretär Lopatka
6.26.	Ministerin Plassnik
6.27.	Staatssekretär Winkler
6.28.	Ministerin Kdolsky
6.29.	Ministerin Fekter
6.30.	Minister Josef Pröll
6.31.	Minister Bartenstein
6.32.	Minister Hahn
6.33.	Staatssekretärin Marek
6.34.	Nationalratspräsident Spindelegger
6.35.	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
6.36.	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
6.37.	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
6.38.	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
6.39.	ÖVP-lerInnen
6.40.	Generalsekretär Missethon
6.41.	ÖVP-EU-Abgeordnete
6.42.	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
6.43.	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
6.44.	FCG-Chef Norbert Schnedl
6.45.	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
6.46.	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
6.47.	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
6.48.	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
6.49.	Markus Marterbauer
6.50.	Claus Raidl
6.51.	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär

6.52.	ÖÖK-Präsident Walter Dorner
6.53.	Wifo-Chef: Karl Aiginger
6.54.	Politologe Anton Pelinka
6.55.	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
6.56.	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
6.57.	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
6.58.	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
6.59.	Maria Kubitschek/AK
6.60.	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
6.61.	IHS-Chef: Bernhard Felderer
6.62.	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
6.63.	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
6.64.	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
6.65.	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
6.66.	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
6.67.	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
6.68.	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl
6.69.	Gallup-Chef Karmasin
6.70.	Politologe Peter Filzmaier
6.71.	OGM-Chef Bachmayer
6.72.	Meinungsforscher Peter Ulram

7. Zitate:

7.1.d Direkte

7.2.i indirekte

7.1.d	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.d	Staatssekretärin Silhavy
7.3.d	Staatssekretär Matznetter
7.4.d	Ministerin Berger
7.5.d	Minister Darabos
7.6.d	Minister Buchinger
7.7.d	Ministerin Schmied
7.8.d	Minister Faymann
7.9.d	Staatssekretärin Kranzl
7.10.d	Ministerin Bures
7.11.d	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.d	Bundespräsident Fischer
7.13.d	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.d	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.d	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw.Landesparteivorsitzende
7.16.d	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.d	SPÖ-lerInnen
7.18.d	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.d	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.d	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.d	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.d	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
7.23.d	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi

7.24.d	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.d	Vizekanzler Molterer
7.26.d	Staatssekretär Lopatka
7.27.d	Ministerin Plassnik
7.28.d	Staatssekretär Winkler
7.29.d	Ministerin Kdolsky
7.30.d	Ministerin Fekter
7.31.d	Minister Josef Pröll
7.32.d	Minister Bartenstein
7.33.d	Minister Hahn
7.34.d	Staatssekretärin Marek
7.35.d	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.d	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.d	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen
7.38.d	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.d	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.d	ÖVP-lerInnen
7.41.d	Generalsekretär Missethon
7.42.d	ÖVP-EU-Abgeordnete
7.43.d	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.d	ÖVP-StadtratInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.d	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.d	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
7.47.d	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.d	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.d	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.d	Sonstige ÖVP-Zitate
7.51.d	Markus Marterbauer
7.52.d	Claus Raidl
7.53.d	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.d	ÖÄK-Präsident Walter Dorner
7.55.d	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.d	Politologe Anton Pelinka
7.57.d	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.d	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.d	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
7.60.d	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.d	Maria Kubitschek/AK
7.62.d	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.d	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.d	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.d	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
7.66.d	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.d	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.d	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer

7.69.d	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
7.70.d	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/Josef Christl
7.71.d	Gallup-Chef Karmasin
7.72.d	Politologe Peter Filzmaier
7.73.d	OGM-Chef Bachmayer
7.74.d	Meinungsforscher Peter Ulram

7.1.i	Bundeskanzler Gusenbauer
7.2.i	Staatssekretärin Silhavy
7.3.i	Staatssekretär Matznetter
7.4.i	Ministerin Berger
7.5.i	Minister Darabos
7.6.i	Minister Buchinger
7.7.i	Ministerin Schmied
7.8.i	Minister Faymann
7.9.i	Staatssekretärin Kranzl
7.10.i	Ministerin Bures
7.11.i	Nationalratspräsidentin Prammer
7.12.i	Bundespräsident Fischer
7.13.i	Einfache SPÖ-NR-Abgeordnete
7.14.i	Nicht mehr aktive SPÖ-PolitikerInnen
7.15.i	SPÖ-Landeshauptleute oder SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter bzw.Landesparteivorsitzende
7.16.i	Einfache SPÖ-Landtags-Abgeordnete
7.17.i	SPÖ-lerInnen
7.18.i	Bundesgeschäftsführer Kalina, Winterauer
7.19.i	SPÖ-EU-Abgeordnete
7.20.i	Städtebund-Vizepräsident/Heinz Schaden
7.21.i	SPÖ-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.22.i	FSG-Chef /Wilhelm Haberzettl
7.23.i	SJ-Chef/Wolfgang Moitzi
7.24.i	Sonstige SPÖ-Zitate
7.25.i	Vizekanzler Molterer
7.26.i	Staatssekretär Lopatka
7.27.i	Ministerin Plassnik
7.28.i	Staatssekretär Winkler
7.29.i	Ministerin Kdolsky
7.30.i	Ministerin Fekter
7.31.i	Minister Josef Pröll
7.32.i	Minister Bartenstein
7.33.i	Minister Hahn
7.34.i	Staatssekretärin Marek
7.35.i	Nationalratspräsident Spindelegger
7.36.i	Einfache ÖVP-NR-Abgeordnete
7.37.i	Nicht mehr aktive ÖVP-PolitikerInnen

7.38.i	ÖVP-Landeshauptleute oder ÖVP-Landeshauptleute-Stellvertreter bzw. Landesparteivorsitzende
7.39.i	Einfache ÖVP-Landtags-Abgeordnete
7.40.i	ÖVP-lerInnen
7.41.i	Generalsekretär Missethon
7.42.i	ÖVP-EU-Abgeordnete
7.43.i	Helmut Mödlhammer/ÖVP/Gemeindebund-Präsident
7.44.i	ÖVP-StadträtInnen/LandesrätInnen/Bürgermeister
7.45.i	FCG-Chef Norbert Schnedl
7.46.i	ÖVP-Wirtschaftsbund: Johannes Ditz
7.47.i	ÖVP-Wirtschaftsbund- General: Karlheinz Kopf
7.48.i	ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon
7.49.i	ÖAAB-Chef: Fritz Neugebauer
7.50.i	Sonstige ÖVP-Zitate
7.51.i	Markus Marterbauer
7.52.i	Claus Raidl
7.53.i	Bernhard Achitz/leitender ÖGB-Sekretär
7.54.i	ÖÄK-Präsident Walter Dörner
7.55.i	Wifo-Chef: Karl Aiginger
7.56.i	Politologe Anton Pelinka
7.57.i	Rudolf Hundstorfer/ÖGB
7.58.i	Christoph Leitl/Wirtschaftskammer
7.59.i	OECD-Sprecher Matthias Rumpf
7.60.i	EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia
7.61.i	Maria Kubitschek/AK
7.62.i	Stephan Schulmeister/Wirtschaftsforscher
7.63.i	IHS-Chef: Bernhard Felderer
7.64.i	Leiter der IWF-Mission: Paul Hilbers
7.65.i	Notenbank-Chef/Notenbank-Gouverneur: Klaus Liebscher
7.66.i	Market-Chef: Werner Beutelmeyer
7.67.i	Raiffeisen-Chef: Christian Konrad
7.68.i	IV-Generalsekretär, Markus Beyrer
7.69.i	Politikwissenschaftler/Hubert Sickinger
7.70.i	Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank/ Josef Christl
7.71.i	Gallup-Chef Karmasin
7.72.i	Politologe Peter Filzmaier
7.73.i	OGM-Chef Bachmayer
7.74.i	Meinungsforscher Peter Ulram

8. Inhalt/Standpunkte

8.	Inhalt
8.1	Steuerreform/Steuerentlastung soll vorgezogen werden/2009
8.2	Verbindung/Koppelung von Steuerreform und Gesundheitssystem-Sanierung
8.3	Für Vermögensbesteuerung, Vermögenszuwachssteuer,

	Aktienzuwachssteuer
8.4	Steuerreform soll 2010 in Kraft treten, zum ursprünglichen Termin, Nein zu 2009
8.5	Keine Steuerreform auf Pump/keine neuen Schulden
8.6	Steuerreform muss zuerst erarbeitet werden, 2010 Überschuss haben/ohne Gegenfinanzierung/ohne Steuererhöhung/Fahrplan beibehalten

3. Datenmatrix

Datenmatrix, Kronen Zeitung:

Kategorie 3:

3.1.	12
3.3.	2

Kategorie 4:

4.2.	9
4.4.	2
4.6.	2
4.8.	1

Kategorie 5:

5.1.	3
5.2.	11

Kategorie 6:

6.1.	67
6.2.	
6.3.	1
6.4.	
6.5.	
6.6.	1
6.7.	
6.8.	6
6.9.	
6.10.	
6.11.	
6.12.	5
6.13.	2
6.14.	1
6.15.	8
6.16.	
6.17.	2
6.18.	2

6.19.	
6.20.	1
6.21.	
6.22.	
6.23.	
6.24.	18
6.25.	
6.26.	
6.27.	
6.28.	
6.29.	
6.30.	7
6.31.	17
6.32.	
6.33.	
6.34.	
6.35.	3
6.36.	
6.37.	15
6.38.	
6.39.	5
6.40.	1
6.41.	1

6.42.	
6.43.	
6.44.	
6.45.	
6.46.	
6.47.	
6.48.	
6.49.	
6.50.	
6.51.	
6.52.	
6.53.	
6.54.	
6.55.	
6.56.	
6.57.	
6.58.	
6.59.	
6.60.	
6.61.	
6.62.	
6.63.	

6.64.	
6.65.	
6.66.	
6.67.	1
6.68.	
6.69.	
6.70.	
6.71.	1
6.72.	

Kategorie 7:

7.1.d	21
7.2.d	
7.3.d	1
7.4.d	
7.5.d	
7.6.d	
7.7.d	
7.8.d	1
7.9.d	
7.10.d	
7.11.d	
7.12.d	
7.13.d	
7.14.d	
7.15.d	2

7.16.d	
7.17.d	
7.18.d	1
7.19.d	
7.20.d	
7.21.d	
7.22.d	
7.23.d	
7.24.d	1
7.25.d	2
7.26.d	
7.27.d	
7.28.d	
7.29.d	
7.30.d	
7.31.d	1
7.32.d	12
7.33.d	
7.34.d	
7.35.d	
7.36.d	
7.37.d	
7.38.d	4

7.39.d	
7.40.d	2
7.41.d	
7.42.d	1
7.43.d	
7.44.d	
7.45.d	
7.46.d	
7.47.d	
7.48.d	
7.49.d	
7.50.d	2
7.51.d	
7.52.d	
7.53.d	
7.54.d	
7.55.d	
7.56.d	
7.57.d	
7.58.d	
7.59.d	
7.60.d	

7.61.d	
7.62.d	
7.63.d	
7.64.d	
7.65.d	
7.66.d	
7.67.d	
7.68.d	
7.69.d	
7.70.d	
7.71.d	
7.72.d	
7.73.d	
7.74.d	
7.1.i	1
7.2.i	
7.3.i	
7.4.i	
7.5.i	
7.6.i	
7.7.i	
7.8.i	
7.9.i	

7.10.i	
7.11.i	
7.12.i	
7.13.i	
7.14.i	
7.15.i	
7.16.i	
7.17.i	
7.18.i	
7.19.i	
7.20.i	
7.21.i	
7.22.i	
7.23.i	
7.24.i	
7.25.i	
7.26.i	
7.27.i	
7.28.i	
7.29.i	
7.30.i	
7.31.i	
7.32.i	

7.33.i	
7.34.i	
7.35.i	
7.36.i	
7.37.i	
7.38.i	
7.39.i	
7.40.i	
7.41.i	
7.42.i	
7.43.i	
7.44.i	
7.45.i	
7.46.i	
7.47.i	
7.48.i	
7.49.i	
7.50.i	
7.51.i	
7.52.i	
7.53.i	
7.54.i	

7.55.i	
7.56.i	
7.57.i	
7.58.i	
7.59.i	
7.60.i	
7.61.i	
7.62.i	
7.63.i	
7.64.i	
7.65.i	
7.66.i	
7.67.i	
7.68.i	
7.69.i	1
7.70.i	
7.71.i	
7.72.i	
7.73.i	1
7.74.i	

Kategorie 8:

8.1.	16
8.2.	
8.3.	1
8.4.	11
8.5.	2
8.6.	4

Datenmatrix, Österreich:
Kategorie 3:

3.1.	22
3.2.	1
3.3.	42
3.5.	1

Kategorie 4:

4.1.	1
4.2.	46
4.4.	12
4.6.	7

Kategorie 5:

5.1.	41
5.2.	25

Kategorie 6:

6.1.	334
6.2.	1
6.3.	7
6.4.	
6.5.	2
6.6.	8
6.7.	
6.8.	23
6.9.	
6.10.	1
6.11.	
6.12.	49
6.13.	10
6.14.	22
6.15.	63
6.16.	
6.17.	38
6.18.	2

6.19.	
6.20.	7
6.21.	7
6.22.	2
6.23.	
6.24.	126
6.25.	2
6.26.	2
6.27.	
6.28.	2
6.29.	
6.30.	27
6.31.	13
6.32.	
6.33.	
6.34.	
6.35.	40
6.36.	1
6.37.	71
6.38.	
6.39.	29
6.40.	7
6.41.	

6.42.	
6.43.	2
6.44.	
6.45.	7
6.46.	1
6.47.	8
6.48.	1
6.49.	1
6.50.	1
6.51.	
6.52.	
6.53.	1
6.54.	
6.55.	
6.56.	
6.57.	
6.58.	
6.59.	
6.60.	1
6.61.	1
6.62.	
6.63.	

6.64.	
6.65.	
6.66.	
6.67.	1
6.68.	2
6.69.	1
6.70.	4
6.71.	
6.72.	

Kategorie 7:

7.1.d	13
7.2.d	
7.3.d	6
7.4.d	
7.5.d	
7.6.d	4
7.7.d	
7.8.d	1
7.9.d	
7.10.d	1
7.11.d	
7.12.d	3
7.13.d	4
7.14.d	4
7.15.d	33

7.16.d	
7.17.d	6
7.18.d	3
7.19.d	
7.20.d	2
7.21.d	7
7.22.d	3
7.23.d	
7.24.d	3
7.25.d	18
7.26.d	
7.27.d	
7.28.d	
7.29.d	
7.30.d	
7.31.d	4
7.32.d	11
7.33.d	
7.34.d	
7.35.d	
7.36.d	2
7.37.d	
7.38.d	26

7.39.d	
7.40.d	1
7.41.d	2
7.42.d	
7.43.d	
7.44.d	
7.45.d	
7.46.d	1
7.47.d	
7.48.d	8
7.49.d	
7.50.d	2
7.51.d	
7.52.d	
7.53.d	
7.54.d	
7.55.d	
7.56.d	
7.57.d	
7.58.d	
7.59.d	
7.60.d	

7.61.d	
7.62.d	
7.63.d	
7.64.d	
7.65.d	
7.66.d	
7.67.d	
7.68.d	
7.69.d	1
7.70.d	
7.71.d	
7.72.d	3
7.73.d	
7.74.d	
7.1.i	4
7.2.i	
7.3.i	
7.4.i	
7.5.i	
7.6.i	
7.7.i	
7.8.i	1

7.9.i	
7.10.i	1
7.11.i	
7.12.i	4
7.13.i	
7.14.i	1
7.15.i	7
7.16.i	
7.17.i	
7.18.i	
7.19.i	
7.20.i	
7.21.i	
7.22.i	
7.23.i	
7.24.i	1
7.25.i	3
7.26.i	1
7.27.i	
7.28.i	
7.29.i	
7.30.i	
7.31.i	

7.32.i	
7.33.i	
7.34.i	
7.35.i	
7.36.i	1
7.37.i	
7.38.i	2
7.39.i	
7.40.i	
7.41.i	1
7.42.i	
7.43.i	
7.44.i	1
7.45.i	
7.46.i	
7.47.i	
7.48.i	
7.49.i	
7.50.i	
7.51.i	1
7.52.i	
7.53.i	

7.54.i	
7.55.i	
7.56.i	
7.57.i	
7.58.i	
7.59.i	
7.60.i	
7.61.i	
7.62.i	
7.63.i	
7.64.i	
7.65.i	
7.66.i	
7.67.i	
7.68.i	
7.69.i	
7.70.i	
7.71.i	1
7.72.i	
7.73.i	
7.74.i	

Kategorie 8:

8.1.	87
8.2.	4
8.3.	9
8.4.	87

8.5.	2
8.6.	6

Datenmatrix, Presse:

Kategorie 3:

3.1.	19
3.2.	3
3.3.	7
3.4.	3
3.5.	5

Kategorie 4:

4.1.	2
4.2.	25
4.4.	7
4.6.	3

Kategorie 5:

5.1.	13
5.2.	24

Kategorie 6:

6.1.	160
6.2.	
6.3.	9
6.4.	
6.5.	
6.6.	32
6.7.	
6.8.	3
6.9.	
6.10.	4
6.11.	
6.12.	5
6.13.	6
6.14.	5
6.15.	40
6.16.	5

6.17.	29
6.18.	2
6.19.	
6.20.	10
6.21.	4
6.22.	
6.23.	7
6.24.	118
6.25.	1
6.26.	
6.27.	
6.28.	7
6.29.	
6.30.	12
6.31.	2
6.32.	2
6.33.	
6.34.	
6.35.	17
6.36.	4
6.37.	15
6.38.	
6.39.	27

6.40.	3
6.41.	
6.42.	1
6.43.	2
6.44.	5
6.45.	1
6.46.	1
6.47.	18
6.48.	
6.49.	1
6.50.	4
6.51.	
6.52.	
6.53.	2
6.54.	
6.55.	4
6.56.	
6.57.	2
6.58.	
6.59.	
6.60.	
6.61.	
6.62.	

6.63.	
6.64.	
6.65.	1
6.66.	14
6.67.	2
6.68.	
6.69.	
6.70.	
6.71.	
6.72.	

Kategorie 7:

7.1.d	12
7.2.d	
7.3.d	5
7.4.d	
7.5.d	
7.6.d	18
7.7.d	
7.8.d	
7.9.d	
7.10.d	
7.11.d	
7.12.d	
7.13.d	3
7.14.d	

7.15.d	16
7.16.d	
7.17.d	7
7.18.d	1
7.19.d	
7.20.d	3
7.21.d	2
7.22.d	
7.23.d	3
7.24.d	2
7.25.d	51
7.26.d	
7.27.d	
7.28.d	
7.29.d	2
7.30.d	
7.31.d	10
7.32.d	
7.33.d	2
7.34.d	
7.35.d	
7.36.d	1
7.37.d	

7.38.d	3
7.39.d	
7.40.d	4
7.41.d	4
7.42.d	
7.43.d	
7.44.d	2
7.45.d	3
7.46.d	1
7.47.d	
7.48.d	15
7.49.d	
7.50.d	2
7.51.d	
7.52.d	1
7.53.d	
7.54.d	
7.55.d	4
7.56.d	
7.57.d	1
7.58.d	
7.59.d	3

7.60.d	
7.61.d	
7.62.d	
7.63.d	
7.64.d	
7.65.d	
7.66.d	
7.67.d	
7.68.d	14
7.69.d	1
7.70.d	
7.71.d	
7.72.d	
7.73.d	
7.74.d	
7.1.i	5
7.2.i	
7.3.i	1
7.4.i	
7.5.i	
7.6.i	3
7.7.i	

7.8.i	
7.9.i	
7.10.i	3
7.11.i	
7.12.i	
7.13.i	2
7.14.i	
7.15.i	2
7.16.i	
7.17.i	2
7.18.i	
7.19.i	
7.20.i	1
7.21.i	
7.22.i	
7.23.i	3
7.24.i	2
7.25.i	5
7.26.i	
7.27.i	
7.28.i	
7.29.i	
7.30.i	

7.31.i	
7.32.i	
7.33.i	
7.34.i	
7.35.i	
7.36.i	4
7.37.i	
7.38.i	
7.39.i	
7.40.i	
7.41.i	1
7.42.i	
7.43.i	
7.44.i	
7.45.i	3
7.46.i	
7.47.i	
7.48.i	
7.49.i	
7.50.i	
7.51.i	
7.52.i	

7.53.i	
7.54.i	
7.55.i	2
7.56.i	
7.57.i	2
7.58.i	
7.59.i	1
7.60.i	
7.61.i	
7.62.i	
7.63.i	
7.64.i	
7.65.i	
7.66.i	
7.67.i	
7.68.i	1
7.69.i	1
7.70.i	
7.71.i	
7.72.i	
7.73.i	
7.74.i	

Kategorie 8:

8.1.	42
8.2.	4
8.3.	14

8.4.	39
8.5.	6
8.6.	8

Datenmatrix, Standard:

Kategorie 3:

3.1.	15
3.2.	2
3.3.	8
3.4.	5
3.5.	7

Kategorie 4:

4.2.	27
4.4.	5
4.6.	5

Kategorie 5:

5.1.	25
5.2.	12

Kategorie 6:

6.1.	170
6.2.	
6.3.	11
6.4.	1
6.5.	
6.6.	24
6.7.	
6.8.	9
6.9.	
6.10.	6
6.11.	2
6.12.	18
6.13.	7
6.14.	6
6.15.	57

6.16.	
6.17.	34
6.18.	5
6.19.	2
6.20.	2
6.21.	6
6.22.	
6.23.	
6.24.	64
6.25.	
6.26.	
6.27.	
6.28.	11
6.29.	
6.30.	11
6.31.	4
6.32.	
6.33.	
6.34.	1
6.35.	19
6.36.	2
6.37.	16
6.38.	

6.39.	31
6.40.	2
6.41.	2
6.42.	2
6.43.	
6.44.	
6.45.	
6.46.	2
6.47.	1
6.48.	
6.49.	
6.50.	1
6.51.	1
6.52.	
6.53.	1
6.54.	2
6.55.	21
6.56.	3
6.57.	
6.58.	
6.59.	1
6.60.	
6.61.	

6.62.	3
6.63.	3
6.64.	1
6.65.	
6.66.	
6.67.	
6.68.	
6.69.	
6.70.	
6.71.	
6.72.	2

Kategorie 7:

7.1.d	50
7.2.d	
7.3.d	12
7.4.d	
7.5.d	
7.6.d	20
7.7.d	
7.8.d	1
7.9.d	
7.10.d	1
7.11.d	1
7.12.d	2
7.13.d	3

7.14.d	
7.15.d	38
7.16.d	
7.17.d	8
7.18.d	4
7.19.d	1
7.20.d	2
7.21.d	5
7.22.d	
7.23.d	
7.24.d	1
7.25.d	7
7.26.d	
7.27.d	
7.28.d	
7.29.d	1
7.30.d	
7.31.d	1
7.32.d	1
7.33.d	
7.34.d	
7.35.d	1
7.36.d	7

7.37.d	
7.38.d	1
7.39.d	
7.40.d	7
7.41.d	1
7.42.d	1
7.43.d	2
7.44.d	
7.45.d	
7.46.d	
7.47.d	1
7.48.d	1
7.49.d	
7.50.d	2
7.51.d	
7.52.d	
7.53.d	1
7.54.d	
7.55.d	
7.56.d	1
7.57.d	16
7.58.d	3
7.59.d	

7.60.d	
7.61.d	2
7.62.d	
7.63.d	
7.64.d	1
7.65.d	2
7.66.d	1
7.67.d	
7.68.d	
7.69.d	
7.70.d	
7.71.d	
7.72.d	
7.73.d	
7.74.d	
7.1.i	6
7.2.i	
7.3.i	4
7.4.i	
7.5.i	
7.6.i	1
7.7.i	
7.8.i	1

7.9.i	
7.10.i	4
7.11.i	
7.12.i	
7.13.i	1
7.14.i	
7.15.i	2
7.16.i	
7.17.i	5
7.18.i	1
7.19.i	
7.20.i	
7.21.i	1
7.22.i	
7.23.i	
7.24.i	
7.25.i	9
7.26.i	
7.27.i	
7.28.i	
7.29.i	1
7.30.i	
7.31.i	4

7.32.i	1
7.33.i	
7.34.i	
7.35.i	
7.36.i	2
7.37.i	1
7.38.i	2
7.39.i	
7.40.i	3
7.41.i	
7.42.i	
7.43.i	
7.44.i	
7.45.i	
7.46.i	
7.47.i	1
7.48.i	
7.49.i	
7.50.i	
7.51.i	
7.52.i	
7.53.i	

7.54.i	
7.55.i	
7.56.i	2
7.57.i	1
7.58.i	2
7.59.i	
7.60.i	
7.61.i	
7.62.i	
7.63.i	
7.64.i	3
7.65.i	
7.66.i	
7.67.i	
7.68.i	
7.69.i	
7.70.i	
7.71.i	
7.72.i	
7.73.i	
7.74.i	1

Kategorie 8:

8.1.	69
8.2.	7
8.3.	8
8.4.	28
8.5.	1
8.6.	1

4. Abstract

Die Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer, sie bestand knapp zwei Jahre, und ihre mediale Performance stellen den Ausgangspunkt für meine Diplomarbeit dar. Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien und die dazugehörige Berichterstattung der Massenmedien waren immer wieder von Koalitionsstreitigkeiten bzw. -diskussionen geprägt und wurden davon dominiert, welcher der beiden Koalitionspartner gestärkt oder eben geschwächt aus der nächsten öffentlichen Diskussion zu einem bestimmten Koalitionsthema kommen würde. Eines dieser Koalitionsthemen war die Diskussion zur Steuerreform.

Mein zentrales Forschungsinteresse zielt dementsprechend darauf ab, ob ein zwischen den beiden Koalitionsparteien der XXIII. Gesetzgebungsperiode ausgeglichenes Verhältnis der Berichterstattung in den Printmedien zur Steuerreform-Diskussion bestand. Außerdem möchte ich wissen, ob eine unterschiedliche Berichterstattung zu diesem konkreten Thema von Boulevard- und Qualitätszeitungen gegeben war. Die Forschungsfragen, die ich mittels vorliegender Arbeit beantworten will, lauten: Stellen die einzelnen Tageszeitungen die Standpunkte der SPÖ und ÖVP in einem ausgeglichenen Umfang dar? Liegt ein Unterschied in der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion zwischen Qualitätszeitungen und Boulevardzeitungen?

Dementsprechend beinhalten die ersten Kapitel der vorliegenden Arbeit die unterschiedlichen Denkansätze, die sich mit dem Verhältnis von Realität, Medien und Medienrealität beschäftigen. Dann folgt ein Überblick über die drei traditionellen Theorien der Nachrichtenauswahl. Je nach Theorie beeinflussen unterschiedliche Komponenten die Nachrichtenauswahl. Die Diskussionen und Erkenntnisse betreffend das Verhältnis zwischen Realität, Medien und Medienrealität und die unterschiedlichen Theorien der Nachrichtenselektion führten mich zur Frage nach etwaigen Qualitätsmaßstäben von Medieninhalten. Daher folgt dann eine Übersicht unterschiedlicher Konzepte, die sich mit den Leistungsansprüchen an Medieninhalte beschäftigen. Eine bedeutende Erkenntnis war, dass alle Konzepte von einer Art öffentlichen Aufgabe oder Funktion der Medien ausgehen, die für den Erhalt, das Funktionieren des Systems, der Gesellschaft und der Öffentlichkeit wichtig ist. Infolgedessen können gewisse Leistungsansprüche an Massenmedien, auch an Tageszeitungen, gestellt werden. Begriffe wie Objektivität, Neutralität, Vielfältigkeit und Ausgewogenheit werden in diesem Zusammenhang genannt. Auch Tageszeitungen fühlen sich bestimmten Ansprüchen verpflichtet, die sie in ihren Blattlinien mehr oder weniger ausführlich festhalten. Tageszeitungen können Gattungen zugeordnet werden, die gewisse Charakteristika aufweisen. In diesem konkreten Fall wurden die

Boulevardzeitungen Kronen Zeitung und Österreich und die Qualitätszeitungen die Presse und der Standard untersucht.

Basierend auf den Erkenntnissen der ersten Kapitel, das Forschungsinteresse für ein etwaiges ausgeglichenes Verhältnis zwischen SPÖ- und ÖVP-Standpunkten in der Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion im Hintergrund, wurden aufgrund der Forschungsfragen unterschiedliche Hypothesen aufgestellt.

Anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse wurden diese anschließend falsifiziert oder bestätigt.

Zentrales Ergebnis war, dass drei der vier von mir untersuchten Tageszeitungen darum bemüht waren, die unterschiedlichen Standpunkte der SPÖ und ÖVP zur Steuerreform in einem ausgeglichen Umfang in ihrer Berichterstattung darzustellen.

Es sei an dieser Stelle auf die begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse der Untersuchung verwiesen, da nicht außer Acht gelassen werden darf, dass der Untersuchungszeitraum zeitlich begrenzt war. Zudem wurden nur ausgewählte Artikel - die den Parteien zugeordnet waren und sich unter anderem auf ganz bestimmte Standpunkte zu einem gewissen Thema, nämlich die Steuerreform, bezogen - untersucht.

Meine zweite Forschungsfrage bezog sich auf die unterschiedliche Berichterstattung zur Steuerreform-Diskussion von Qualitäts- und Boulevardzeitungen. Je nach Variable waren Unterschiede gegeben. So fiel beispielsweise betreffend der Rubriken-Wahl der Tageszeitungen auf, dass Qualitätszeitungen die einzelnen Artikel stärker in den unterschiedlichen Rubriken streuten als Boulevardzeitungen. Bei der Nennung von Personen, d.h. wer Akteur/in in den Artikeln war, und der Wiedergabe von Zitaten von Personen wurden bei den Qualitätszeitungen im Vergleich mehr Experten/innen genannt bzw. kamen mehr Experten/innen zu Wort als in den Boulevardzeitungen.

Die vorliegende Untersuchung gibt nur einen Einblick in die Berichterstattung von vier österreichischen Tageszeitungen zu einem gewissen Thema. Es wäre sicherlich zielführend, ähnliche Untersuchungen zu weiteren via Printmedien vermittelten Diskussionen zu gewissen Themen vorzunehmen. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass eine Untersuchung zu einem anderen Thema ein ähnliches Ergebnis bei der Verteilung von Parteistandpunkten liefern würde.

5. Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Biedermann
Vorname: Barbara Merja
Adresse: 1190 Wien, Döblinger Hauptstr. 87
Geburtsdatum: 24.10.1980
Tel.: 0664/5420166
E-Mail: merja.biedermann@spoe.at

Ausbildung:

(seit) 2000: Publizistikstudium
Politikwissenschaftsstudium
1991-1999: Wirtschaftskundliches Realgymnasium Billrothstraße 1190
Wien; Sprachen: Englisch, Latein, Finnisch.
Abschluss: Matura
1987-1991: Volksschule Kreindlgasse, 1190 Wien

Berufspraxis:

2008: Mitarbeiterin im Büro der Bundesgeschäftsführung der SPÖ
(seit Dezember 2008)
2007: Parlamentarische Mitarbeiterin
(Jänner 2007 bis Dezember 2008)
2006: Pressemitarbeiterin im Büro der Jugendkoordination SPÖ-Wien
2006: Praktikantin im Büro der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen,
KonsumentInnenschutz und Personal
2006: Bezirksrätin im 15. Bezirk
(seit November 2005)
2005: Pressemitarbeiterin im Wiener Gemeinderatswahlkampf
2004: Call Center Agent bei Palazzo-Produktionen, Information und
Ticketverkauf
2004: Wahlkampfhelferin im Präsidentschaftswahlkampf, Wahlkampf zum EU-
Parlament
2003: Praktikum im Programmbereich bei dem Radiosender Antenne 102.5
2003: Empfangsdame und Büroaushilfe bei der Druckerei „Holzhausen“
2003: Chefredakteurin der Vereinszeitschrift „Zeitraum“
2002: Wahlkampfhelferin im Nationalratswahlkampf
2002: Praktikum in der Nachrichtenredaktion bei ATV
1999: Kundenservice im Call Center bei „Donauland“
1998: Ferialjob als Manipulantin beim österr. Inkassobüro
1997: Ferialjob als Manipulantin beim österr. Inkassobüro

Sonstige Tätigkeiten:

Vorsitzende der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus
Mitglied des Bezirksparteipräsidiums der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus
Stellvertretende Bezirksparteivorsitzende
Mitglied des Bezirksparteivorstandes der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus
Mitglied des Bezirksparteiausschusses der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus
Mitglied des Frauenkomitees der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus